

Securitising the state and the nation?

Sicherheitsdiskurse und polnische Außenpolitik (1999-2006)

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
doctor philosophiae
(Dr. phil.)

eingereicht an
der Philosophischen Fakultät III
der Humboldt-Universität zu Berlin

von
M.A. Anna Hofmann, geb. Karweta
geb. am 24.06.1978 in Dębica (Polen)

Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin:
Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph Marksches
Dekan der Philosophischen Fakultät III:
Prof. Dr. Thomas Macho

Gutachter: 1. Prof. Dr. rer. pol. Gert-Joachim Glaeßner
2. Prof. Dr. rer. soc. Klaus Eder

Tag der mündlichen Prüfung: 21.01.2009

Zusammenfassung

Polen wird in Westeuropa häufig als ein Land wahrgenommen, in dem Sicherheitsfragen eine im Vergleich zu den faktischen Bedrohungen unverhältnismäßig große Bedeutung zugemessen wird. Gleichzeitig klagt es aber über das gegenseitige Nichtverstehen: Der „außenstehende Westeuropäer“ sei in seiner unwissenden Perspektive nicht in der Lage, die wahren Gründe für das ausgeprägte polnische Sicherheitsdenken zu durchschauen.

Die Arbeit ist darauf ausgerichtet, Einblick in das Innere der polnischen Sicherheitspolitik zu gewähren. Sie untersucht die sicherheitspolitische Sinnbildung und den Stellenwert von Sicherheit in der Außenpolitik, um festzustellen, dass die Konstruktion der Sicherheit in Polen auf historische, kulturelle und politische Referenzen zurückgreift, denen häufig ein symbolischer Wert zugeschrieben wird.

In theoretischer Hinsicht greift die Studie auf Überlegungen aus der Außenpolitikforschung und den Security Studies zurück. Sie nimmt den Gedanken auf, dass die Außenpolitik auf einem gesellschaftlich konstruierten Deutungssystem basiert, das die Grenzen des politisch Möglichen bestimmt und verwendet einen diskursiven Begriff der „Sicherheit“. Sie baut auf den Erkenntnissen konstruktivistisch und kritisch geprägter Ansätze aus der sicherheitspolitischen Forschung der „Kopenhagener Schule“ um Ole Wæver und Barry Buzan auf, die in Form der Theorie der securitization zusammengefasst wurden.

Die Dissertation präsentiert Ergebnisse einer diskursanalytischen Untersuchung öffentlicher Debatten über die Außenpolitik, die in Polen in den Jahren 1999-2006 geführt wurden. Untersucht wurden zwei Sektoren von Sicherheit: die Konstruktion der politischen Sicherheit in den Narrationen über Russland und den Westen sowie die Konstruktion der gesellschaftlichen Sicherheit innerhalb des Europadiskurses. Als Ergebnis entsteht zum einen ein Überblick über die diskursiven Mechanismen und Ressourcen, die die Artikulation von Sicherheitsinteressen sowie ihre Legitimierung in der Öffentlichkeit ermöglichen. Zum anderen stellt die Analyse unterschiedliche Wirkungsmechanismen im Zusammenspiel zwischen der Nationalisierung und der Transnationalisierung fest, was die verbreitete Sicht differenziert, dass Transnationalisierung in Polen automatisch als eine Gefahr wahrgenommen wird.

Schlagwörter: Polen, Außenpolitik, Sicherheit, Osteuropa, Diskursanalyse

Abstract

Poland is often perceived in Western Europe as a country which attaches much more importance to security issues than its real threats demand. At the same time it complains of mutual non-understanding: the outsiders from Western Europe are blamed for not being able to see through the good reasons for the pronounced Polish security thinking.

The study aims at allowing an insight in the internal logic of the Polish security policy. It analyses how meaning is constructed in the security policy and which importance security will be attached to security in the foreign policy in order to realize that the construction of security in Poland uses historical, cultural and political references with symbolic value.

The theoretical framework of the study is based on Foreign Policy Analysis and Security Studies. It incorporates the idea that the foreign policy is grounded on a socially constructed meaning system that determines the limits of political opportunities and employs a discursive definition of security. It follows the constructivist and critical approaches in the Security Studies, especially the theory of securitization by Ole Wæver and Barry Buzan from the Copenhagen School.

The dissertation presents the results of the discourse analysis which investigates the public debates on foreign policy from 1999 till 2006. It analyses two sectors of security: the construction of the political security in the narration about Russia and the West as well as the construction of the societal security within the discourse about Europe. As a first result emerges an overview of mechanisms and resources that enable the articulation of security interests and their public legitimization. As a second outcome the study ascertains diverse mechanisms in the interaction between nationalization and transnationalization, which differentiates the general opinion stating that the transnationalization is perceived in Poland automatically as a threat.

Keywords: Poland, foreign policy, security, Eastern Europe, discourse analysis

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	I
Abstract.....	II
Inhaltsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	VI
1 Einleitung.....	1
2 Äußere Sicherheit und Diskursanalyse – theoretische und methodische Vorüberlegungen	7
2.1 Theoretische Verankerung der Arbeit	8
2.1.1 Entwicklungen in der Untersuchung von äußerer Sicherheit	8
2.1.1.1 Gesamtrahmen: Außenpolitikforschung	8
2.1.1.2 Traditionen und Innovationen in den Security Studies	19
2.1.2 Diskursanalyse	28
2.1.2.1 Sprache und die soziale Welt	29
2.1.2.2 Diskursanalyse und ihre Anwendung	31
2.2 Außenpolitik und das diskursive Verständnis von Sicherheit	36
2.2.1 Die Theorie der <i>securitization</i>	36
2.2.2 Sicherheitsdiskurs als Untersuchungsgegenstand.....	43
2.3 Methode: narrationslogische Analyse	46
2.3.1 <i>Securitization</i> als Narration	47
2.3.2 Vorgehensweise und Aufbau der empirischen Studie.....	52
3 Grundlinien der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989.....	57
3.1 Forschungsstand.....	57
3.2 Rahmenbedingungen polnischer Außenpolitik nach 1989	61
3.2.1 Externe Rahmenbedingungen.....	61
3.2.2 Innenpolitischer Rahmen.....	64
3.2.3 Systemwechsel und Außenpolitik.....	70
3.3 Außenpolitische Debatten der 1990er Jahre.....	74
3.3.1 Die Frage der Souveränität	74
3.3.2 Europäische Orientierung.....	77
3.3.3 Mitteleuropäischer Regionalismus	79
3.3.4 Atlantische Ausrichtung.....	82
3.3.5 Die Zusammenarbeit mit den westlichen Partnern.....	83

3.3.5.1	Die Beziehungen zu Deutschland	83
3.3.5.2	Die Beziehungen zu Frankreich	87
3.3.5.3	Das Weimarer Dreieck	90
3.3.5.4	Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten	91
3.3.6	Ostpolitik.....	93
3.3.6.1	Die Beziehungen zu Russland	94
3.3.6.2	Die Beziehungen zur Ukraine	96
3.3.6.3	Die Beziehungen zu Belarus	98
3.3.6.4	Die Beziehungen zu Litauen.....	99
3.4	Zwischenfazit.....	100
4	Fallstudie: Sicherheitsdiskurse in Polen 1999-2006.....	105
4.1	Ein Staat in Gefahr? – Zur Konstruktion der politischen Sicherheit	105
4.1.1	Narrationen über Russland	106
4.1.1.1	Polen und Russland im Streit um die Vergangenheit	106
4.1.1.2	Stabilisierung vs. Demokratisierung in Russland	118
4.1.1.3	Energiepolitik	123
4.1.1.4	Zwischenfazit.....	131
4.1.2	Transatlantische Beziehungen oder europäische Integration?	134
4.1.2.1	Europa, Amerika und die internationale Weltordnung	134
4.1.2.2	Der Platz Polens in der „westlichen Welt“	143
4.1.2.3	Die Irak-Krise – ein Umbruch in der polnischen Außenpolitik?	155
4.1.2.4	Zwischenfazit.....	166
4.2	Eine Nation in Gefahr? – Zur Konstruktion der gesellschaftlichen Sicherheit.....	171
4.2.1	Patriotismus-Debatten und die Definition von Nation und Staat	171
4.2.2	Europa als der „Andere“	180
4.2.2.1	Nationale Identität im Verhältnis zu Europa	181
4.2.2.2	Europa als Gefahr	188
4.2.2.3	Entwarnungsszenarien	196
4.2.2.4	Zwischenfazit.....	199
5	Konklusion	203
	Bibliographie	210
	Annex 1: Bilaterale Verträge der Republik Polen mit den Nachbarn (1991-1996).....	243
	Annex 2: Analysierte Auszüge aus der Presse in der Originalfassung	244

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dimensionen der Sicherheit (Quelle: Wæver 1997: 29).....	24
Abbildung 2: Matrix der <i>Security Studies</i> (Quelle: Paris 2001: 98)	25
Abbildung 3: Von der privaten bis in die Sicherheitssphäre (Quelle: eigene Darstellung)	42
Abbildung 4: Grenzen, Bindungen und Identitäten (Quelle: Tilly 2005: 8)	51
Abbildung 5: Referenzobjekte und Narrationen zur Konstruktion der Sicherheit (Quelle: eigene Darstellung)	52
Abbildung 6: Konstruktion der Bedrohung: Russland (Quelle: eigene Darstellung)	132
Abbildung 7: Von Russland-Narrationen zu Politikoptionen (Quelle: eigene Darstellung)	133
Abbildung 8: Von transatlantischen / europäischen Narrationen zu Politikoptionen (Quelle: eigene Darstellung)	168
Abbildung 9: Diskursive Schichten in der Irak-Diskussion (Pro) (Quelle: eigene Darstellung)	169
Abbildung 10: Diskursive Schichten in der Irak-Diskussion (Kontra) (Quelle: eigene Darstellung)	170
Abbildung 11: Bestimmung der politischen Identitäten im Patriotismus- Diskurs (Quelle: eigene Darstellung)	178
Abbildung 12: Konkurrierende Patriotismus-Diskurse (Quelle: eigene Darstellung)	179
Abbildung 13: Diskursive Schichten in den Patriotismus-Debatten (Quelle: eigene Darstellung)	180
Abbildung 14: Das diskursive Feld der „Identität“ (Quelle: eigene Darstellung)	200
Abbildung 15: Europäische Integration – Gefahr oder Chance für die nationale Identität? (Quelle: eigene Darstellung)	202
Abbildung 16: Diskursive Ressourcen für die Konstruktion von Sicherheit (Quelle: eigene Darstellung)	204

Abkürzungsverzeichnis

CEFTA	Central European Free Trade Association
CFP	Comparative Foreign Policy
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
FPA	Foreign Policy Analysis
IB	Internationale Beziehungen
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NACC	North Atlantic Cooperation Council
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NEST	New European Security Theory
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PHARE	Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies

Polnische politische Parteien

AWS	Akcja Wyborcza „Solidarność“	Wahlaktion „Solidarność“
BBWR	Bezpartyjny Blok Wspierania Reform	Unparteilicher Block für die Unterstützung von Reformen
KLD	Kongres Liberalno-Demokratyczny	Liberal-demokratischer Kongress
KPN	Konfederacja Polski Niepodległej	Konföderation für Unabhängiges Polen
LPR	Liga Polskich Rodzin	Liga der Polnischen Familien
PC	Porozumienie Centrum	Zentrumsallianz
PiS	Prawo i Sprawiedliwość	Recht und Gerechtigkeit
PO	Platforma Obywatelska	Bürgerplattform
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe	Polnische Bauernpartei
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
SD	Stronnictwo Demokratyczne	Demokratische Partei
SLD	Sojusz Lewicy Demokratycznej	Bund der Demokratischen Linken
UD	Unia Demokratyczna	Demokratische Union
UP	Unia Pracy	Arbeitsunion
UW	Unia Wolności	Freiheitsunion
ZSL	Zjednoczone Stronnictwo Ludowe	Vereinigte Bauernpartei

1 Einleitung

„**Noch ist Polen nicht verstanden**“. Mit dieser Paraphrase der polnischen Nationalhymne überschrieb während der Irak-Krise „Die Zeit“ (37/2003) einen Kommentar des Historikers und Mitarbeiters des Deutschen Historischen Instituts in Warschau, Andreas Kossert, zur deutschen Wahrnehmung der polnischen Beteiligung an der „Koalition der Willigen“ im Irak und zum Stand der deutsch-polnischen Beziehungen. Das in dieser Schlagzeile angesprochene Unverständnis erstreckt sich über diese konkrete Entscheidung hinaus und betrifft die allgemeine außenpolitische Orientierung des Landes, in der das Bündnis mit den Vereinigten Staaten einen besonderen Stellenwert genießt, da es als entscheidende Quelle von Sicherheitsgarantien angesehen wird. Die Perzeption der polnischen nationalen Sicherheit im In- und Ausland wurde somit zum Kern der Unstimmigkeiten zwischen Polen und seinen wichtigsten westeuropäischen Partnern Deutschland und Frankreich, die in der Irak-Frage eine Anti-Kriegs-Position eingenommen haben.

Ähnlich wie der „Zeit“-Kommentar beschäftigte sich auch die polnischsprachige sicherheitspolitische Forschung bereits zur Jahrtausendwende mit dem Problem des Nichtverstehens. Stellvertretend für die unter Politikwissenschaftlern und -experten allgemein geltende Meinung, Westeuropäer verstünden nicht die besondere sicherheitspolitische Lage des Landes, weist z. B. Kuźniar in der Einführung zu dem von ihm 2001 herausgegebenen Sammelband *Polska Polityka Bezpieczeństwa 1989-2000* (dt. Polnische Sicherheitspolitik 1989-2000) auf die Schwierigkeit hin, von einer externen Perspektive aus den Stellenwert der Sicherheit in der polnischen Außenpolitik nach 1989 richtig einzuschätzen und zu verstehen:

Die Sicherheit wurde zur zentralen Frage der Außenpolitik Polens. Sicherheitspolitik war vor allem Außenpolitik. Diese ziemlich offensichtliche Aussage stellt die Ausgangsannahme der Konzeption des vorliegenden Bandes dar. Eine weitere Annahme stellt die ebenso offensichtliche Beobachtung dar, dass die Sicherheitsfrage in der polnischen Außenpolitik eine deutlich größere Rolle spielte als im Fall anderer Staaten. Dies fand Ausdruck gerade in den entschlossenen Handlungen zur Gewährleistung der Sicherheit Polens, auch wenn es – wie man vielleicht annehmen könnte – keine direkten Bedrohungen gab. **Jemand, der von außen schaut und die Ursachen nicht versteht, könnte sogar die**

These einer „Überbewertung“ des Sicherheitsproblems in der Außenpolitik Polens aufstellen.¹ (Kuźniar 2001:14).

Der Eindruck, dass den Sicherheitsfragen in Polen eine im Vergleich zu den faktischen Bedrohungen unverhältnismäßig große Bedeutung zugemessen wird, zeichnet die allgemeine politische Wahrnehmung Polens in Westeuropa aus. Dies erklärt man sich in Polen in der Regel mit der unwissenden Perspektive eines Außenstehenden, der die wahren Gründe für das ausgeprägte polnische Sicherheitsdenken nicht durchschauen kann.

An dieser Stelle setzt die vorliegende Studie an, die darauf ausgerichtet ist, dem „außenstehenden westeuropäischen Leser“ Einblick in das Innere der polnischen Sicherheitspolitik zu gewähren, indem sie die sicherheitspolitische Sinnbildung untersucht. Die Fragestellung unterscheidet sich damit deutlich von dem Fokus, der traditionell in der sicherheitspolitischen Forschung zu finden ist. Es liegt nicht in dem primären Forschungsinteresse dieser Arbeit, die polnische Sicherheitspolitik zu analysieren und ihre Erfolge zu bewerten. Vielmehr geht es darum, den Stellenwert von Sicherheit im außenpolitischen Deutungssystem zu erläutern. Dies soll durch eine Untersuchung öffentlicher Debatten über die Außenpolitik geschehen, die sich einer diskursanalytischen Vorgehensweise bedient und somit den Zugang zu der als entscheidend befundenen Innenperspektive ermöglicht.

Die Studie greift in theoretischer Hinsicht auf Überlegungen aus der Außenpolitikforschung und den *Security Studies* zurück. Aus dem ersten Bereich wird dabei der Gedanke aufgenommen, dass die Außenpolitik auf einem gesellschaftlich konstruierten Deutungssystem basiert, das die Grenzen des politisch Möglichen bestimmt. Aus dem zweiten Bereich stammt hingegen die Annäherung an den Begriff der „Sicherheit“, der eine zentrale Stellung in der Arbeit einnimmt. Aufbauend auf den Erkenntnissen jüngerer, konstruktivistisch und kritisch geprägter Ansätze aus der sicherheitspolitischen Forschung, stützt sich die Studie auf ein diskursives Verständnis von Sicherheit, das in den 1990er Jahren von der so genannten „Kopenhagener Schule“ um Ole Wæver und Barry Buzan in Form der Theorie der *securitization*² entwickelt

¹ Hervorhebung der Verfasserin. Übersetzung der Verfasserin, ebenso wie alle im Weiteren aus dem Polnischen übersetzten Passagen.

² Auch wenn das Wort „Versicherheitlichung“ als deutsche Übersetzung des Begriffes „securitization“ allmählich Eingang in die deutschsprachige Fachliteratur findet (z. B. bei Bürger/ Stritzel 2005 und Hellmann 2007), wird in der vorliegenden Arbeit überwiegend die in der englischsprachigen Literatur

wurde. Die Sicherheit, deren innere Logik es zu erforschen gilt, wird darin als ein Sprechakt aufgefasst, durch den ein bestimmter, besonderer Umgang mit Fragen erzielt wird, die für „sicherheitsrelevant“ erklärt wurden.

Das in diesen Rahmen eingebettete konkrete Forschungsvorhaben wird von der Frage geleitet, wie die äußere Sicherheit in den polnischen außenpolitischen Debatten konstruiert wird. Zeitlich umfasst die Studie die Jahre von 1989 bis 2006. Innerhalb dieses Untersuchungszeitraums, der mit dem Umbruchjahr 1989 und somit der durch das Ende des Kalten Krieges möglich gewordenen Wiederbelebung einer eigenständigen polnischen Außenpolitik beginnt, werden zwei Abschnitte unterschieden:

1. Für die Jahre von 1989 bis 1999 stützt sich die Analyse im Wesentlichen auf die bestehende Forschung zur polnischen Außenpolitik. Sie setzt sich zum Ziel, die Grundlinien der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik nachzuzeichnen, um anschließend auf dieser Basis die wesentlichen „sicherheitsrelevanten“ Themenbereiche zu identifizieren.
2. Für den Zeitraum von 1999 bis 2006 wurde hingegen eine diskursanalytische Untersuchung von primären Quellen – in diesem Fall von Presseartikeln – durchgeführt, in deren Mittelpunkt die Rekonstruktion von Sicherheitsnarrationen in den öffentlichen Debatten über die Außenpolitik stand.

Für eine solche Auswahl und die Unterteilung des Untersuchungszeitraums der Studie sprechen ein forschungspraktisches und ein inhaltliches Argument: Zum einen erlaubt es die verfügbare sekundäre Literatur, die wesentlichen außenpolitischen Debatten der 1990er Jahre zu charakterisieren, was sich für die spätere Zeit als schwierig erweist, da bisher nur wenige Arbeiten entstanden sind, die diesen Zeitraum abdecken. Zum anderen kann das Jahr 1999 als eine Zäsur in den polnischen Diskussionen über die Sicherheit angesehen werden. Es markiert die Auflösung eines außenpolitischen Konsenses, der sich im Laufe der 1990er Jahre herausgebildet hatte und sich im Hinblick auf die nationale Sicherheit durch eine starke prowestliche Orientierung auszeichnete. Diese Orientierung spiegelte sich in zwei klar definierten außenpolitischen Zielen wider: der Annäherung an die NATO (North Atlantic Treaty Organization) und an die EU (Europäische Union). Da 1999, angesichts der

gebräuchliche Variante verwendet. Der Grund hierfür ist, dass es immer noch keinen etablierten Begriff für „desecuritization“ in der deutschsprachigen Literatur gibt.

vollzogenen NATO-Mitgliedschaft Polens und der bereits 1998 eröffneten Beitrittsverhandlungen mit der EU, diese beiden Ziele als weitgehend erreicht erschienen, kann in den darauf folgenden Jahren eine zunehmende Differenzierung sowohl in Bezug auf die in der Öffentlichkeit diskutierten außen- und sicherheitspolitischen Themen als auch im Hinblick auf die Vielfalt der vertretenen Positionen beobachtet werden.

Die Untersuchung der in dieser veränderten Situation geführten außenpolitischen Debatten umfasst vier Themenbereiche, die entsprechend der sektoralen Unterscheidung zwischen politischer und gesellschaftlicher Sicherheit behandelt werden (Kapitel 4): Zunächst wird die Konstruktion der politischen Sicherheit in den Narrationen über Russland und die transatlantischen Beziehungen bzw. die europäische Integration untersucht (Kapitel 4.1). Anschließend liegt der Fokus der Analyse auf der Konstruktion der gesellschaftlichen Sicherheit innerhalb des Europa-Diskurses (Kapitel 4.2). Der Textkorpus der Studie setzt sich aus ausgewählten Artikeln zusammen, die in den Jahren 1999-2006 in einer Tageszeitung (*Rzeczpospolita*) und zwei Wochenzeitungen (*Polityka* und *Tygodnik Powszechny*) erschienen sind. Untersucht wird also ein Ausschnitt des polnischen Diskurses über die äußere Sicherheit des Landes, der in den in der Presse rezipierten öffentlichen außenpolitischen Debatten zu finden ist.

Das Erkenntnisinteresse der Studie besteht darin, den Umgang mit den sowohl von der Öffentlichkeit als auch von der Politik als wichtig befundenen außenpolitischen Themen zu beleuchten. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob es sich um Themen handelt, die mit der Sicherheit in Verbindung gebracht werden (*securitization*), oder ob sie aus dem sicherheitsrelevanten Bereich herausgenommen werden sollen (*desecuritization*). Als Indikatoren gelten hier bestimmte diskursive Strukturen, die in den Problemerkzählungen anzutreffen sind. Gezeigt wird, wie innerhalb eines außenpolitischen Themenbereichs Narrationen entstehen, wie sie strukturiert sind und welche Politikoptionen in ihrem Rahmen gefordert bzw. zugelassen werden.

Um diesen für die Studie zentralen Gedankengang zu verdeutlichen, kann an dieser Stelle ein Beispiel aus dem Bereich der polnisch-russischen Beziehungen angeführt werden: In der Narration über die Vergangenheit lassen sich zwei grundlegende Handlungsstrukturen identifizieren, die wesentlich zur Konstruktion der von Russland ausgehenden Bedrohung polnischer Staatlichkeit beitragen. Erstens handelt es sich

hier um eine wiederkehrende Opfer-Rolle, zweitens um die Feststellung ewiger Rivalität zwischen den beiden Staaten. Beide Strukturen werden mit symbolisch wirksamen historischen Referenzen untermauert und ermöglichen eine *securitization* der aktiven Ostpolitik Polens, die als eine Art „Versicherung“ gegen das Wiederbeleben des russischen Imperialismus angesehen wird. Ähnliche Analyseschritte lassen sich ebenfalls in der Untersuchung von Themenbereichen ausmachen, in denen es zur *desecuritization* kommt, d. h. wenn in Bezug auf ein „Sicherheitsproblem“ eine Entwarnung ausgesprochen wird.

Als ein erstes Ergebnis der Studie soll ein Überblick über die diskursiven Mechanismen und Ressourcen entstehen, die die Artikulation von Sicherheitsinteressen sowie ihre Legitimierung in der Öffentlichkeit ermöglichen. Des Weiteren soll die Studie durch die Aufzeichnung von *securitization*- und *desecuritization*-Prozessen eine differenzierte Sicht auf die Entwicklung sicherheitspolitischer Prioritäten in Polen bieten. Darüber hinaus zielt die gesamte Arbeit darauf ab, den narrationslogischen Ansatz zur Untersuchung der Konstruktion der äußeren Sicherheit anhand einer empirischen Anwendung zu überprüfen und anschließend zu reflektieren.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel: Nach diesen einleitenden Anmerkungen (Kapitel 1) widmet sich das folgende Kapitel 2 den theoretischen und methodischen Vorüberlegungen und geht der Frage nach, wie man sich mit Hilfe der Diskursanalyse der äußeren Sicherheit annähern kann. Hierzu werden zunächst in Grundzügen zwei sozialwissenschaftliche Debatten wiedergegeben. Im Mittelpunkt der ersten Debatte, die seit den 1980er Jahren im Bereich der *Security Studies* intensiv geführt wird, steht das Verständnis von Sicherheit. Die zweite Debatte betrifft den Zusammenhang zwischen der Sprache und der sozialen Welt, der im Kontext diskursanalytischer und diskurstheoretischer Ansätze eine zentrale Bedeutung in den Sozialwissenschaften einnimmt. Von besonderer Relevanz ist in diesem Bereich die Anwendung der Diskursanalyse als einer Methode, die den Zugang zur öffentlichen politischen Sinnbildung ermöglicht. In einem weiteren Schritt wird ein auf der Theorie der *securitization* basierender analytischer Rahmen entwickelt, der eine theoretische Grundlage für die Fallstudie darstellen soll. Abschließend wird mit der narrationslogischen Analyse eine Untersuchungsmethode vorgeschlagen, die darauf abzielt, durch den Fokus auf die narrative Struktur von Sicherheitsdiskursen der Prozesshaftigkeit von *securitization* und *desecuritization* Rechnung zu tragen.

Die Kapitel 3 und 4 bilden den empirischen Teil der Arbeit. Zunächst werden in Kapitel 3 die Grundlinien der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik in den Jahren 1989-1999 skizziert. Anschließend widmet sich Kapitel 4 der direkten Zielsetzung der vorliegenden Arbeit, d. h. einer Untersuchung von Sicherheitsdiskursen in den polnischen außenpolitischen Debatten in den Jahren 1999-2006. Im abschließenden Kapitel 5 werden in erster Linie die Ergebnisse der Fallstudie zusammengefasst. Des Weiteren wird den Fragen nachgegangen, wie der gewählte theoretische und methodische Ansatz zu bewerten ist und ob er sich dafür eignet, weitere Sektoren der polnischen Sicherheitspolitik bzw. die Konstruktion der politischen und gesellschaftlichen Sicherheit in anderen Ländern zu untersuchen.

2 Äußere Sicherheit und Diskursanalyse – theoretische und methodische Vorüberlegungen

Im folgenden zweiten Kapitel soll der theoretische Rahmen der Arbeit vorgestellt und reflektiert werden. Ziel ist es zunächst zu zeigen, wie sich eine diskurstheoretisch inspirierte Analyse der Außen- und Sicherheitspolitik eines Staates in die aktuellen wissenschaftlichen Debatten einordnen lässt, die gegenwärtig an der Schnittstelle zwischen zwei politikwissenschaftlichen Teilgebieten, d. h. der Außenpolitikforschung und den *Security Studies*, geführt werden. Darüber hinaus sollen vor allem die theoretischen Grundlagen für das konkrete Forschungsvorhaben gelegt werden.

Im Hinblick auf die Fragestellung der Arbeit wird im Folgenden der Versuch unternommen, Verbindungen zwischen der häufig bevorzugten Anwendung von Diskursanalyse im Bereich der Außenpolitikforschung und den jüngeren, sich vor allem in der europäischen Politikwissenschaft intensiv entwickelnden Ansätzen zur Erforschung von Sicherheitspolitik aufzuzeigen. Dabei soll ein Rahmen für die Untersuchung nationaler Außen- und Sicherheitspolitiken in Europa aufgezeichnet werden, in dem sowohl der durch die europäische Integration „transformierten“ Außenpolitik (Manners/ Whitmann 2000) von EU-Mitgliedstaaten als auch einem diskursiven Verständnis von Sicherheit Rechnung getragen wird. Diese theoretischen Vorüberlegungen erfolgen in drei Schritten: Erstens geht es um die theoretische Verankerung der vorliegenden Arbeit in den gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Debatten (2.1). Zweitens wird der Frage nachgegangen, wie sich ein diskursanalytischer Zugang zur Außenpolitik und das diskursive Verständnis von Sicherheit zu einem Untersuchungsmodell zusammenfügen lassen, das es ermöglicht, die Funktion von Sicherheitsdiskursen in den außenpolitischen Debatten besser zu verstehen (2.2). Drittens werden zum Abschluss des Kapitels die methodischen Fragestellungen der Fallstudie besprochen (2.3).

2.1 Theoretische Verankerung der Arbeit

Aus theoretischer Sicht lässt sich die Arbeit in zwei wichtige politikwissenschaftliche Debatten einordnen, die in den letzten Jahren intensiv geführt wurden: Zum einen handelt es sich hier um Diskussionen über konstruktivistische Ansätze in der Außenpolitikforschung. Zum anderen sind die jüngsten theoretischen Reflexionen über die Konzeptualisierung von Sicherheit im Bereich der *Security Studies* für den theoretischen Rahmen von zentraler Bedeutung, da in diesem Forschungskontext die Sicherheit zunehmend, über das militärische und strategische Feld hinaus, als ein umfassendes politisches und gesellschaftliches Phänomen verstanden wird. Die diskursanalytische Herangehensweise, die für das empirische Forschungsvorhaben gewählt wurde, fügt sich ebenfalls in den theoretischen Rahmen ein: Sowohl aus der Sicht der Anhänger des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen als auch in den jüngeren Ansätzen der *Security Studies* gehört die Diskursanalyse zu den bevorzugten Untersuchungsmethoden.

Um das für die vorliegende Arbeit grundlegende Untersuchungsmodell theoretisch zu untermauern, werden im Folgenden zunächst zwei Forschungsgebiete charakterisiert: Zunächst sollen die wichtigsten Entwicklungen in der Untersuchung von äußerer Sicherheit dargestellt werden, die sowohl den Zugang über den allgemeinen außenpolitischen Kontext (Außenpolitikforschung) als auch über den gezielten Fokus auf die Sicherheit (*Security Studies*) betreffen (2.1.1). Anschließend wird der Frage nach Grundlagen und Anwendungen von Diskursanalyse zur Erforschung von Sicherheit nachgegangen (2.1.2).

2.1.1 Entwicklungen in der Untersuchung von äußerer Sicherheit

2.1.1.1 Gesamtrahmen: Außenpolitikforschung

Wurde die Außenpolitik lange Zeit für ein „Stiefkind der theoretisch orientierten Internationalen Beziehungen“ (Medick-Krakau 1999: 8) gehalten, so kann in den letzten Jahren ein steigendes Interesse an der so genannten „theorieorientierten Außenpolitikforschung“ (Harnisch 2003: 313) beobachtet werden, die verschiedentlich sogar als eine neue Forschungsgeneration bezeichnet worden ist (Neack/ Hey/ Haney 1995, Harnisch 2003). Gleichzeitig wird die These aufgestellt, dass sich die theorieorientierte Außenpolitikforschung zunehmend aus dem Bereich der Internationalen

Beziehungen ausdifferenziert, um nach theoretischen und methodischen Anknüpfungspunkten innerhalb der gesamten Politikwissenschaft zu suchen (Harnisch 2003: 315).

Betrachtet man die Entwicklungen im Bereich der Außenpolitikforschung in den letzten Jahrzehnten, so lässt sich zunächst ein relativ stabiler Konsens in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand „Außenpolitik“ feststellen (Carlsnaes 2005: 335). Demnach umfasst die Außenpolitik – breit definiert – alle nach außen gerichteten Handlungen von Regierungen (White 2004: 11). Auch wenn manche Politikwissenschaftler ihre Unzufriedenheit über begriffliche Unschärfen zum Ausdruck bringen, scheint der Gebrauch von „Außenpolitik“ sowohl in der Alltagssprache als auch in der Wissenschaftssprache einigermaßen klar zu sein (Hellmann/ Wolf/ Schmidt 2007: 17). Im Alltag wird der Begriff hauptsächlich im Zusammenhang mit „weitgehend routinisierten Handlungen von herausgehobenen Politikern gegenüber anderen Staaten und deren Repräsentanten“ (ebd.) verwendet. Wissenschaftler bedienen sich zur Kennzeichnung von „Außenpolitik“ hingegen in der Regel solcher Kategorien wie Akteure und Handlungen. So werden unter dem Begriff „Außenpolitik“ „jene Handlungen staatlicher Akteure [verstanden], die auf die Ermöglichung und Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen in den internationalen Beziehungen abzielen“ (ebd.).

Trotz der vorherrschenden Übereinstimmung in Bezug auch die Definition von Außenpolitik bildet die Außenpolitikforschung ein recht eklektisches Forschungsfeld. Es ist durch eine Vielzahl an theoretischen Ansätzen gekennzeichnet. Die empirischen Analysen befinden sich hingegen häufig an der Grenze zwischen Politikwissenschaft und Politikberatung. Unter anderem aus diesem Grund litt die Außenpolitikforschung lange Zeit in theoretischer Hinsicht an zwei Schwächen (Hellmann 1999: 97-98): Zum einen war sie im Vergleich zur Analyse internationaler Politik empirisch und analytisch unterentwickelt; zum anderen wies sie erhebliche Schwierigkeiten auf, den außenpolitischen Wandel zu erfassen.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Außenpolitik lassen sich laut Peters (2007: 815) in den vergangenen Jahrzehnten drei grundlegende Herangehensweisen beobachten: Erstens handelt es sich hier um einen historisch deskriptiven Zugang, in dem einzelne Bereiche der Außenpolitik eines Landes geschildert werden. Dieser traditionelle Ansatz bestand hauptsächlich in langfristigen historischen Studien, die vor allem auf fallspezifischem Wissen basierten. Die

Außenpolitik wurde dabei als ein vom innenpolitischen Geschehen streng abgetrennter Politikbereich angesehen; geleitet durch die „Staatsräson“ gehörte sie zum Feld der „hohen Politik“, die nicht der demokratischen Kontrolle unterlag (Jackson/ Sørensen 2007: 225, Carlsnaes 2002). Bei der zweiten Herangehensweise haben wir es mit einer „erklärenden Außenpolitikanalyse“ (Peters 2007: 815) zu tun. Ihr Auftrag besteht darin, systematisch zu untersuchen, von welchen Faktoren die Inhalte staatlicher Außenpolitik beeinflusst werden. Der dritte und gleichzeitig jüngste Ansatz, der von einer kritischen Forschungsabsicht geleitet wird, fragt hingegen nach Bedingungen dafür, dass „Außenpolitik oder besondere Formen von Außenpolitik überhaupt erst möglich werden“ (Peters 2007: 815).³

Zeitlich markiert das Jahr 1990 eine Zäsur in der Außenpolitikforschung. Der Umbruch von 1989 und das Ende des Kalten Krieges führten zu der Erfahrung, dass die bis dahin in den Internationalen Beziehungen und der Außenpolitikforschung vorherrschenden Theorien weitgehend versagt haben (Harnisch 2003: 314).

Als Reaktion auf die realpolitischen Entwicklungen der 1990er Jahre einerseits und infolge der Auseinandersetzung mit der interpretativen Wende in den Sozialwissenschaften⁴ andererseits macht sich seither ein zunehmendes Interesse an der Theorieentwicklung im Bereich der Außenpolitikforschung bemerkbar (Harnisch 2003: 315-318).

Die Anfänge einer systematischen Außenpolitikforschung liegen in den 1950er Jahren (ebd.: 316). In den USA entwickelte sich in dieser Zeit ein neuer Zugang zur Außenpolitik, mit dem Anspruch systematische Theorien und Erklärungen herauszuarbeiten (Jackson/ Sørensen 2007: 225). Im Rahmen der Tradition der *Foreign Policy Analysis* (FPA), die mit Abstand die wichtigste Referenz auf diesem Forschungsgebiet darstellt (Wæver 1994), können zwei Generationen von Wissenschaftlern unterschieden werden: Die erste Generation, die in den 1950er und 1960er Jahren prägend war, verließ die bis dahin in der Forschung dominierenden deskriptiven Fallstudien, um mit modernen Techniken der Sozialwissenschaften und vergleichen

³ Vgl. auch Campbell 1998, Wæver 1995.

⁴ Die „interpretative Wende“ in den Sozialwissenschaften lässt sich an der Entstehung eines interpretativen Paradigmas und Forschungsprogramms festmachen, „in dem „gesellschaftliche Konstruktionen der Wirklichkeit“ als Aushandlungsprozess symbolisch vermittelter Wissens-Ordnungen zwischen sozialen Akteuren und als Herstellungsleistung in sozialen Praktiken untersucht“ werden (Keller 2007: 86). Das Grundlagewerk für das Paradigma stellt das 1979 erschienene Buch *Interpretive Social Science* von William M. Rabinows und Paul Sullivans dar (ausführlicher vgl. Keller 2007: 86-87, Mottier 2005).

den Analysen zu einer ersten Erklärung des außenpolitischen Verhaltens von Staaten zu gelangen (Neak/ Hey/ Haney 1995: 2). Laut Haftendorn (1990: 410-413) können in dieser anfänglichen erklärenden Außenpolitikforschung drei Hauptansätze beobachtet werden: Erstens handelt es sich um Ansätze für Untersuchungen von Entscheidungsprozessen (Snyder/ Bruck/ Sapin 1963). Zweitens wurde von James Rosenau (1966) ein vergleichender Zugang vorgeschlagen, der auf einer mehrere Einflussfaktoren umfassenden Vortheorie (*pre-theory*) der Außenpolitik basiert. Die dritte Herangehensweise sieht die Analyse von Entscheidungsumwelten vor (Sprout/ Sprout 1957).

Auf der Grundlage des prozessorientierten Ansatzes entwickelten Wissenschaftler der zweiten Generation später zwei weitere Forschungsrichtungen (Harnisch 2003: 317): Zum einen bildeten nun Entscheidungsprozesse in Kleingruppen den Untersuchungsgegenstand (Harnisch 2003: 317); zum anderen rückte der organisatorische Kontext, darunter vor allem bürokratische Strukturen und Prozesse, in den Mittelpunkt der Untersuchung.⁵ Auf den von James Rosenau geschaffenen Grundlagen entwickelte sich der Forschungsbereich der *Comparative Foreign Policy* (CFP) (ebd.), der zwar zahlreiche empirische Forschungsprojekte hervorgebracht hat, aber an der Theoriebildung scheiterte und hauptsächlich ein Klassifizierungsschema geblieben ist (Jackson/ Sørensen 2007: 225). Basierend auf der Herangehensweise von Harold und Margaret Sprout kristallisierten sich zwei Forschungslinien heraus (Harnisch 2003: 317): Zum einen lag der Schwerpunkt auf kognitiven und psychologischen Prozessen auf der Ebene einzelner Entscheidungsträger wie beispielsweise (Fehl-)Wahrnehmungen (Jervis 1976). Zum anderen wurde auf der Ebene von Nationalstaaten der Einfluss der öffentlichen Meinung (Mueller 1973) oder von nationalen „Rollenkonzepten“ (Holsti 1970) untersucht.

In der deutschen Politikwissenschaft gab es in derselben Zeit zwei Zentren der Außenpolitikanalyse (Harnisch 2003: 318): Neben der Erforschung der US-amerikanischen Außenpolitik an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Czempiel 1966 und 1979) entwickelte sich bereits seit dem Ende der 1970er Jahre eine Forschungslinie, die sich mit der bundesrepublikanischen Außenpolitik auseinandersetzte. In ihrem Rahmen wurden die Bürokratisierung der deutschen

⁵ Das bekannteste Beispiel liefert hier Graham Allison's Buch *Essence of Decision* (1971) über die Kubakrise von 1962.

Außenpolitik (Haftendorn 1978), die Auswirkung der Kanzlerdemokratie (Link 1971, Kaiser 1971, Kaack 1969) sowie das Verhältnis zwischen dem politischen System und gesellschaftlichen Akteuren (Risse-Kappen 1988) untersucht.

Fasst man die theoretischen Entwicklungen der Außenpolitikforschung vor 1990 zusammen, so lässt sich Folgendes festhalten: Das damalige Forschungsfeld im Allgemeinen und die amerikanische Tradition im Speziellen zeichnen sich durch eine gut entwickelte allgemeine Theorie und zahlreiche induktive empirische Studien aus (Smith 1986, Wæver 1994). Der Bereich wurde stark von US-amerikanischen Forschern dominiert, was der besonderen Stellung der USA zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation und dem damit zusammenhängenden Interesse an ihrer Außenpolitik entspricht. Darüber hinaus können Bestrebungen beobachtet werden, ein eigenständiges Forschungsfeld innerhalb der Internationalen Beziehungen zu etablieren (Hellmann 1999: 97, Harnisch 2003: 318).

Die beiden in den 1990er Jahren meist verbreiteten Ansätze in der Außenpolitikforschung – der Realismus und der liberale Institutionalismus – verbindet die rationalistische Annahme, dass politische Akteure darauf ausgerichtet sind, unter den gegebenen Bedingungen ihren Eigennutzen zu maximieren (Goldstein/ Koehane 1993: 4, Rittberger 2004: 11). Im Allgemeinen zeichnet sich die vom Rationalismus geprägte Außenpolitikanalyse dadurch aus, dass zur Erforschung bestimmter Aspekte der Außenpolitikgestaltung verschiedene Theorien herangezogen werden. So stützt sich die in der realistischen Tradition liegende Forschung beispielsweise auf die Spieltheorie, während im Rahmen der liberalen Perspektive häufig auf solche Erklärungen wie die komplexe Interdependenz oder den Einfluss internationaler Institutionen zurückgegriffen wird (Jackson/ Sørensen 2007: 225).

Die erste dieser beiden Denkschulen – der Neorealismus – war im Laufe der 1990er Jahre einer starken Differenzierung ausgesetzt (Harnisch 2003: 324). Während die klassische, von Kenneth Waltz vertretene Position lautet, der Neorealismus bringe keine Theorie der Außenpolitik hervor (Waltz 1996), versuchen Vertreter der jüngeren realistischen Forschergeneration, die systemische Theorie der internationalen Politik als Grundlage für die Außenpolitikanalyse zu nutzen (Elman 1996a und 1996b, Harnisch 2003: 322). Für die Formulierung einer neorationalistischen Theorie der Außenpolitik ist es dabei notwendig, die in der Theorie der internationalen Politik zentrale systemische Variable der „internationalen Machtverteilung“ in die für einen

bestimmten Staat relevante Variable „relative Machtposition“ zu transformieren (Kittel/ Rittberger/ Schimmelfennig 1995: 75). Anschließend muss die Frage beantwortet werden, auf welche Weise die relative Machtposition das außenpolitische Verhalten des Staates beeinflusst (Baumann/ Rittberger/ Wagner 1998: 3). Über diese Transformation von Variablen innerhalb des neorealistischen Modells internationaler Beziehungen hinaus greifen die in dieser Denkschule verankerten Außenpolitikanalysen häufig auf subsystemische, hauptsächlich innenpolitische Faktoren, um diese mit der systemischen Sicht zu kombinieren und dadurch zu einer umfassenden Erklärung des außenpolitischen Verhaltens zu gelangen (Fearon 1998, Harnisch 2003: 322).

Als Beispiele theoretischer Auseinandersetzung mit der Außenpolitik im Rahmen des neorealistischen Paradigmas können mit Sebastian Harnisch (2003: 322-323) Arbeiten dreier Wissenschaftler genannt werden: Snyder (1991), Wohlforth (1993, 1995) und Rittberger (2001). Jack Snyder, der vergleichend die Außenpolitiken Japans, des Deutschen Reiches, Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA untersuchte, kam zu dem Ergebnis, dass bei der Beantwortung der Frage, wann die Staaten zur „imperialen Überdehnung“⁶ neigen, die Position partikularer Interessengruppen im politischen System einen wichtigen Erklärungsfaktor darstellt. William Wohlforth, der sich mit der sowjetischen Außenpolitik der 1980er Jahre beschäftigte, stellte hingegen fest, dass den Wandel der Außenpolitik unter Gorbatschow Veränderungen in der Perzeption von Macht und nicht der „realen“ Macht einleitete. In der von Volker Rittberger geleiteten Untersuchung der deutschen Außenpolitik nach 1990 ging es dagegen hauptsächlich um einen vergleichenden Theorietest, der anhand der Untersuchung solcher Tendenzen wie Autonomiestreben und Einflussmaximierung im außenpolitischen Verhalten Deutschlands beträchtliche Erklärungslücken des Neorealismus deutlich machte.

Während – wie die hier angeführten Beispiele zeigen – in vielen realistischen Außenpolitikanalysen der 1990er Jahre auf Elemente anderer theoretischen Denkrichtungen zurückgegriffen wurde, kann im Fall liberaler Ansätze zur Erforschung von Außenpolitik eine integrative Tendenz beobachtet werden, die hauptsächlich mit der Bestrebung zusammenhängt, eine liberale Theorie der Internationalen Beziehungen

⁶ Der Begriff der „imperialen Überdehnung“ (*imperial overstretch*) wurde zuerst von dem amerikanischen Historiker Paul Kennedy (*The rise and the Fall of the Great Powers*, 1987) verwendet. Zu den Formen der imperialen Überdehnung vgl. z. B. Münkler 2005: 172-183.

auszuarbeiten (Harnisch 2003: 325). Der „liberale Institutionalismus“ von Andrew Moravcsik (1992, 1997 und 1998) geht davon aus, dass die Außenpolitik und die internationale Politik, die als deren aggregierte Form verstanden werden kann, sich mithilfe innerstaatlicher Strukturen der Interessenvermittlung erklären lassen (Bienen/Freund/ Rittberger 1999: 6-7, Harnisch 2003: 326). Die Durchsetzung eigener Interessen durch Individuen und gesellschaftliche Gruppen, die sich rational und risikoscheu verhalten, führt dabei zur Formulierung nationaler Präferenzen, die die Ziele der Außenpolitik bestimmen (Harnisch 2003: 326, Rittberger 2004: 15). In einem derartigen Verständnis der Mechanismen der Außenpolitikgestaltung spiegelt sich das Phänomen der Vergesellschaftung auswärtiger Politik wider (Steinhilber 2006: 171).

Die liberale Politikwissenschaft widmete sich in den 1990er Jahren verstärkt der Außenpolitikanalyse. Zu ihrem Forschungsprogramm gehörten dabei verschiedene Fragestellungen (Harnisch 2003: 326-328): Zum einen handelte es sich um Arbeiten, die sich mit den Wechselwirkungen staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen und außenpolitischem Verhalten befassen und häufig zur Bildung von Typologien führen. Dabei wird z. B. zwischen den so genannten „schwachen“, d. h. von der Gesellschaft dominierten, und „starken“, d. h. sich durch größere Autonomie des Regierungsapparates auszeichnenden, Staaten unterschieden (Risse-Kappen 1991, Evangelista 1995). Zum anderen liefert die Europäische Integration einen wichtigen Themenbereich liberaler Außenpolitikanalysen. Als ein Beispiel aus der empirischen Forschung auf diesem Gebiet kann an dieser Stelle die Untersuchung der deutschen Europapolitik von Jeffrey Anderson angeführt werden (1999), in der anhand eines Zusammenspiels von Interessen, Institutionen und Ideen für eine analytische Trennung zwischen der konstitutiven (Vertragsverhandlungen) und der regulativen (gemeinsame Politiken) Europapolitik plädiert wird.

Sowohl neorealistische als auch liberale Ansätze in der Außenpolitikforschung werden dafür kritisiert, dass sie die „ideellen“ Grundlagen der Außenpolitik wie die politische Kultur, Identität, Normen und Werte vernachlässigen (Wagner/ Baumann/ Hellmann 2001: 3). Während die rationalistische Außenpolitikforschung die Nutzenmaximierung im Rahmen gegebener Präferenzen als die hauptsächliche Handlungsmotivation der Akteure ansieht, gehen ihre Kritiker von einem Zusammenhang zwischen den Akteuren bzw. Strukturen und sozialen Kontexten aus (Harnisch 2003: 329). Die Grundannahmen, dass „die soziale Welt nicht objektiv gegeben ist,

sondern sozial konstruiert wird“ (Dunn/ Mauer 2006: 189), sowie dass die Interessen der Akteure nicht exogen, sondern Ergebnis gesellschaftlicher Konstruktionen sind (Harnisch 2003: 330), verbinden Vertreter des Post-Positivismus und des Post-Rationalismus. Überträgt man diese Annahmen auf die Außenpolitikforschung, so rückt in dieser Perspektive, die als *Konstruktivismus* bezeichnet wird, vor allem der Prozess der Politikformulierung in den Mittelpunkt der Analysen (Hellmann 1999: 100).

Betrachtet man den theoretischen Kern konstruktivistischer Ansätze in den Sozialwissenschaften, kann man zunächst im Hinblick auf die Ontologie feststellen, dass ihr Vorstellungen über den Untersuchungsgegenstand zugrunde liegen, die von der Konstruktion sozialer Welt ausgehen (Ulbert 2005: 9; Dunn/ Mauerer 2006: 189, Risse 2003: 99, Wiener 2003: 133). Die sozialen Strukturen sind demnach Ergebnis gesellschaftlicher Praktiken, d. h. sie sind sozial konstruiert, was ihnen einen kontingenten und veränderbaren Charakter verleiht. Da es sich bei sozialen Konstruktionen um Sinninterpretationen handelt, wird im Konstruktivismus den „Ideen“ eine besondere Bedeutung zugeschrieben (Risse 2003: 99). In den Analysen der internationalen Politik spiegelt sich dies häufig in der entscheidenden Rolle, die den ideellen Einflüssen beigemessen wird (Weller 2005: 35). Dabei wird von den Konstruktivisten betont, „dass auch ideelle (soziale) Strukturen als „objektiv“ oder „real“ betrachtet werden können, da sie intersubjektiv geteilt werden“ (Ulbert 2005: 14). Die ontologische Frage steht auch im Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen den Anhängern von Konstruktivismus und Realismus in den Internationalen Beziehungen. Der hauptsächlich von Kenneth Waltz und seiner *Theory of International Politics* (1979) inspirierte strukturelle Realismus stellt dabei ein besonderes Ziel konstruktivistischer Kritik dar. Geht der strukturelle Realismus von Anarchie und Verteilung relativer Macht als Determinanten internationaler Politik aus, so wird ihm von konstruktivistischer Seite generell vorgehalten, den häufig entscheidenden Faktor – nämlich intersubjektiv geteilte Ideen – zu vernachlässigen (Copeland 2006: 1, Sjöstedt 2007: 236).

Was die epistemologischen Grundlagen des Konstruktivismus angeht, basieren diese auf der Annahme, das Wissen sei ein Ergebnis sozialer Konstruktionen. Aus ihr lässt sich auch das allgemein geltende Ziel konstruktivistischer Analysen ableiten: Es soll der Frage nachgegangen werden, „wie und im Rahmen welcher Prozesse diese Konstruktionen erzeugt werden“ (Ulbert 2005: 9-10). Der wissenschaftliche Auftrag lässt sich dabei anhand der Unterscheidung zwischen „Erklären“ und „Verstehen“

präzisieren: Anstatt „Erklären“, das sich mit der Identifikation kausaler Zusammenhänge gleichsetzen lässt, soll hier in einem Verstehensprozess die Wirklichkeit rekonstruiert werden (Ulbert 2005: 20). In dieser Aufgabe geht es darum, „Merkmale und Eigenschaften unter Bezugnahme auf die Strukturen zu erklären, die der Existenz dieser Eigenschaften zugrunde liegen, also für sie konstitutiv sind“ (Ulbert 2005: 21). Die konstruktivistischen Ansätze ziehen demzufolge den kausalen Beziehungen die konstitutiven Beziehungen vor: Während die Ersteren Ursache-Wirkungs-Beziehungen sind und davon ausgehen, dass die Ursache und die Wirkung voneinander getrennt existieren und zeitlich versetzt auftreten, beziehen sich Letztere auf die Frage, wodurch die Sache konstituiert wird, d. h. wessen Qualitäten sie erhält (Baumann 2006: 56-57).

Insgesamt kann man festhalten, dass sich das konstruktivistische Denken in den internationalen Beziehungen durch drei wesentliche Merkmale auszeichnet (Copeland 2006: 3): Erstens soll die internationale Politik durch intersubjektiv geteilte Ideen, Werte und Normen beeinflusst werden. Zweitens haben diese ideellen Strukturen konstitutive und nicht nur regulative Effekte auf Akteure. Drittens ko-konstituieren und ko-determinieren sich ideelle Strukturen und Akteure gegenseitig, d. h. Strukturen konstituieren zwar Akteure durch ihre Interessen und Identitäten, sie werden aber auch durch diskursive Praktiken der Akteure produziert, reproduziert und verändert.⁷

Die vom Konstruktivismus inspirierten Fragestellungen im Bereich der Internationalen Beziehungen lassen sich nach Ulbert (2005: 11) in zwei Kategorien unterteilen: Die erste Gruppe setzt sich aus (meta-)theoretisch orientierten Arbeiten zusammen, in denen Grundlagen des ontologischen Verständnisses internationaler Politik ausgearbeitet oder erkenntnistheoretische Grundlagen der Sozialwissenschaften hinterfragt werden. Diese Kategorie ist inzwischen sehr ausdifferenziert und umfasst unterschiedliche Theoriebildungen.⁸ Die zweite Kategorie bilden empirische konstruktivistische Studien, in denen es um die Analyse von Einflüssen nichtmaterieller

⁷ Zum Umgang mit dem Akteur-Struktur-Problem in den Internationalen Beziehungen vgl. ausführlicher Doty 1997, Risse 1999: 36-38, Risse 2003: 105-106, Baumann 2006: 56-59.

⁸ Einzuordnen sind hier laut Risse (2003: 102) die systemische Theorie der internationalen Politik von Alexander Wendt (1999), konstruktivistisch inspirierte liberale und institutionalistische Ansätze (z. B. Katzenstein 1996, Finnemore 1996, Risse-Kappen 1995), neo-gramscianische Ansätze (van Appeldoorn 2002), feministische Theoriebildungen (Trickner 2002), radikal-konstruktivistisch geprägte und sprachtheoretisch orientierte Analysen der Außenpolitik (Campbell 2002, Doty 1993 und 1996, Krause / Williams 1997, Milliken 1999, Weldes 1999, Zehfuß 1998 und 2002, Sjöstedt 2007) sowie der *securitization*-Ansatz der „Kopenhagener Schule“ um Ole Wæver und Barry Buzan (Buzan/ Wæver/ Wilde 1998, Wæver 1995 und 1997, Kazan 2003, Hansen 2006).

Faktoren im Politikprozess geht. Sie basieren auf der Annahme der intersubjektiven Konstruktion von sozialer Wirklichkeit. Der Forschungszweck liegt hier in der „De-konstruktion von bestehenden Konzepten und vermeintlichen Wissensbeständen mit dem Ziel der Aufdeckung von Machtbeziehungen“ (ebd.). Da die Vermittlung sozialer Konstruktionen im Politikprozess sprachlich verläuft, greifen die Forscher häufig auf unterschiedliche Formen der Text- und Diskursanalyse zurück (ebd.: 12). Insbesondere bei den europäischen Konstruktivisten, die – stärker als die Anhänger des amerikanischen „moderaten“ „Sozialkonstruktivismus“ von Alexander Wendt – von wissenssoziologischen und sprachphilosophischen Traditionen geprägt sind (ebd.: 12-13), kommt der Sprache eine zentrale Rolle zu.

Versucht man die einzelnen konstruktivistisch geprägten Ansätze in der Außenpolitikforschung zu systematisieren, so können nach Harnisch (2003: 331-336) anhand der Erscheinungsformen von Ideen vier Typen der empirischen Außenpolitikanalysen unterschieden werden:

1. Die erste Kategorie bilden Arbeiten, die sich mit *Denk- und Weltbildern* auseinandersetzen. Da ihr Ursprung in den Analysen von Einstellungsmustern der Eliten liegt, wurden sie zu Beginn der 1990er Jahre zunächst auf der Ebene einzelner Entscheidungsträger durchgeführt (z. B. Walker 1990), während Aspekte wie die soziale Vermittlung und soziale Lernprozesse erst zum Ende des Jahrzehnts an Bedeutung gewannen (z. B. Harnisch 2000).
2. Die zweite Gruppe umfasst Analysen, in deren Zentrum *Rollenkonzepte* stehen. Unter dem Begriff *Rollenkonzept* verbirgt sich dabei „eine besondere Form außenpolitischer Wertorientierung und außenpolitischen Stils“ (Kirste 1998: 45), die durch Eigen- und Fremderwartungen konstituiert wird (Harnisch 2003: 334). Sebastian Harnisch unterscheidet in seinem Überblick über die theoriegeleitete Außenpolitikforschung drei von der Rollentheorie inspirierte Entwicklungslinien: Erstens sind hier vergleichende Studien zu finden, in denen die außenpolitischen Eigenerwartungen unterschiedlicher Staaten analysiert werden (Le Prestre 1997). Der zweite Typ von Analysen untersucht die Bedeutung verschiedener Rollensegmente (z. B. Mediator, Führer etc.) für die Konstitution nationaler Rollen (z. B. Goetschel 1999). Die dritte Forschungslinie umfasst ebenfalls vergleichende Arbeiten, die allerdings von bestimmten Idealtypen (z. B. „Zivilmacht“) ausgehen und ihre Stabilität bzw. Veränderbarkeit untersuchen (Mauß 1990, Kirste 1998).

3. Der dritte Typ konstruktivistischer Außenpolitikanalysen basiert auf den *außenpolitischen Identitäten*, die als Quellen des außenpolitischen Verhaltens der Staaten fungieren. In diesem Rahmen lässt sich eine Vielfalt an Studien beobachten, die sich in erkenntnistheoretischer Hinsicht zwischen den zwei Polen des *thin* und des *thick constructivism*⁹ bewegen: Den einen Pol bilden stärker positivistisch geprägte Arbeiten (Wendt 1992, 1994 und 1999, Risse 1999 und 2003, Katzenstein 1996 und 1997), den anderen diskurstheoretisch untermauerte Ansätze, die sich vor allem im Umkreis von Ole Wæver und der „Kopenhagener Schule“¹⁰ entwickelt haben (Wæver 1994 und 2002, Larsen 1997, Kazan 2003, Hansen 2006).
4. Die vierte vom Konstruktivismus inspirierte Herangehensweise an Außenpolitik besteht aus einer konstruktivistischen Erweiterung des neoliberalen Institutionalismus. Der so genannte sozialkonstruktivistische Institutionalismus geht davon aus, dass „Institutionen nicht nur Akteursverhalten regulieren, sondern auch die Identitäten ihrer Mitglieder konstituieren“ (Harnisch 2003: 339). In den Außenpolitikanalysen wird daher nach *Normen* gesucht, die sich auf die staatliche auswärtige Politik auswirken, wodurch die Abhängigkeit der Akteure von sozialen Strukturen betont wird. Zu den wichtigsten Fragestellungen, die mithilfe des sozialkonstruktivistischen Institutionalismus angegangen worden sind, gehört neben der „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik (Hampton 1996, Katzenstein 1997a) auch die Frage, welche Effekte auf die Außenpolitik europäischer Staaten die Institutionalisierung der Europäischen Union mit sich bringt (Smith 1998).

Der theoretische Ansatz der vorliegenden Studie entspricht in der obigen Zusammenstellung dem dritten Typ der Außenpolitikanalysen. Er ordnet sich in die in den 1990er Jahren entwickelte skandinavische Tradition der Außenpolitikforschung ein, die sich auf eine diskursanalytische Vorgehensweise zur Erforschung nationaler Außenpolitiken stützt. Sie basiert auf einer eher schwachen Theorie und

⁹ Der Unterschied zwischen dem so genannten „thin“ und „thick constructivism“ bezieht sich auf erkenntnistheoretische Annahmen: „Als *thin constructivism*“ können solche Ansätze verstanden werden, die weder grundsätzlich die Möglichkeit von Wahrheitsaussagen noch prinzipiell die Möglichkeit von Kausalitätsaussagen (konstitutive und kausale Theoriebildung) bestreiten. „*Thick constructivism*“, pragmatische und post-moderne Ansätze gehen (tendenziell eher) davon aus, dass weder die Möglichkeit von Wahrheitsaussagen jenseits des individuellen Betrachters besteht, noch dass kausale Aussagen jenseits konstitutiver Theoriebildung möglich sind“ (Harnisch 2003: 330-331). Vgl. auch Palan 2000: 576, Carlsnaes 2002: 339, Diez 1998: 257.

¹⁰ Auf die Arbeiten der „Kopenhagener Schule“ wird in Kapitel 2.2.1 ausführlicher eingegangen.

umfassenden empirischen Studien: "The distinguishing feature is the central place of one theory in each study, a theory with internal coherence even if it means that the theory is in some sense incomplete or only able to cover rather small explanatory gaps." (Wæver 1994: 521). Die ersten empirischen Fallstudien, die seit dem Anfang der 1990er Jahre im Rahmen dieser Forschungslinie entstanden sind, versuchten, einen auf der Diskursanalyse basierenden theoretischen Ansatz zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, nichtmateriellen Quellen der Außenpolitik zu entwickeln und anzuwenden. So untersuchte beispielsweise Larsen (1997) die Verwendung solcher Konzepte wie *Nation / Staat*, *Sicherheit* und die *Natur der internationalen Beziehungen* in den britischen und französischen Diskursen der 1980er Jahre, mit dem Ziel, die damalige Europapolitik Frankreichs und Großbritanniens zu erklären. Ähnliche Ziele verfolgten auch Autoren weiterer Arbeiten in diesem Bereich, die sich mit der indischen (Banerjee 1997), US-amerikanischen (Sørensen 1998) oder auch türkischen (Kazan 2003) Außen- und Sicherheitspolitik auseinandersetzten.

2.1.1.2 Traditionen und Innovationen in den Security Studies

Auch wenn im klassischen Verständnis die Sicherheit und die Sicherheitspolitik der Außenpolitik zugeordnet werden und somit als ein Teilbereich der Außenpolitikforschung gelten (Hellmann 2007: 605), kristallisierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein eigenständiger Forschungsbereich heraus, der sich hauptsächlich der Sicherheitspolitik widmete. Die ursprünglich ausschließlich dem Militär reservierte Beschäftigung mit strategischen und militärischen Fragen geriet dabei zunehmend in das Blickfeld ziviler Forscher und Experten, die bereits im Laufe des Krieges an der militärischen Planung beteiligt waren (Walt 1991: 213-214). Der sich daraufhin vor allem in den Vereinigten Staaten dynamisch entwickelnde Forschungsbereich *Security Studies* wurde zwar in der politikwissenschaftlichen Forschung verankert, kennzeichnet sich allerdings bis heute durch Interdisziplinarität und einen gewissen Eklektizismus (ebd.: 214).

Die *Security Studies*, die traditionell als „*the study of the threat, use, and control of military force*“ (ebd.: 212, vgl. auch Nye/ Lynn-Jones 1988) definiert werden, gehen davon aus, dass der Konflikt zwischen den Staaten immer möglich ist und dass die Anwendung militärischer Gewalt sich in hohem Maß auf Staaten und Gesellschaften auswirkt (Walt 1991: 212). Das Ziel der Forschung liegt demnach darin, die Bedingungen der Gewaltanwendung, ihre Effekte auf individueller, staatlicher und

gesellschaftlicher Ebene sowie die staatliche Politik zur Vorbereitung, Vorbeugung oder Führung von Kriegen zu untersuchen (ebd.). In der Evolution des Forschungsfeldes können fünf verschiedene Phasen unterschieden werden: Die ersten Vorarbeiten liegen in der Forschung der Zwischenkriegszeit; anschließend lassen sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Jahrzehnte des Aufbaus (1945-1955), des „Goldenen Zeitalters“ (1955-1965), des „Niedergangs“ (1965-1975) und der „Renaissance“ (1975-1989) unterscheiden.

Auch wenn das Ende des Zweiten Weltkriegs, die Nuklearwaffen und der Beginn des Kalten Krieges als die wesentlichen Impulse für die Entwicklung der *Security Studies* angesehen werden (Nye/ Lynn-Jones 1988: 8), lohnt es sich zunächst, mit Baldwin (1995: 119-120) einen Blick auf die bereits in der Zwischenkriegszeit geschaffenen Grundlagen für die Beschäftigung mit der Natur, den Ursachen, Effekten und der Vorbeugung von Kriegen zu werfen. Exemplarisch für die damalige Forschung ist das 1942 erschienene Buch von Quincy Wright, *Study of War*, das die Ergebnisse eines seit dem Jahr 1926 laufenden, sehr umfassenden Forschungsprojekts präsentiert und sich mit legalen, moralischen, wirtschaftlichen, biologischen, psychologischen, historischen, soziologischen, anthropologischen, technologischen und philosophischen Aspekten von Kriegen befasst. Da das amerikanische Denken über die internationale Politik in dieser Zeit von Idealismus und Isolationismus geprägt war (Nye/ Lynn-Jones 1988: 8), wurde auch bei der Analyse internationaler Beziehungen insbesondere auf die Bedeutung des Völkerrechts und der internationalen Institutionen hingewiesen (Baldwin 1995: 119).

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich im Rahmen der *Security Studies* vier wiederkehrende Themen beobachten (Baldwin 1995: 122): Erstens wurde die Sicherheit in dieser Zeit nicht als das wichtigste Ziel aller Staaten angesehen, sondern vielmehr als einer von mehreren Werten, deren Bedeutung vom historischen Kontext abhängt. Zweitens wurde die nationale Sicherheit als ein Ziel verstanden, das sowohl mit militärischen als auch mit nichtmilitärischen Mitteln verfolgt werden kann. Drittens führten Erkenntnisse über Sicherheitsdilemmata zur Betonung des vorsichtigen Umgangs mit der Militärpolitik. Viertens wurde in der Forschung dem Zusammenhang zwischen nationaler Sicherheit und innenpolitischen Fragen viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Vergleicht man dieses breit gefächerte Forschungsprogramm der Jahre 1945-1955 mit der Ausrichtung des Feldes während des so genannten „Goldenen Zeitalters“ (1955-1965), erscheint es überraschend, wie wenig Eingang diese Themen in die Arbeiten späterer Wissenschaftler gefunden haben. Diese waren vor allem von der im Kontext der Nuklearwaffen dringenden Frage dominiert, “how could state use weapons of mass destruction as instruments of policy, given the risk of any nuclear exchange?” (Walt 1991: 214). Die Beschäftigung mit diesem Problem führte zu zahlreichen theoretischen Auseinandersetzungen mit der nuklearen Abschreckung und Eskalationsrisiken sowie zu normativen Arbeiten mit dem Schwerpunkt auf alternativen Strategien (ebd.). Zentrale Bedeutung wurde dabei solchen Aspekten wie der Instrumentalisierung von Bedrohungen oder der Machtprojektion beigemessen. In der Einschätzung von Kolodziej (1992: 2) handelt es sich hier zwar um ein breites und dringendes Forschungsprogramm, die einzelnen in diesem Rahmen behandelten Fragen seien allerdings eng definiert und eher technisch gewesen.

Eine rückläufige Entwicklung der *Security Studies* in den USA fällt zeitlich mit dem Vietnamkrieg zusammen (Walt 1991: 216, Baldwin 1995: 124). Die Gründe dafür waren vielfältig (Baldwin 1995: 124): Erstens hat der Vietnamkrieg dazu geführt, dass das allgemeine Interesse an den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion wie auch an der NATO und an der nuklearen Strategie abgenommen hat, die bis dahin die wichtigsten Schwerpunkte der Forschung gebildet hatten. Zweitens wurde der Forschung vorgeworfen, mit den legalen und moralischen Aspekten wesentliche Seiten militärischer Konflikte auszulassen. Drittens führte die im vorangegangenen Jahrzehnt dominierende Bemühung um eine starke Relevanz der sicherheitspolitischen Studien aus der Sicht der aktuellen Politik zur zunehmenden Annäherung der Wissenschaftler an die politischen Entscheidungsträger, was ihre unabhängige Position häufig in Frage gestellt hat. Viertens kann in dieser Zeit neben dem Niedergang traditioneller *Security Studies* ein steigendes Interesse an der Friedensforschung beobachtet werden. Betrachtet man hingegen das Forschungsfeld an sich aus einer soziologischen Perspektive, so fällt darüber hinaus auf, dass es neben dem rückläufigen Interesse an den Themen zugleich auch zu einem Problem mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs im Bereich der *Security Studies* kam. Dies war darauf zurückzuführen, dass die meisten von der ersten Generation der Wissenschaftler ausgebildeten Studenten eher als Experten oder Berater von der Regierung

beschäftigt wurden anstatt sich für eine wissenschaftliche Laufbahn zu entscheiden (Walt 1991: 216).

Die so genannte „Renaissance“ der *Security Studies* begann bereits Mitte der 1970er Jahre. Sie fällt zusammen mit dem Ende des Vietnamkriegs, einem neuen Förderprogramm der Ford-Stiftung für die sicherheitspolitische Forschung sowie der Gründung von *International Security* – einer wissenschaftlichen Zeitschrift, die schnell zum wichtigsten Diskussionsforum in diesem Forschungsbereich geworden ist. Der Neuanfang wurde zusätzlich symbolisch durch die Umbenennung des Untersuchungsgegenstands von der „nationalen Sicherheit“ in die „internationale Sicherheit“ bestätigt (Baldwin 1995: 125). Als Erklärung für das zunehmende Interesse an den *Security Studies* werden neben dem Ende des Vietnamkriegs auch das Scheitern der Entspannungspolitik, der bessere Zugang zu Daten sowie die Annäherung der sicherheitspolitischen Forschung an die in den Sozialwissenschaften allgemein geltenden Normen und Ziele genannt (Walt 1991: 220-221).

Schaut man sich zunächst die Evolution des Forschungsprogramms in dieser Zeit an, können dabei folgende neue Entwicklungen beobachtet werden (ebd.: 217-219): Die Bedeutung historischer Fallstudien und vergleichender Untersuchungen hat deutlich zugenommen (vgl. auch Nye/ Lynn-Jones 1988: 18-19). Die auf rationalistischen Annahmen basierende Abschreckungstheorie wurde durch Arbeiten herausgefordert, die sich auf die Psychologie und die Organisationstheorie stützten und die perfekte Information sowie das rationale Kalkül der Akteure zunehmend in Frage stellten. In Bezug auf die Nuklearwaffen begann eine neue Debatte über Strategie und Rüstungskontrolle, während konventionelle Waffen erneut in den Mittelpunkt theoretischer Ansätze und empirischer Arbeiten rückten. Über die Waffenpolitik hinaus lässt sich auch das steigende Interesse sicherheitspolitischer Forschung an der so genannten *Grand Strategy* erkennen, die die Sicherheitsproduktion sowohl mithilfe militärischer als auch diplomatischer Mittel voraussetzte.

Was die Entwicklung des Forschungsfeldes an sich angeht, so lassen sich, im Gegensatz zu der vorherigen Periode, zwei positive Trends beobachten (Walt 1991: 219): Zum einen wirkte sich die Wiedereinführung der nationalen Sicherheit in das Forschungsprogramm der Internationalen Beziehungen, die durch die Neuformulierung der realistischen Theorie durch Kenneth Waltz (1979) möglich gemacht wurde, positiv auf die theoretischen Entwicklungen aus. Zum anderen kann in dieser Zeit im

Bereich der *Security Studies* eine deutliche Schwerpunktverschiebung von Think Tanks zur akademischen Welt beobachtet werden.

Fasst man die hier skizzierten Ursprünge und Entwicklungen der *Security Studies* zusammen, so lässt sich festhalten, dass der Forschungsbereich hauptsächlich durch den Kalten Krieg und seine Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen geprägt war. Vor entscheidende Herausforderungen wurde er daher angesichts des Umbruchs von 1989 und der darauf folgenden neuen Weltordnung gestellt, die zum einen die Expertise der sicherheitspolitischen Studien in Bezug auf den Kalten Krieg und zum anderen den überwiegend militärisch geprägten Begriff von Sicherheit in Frage stellten (Baldwin 1995: 132).

Die Debatte um die Definition der Sicherheit hat im Bereich der *Security Studies* bereits Anfang der 1980er Jahre vor dem Hintergrund der Unzufriedenheit der Forscher mit dem für die Zeiten des Kalten Krieges typischen militärischen und nuklearen Schwerpunkt der sicherheitspolitischen Forschung begonnen. Der Position traditioneller Autoren folgend, lässt sich Sicherheit mit der „Abwesenheit einer militärischen Bedrohung oder dem Schutz eines Staates vor Angriff oder Umsturz“ (Haftendorn 1993: 15) gleichsetzen. Als Sicherheitspolitik wurden daher alle Maßnahmen eingeordnet, bei denen der militärische Faktor eine Rolle spielte (Siedschlag 2006: 13). Diese weitgehend technische Definition von Sicherheit wurde nun zunehmend in Frage gestellt und dies gleich in doppelter Hinsicht: Zum einen geriet angesichts der Wahrnehmung neuer Gefahren der enge militärische Fokus in die Kritik; zum anderen wurde der analytische Wert des Konzeptes „Sicherheit“ im Allgemeinen bezweifelt (Baldwin 1997: 10, Huysmans 1998).

In den Forderungen nach einer Ausweitung des Begriffs wurde hauptsächlich auf die steigende Bedeutung „ziviler“ Herausforderungen und Bedrohungen für Staat und Gesellschaft hingewiesen. In den 1970er und 1980er Jahren stellte zuerst die zunehmende Bedeutung von Wirtschafts- und Umweltfragen in den Internationalen Beziehungen einen wichtigen Erweiterungsimpuls dar. Darauf folgend brachten die 1990er Jahre eine wachsende Beunruhigung im Bereich der Identität sowie in Bezug auf die mit der internationalen Migration und Kriminalität verbundenen Probleme (Buzan/ Wæver/ de Wilde 1998: 2). So beruhten die Argumente zahlreicher Befürworter der Ausweitung des Begriffes auf einem thematischen Ansatz, dessen Aus-

gangspunkt das Plädoyer für die Berücksichtigung neuer, häufig nicht-militärischer Gefahren war.

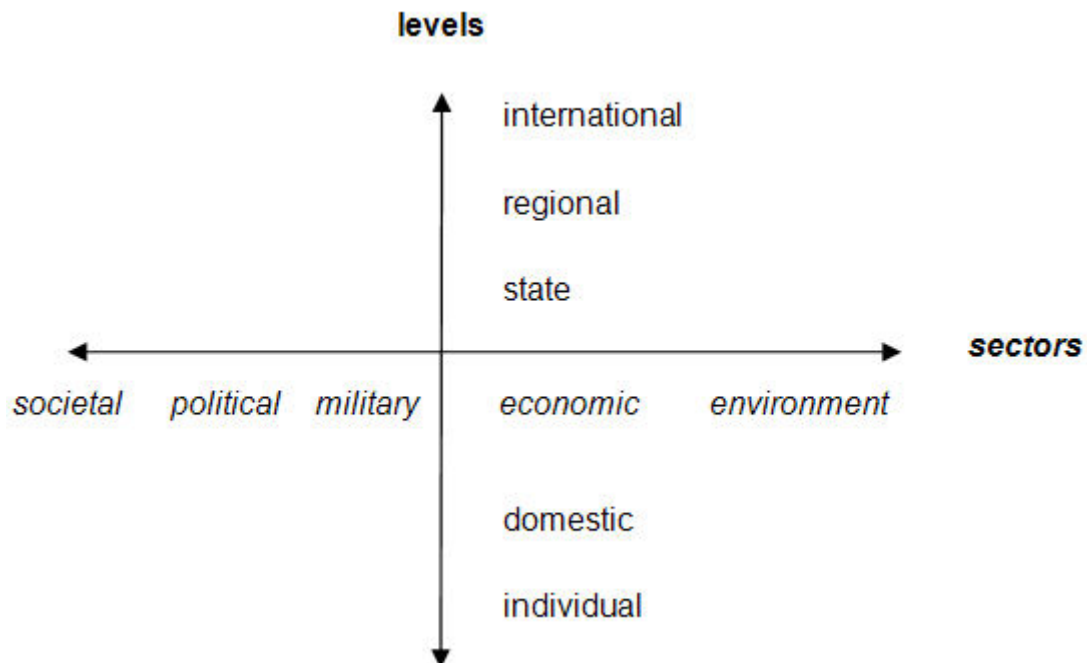


Abbildung 1: Dimensionen der Sicherheit (Quelle: Wæver 1997: 29)

Wie Abbildung 1 veranschaulicht, verläuft der Prozess der Ausweitung des Sicherheitsbegriffes entlang zweier Dimensionen und kann einerseits als eine Erweiterung und andererseits als eine Vertiefung aufgefasst werden (Wyn Jones 1999, Paris 2001: 97). Die Erweiterung bedeutet in diesem Kontext die Aufnahme neuer Bedrohungen in die sicherheitspolitische Agenda, d. h. die Einbeziehung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, politischer und ökologischer Gefahren und Risiken (Sektoren). Neben der traditionellen staatszentrierten Agenda finden auch andere Referenzobjekte der Sicherheit wie z. B. Individuen, das internationale System oder die Gemeinschaft (Ebenen) Berücksichtigung, was als eine Vertiefung des Begriffes zu verstehen ist (Wæver 1997: 29-35, Huysmans 1998: 227).

		What Is the Source of the Security Threat?	
		Military	Military, Nonmilitary, or Both
Security for Whom?	States	<u>Cell 1</u> National security (conventional realist approach to security studies)	<u>Cell 2</u> Redefined security (e.g. environmental and economic security)
	Societies, Groups, and Individuals	<u>Cell 3</u> Intrastate security (e.g. civil war, ethnic conflict, and democide)	<u>Cell 4</u> Human security (e.g. environmental and economic threats to the survival of societies, groups and individuals)

Abbildung 2: Matrix der *Security Studies* (Quelle: Paris 2001: 98)

Welche Effekte die Erweiterung und die Vertiefung des Sicherheitsbegriffes auf mögliche Fragestellungen sicherheitspolitischer Forschung haben, wird in Abbildung 2 deutlich. Auf der Grundlage eines umfassenderen Verständnisses von Sicherheit können vier Forschungsschwerpunkte unterschieden werden (Paris 2001: 98-100): Die erste Kategorie bilden Arbeiten, die sich auf militärische Bedrohungen der staatlichen Sicherheit konzentrieren. Diese werden hauptsächlich von Anhängern der realistischen Denkrichtung durchgeführt, die traditionell – vor allem in den USA – den Bereich von *Security Studies* dominiert haben. Die zweite Gruppe setzt sich aus Arbeiten zusammen, die sich mit den nichtmilitärischen Bedrohungen nationaler Sicherheit auseinandersetzen, während im Fokus der dritten Gruppe die militärische Bedrohung anderer, nichtstaatlicher Einheiten steht. In diesem Rahmen werden vor allem innerstaatliche militärische Konflikte analysiert, die Gesellschaften, bestimmte Gruppen oder einzelne Individuen in Gefahr bringen. Die letzte, vierte Kategorie entspricht dem in der Forschung zunehmend populären Begriff der *human security*. In den Analysen in diesem Bereich geht es generell um die Untersuchung militärischer und nichtmilitärischer Bedrohungen von Gesellschaften, gesellschaftlichen Gruppen und Individuen anhand der Auseinandersetzung mit den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen bzw. gesellschaftlichen Institutionen.

Berücksichtigt man die Vielfalt an möglichen Bedrohungen sowie die Vielzahl an Referenzobjekten der Sicherheit, die im Laufe der Ausweitung des Begriffes für die sicherheitspolitische Forschung relevant geworden sind, so lassen sich diese nur schwer im Rahmen einer Definition zusammenfassen. Ein Versuch, allgemein festzulegen, was eine Sicherheitsbedrohung sei, wurde jedoch beispielsweise von Richard H. Ullman unternommen. In seinem 1983 in der Zeitschrift *International Security* erschienenen programmatischen Artikel *Redefining Security* hat er vorgeschlagen, als Sicherheitsbedrohung eine Aktion oder eine Reihe von Ereignissen anzusehen, die (1) "threatens drastically and over a relatively brief span of time to degrade the quality of life for the inhabitants of a state, or (2) threatens significantly to narrow the range of policy choices available to the government of a state or to private, nongovernmental entities (persons, groups, corporations) within the state" (Ullman 1983: 133). Die Lebensqualität der Bevölkerung sowie die breite Palette an verfügbaren Politikoptionen wurden somit zum Synonym von „Sicherheit“ erkoren; die möglichen Sicherheitsbedrohungen erstrecken sich daher vom drastischen Abbau der Lebensqualität bis hin zur Einengung des politischen Spielraums des Staates.

Eine solche, sehr breit angelegte Definition der Sicherheit kann allerdings konzeptionelle und analytische Schwierigkeiten aufwerfen (Huysmans 1998, Schneider 2002). Die überwiegend aus den Reihen der Anhänger traditioneller *Security Studies* stammenden Kritiker weisen an dieser Stelle auf die Inkohärenzfalle hin (Walt 1991: 213). Durch die Einbeziehung neuer Bereiche (wie z. B. der Umwelt) sowie neuer Referenzobjekte (z. B. des Individuums) sei der Begriff so breit geworden, dass er seine essentielle und operative Bedeutung verliere. Umfasse er beinahe die gesamte politikwissenschaftliche Agenda, resultiere daraus zudem die Gefahr, dass er kein eigenes Forschungsprogramm hervorbringen kann (Baldwin 1995: 140, Schneider 2002). Wie die Darstellung der Argumente und Standpunkte in der Debatte zwischen den Anhängern des engen und des breiten Verständnisses von Sicherheit verdeutlicht hat, erweisen sich jedoch beide theoretischen Positionen als problematisch. Sie zeugen von realen Schwierigkeiten, eine operativ geeignete und gleichzeitig umfassende Definition von Sicherheit zu finden. Durch die Einengung des Begriffs fallen wichtige Problemfelder aus dem Interesse der Forschung heraus, während die Ausweitung dazu führt, dass der Begriff analytisch nur schwer brauchbar wird.

Aus den in der Debatte um den Begriff der Sicherheit deutlich gewordenen definitiven Problemen ergibt sich die Frage, wie man in der sicherheitspolitischen

Forschung die konzeptionellen Schwächen überwinden kann. Wie Schneider (2002: 60) anmerkt, liegt die Lösung des Problems nicht unbedingt in der goldenen Mitte; vielmehr geht es hier um die Rolle, die der Sicherheit in der Forschung zugeschrieben wird. Er plädiert dafür, dem bisher an zentraler Stelle stehenden *strategischen* Verständnis von Sicherheit ein *generatives* gegenüberzustellen und sich statt der rationalen Wahl von Zielen und Mitteln in interdependenten Entscheidungssituationen den reflexiven Zusammenhängen zwischen den Rahmenbedingungen und der Definition von Sicherheitsproblemen zu widmen (Schneider 2002: 61). Zentral für eine solche Forschungsperspektive ist es, die Funktion des Sicherheitsbegriffes an sich festzulegen, der „weder einen spezifischen politischen Prozess noch einen Zielwert beschreibt, sondern ein gesellschaftlich gewachsenes Instrument zur Komplexitätsreduzierung darstellt“ (Siedschlag 2006: 13).

Die Konfrontation mit solchen entscheidenden analytischen Problemen führte zu einer bedeutenden kritischen Diskussion des Konzeptes von „Sicherheit“, die Mitte der 1990er Jahre im Bereich der *Security Studies* geführt wurde. In den jüngeren theoretischen Arbeiten, die vor allem in Europa entwickelt und in der Fachliteratur sogar als *New European Security Theory* (NEST) bezeichnet wurden (Büger/ Stritzel 2005, vgl. auch Huysmans 1998a: 482-486), wurden die traditionellen Theorien internationaler Beziehungen in ihrem Kern – den Sicherheitsfragen – herausgefordert (Krause/ Williams 1997; Williams 2003: 511, Siedschlag 2006: 14). Somit ist in den vergangenen Jahren das gesamte Fachgebiet der Sicherheitspolitik zu einem sehr dynamischen und von intensiven Theoriediskussionen geprägten Forschungsbereich geworden (Williams 2003: 511).

Im Rahmen gegenwärtiger theoretischer Auseinandersetzungen mit dem Konzept der Sicherheit lassen sich drei entscheidende Diskussionszentren identifizieren, die mit der Entwicklung neuer Forschungsansätze befasst sind (Wæver 2004): (1) die „Kopenhagener Schule“ um Barry Buzan und Ole Wæver, (2) die „Waliser Schule“ um Ken Booth, Richard Wyn Jones und Michael Williams sowie (3) die „Pariser Schule“ um Didier Bigo. Während sich die „Kopenhagener Schule“ (McSweeney 1996: 81) das Ziel gesetzt hat, die innere Logik der Sicherheit als Grundlage für eine Theorie der *securitization* zu nehmen und auf dieser Basis ein diskursives Verständnis von Sicherheit zu etablieren (Buzan/ Wæver/ de Wilde 1998: 5), betrachtet die „Waliser Schule“ Sicherheit als Emanzipation der Individuen und Gemeinschaften von strukturellen Zwängen (Booth 1991: 319). Der letztere Ansatz, der auch als

*Critical Security Studies*¹¹ bezeichnet wird, stützt sich auf Traditionen der politischen Theorie und plädiert dafür, das traditionelle Referenzobjekt der Sicherheit, den „Staat“, durch das „Individuum“ zu ersetzen (Burke 2007: 7-8). Die „Pariser Schule“ baut hingegen auf dem Bourdieu'schen Begriff des „sozialen Feldes“ auf und untersucht das Feld der Sicherheit im Hinblick auf die Wissensproduktion durch Sicherheitsexperten. Diesen wird dabei die Funktion der „*professionnels de la gestion de la menace*“ (Bigo 1996 : 49) zugeschrieben: „Ce champ est déterminé, non pas tant par la possibilité de l'emploi de la force que par la capacité d'une *production d'énoncés sur la figure de l'ennemi*, c'est-à-dire par la capacité à imposer son autorité sur la définition de *qui fait peur*“ (Bigo 1996: 49).

Die drei hier erwähnten Denkschulen der *Security Studies* gehören neben den feministischen¹² und radikalen poststrukturalistischen¹³ Ansätzen zu den wichtigsten gegenwärtigen Innovationen mit Bezug auf die Theorien der Sicherheit. Für die vorliegende Untersuchung, die sich auf eine diskurstheoretisch inspirierte Definition der Sicherheit stützt, spielen hauptsächlich die Vorarbeiten der „Kopenhagener Schule“ eine entscheidende Rolle. Dieser theoretische Ansatz, und vor allem die Theorie der *securitization*, werden daher später genauer dargestellt und umfassender diskutiert (Kapitel 2.2).

2.1.2 Diskursanalyse

Das sozialwissenschaftliche Interesse an der Sprache machte sich seit dem Anfang der 1970er Jahre zunehmend bemerkbar. Diese Tendenz ist vor allem als eine Folge der sprachkritischen Wende (im Englischen als *linguistic turn* bezeichnet) in der Philosophie zu betrachten. Diese führte auch in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften zu einem Paradigmenwechsel sowie zur Entstehung neuer Forschungsprogramme, in denen die gesellschaftliche Artikulation von Wahrheiten und Fakten einen zentralen Platz einnahm (Dunn/ Mauerer 2006: 190). Eine verstärkte Beachtung der Sprache in der sozialwissenschaftlichen Forschung betraf die sprachlichen

¹¹ Für eine umfangreiche Vorstellung der Arbeiten der „Waliser Schule“ vgl.: Booth 2005, Jones 1999 und 2001, Krause/ Williams 1997.

¹² Ein interessantes Beispiel einer von feministischen Theorien geprägten Analyse der Sicherheit liefert J. Ann Trickner in ihrem Artikel *Feminist Perspectives on 9/11* (Trickner 2002a); für eine gute Übersicht der feministischen theoretischen Entwicklungen im Bereich der *Security Studies* vgl. Blanchard 2003.

¹³ Z. B. Der Derian 1995, Dillon 1996, Campbell 1998 [2002].

Handlungen, die zunehmend als bedeutsamer Untersuchungsgegenstand angesehen wurden. Vor allem im Rahmen konstruktivistisch geprägter Studien spiegeln sich die theoretischen Annahmen über die soziale Konstruktion von Wirklichkeit in den Forderungen nach Berücksichtigung der sprachlichen Ebene wider und führen zur dynamischen Entwicklung diskursanalytischer Untersuchungsmethoden.

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Bedeutung der Diskursanalyse in der sozialwissenschaftlichen Forschung und im Hinblick auf ihre Anwendung im Rahmen der vorliegenden empirischen Studie soll im Folgenden zunächst der Frage nach dem Verhältnis zwischen Sprache und sozialer Welt nachgegangen werden. An diese philosophischen Grundlagen schließt sich die Darstellung verschiedener Typen der Diskursanalyse an, die in der sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis anzutreffen sind. Zum Abschluss werden die Vorteile und Herausforderungen ihrer Anwendung im Bereich der Außenpolitikforschung diskutiert.

2.1.2.1 Sprache und die soziale Welt

Setzt man sich das Ziel, in einer auf konstruktivistischen Prämissen basierenden sozialwissenschaftlichen Untersuchung dem Gegenstand der „Außenpolitik“ näher zu kommen, stellt sich zunächst die Frage nach dem Verhältnis, in dem die zwangsweise „sprachlichen“ Konstruktionen und die soziale Welt bzw. die „Außenpolitik“ stehen. Für die Untersuchung ist es daher wichtig festzulegen, wie das Verhältnis zwischen Sprache und sozialer Wirklichkeit zu verstehen ist.¹⁴ In Anlehnung an die linguistischen Theorien kann die Funktion der Sprache in diesem Kontext auf zwei verschiedene Weisen aufgefasst werden (Baumann 2006: 64): Zum einen kann sie als „Abbild einer vorsprachlich existenten sozialen Welt“ (ebd.), zum anderen aber als „konstitutiver Bestandteil der sozialen Welt“ (ebd.) angesehen werden.

Die erste Auffassung unterstreicht den repräsentativen Charakter der Sprache. Sie basiert auf der von Ludwig Wittgenstein (1922) formulierten Abbildtheorie, die davon ausgeht, dass der Sinn der Sprache darin besteht, die Tatsachen abzubilden, aus denen sich die Welt zusammensetzt. Der Sprache wird in einer derartigen Perspektive die Rolle eines Mediums zugeschrieben, mit dessen Hilfe Beobachtungen und Erkenntnisse übermittelt werden (Baumann 2006: 67). Wie Baumann (ebd.) anmerkt,

¹⁴ Für eine umfassende, mit linguistischen Theorien untermauerte Diskussion der Beziehung zwischen Sprache und sozialer Wirklichkeit vgl. Baumann 2006: 64-71.

kann diese Sicht auf das Verhältnis zwischen der Sprache und der Realität in vielen Analysen im Bereich der Internationalen Beziehungen, darunter auch in den im Rahmen des sozialkonstruktivistischen Ansatzes von Alexander Wendt entstandenen Arbeiten, beobachtet werden, auch wenn sie nur selten explizit zum Ausdruck gebracht wird.

Die zweite Auffassung, in der die Sprache als ein konstitutiver Bestandteil der sozialen Welt angesehen wird, baut auf mehreren philosophischen Theorien auf. Neben den späteren Arbeiten Ludwig Wittgensteins spielt hier die Sprechakttheorie eine wesentliche Rolle (Baumann 2006: 68). Die Erkenntnis, dass das Sprechen allein eine Form des Handelns sei, die Wittgenstein mit Hilfe der Metapher eines Spiels veranschaulicht, wird in der Linguistik als *performative* Funktion der Sprache bezeichnet (vgl. ebd.: 69). So weist die von John Austin und seinem Schüler John Searl entwickelte Sprechakttheorie darauf hin, dass viele Äußerungen gleichzeitig eine Handlung darstellen (ebd.). Sie werden als „performative Sätze“ oder „performative Äußerungen“ charakterisiert; die Bezeichnung „performativ“ kommt dabei vom Verb „to perform“ (dt. „vollziehen“) und deutet an, dass man durch eine solche Äußerung eine Handlung „vollzieht“ (Austin 1972: 30). In der von John Searl ausgearbeiteten Weiterentwicklung der Sprechakttheorie wird darüber hinaus dargelegt, wie die performativen Äußerungen Veränderungen in der Welt zu Stande bringen können:

„Wir können zwar keinen Sachverhalt dadurch schaffen, daß wir ihn denken; aber wir können [...] sehen, wie es möglich ist, institutionelle Wirklichkeit mit Hilfe der performativen Äußerung zu schaffen. Wir können einen Sachverhalt dadurch schaffen, daß wir ihn als bereits geschaffen präsentieren.“ (Searl 2001: 180).

Sowohl der performative Charakter der Sprache als auch der von Searl aufgezeichnete Weg dahin, durch sprachliche Handlungen Veränderungen in der Welt zu bewirken, bilden wichtige Grundlagen für die Beschäftigung mit der Rolle der Sprache im Rahmen sozialwissenschaftlicher Forschung. Die Herausforderung liegt dabei in der Erforschung ihrer politischen und gesellschaftlichen Dimension: „Language is not a transparent tool functioning as a medium for the registration of data [...], but a field of social and political practice“ (Hansen 2006: 18).

Wird in den konstruktivistisch geprägten Arbeiten die Sprache als ein „wirklichkeitsabbildendes, wirklichkeitsdefinierendes und wirklichkeitsveränderndes Regelsystem“

(Dunn/ Mauer 2006: 189) verstanden, so stellt sich anschließend die Frage, auf welche Weise die empirische Forschung die Zusammenhänge zwischen der Sprache und der sozialen Welt erfassen und analysieren kann. Ein Instrument hierfür stellt die Diskursanalyse dar, die sich als eine für konstruktivistische Fragestellungen besonders geeignete Methode erwiesen und etabliert hat. Den Hauptgrund dafür liefert die Tatsache, dass in ihrem Mittelpunkt die Untersuchung des Gebrauchs von Sprache innerhalb eines sozialen Rahmens steht (Keller 2004: 8, Dunn/ Maurer 2006: 190). Auch wenn das diskursanalytische Forschungsgebiet von einer Vielzahl an Ausprägungen der Diskursanalyse gekennzeichnet ist, lassen sich in seinem Rahmen zwei Grundströmungen unterscheiden (ebd.: 191): Die Erstere umfasst linguistisch orientierte Diskursanalysen, in denen hauptsächlich die Modalitäten der Kommunikation untersucht werden, die Letztere hingegen eine soziologische Diskursanalyse, in der analysiert wird, wie es innerhalb gesellschaftlich institutionalisierter Diskursfelder zur Konstitution, Definition und Veränderung von Themen kommt. In dieser Unterscheidung können zwei wesentliche Ebenen für die Untersuchung von Diskursen erkannt werden (Ulbert 2005: 25): Die erste Ebene betrifft das Sprechen (bzw. das Gespräch), das als menschliche Handlungspraxis verstanden wird. Die zweite Ebene hingegen umfasst institutionalisierte Formen der Textproduktion, die zur Entstehung öffentlicher Diskurse führt.

2.1.2.2 Diskursanalyse und ihre Anwendung

Angeichts der zahlreichen Definitionen von Diskursen und Formen von Diskursanalyse würde es den Rahmen dieser Arbeit sprengen, auf die gesamte Entwicklung dieses interdisziplinären Forschungsgebiets im Detail einzugehen. Die folgende Darstellung, die sich in ihren Grundzügen an der Begriffsdiskussion bei Baumann (2006: 72-84) orientiert, wird sich daher auf drei für die sozialwissenschaftliche Forschung bedeutsame Diskurskonzepte beschränken: erstens den Diskursbegriff bei Jürgen Habermas, zweitens das soziolinguistische Verständnis und drittens das poststrukturalistische Diskursverständnis.

Die in der „Theorie des kommunikativen Handelns“ von Jürgen Habermas entwickelte *Diskursethik* greift auf die im vorherigen Abschnitt vorgestellte Sprechakttheorie von John Austin und John Searl zurück und begreift die Kommunikation als „verständigungsorientiertes Handeln“ (Kercher 2006a: 37). Habermas zufolge ist unter dem „rationalen Diskurs“ eine argumentative Auseinandersetzung zu verstehen, die

spezifischen Verfahrensprinzipien unterliegt, die sich weder durch Herrschaft noch durch strategisches Handeln verändern lassen. Ein solches kommunikatives Verfahren kann mit Münch (2002: 543) folgendermaßen charakterisiert werden: „Ausgehend von einer normativen Behauptung zu einem bestimmten Problem entfaltet sich der Diskurs als sukzessives, logisches Fortschreiten von einem Argument zum nächsten, wobei die Bezüge der Argumente zum Gegenstand immer allgemeiner und abstrakter werden – bis hin zu den allgemeinsten Vorstellungen vom Wahren, Richtigen und Guten, auf die man sich einigen kann“ (ebd.). Zentral dabei ist, dass die Auseinandersetzung „herrschaftsfrei“ erfolgt, d. h. dass die Teilnehmer ihre Positionen mit begründeten Argumenten untermauern müssen. Der Diskurs und die Herrschaft bzw. die Macht sind daher in diesem Kontext als Gegensätze zu verstehen. So aufgefasst, kann der „herrschaftsfreie Diskurs“ als ein Idealtyp angesehen werden (Keller/ Hirsland/ Schneider/ Viehöver 2001: 11) – „ein Ideal der gesellschaftlichen Deliberation und Entscheidungsfindung“ (Baumann 2006: 72).

Im Gegensatz zum idealtypischen Diskursbegriff bei Habermas wird der Diskurs im Rahmen soziolinguistischer Ansätze der insbesondere im angelsächsischen Raum sich entwickelnden *discourse analysis* hauptsächlich mit dem konkreten Sprachgebrauch in Verbindung gebracht. Es handelt sich vor allem um eine Methode zur Untersuchung unmittelbarer Kommunikationsprozesse (Keller/ Hirsland/ Schneider/ Viehöver 2001: 10). In der Perspektive der *discourse analysis* bzw. der *critical discourse analysis* (Fairclough 1989, Wodak 1989) umfasst der Diskurs drei Dimensionen, die bei der Analyse integriert werden sollten: den Gebrauch von Sprache, die Kommunikation von Ideen und die soziale Interaktion (Baumann 2006: 75).

Das poststrukturalistische Verständnis des Diskurses entwickelte sich im Anschluss an die strukturelle Linguistik Ferdinand de Saussures und seiner Nachfolger¹⁵ und basiert vor allem auf den von Michel Foucault¹⁶ geprägten Begriffen *Diskurs* und *diskursive Formation*. Ein Diskurs kann bei Foucault anhand der Regelmäßigkeiten bei der Formation der Objekte ausgemacht werden (Stäheli/ Tellmann 2002: 240); als eine *diskursive Formation* wird eine bestimmte empirische und historische

¹⁵ Für eine Darstellung der Sprachtheorie de Saussures und ihrer Rezeption in den Sozialwissenschaften vgl. Keller 2007: 103-106.

¹⁶ Vor allem in zwei Werken Michel Foucaults – „Archäologie des Wissens“ (1981) und „Die Ordnung des Diskurses“ (1974) – wird der Diskursbegriff in der allgemeinen Diskurstheorie verortet (ausführlicher vgl. Jäger 2001, Keller/ Hirsland/ Schneider/ Viehöver 2001: 11-12).

Existenzform von Diskursen bezeichnet (Jäger 1996). In diesem Sinne sollen laut Foucault Diskurse als Praktiken behandelt werden, „die systematisch Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault, zitiert bei Jäger 2001: 88). Es handelt sich dabei um Aussagen, die „eine bestimmte Lesart eines solchen Gegenstandes propagieren“ (Baumann 2006: 73). Sie spiegeln die Zusammenhänge zwischen Wissen und Macht wider (Keller/ Hirsland/ Schneider/ Viehöver 2001: 12). Gleichzeitig wird den Individuen, die die Texte produzieren, aus denen sich die Diskurse zusammensetzen, wenig Beachtung geschenkt (Baumann 2006: 74). Das Foucaultsche Diskursverständnis zeichnet sich also hauptsächlich durch den strukturierten Charakter der Sprache aus.

Aus der poststrukturalistischen Sicht wird auf zwei weitere wichtige Eigenschaften des Diskurses hingewiesen: seine Instabilität und seine Materialität. Wie Laclau und Mouffe (1985: 111) anmerken, ist, obwohl der Diskurs versucht, die Bedeutung in Form einer geschlossenen Struktur zu fixieren, weder eine absolute Fixierung noch eine absolute Nicht-Fixierung möglich. Die Bedeutung kann daher niemals „endgültig fest und stabil sein“ (Baumann 2006: 73). Die Betonung des materiellen Charakters diskursiver Strukturen fordert hingegen die klassische Dichotomie zwischen dem objektiven Feld jenseits diskursiver Interventionen und dem Diskurs, der als eine Gedankenäußerung aufgefasst wird (Laclau/ Mouffe 1985: 108). Wie Hansen (2006: 21-22) deutlich macht, betrifft die Unterscheidung zwischen dem Materiellen und dem Ideellen die Grundlagen westlicher Philosophie und kann in den Debatten wiedergefunden werden, die im Bereich der Internationalen Beziehungen zwischen den Rationalisten, moderaten Konstruktivisten und Poststrukturalisten kürzlich geführt wurden. Während die ersten zwei Gruppen im Rahmen ihrer Forschungsprogramme versuchen, die Erklärungskapazitäten ideeller Faktoren im Gegensatz zu den materiellen zu eruieren, behaupten die Poststrukturalisten, dass die Ideen und die Materialität nur zusammen eine Bedeutung erzeugen. „Emphasizing the material aspect of poststructuralism’s conception of discourse, the point is not to disregard material facts but to study how these are produced and prioritized“ (ebd.: 22). Das Erkenntnisinteresse der poststrukturalistischen Diskursanalyse richtet sich daher vor allem auf die symbolische und strukturelle Dimension von Diskursen, die Praxis der Diskursproduktion sowie diskursive Machtkämpfe (Keller/ Hirsland/ Schneider/ Viehöver 2001: 12).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die poststrukturalistische Diskursanalyse als eine kritische Öffnung der strukturalistischen Perspektive angesehen werden kann. Der Poststrukturalismus ist demzufolge nicht als „Nachstrukturalismus“, sondern als eine Erweiterung strukturalistischer Grundpositionen zu verstehen (vgl. ausführlicher Diaz-Bone 2006: 2). So werden in der vorliegenden Arbeit überwiegend strukturalistische Methoden und Ideen verwendet; der allgemeine Zugang zur Sprache kommt aber dem poststrukturalistischen Verständnis näher: „The various mechanisms of meaning generation that structuralists analyse can be registered but they will never be seen as full, complete, or self-confirming. Meaning is always an attempt, a process, a move that temporarily counters the indeterminacy of signification“ (Wæver 2005: 60).

Die Anwendung der Diskursanalyse in der Außenpolitikforschung kann laut Hellmann (1999: 98) als eine Antwort auf die jahrzehntelange theoretische Unterentwicklung des Forschungsbereichs betrachtet werden. Die neuen diskursanalytischen Impulse sind dabei als Folge einer Tendenz zu sehen, die sich dadurch auszeichnet, dass der argumentative Prozess der Politikformulierung immer stärker in den empirischen Fragestellungen berücksichtigt wird. Basierend auf der Feststellung sprachlicher Konstitution der Politik, wendet sich die Forschung zunehmend den Deutungsmustern und Argumenten innerhalb des außenpolitischen Diskurses zu (ebd.: 100). Ziel einer solchermaßen ausgerichteten Außenpolitikforschung ist demnach die Analyse der öffentlichen außenpolitischen Debatte (Rudolf 1999: 70). Es geht dabei nicht ausschließlich um die Erörterung verschiedener Positionen zu konkreten außenpolitischen Fragen, sondern vielmehr um die Hervorhebung der Bedeutung von „Weltbildern“, auf die sich diese Positionen stützen (Hellmann 1999: 101). Die Diskursanalyse wendet sich daher vor allem der Produktivität der Diskurse zu und hat das Ziel zu zeigen, „how an elite’s ‘regime of truth’ made possible certain courses of action by a state [...] while excluding other policies as unintelligible or unworkable or improper“ (Milliken 1999: 236).

Eine derartige Auffassung von der Zielsetzung der Außenpolitikforschung entspricht der Kritik, die in der konstruktivistischen Literatur an den sich auf Glaubenssystemen und psychologische Mechanismen stützenden Außenpolitikanalysen geübt wird. Larsen (1997: 3-7) fasst diese Kritik in drei Punkten zusammen: Erstens seien solche Arbeiten durch eine Tendenz gekennzeichnet, sich vor allem auf den individuellen Entscheidungsträger zu konzentrieren. Zweitens würden Überzeugungen und

psychologische Faktoren, aus einer externen Perspektive, positivistisch als „intervenierende Variablen“ und ohne Bezug zum gesamten Denk- und Glaubenssystem definiert. Drittens werde dort die Sprache als ein transparentes Medium betrachtet und ihre interne Dynamik nicht berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Herausforderungen, denen sich die außenpolitische Diskursanalyse stellt, besser einordnen: Der Sinn einer diskursanalytischen Herangehensweise in der Außenpolitikforschung liegt demzufolge darin, eine sozialwissenschaftliche Untersuchung auf der Makroebene zu ermöglichen, die innere Perspektive der Deutungssysteme zu berücksichtigen und gleichzeitig dem komplexen Gegenstand „Sprache“ gerecht zu werden.

Zwei entscheidende Vorteile, die bei der Wahl dieser Untersuchungsmethode zu erwarten sind, betreffen laut Hellmann (1999: 101) folgende Aspekte: Der erste und entscheidende Vorteil der Diskursanalyse ergibt sich aus einer klaren Abgrenzung von der kognitiven Ebene. Die Analyse zielt demnach nicht darauf ab, die inneren Motive, Interessen oder Überzeugungen der Akteure zu erfahren, sondern vielmehr die Mechanismen öffentlicher Sinnbildung und -strukturierung im nationalen Kontext zu erklären (Wæver 1994: 254). Ihr Fokus liegt auf den öffentlich ausgetragenen Diskursen, die – anders als die Handlungsmotive der Akteure – als empirisches Material leicht zu erfassen sind. Der zweite Vorteil der Diskursanalyse beruht darauf, dass sie Aussagen über künftige Tendenzen in der Außenpolitik eines Landes ermöglicht, weil die Diskurse Machbarkeitsszenarien und Politikempfehlungen strukturieren. Der außenpolitische Wandel, der sich durch „grundlegende Veränderungen in den internationalen Orientierungen eines Landes“ (Risse 1999: 43) bemerkbar macht, kann in diesem Kontext als die Veränderung „von Leitideen und Situationsdefinitionen“ (ebd.: 44) betrachtet werden.

Ein weiterer wichtiger Mehrwert der Anwendung der Diskursanalyse in der Außenpolitikforschung ergibt sich aus dem Vergleich zu der traditionellen Inhaltsanalyse. Die Diskursanalyse ermöglicht es, mehr zu untersuchen als nur den Inhalt der Texte und ihre syntaktische und semantische Struktur. Anstatt individueller Konstruktionen von Bedeutung steht in ihrem Mittelpunkt die „soziale Konstruktion von Wirklichkeitsbeschreibungen“ (Ulbert 2005: 26). Die Diskursanalyse ermöglicht es folglich zu schauen, wie bestimmte Aussagen gesellschaftlich und historisch verankert sind, sich verändern und sich gegenseitig beeinflussen (Cheek 2004: 1144).

Die Diskussion von Traditionen der Außenpolitikforschung und Möglichkeiten, die die Anwendung diskursanalytischer Ansätze in diesem Bereich der Politikwissenschaft mit sich bringt, zeigt, dass es sich um einen viel versprechenden Blickwinkel handelt, um im Detail auf Prozesse der Formulierung und Implementierung von Außenpolitik zu schauen. Während sich Forscher im Bereich der Internationalen Beziehungen in den letzten Jahren überwiegend mit dem Konzept des „Internationalen“ auseinandersetzen, scheint der nationale Rahmen für die Formulierung der Außenpolitik immer noch von großer Bedeutung zu sein. Eine auf dieser Ebene verankerte Untersuchung bietet die Möglichkeit, sich den zentralen nationalen Determinanten der Außenpolitik anzunehmen; durch den diskursanalytischen Ansatz kann zudem ihre soziale Konstruktion aufgedeckt werden.

2.2 Außenpolitik und das diskursive Verständnis von Sicherheit

Nachdem in Kapitel 2.1 der breite theoretische Rahmen der Arbeit umrissen wurde, sollen nun die für die vorliegende Studie entscheidenden Elemente noch einmal aufgenommen und genauer diskutiert werden. Mit dem Ziel, ein Modell für die Analyse der polnischen außenpolitischen Debatten in den Jahren 1999-2006 zu erarbeiten, wird es im Folgenden darum gehen, die diskursiven Ansätze aus dem Bereich der *Security Studies* mit den konstruktivistisch geprägten Überlegungen aus der Außenpolitikforschung zusammenzuführen. Das nachfolgende Teilkapitel befasst sich daher mit den Grundgedanken der Theorie der *securitization*, bevor im Detail auf den Untersuchungsgegenstand „Sicherheitsdiskurs“ eingegangen wird und abschließend die Implikationen für die Analyse der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik erläutert werden.

2.2.1 Die Theorie der *securitization*

Wie im vorherigen Kapitel bei der Diskussion der jüngeren Entwicklungen innerhalb der sicherheitspolitischen Forschung bereits erwähnt wurde, gehört die Theorie der *securitization* zu den drei neuesten Ansätzen, in denen theoretische Grundlagen für die Erforschung von Sicherheit herausgearbeitet werden. Der von der „Kopenhagener Schule“ um Ole Wæver und Barry Buzan unternommene Versuch, im Rahmen der Theorie der *securitization* der generativen Rolle von Sicherheit gerecht zu

werden und einen breiten, aber intellektuell kohärenten Begriff von Sicherheit auszu-
arbeiten, basiert auf konstruktivistischen Prämissen und führt ein diskursives Ver-
ständnis von Sicherheit ein. Als Hauptziel sicherheitspolitischer Forschung wird von
Buzan, Wæver und de Wilde (1998) in der Einführung zu ihrem Buch *Security: A
New Framework for Analysis* die Untersuchung der inneren Logik von Sicherheit
genannt:

„We take seriously the traditionalists’ complaint about intellectual incoherence
but disagree that the retreat into a military core is the only or the best way to
deal with such incoherence. We seek to find coherence [...] by exploring the
logic of security itself to find out what differentiates security and the process of
securitisation from that which is merely political.” (Buzan/ Wæver/ de Wilde
1998: 4-5).

Im Rahmen der Theorie der *securitization* wird die „Sicherheit“ nicht als eine objekti-
ve Bedingung sondern vielmehr als Ergebnis eines besonderen gesellschaftlichen
Prozesses – der sozialen Konstruktion von Sicherheitsthemen – angesehen
(Williams 2003: 513). In Anlehnung an die Sprechakttheorie¹⁷ wird Sicherheit hier als
ein Sprechakt verstanden:

„One can view ‘security’ as that which is in language theory called a speech act:
it is not a sign referring to something more real – it is the utterance in itself that
is the act: by saying it something is done (like betting, giving promise, naming a
ship).“ (Wæver 1997: 221).

Mithilfe von Sprechakten der Sicherheit – bezeichnet auch als *securitization* – wer-
den bestimmte Themen als sicherheitsrelevant eingestuft. Dabei wird nicht eine kon-
krete Sicherheitssituation beschrieben, sondern vielmehr durch Darstellung eine sol-
che geschaffen (Williams 2003: 153). In einem derartigen Mechanismus, der den
performativen Charakter von Sicherheit hervorhebt, lassen sich Elemente der Searl-
schen Weiterentwicklung der Sprechakttheorie wiedererkennen: Die Sicherheitssitua-
tionen werden demzufolge durch performative Äußerungen geschaffen, indem sie als
sicherheitsrelevant vorgestellt werden.

Die entgegengesetzte Bewegung, in der infolge bestimmter Sprechakte eine
Frage ihre sicherheitspolitische Relevanz verlieren soll, wird als *desecuritization*

¹⁷ Für eine Darstellung der Sprechakttheorie vgl. Kapitel 2.1.2.1.

bezeichnet. Insgesamt stehen hier drei Optionen zur Verfügung (Roe 2004: 284): Erstens sollten die in Frage kommenden Themen nicht im Sicherheitskontext behandelt werden, damit sie „möglichst ohne Beschwörung einer essentiellen Bedrohung auskommen“ (Diez 2005: 194). Zweitens, falls ein bestimmtes Thema bereits Gegenstand der *securitization* gewesen ist, sollte im weiteren Verlauf der Diskussionen darauf geachtet werden, dass keine Sicherheitsdilemmata oder Teufelskreise geschaffen werden (Wæver 2000: 253). Drittens sollte versucht werden, das Sicherheitsthema zurück in die „normale Politik“ zu befördern. Hilfreich könnte an dieser Stelle die Fokussierung auf eine bestimmte „entsicherheitlichende“ (*desecuritizing*) Narration sein, die das als sicherheitsrelevant eingestufte Problem auf gewisse Weise entschärft und in anderes Licht stellt (Huysmans 1998b: 587)¹⁸.

Im Laufe des *desecuritization*-Prozesses werden die zuvor versicherheitlichten Themen nicht „bewältigt“ (*managed*), was lediglich einer Normalisierung der Situation gleichen und keine Befreiung von der „Sicherheitsrhetorik“ bedeuten würde, sondern vielmehr „transformiert“ (*transformed*), d. h. aus dem Sicherheitsrahmen herausgenommen (Roe 2004: 285):

„But desecuritization is the optimal long-range option, since it means not to have issues phrased as “threats against which we have countermeasures” but to move them out of this threat-defense sequence and into the ordinary public sphere.” (Buzan/ Wæver/ de Wilde 1998: 29)

Betrachtet man das von der „Kopenhagener Schule“ ausgearbeitete Verständnis von Sicherheit im Kontext der Debatte um die Erweiterung und Vertiefung des Sicherheitsbegriffs, kann deren Beitrag als ein Versuch angesehen werden, gleichzeitig eine breite Agenda der sicherheitspolitischen Forschung und eine analytische Einschränkung zu ermöglichen, die den theoretisch unbegrenzten Charakter der auf diese Weise definierten „Sicherheit“ forschungspraktisch handhabbar werden lässt. Das diskursive Verständnis von Sicherheit erlaubt einerseits die Einbeziehung von Gefahren, die weit über den militärischen Sektor hinausgehen. Andererseits sorgt es aber für eine deutliche Begrenzung: Der Sprechakt der Sicherheit zeichnet sich

¹⁸ Als Beispiel einer solchen „entsicherheitlichenden Erzählung“ hat Jef Huysmans für den Umgang mit der Migrationsfrage (1998b) eine „Alltagsnarration“ vorgeschlagen: “A good starting point is a sociology of everydayness which differentiates the category of migration by representing the complex daily mediating migrants are involved in. It de-dramatises security questions by contextualising them in a wider social, economic, and political *problematic* expressed in everyday practices” (Huysmans 1998b: 588).

durch eine spezifische Struktur aus, die hauptsächlich auf einer besonderen Rhetorik basiert (Williams 2003: 513-514).

Über die Frage des inhaltlichen Umfangs des Begriffes hinaus ermöglicht das diskursive Verständnis von Sicherheit ebenfalls, den Gegensatz zwischen der objektiven und der subjektiven Sicherheit aufzulösen. In dem objektiven Umgang mit der Sicherheit wird angenommen, dass es eine tatsächliche Bedrohung gibt, wobei dieser Aspekt bei der Definition der „realen Sicherheit“ große Schwierigkeiten analytischer und politischer Art mit sich bringt. Dagegen setzt eine subjektive Sicht auf die Sicherheit voraus, dass Bedrohungen in der Gesellschaft hauptsächlich *wahrgenommen* werden. Eine Betonung des Unterschieds zwischen den beiden Perspektiven kann für die Betrachtung von Sicherheit insofern hilfreich sein, als sie die Aufmerksamkeit auf die Tatsache richtet, dass die Sicherheit von politischen Akteuren determiniert wird. Die Schwierigkeit liegt allerdings in der Bezeichnung „subjektiv“: Ob ein Problem als ein Sicherheitsthema definiert wird, hängt nicht von den einzelnen Individuen ab, sondern hat einen intersubjektiven Charakter (Buzan/ Wæver/ de Wilde 1998: 29-31, Huysmans 1998a: 493):

„Securitization is intersubjective and socially constructed: Does a referent object hold general legitimacy as something that should survive, which entails that actors can make reference to it, point to something as a threat, and thereby get others to follow or at least to tolerate actions not otherwise legitimate? This quality is not held in subjective and isolated minds; it is a social quality, a part of a discursive, socially constituted, intersubjective realm” (Buzan/ Wæver/ de Wilde 1998: 31).

Angeht es um ein solches Verständnis von Sicherheit, liegt die Herausforderung der empirischen Untersuchungen im Bereich der sicherheitspolitischen Forschung nicht nur darin, zu fragen, was unter dem Begriff „Sicherheit“ verstanden werden soll, sondern vielmehr zu zeigen, wie die Klassifizierung in die Sicherheitssphäre den Umgang der Politik mit bestimmten Problemen verändert: Inwieweit ändert sich beispielsweise das Verständnis wirtschaftlicher Themen, wenn sie als Sicherheitsthemen dargestellt werden? Führt die Bezeichnung der Energieversorgung als ein Sicherheitsproblem zu einem Umgang mit dieser Problematik, der militärischen Fragen ähnelt? Während die traditionelle, in den internationalen Beziehungen weit verbreitete Sicht auf die Sicherheit eine externe Wirklichkeit voraussetzt, auf die sich die

Sicherheit bezieht, kommt in der Theorie der *securitization* die Selbstbezüglichkeit der Sicherheit zum Erscheinen: „It does not refer to an external, objective reality but establishes a security situation by itself. It is the enunciation of the signifier which constitutes an (in)security condition” (Huysmans 1998: 232).

In diesem Sinne kann festgehalten werden, dass „Sicherheit“ als eine gesellschaftliche Praxis angesehen werden kann, die sich nicht durch eine deskriptive, sondern vielmehr durch eine performative Wirkung auszeichnet (ebd.). Es handelt sich dabei um eine gesellschaftliche Konstruktion besonderer Art. Sie stellt existenzielle Bedrohungen fest, fordert Notfallmaßnahmen und setzt die geltenden Regeln außer Kraft (Buzan/ Wæver/ der Wilde 1998: 26, Williams 2003: 514). So führt sie zu einer gesonderten Behandlung des Themas, das durch einen Sicherheitsdiskurs dramatisiert und dem eine absolute Priorität zugeschrieben wird (Wæver 1997: 48).

Für die Beschreibung und Analyse des Sprechaktes der Sicherheit führen die Autoren der „Kopenhagener Schule“ drei Untersuchungselemente ein (Buzan/ Wæver/ de Wilde 1998: 35-36, Kazan 2003: 42-43):

1. Referenzobjekt (*referent object*): Dinge, die als existenziell bedroht empfunden werden, aber überleben sollten,
2. versicherheitlichender Akteur (*securitizing actor*): Akteur, der das Referenzobjekt für „bedroht“ erklärt,
3. funktionelle Akteure (*functional actors*): andere Akteure, die die Dynamik des Sektors beeinflussen.

Das Gelingen des Sprechaktes wird durch Bedingungen ermöglicht, die sich zwei Kategorien zuordnen lassen: Bei der ersten Kategorie handelt es sich um interne, linguistische und grammatikalische Bedingungen. So sollten bestimmte Regeln beachtet werden, damit eine Sicherheitsform, in anderen Worten eine Art „Sicherheitsgrammatik“ bzw. „Sicherheitsnarration“, gewährleistet wird. Die zweite Kategorie der begünstigenden Bedingungen umfasst die externen, kontextuellen und gesellschaftlichen Faktoren, die dem versicherheitlichenden Akteur eine den erfolgreichen Sprechakt ermöglichende Position verschaffen. Diese bilden das so genannte Sozialkapital des Akteurs, d. h. seine Autorität, die allerdings nicht unbedingt einen offiziellen Charakter haben muss (Austin 1972: 34). Wie sich aus den beiden Kategorien von Bedingungen schließen lässt, ist für einen erfolgreichen Sprechakt eine Mitwirkung der Sprache und der Gesellschaft notwendig. Sein Gelingen hängt sowohl von

den sprachinternen (diskursiven) Elementen als auch von der Gruppe ab, die diese sprachlichen Praktiken legitimiert und anerkennt (Buzan/ Wæver/ de Wilde 1998: 32).

Das Publikum spielt bei einem sicherheitsrelevanten Sprechakt eine umso wichtigere Rolle, als es den Übergang zwischen der Stufe des *Politischen* und der *Sicherheit* trägt. Geht man davon aus, dass sich ein für die Öffentlichkeit interessantes Thema in ein Spektrum von nicht politisierten über politisierte bis hin zu sicherheitsrelevanten Fragen einordnen lässt, kann der Prozess der *securitization* als eine extreme Version von Politisierung gesehen werden:

“‘Security’ is the move that takes politics beyond the established rules of the game und frames the issue either as a special kind of politics or as above politics.” (Buzan/ Wæver/ de Wilde 1998: 23).

Ein Problem als ein „Sicherheitsthema“ zu bezeichnen, bedeutet also einen Schritt, der die etablierten Regeln des Politischen überschreitet. Die Auseinandersetzung kann demzufolge eher als eine besondere Art von Politik oder etwas über die Politik Hinausgehendes gesehen werden. Der Sprechakt „Sicherheit“ spielt insofern eine besondere Rolle in der politischen Kommunikation, als die Artikulation von Sicherheit eine bestimmte und als legitim erscheinende Dynamik in Gang setzt (Möller/ Ehrhardt 2004). Die Folgen eines derartigen Prozesses für die Art und Weise, wie die Gesellschaft mit bestimmten Themen umgeht, lassen sich in Form eines dreistufigen Modalitätensystems darstellen und werden in Abbildung 3 zusammengestellt.

Sphären des öffentlichen Lebens	Art und Weise, wie bestimmte Themen in der Gesellschaft behandelt werden
Nicht politisiert (<i>non politicized</i>)	Der Staat beschäftigt sich nicht mit dem Thema; es wird auch nicht auf eine andere Weise in die öffentliche Debatte aufgenommen.
Politisiert (<i>politicized</i>)	Das Thema gehört zu den öffentlichen Fragen; es verlangt, dass die Regierung Entscheidungen trifft und bestimmte Ressourcen zur Verfügung stellt.
Sicherheitsrelevant (<i>securitized</i>)	Das Thema wird als eine existenzielle Bedrohung präsentiert, verlangt Sonderregelungen und rechtfertigt Maßnahmen, die das normale politische Vorgehen überschreiten.

Abbildung 3: Von der privaten bis in die Sicherheitssphäre (Quelle: eigene Darstellung)

Für die empirische Analyse von *securitization*-Prozessen schlagen die Autoren der „Kopenhagener Schule“ vor, sich an der von Buzan (1991) herausgearbeiteten Aufteilung der Untersuchung von Sicherheit in Sektoren zu orientieren. Sie soll dazu dienen, die Komplexität der Analyse durch die Konzentration auf bestimmte Schemata von Interaktionen zu reduzieren. Laut Buzan (Buzan 1991: 19-20) lassen sich in jedem Sektor spezifische Referenzobjekte und Faktoren identifizieren, die in der Untersuchung besonders berücksichtigt werden sollten (vg. Abb. 1): So befassen sich Analysten im Bereich der *militärischen Sicherheit* vor allem mit den offensiven und defensiven militärischen Kapazitäten. Bei der Untersuchung der *politischen Sicherheit* sollten in erster Linie solche Elemente wie die Stabilität des Staates, das Regierungssystem und die legitimierende Ideologie berücksichtigt werden. Die *wirtschaftliche Sicherheit* setzt Ressourcen, Finanzen und Märkte voraus, die für die Gewährleistung der Ausübung von Staatsmacht und der Wohlfahrt der Gesellschaft notwendig sind. Die *gesellschaftliche Sicherheit* betrifft vor allem Fragen der nationalen Identität, Kultur und Sprache. In den Analysen der *Umweltsicherheit* werden die lokale und globale Biosphäre ins Zentrum des Interesses gestellt.

Im Rahmen dieses analytischen Rasters scheinen im Hinblick auf die Fragestellung der vorliegenden Arbeit zwei Sektoren besonders relevant zu sein: der politische und der gesellschaftliche. Der Erste wirft die Frage des Verhältnisses zwischen Sicherheit und Souveränität auf, während Letzterer interessante Erkenntnisse in Bezug auf die Konstruktion nationaler Identität verspricht. Diese Sektoren entsprechen auch zwei im Hinblick auf die Fragestellung der Arbeit interessanten Referenzobjekten. Erstens handelt es sich hier um den Staat, der sich laut Buzan (1991: 65) aus der Idee des

Staates (Nationalismus), seinen physischen Grundlagen (Bevölkerung, Ressourcen, Technologie) sowie seinem institutionellen Ausdruck (politische und administrative Institutionen) zusammensetzt. Zweitens entspricht der gesellschaftliche Sektor dem Referenzobjekt der „Nation“ bzw. der „nationalen Identität“.

2.2.2 Sicherheitsdiskurs als Untersuchungsgegenstand

Setzt man sich das Ziel, mit Hilfe einer Diskursanalyse die Funktion von Sicherheitskonstruktionen in den außenpolitischen Debatten zu untersuchen, ist es für die nähere Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes notwendig, zu definieren, was in der empirischen Studie unter dem Begriff „Sicherheitsdiskurs“ verstanden wird. Hierfür wird zunächst geschildert, was genauer sich hinter dem Begriff „Diskurse“ verbirgt. Anschließend wird dargelegt, worin sich „Sicherheitsdiskurse“ von anderen außenpolitischen Diskursen unterscheiden.

Nachdem in Kapitel 2.1.2 die Grundlagen verschiedener Diskurskonzepte in den Sozialwissenschaften vorgestellt wurden, wird hier im Hinblick auf eine genauere Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes eine Perspektive eingenommen, die „Diskurse als ‚sprachliche Ereignisse‘ begreift, als eine Handlung, durch die ideelle und symbolische Konstrukte in der sozialen Welt aktualisiert und ‚realisiert‘ werden“ (Donati 2001: 147). In anderen Worten kann der Diskurs mit Diez (1999: 45) als „ein Geflecht von Texten“ verstanden werden, „die einen bestimmten Gegenstand konstruieren und [...] eine konkrete Lesart dieses Gegenstands zu fixieren versuchen“. Der Diskurs liefert demzufolge eine Zusammenstellung von Aussagen, organisiert und strukturiert die Art und Weise, wie man über ein bestimmtes Thema oder über einen Gegenstand zu sprechen hat. Im Ergebnis handelt es sich um Annahmen, die in der Regel in der Öffentlichkeit geteilt und manchmal sogar als selbstverständlich angesehen werden (Cheek 2004: 1142). Ihre Konstruktion folgt spezifischen, aber auch unterschiedlichen Regeln, so dass ein Gegenstand von verschiedenen Diskursen konstruiert werden kann (Diez 1999: 45), die miteinander konkurrieren, sich gegenseitig beeinflussen und zum Teil sogar überlappen können.

Die Existenz konkurrierender Diskurse ermöglicht es, in einer empirischen Diskursanalyse zu zeigen, wo der Unterschied zwischen dem „Normalen“ und „Nicht-Normalen“ verläuft und welche Macht mit einer diskursiven Konstruktion verbunden ist. So führt vermutlich die Darstellung einer Frage als „normal“ oder „natürlich“ kaum

zu öffentlichen Debatten. Die dominierende Vorstellung wird bestätigt und alternative Schilderungen werden als marginal oder irrelevant dargestellt. Da öffentliche Äußerungen einen kohärenten diskursiven Raum mit eigener Logik und eigenen Strukturen bilden, kommt es auf diesem Weg zur Definition möglicher außenpolitischer Optionen.

Eine zentrale Eigenschaft des diskursiven Raums ist seine Vielschichtigkeit. Die ihn konstituierenden Strukturen können in Form eines Schichtenmodells (*layered structures*) repräsentiert werden (Wæver 2005: 36), wobei die Einordnung diskursiver Strukturen in eine bestimmte Schicht jedoch lediglich Auskunft über ihre Festigung gibt:

“The depth-levels do not imply that the deeper is truer or that the surface is caught eternally by some structures that are perpetual ‘winners’ (classical structuralism). Rather it refers to degrees of sedimentation: the deeper structures are more solidly sedimented and more difficult to politicise and change, partly because they are more abstract and thereby logically implied across a wide spectrum” (Wæver 2005: 37).

Ein derartiges Verständnis von Vielschichtigkeit macht deutlich, dass es hingegen nicht möglich ist, innerhalb des diskursiven Rahmens Aussagen über die Wahrhaftigkeit bestimmter Äußerungen zu treffen. Dies stellt jedoch nicht das Ziel der Diskursanalyse dar: “Discourse Analysis does not look *for truth* but rather at *who claims to have truth*, and how these claims are justified in terms of expressed and implicit narratives of authority” (Carver 2002: 52).

Vor dem Hintergrund der Vielschichtigkeit diskursiver Strukturen stellt sich auch die Frage, wie sich im Rahmen dieses Modells der Wandel bzw. die Veränderung begrifflich fassen lässt. Das Verständnis von diskursiven Elementen als eine Art *layered structures* ermöglicht es, die Veränderung im Rahmen einer Kontinuität von Bedeutungssystemen zu erfassen (Wæver 2005: 36). Aus dieser Eigenschaft lässt sich ebenfalls ableiten, dass das Konzept des dominierenden Diskurses einen relativen Charakter aufweist. Dieser spiegelt sich beispielsweise in der Tatsache wider, dass die Ablehnung oder Marginalisierung bestimmter politischer Auffassungen in der Regel nur eine Unterscheidung auf der Ebene manifester Politik bedeutet, während auf der im Diskurs tiefer gelagerten Abstraktionsebene die grundlegenden Codes (diskursiven Strukturen) von politischen Opponenten sogar geteilt werden (ebd.).

Auf dieser Basis definieren Poststrukturalisten Bedingungen für die Konstruktion von Bedeutung: Als Ergebnis politischer Auseinandersetzung sei diese im diskursiven System verankert und habe einen relationalen Charakter (Laclau/ Mouffe 1985, Torfing 2002: 54, Wæver 2005: 36).

Als Zusammenfassung dieser theoretischen Überlegungen stellen sich abschließend zwei für die empirische Studie zentrale Fragen: Worin besteht die besondere Rolle von Sicherheitsdiskursen in den außenpolitischen Diskussionen? Wodurch unterscheiden sie sich von den anderen außenpolitischen Diskursen?

Betrachtet man erstens die Funktion der Sicherheitsdiskurse innerhalb der außenpolitischen Debatten, so kann man feststellen, dass sie als eine besondere Form außenpolitischer Diskurse angesehen werden können. Sicherheitsdiskurse kommen dann zustande, wenn bestimmten außenpolitischen Fragen eine sicherheitspolitische Relevanz verliehen wird. Dies spiegelt sich in der Regel darin wider, dass in der Schilderung dieser Themen auf ein Sicherheitsproblem, d. h. eine Bedrohung hingewiesen wird. Beschreibt man solche diskursive Situationen mithilfe der Begriffe aus der Theorie der *securitization*, so handelt es sich hier um eine Reihe von Sprechakten von Sicherheit, in denen entweder auf eine existentielle Bedrohung des Staates hingewiesen oder eine solche angedeutet wird. Dies geschieht nicht immer durch direkte Äußerungen über die nationale Sicherheitslage bzw. Sicherheitsprobleme und -dilemmata eines Staates; zum Teil wird auch auf Hilfskonstruktionen wie beispielsweise das „nationale Interesse“ oder das „strategische Interesse“ zurückgegriffen. Solche so genannten '*sub-security*' *concepts* (Weldes 1999) spielen diskursiv insofern eine wichtige Rolle, als sie eine erweiterte Auswahl an Mobilisierungsgründen angesichts einer Bedrohung darstellen. Die besondere Wirksamkeit der Diskurse über nationale Sicherheit liegt darin, dass sie sich auf die politisch starke nationale Identität beziehen. Das Konzept der „nationalen Sicherheit“, das ausschließlich mit einem souveränen Staat in Verbindung steht, bringt daher eine fundamentale Form von Identität zum Ausdruck (Hansen 2006: 34, Wæver 1995).

Fragt man zweitens nach Besonderheiten von Sicherheitsdiskursen, durch die sie sich von den anderen außenpolitischen Diskursen unterscheiden, so liegen diese hauptsächlich in ihrer inneren Struktur. Diese zu erforschen, bildet den Kern einer diskursanalytischen Untersuchung, in der es überwiegend um „die Identifikation derjenigen Regelsysteme [geht], die Diskurse strukturieren“ (Viehöver 2001: 177-178).

So gesehen zeichnet sich ein Sicherheitsdiskurs durch eine „Sicherheitsnarration“ aus, die vor allem aus der Konstruktion einer Bedrohung und einer Forderung nach Sondermaßnahmen besteht. Die Erzählung weist also eine spezifische Handlungsstruktur auf, die es in einer diskursanalytischen Untersuchung zu identifizieren und zu rekonstruieren gilt. Sicherheitsdiskurse anhand ihrer Handlungsstruktur zu erkennen, bedeutet also den ersten und entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einer empirischen Analyse geschafft zu haben, da die Analyseeinheiten und das Untersuchungsniveau nicht mehr ausschließlich durch eine thematische Abgrenzung vorgegeben, sondern vielmehr erst durch die Analyse der Diskurse identifiziert werden. Der Grund dafür ist, dass eine Fragestellung mit einem Fokus auf Sicherheitsdiskursen mit zweierlei analytischen Konsequenzen verbunden ist: Die erste Folge ist die theoretische Erweiterung in Bezug auf Akteure und Referenzobjekte von Sicherheit, die in Frage kommen können. Als zweite Konsequenz tritt hier jedoch eine empirische Restriktion zu Tage, die die Analyse auf die Sicherheitsdiskurse begrenzt und es somit ermöglicht, die zu unterscheidenden Fälle zu benennen (Kazan 2003: 42).

Bringt man die beiden hier geschilderten Aspekte der Untersuchung von Sicherheitsdiskursen in der Außenpolitik mit der empirischen Fragestellung der vorliegenden Arbeit zusammen, so scheint der vor allem auf der Theorie der *securitization* und der diskursanalytischen Außenpolitikforschung basierende theoretische Rahmen besonders interessant für die Untersuchung der polnischen Außenpolitik der letzten Jahre zu sein. Der Grund dafür liegt nicht zuletzt in der theoretischen Verknüpfung zwischen Außenpolitik und Sicherheit, die einen geeigneten Ansatz für die Analyse der von Fragen der nationalen Sicherheit dominierten außenpolitischen Debatten der letzten Jahre in Polen hervorbringen könnte. Aus methodischer Sicht stellt sich allerdings die Frage, wie sich die innere Verfassung von Sicherheitsdiskursen, die die Prozesshaftigkeit von *securitization* widerspiegelt, empirisch untersuchen lässt.

2.3 Methode: narrationslogische Analyse

Ausgehend davon, dass sowohl die *securitization* als auch die *desecuritization* als soziale Prozesse zu verstehen sind, wird in der vorliegenden Arbeit eine Untersuchungsmethode entwickelt und angewandt, die es erlaubt, mit Hilfe einer narrationslogischen Analyse die Prozesshaftigkeit beider Mechanismen zu verdeutlichen. Hierzu wird es im Folgenden darum gehen, die Grundlagen einer solchen

Herangehensweise an Sicherheitsdiskurse zu erarbeiten sowie den Aufbau der in Kapitel 4 folgenden Fallstudie und die konkreten Arbeitsschritte der Analyse zu präsentieren.

2.3.1 *Securitization* als Narration

Aus Sicht der „Kopenhagener Schule“ stellt die *securitization* gleichzeitig einen Sprechakt und einen Prozess dar: „The **process** of securitisation is what in language theory is called a **speech act**.“¹⁹ (Buzan/ Wæver/ de Wilde 1998: 26). Während der Sprechakt dadurch zu Stande kommt, dass in der versicherheitlichenden Äußerung auf eine Gefahr hingewiesen wird, setzt die Prozesshaftigkeit der *securitization* voraus, dass eine komplette Bedrohungskonstruktion in der Regel mehrerer Sprechakte bedarf, um einen Erfolg zu erzielen. Auf der Grundlage dieser Beobachtung kann der gesamte Prozess der *securitization* als eine Narration aufgefasst werden, die aus mehreren Sequenzen besteht und mehr als eine zeitliche Referenz umfasst. Sowohl der kommunikative (Sprechakt) als auch der narrative (Erzählung) Aspekt von *securitization* ziehen wichtige forschungspraktische Folgen nach sich: Die *securitization* als einen Sprechakt anzusehen, ermöglicht es, anhand der Analyse von Diskursen die einzelnen *securitization*-Versuche zu identifizieren, um sie anschließend genauer zu beleuchten. Durch die Untersuchung der inneren, narrativen Struktur von Bedrohungskonstruktionen lassen sich hingegen die *securitization*-Prozesse an sich und ihr Funktionieren innerhalb einer politischen Öffentlichkeit besser nachvollziehen.

Um die Prozesshaftigkeit der *securitization* anhand einer empirischen Analyse zu verdeutlichen, werden Narrationen im Mittelpunkt der im Rahmen dieser Arbeit durchzuführenden Untersuchung von Sicherheitsdiskursen in den polnischen außenpolitischen Debatten stehen. Eine solche Herangehensweise an gesellschaftliche Prozesse der Wissenskonstruktion stützt sich auf die Erkenntnis, dass die Narration als eine Logik verstanden werden kann, die soziale Prozesse organisiert (Swidler 2001: 189). Es handelt sich also um eine kultursoziologisch inspirierte Perspektive, die die Bedeutung narrativer Formen betont und sie als “fundamental devices for ordering understandings of the social and natural worlds“ (ebd.: 190) betrachtet. Überträgt man diesen Gedanken auf die *securitization*-Prozesse, so kann daraus

¹⁹ Hervorhebung der Verfasserin.

abgeleitet werden, dass eine Erzählung über Sicherheit, die innerhalb eines kulturellen Rahmens stattfindet, bestimmte soziale Strukturen schafft, die als Gedächtnis sozialer Prozesse funktionieren (Abbott 2001: 258). Diese Erzählung zu rekonstruieren, gibt daher Aufschluss über ihre narrativen Muster und ermöglicht somit eine gewisse Verallgemeinerung in Bezug auf den *securitization*-Prozess.

Die Vertreter der „Kopenhagener Schule“ gehen davon aus, dass es sich bei der *securitization* um eine spezifische Art von Sprechakt handelt. Seine Besonderheit besteht im „casting of the issue as one of an “existential threat“, which calls for extraordinary measures beyond the routines and norms of everyday politics“ (Williams 2003: 514). Um dieser speziellen Stellung von *securitization*-Versuchen innerhalb der außenpolitischen Gesamterzählung Rechnung zu tragen, wird hier auf das von Andrew Abbott entwickelte Konzept des *turning point* zurückgegriffen. Abbott definiert *turning points* als „consequential shifts that redirect a process“ (Abbott 2001: 258) und merkt an, dass sie selbst ebenfalls als Prozesse zu verstehen sind und eine zeitliche Dimension haben (Abbott 2001: 251). In Anlehnung an dieses Konzept können auch die Prozesse der *securitization* bzw. der *desecuritization*, die eine Veränderung im Umgang mit bestimmten Themen erzielen, als *turning points* betrachtet werden. Die Tatsache, dass es sich dabei um Konzepte handelt, die sich jeweils auf zwei verschiedene zeitliche Referenzen beziehen (vorher und nachher), bedeutet, dass sie einen narrativen Charakter haben und folglich in Form einer Erzählung wiedergegeben werden können. Um den Prozess zu erforschen, gilt es daher, die ihm entsprechende Narration zu rekonstruieren und ihre Strukturprinzipien zu erörtern.

In dem Bestreben, die narrativen Muster innerhalb der Sicherheitsdiskurse zu untersuchen, folgt die vorliegende Arbeit der These von Viehöver (2001: 178), dass es sich bei Narrationen um Regelsysteme handelt, die neben anderen sich wiederholenden Mustern und Schemata wie z. B. Metaphern, Kollektivsymbolen oder Mythen Diskurse strukturieren. Die narrativen Schemata können dabei in doppelter Weise konzipiert werden: Zum einen kann eine Narration im Hinblick auf ihre Strukturen und Inhalte untersucht werden. Zum anderen kann sie aber auch als Prozess (Narrativisierung) verstanden werden. Viehöver führt diese Unterscheidung von Herrnstein Smith (1981: 227-228) an, um zu betonen, dass „Narrationen (...) somit als strukturierte und als strukturierende Struktur zu verstehen [sind], die im Rahmen von Diskursen sowohl Moment der Reproduktion (Integration, Distinktion, Mobilisierung) als auch der Transformation und Kritik sein können.“ (Viehöver 2001: 179). Diese Unter-

scheidung kann ebenfalls hilfreich sein, um deutlich zu machen, dass Faktoren wie soziale Struktur oder kulturelle Traditionen in Narrationen wiedergegeben werden und dadurch Diskurse strukturieren, auch wenn Veränderung oder Transformation der Diskurse immer möglich bleiben (vgl. ebd.). Dadurch, dass es dabei immer Widersprüche gibt, werden ständig Fragmente umdefiniert und mit dem dominierenden Diskurs konfrontiert (Wæver 1994: 255). Dies bedeutet auch, dass sich die Erzählung im Verlauf des Diskurses ändern kann und Lernprozesse möglich sind (Eder 1999).

Der Prozess der Narrativisierung stellt daher die Möglichkeit dar, innerhalb öffentlicher Debatten bestimmte Vorstellungen und Präferenzstrukturen zu transformieren (Viehöver 2001: 188).²⁰

Insgesamt können vier Typen von Narrationen unterschieden werden (Viehöver 2001: 183-184):

1. ontologische Narrationen, d. h. Erzählungen, die dazu dienen, individuelles Leben zu ordnen und zu beschreiben²¹;
2. öffentliche Narrationen, die im Prinzip mit allen kulturellen und institutionellen Formationen verbunden sind;
3. Meta-Narrationen, zu denen z. B. große Erzählungen, Gründungsmythen oder Religionen gehören, sowie
4. konzeptionelle Narrationen, d. h. analytische Erklärungsmodelle, derer sich die Wissenschaft bedient.

Für eine Diskursanalyse im Bereich der Außenpolitik ist vor allem der zweite Typ – die öffentlichen Narrationen – von besonderem Interesse. Zu dieser Gruppe gehören

²⁰ Einen interessanten Vorschlag, wie man mit Hilfe des Konzeptes des *turning point* zur einer Erklärung des Wandels gelangen kann, hat Andrew Abbott unterbreitet, indem er sich für eine Umkehrung in Bezug auf das Explanandum ausgesprochen hat: "We should assume that change is the normal state of affairs. The social world is constantly changing and reforming itself. To be sure, large parts of the social world reproduce themselves continually; much of it looks stable. But this is mere appearance. What transpires is reproduction, not endurance. The central reason for making this assumption is practical. It is possible to explain reproduction as a phenomenon sometimes produced by perpetual change; it is not possible to explain change as a phenomenon sometimes produced by perpetual stasis. By making change our constant, we also exchange our explananda. It becomes necessary to explain reproduction, constancy, and entity-ness, rather than development and change." (Abbott 2001: 254-255). In diese allgemeine Sicht auf soziale Prozesse lässt sich auch die poststrukturalistische Auffassung über die Reproduktion und die grundsätzliche Instabilität der Diskurse einordnen (vgl. auch Kapitel 2.1.2.2).

²¹ Dieser Typ von Narrationen ist in den Sozialwissenschaften insbesondere für die Biographieforschung relevant. Vgl. dazu z. B. Franzosi 1998, 2004.

die für diese Arbeit relevanten nationalen politischen Narrationen, in denen die Frage der Gestaltung der Außenbeziehungen eines Staates aufgegriffen wird. Diese Erzählungen ermöglichen es den politischen und gesellschaftlichen Akteuren, zu bestimmten Themen Position zu beziehen. Neben den öffentlichen Narrationen können jedoch auch die Meta-Narrationen eine wichtige Rolle im Prozess der Strukturierung des außenpolitischen Diskurses spielen. Es handelt sich an dieser Stelle vor allem um Gründungsmythen der Nation und des Staates oder auch um bestimmte historische Ereignisse, die als feste Referenz in fast allen öffentlichen Debatten innerhalb einer politischen Kultur funktionieren (Schwab-Trapp 1996).

Narrationen zu untersuchen bedeutet vor allem, ihre zentralen Strukturprinzipien zu identifizieren. Die *Inhalte* einer Narration, d. h. in ihr enthaltene Fakten, Argumente oder Normen, helfen, typische Narrationen zu unterscheiden. Ihre *Handlungsstruktur* (*Plot*) bestimmt die zeitliche, räumliche und episodische Ordnung und macht aus einzelnen Ereignissen eine bedeutungsvolle Konfiguration. So lässt sich eine Narration als eine Sequenz darstellen, die solche Elemente wie Problemsicht, Ursachen und Folgen, Lösungswege und Legitimation des Handelns und der politischen Forderungen beinhalten kann. Die *wörtliche Oberfläche* und die *Tiefenstruktur* geben dagegen Auskunft über die in der Narration zugrunde liegenden Wertgegensätze, Implikationen und Widersprüche. (Viehöver 2001: 185). Die im Rahmen dieser Arbeit zu untersuchenden Sicherheitsnarrationen, die im Fall äußerer Sicherheit als eine besondere Form öffentlicher Narrationen über Außenpolitik zu betrachten sind, zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie eine besondere Handlungsstruktur aufweisen. Der so genannte *securitization*-Plot beinhaltet eine existenzielle Bedrohung, einen *point of no return* und einen möglichen Ausweg (Buzan/ Wæver/ de Wilde 1998: 33). Mit seiner Hilfe werden in der Narration zunächst ein Referenzobjekt und seine Bedrohung konstruiert und anschließend eine politische Forderung formuliert, auf welche Weise man der Gefahr begegnen soll.

Im Bereich der politischen Kommunikation besteht die Hauptfunktion der Narrationen darin, Diskurskoalitionen zu definieren, innerhalb derer Akteure eine gemeinsame Problemnarration teilen (Hajer 1993, 1995)²². Die Problemnarration bildet die Grund-

²² An dieser Stelle sei noch darauf verwiesen, dass Narrationen bei der Strukturierung von Diskursen neben der Definition von Diskurskoalitionen auch andere Funktionen erfüllen können. So baut beispielsweise Bach (1999) seine Untersuchung der deutschen Außenpolitik nach 1989 auf der Unterscheidung von vier Funktionen auf, die Narrationen im politischen Prozess haben können. Die erste

lage der Selbstbeschreibung und ermöglicht es, bestimmte komplexe Situationen zu deuten. Somit gestaltet sie Beziehungen zwischen den einzelnen Akteuren innerhalb der Koalition und erlaubt, Grenzen zwischen unterschiedlichen Diskurskoalitionen zu ziehen (ausführlicher vgl. Viehöver 2001: 185-187). Es entstehen also kollektive (von den politischen Akteuren geteilte) Erzählungen, die zur Herausbildung von Identitäten beitragen. Wie Abbildung 4 veranschaulicht, basieren die Identitäten nicht nur auf der Selbsteinschätzung der Akteure, sondern haben einen relationalen Charakter. Dies bedeutet, dass sie durch die Beziehungen zu den „Anderen“ definiert werden, wozu auch die Festlegung von Grenzen notwendig ist (Tilly 2005: 8-9).

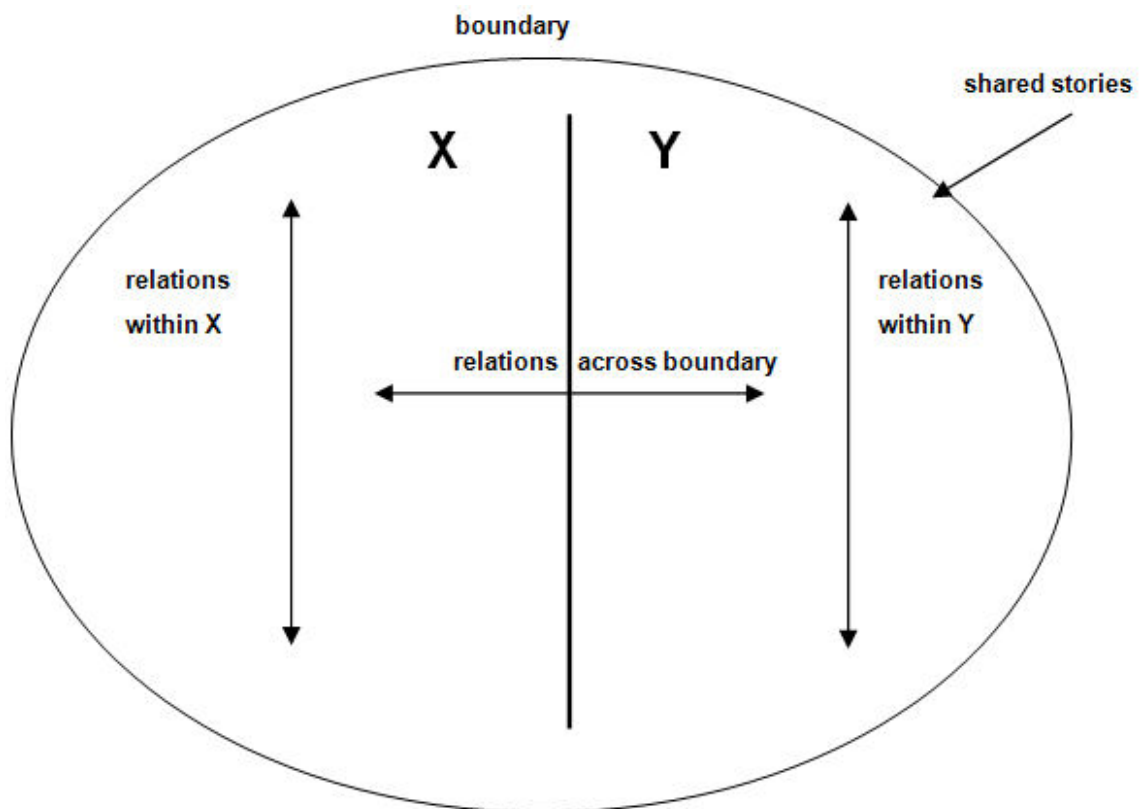


Abbildung 4: Grenzen, Bindungen und Identitäten (Quelle: Tilly 2005: 8)

kann als ontologische Funktion bezeichnet werden: Über Narrationen verläuft die Konstruktion sozialer Wirklichkeit, was bedeutet, dass eine bestimmte Ordnung geschaffen und Subjekte gebildet werden. Die zweite Funktion wird zwar epistemologische Funktion genannt, in der Definition kommt sie aber der Bildung von Diskurskoalitionen (in der Hajerschen Terminologie) sehr nahe: Die Narrationen sollen dazu dienen, diskursive Formationen zu schaffen und dadurch die Beziehungen zwischen den Akteuren zu regulieren. Die dritte von Bach unterschiedene Funktion von Narrationen besteht darin, die narrative Vollständigkeit aufrechtzuerhalten und dominierende Diskurse zu bestimmen. Narrationen können aber auch eine vierte Funktion erfüllen, indem sie eine herausfordernde Rolle spielen und die bisher marginalen Diskurse stärken.

Die Frage nach den Grenzen und Relationen steht ebenfalls im Mittelpunkt der Konstruktion der Sicherheit, insbesondere im gesellschaftlichen Sektor. Angesichts einer äußeren Bedrohung entstehen in diesem Rahmen Erzählungen, in denen aus der Perspektive des Bedrohten (X) sowohl der „Andere“ / „Fremde“ / „Bedrohende“ (Y) als auch ihre gegenseitige Beziehung (*relation*) und die Grenze zwischen den beiden (*boundary*) konstruiert werden. Diese Elemente in den ausgewählten Erzählungen über die polnische Außenpolitik zu identifizieren und ihre Funktion innerhalb den Narrationen zu reflektieren, wird daher die Hauptaufgabe der Fallstudie sein.

2.3.2 Vorgehensweise und Aufbau der empirischen Studie

Die Studie besteht aus zwei wesentlichen Arbeitsschritten:

1. In erster Linie sollen anhand der sekundären Literatur innerhalb des polnischen Außenpolitikdiskurses die zentralen Themenbereiche unterschieden und die wichtigsten außenpolitischen Fragen, die in der öffentlichen Diskussion als sicherheitsrelevant eingeordnet werden, identifiziert werden (Kap. 3).
2. Der zweite Schritt (Kap. 4) besteht aus einer Auswertung von Presseartikeln aus den Jahren 1999-2006. Ziel der Analyse ist es, die Konstruktion der politischen und gesellschaftlichen Sicherheit im politischen Diskurs zu untersuchen. Wie die Abbildung 5 veranschaulicht, fungieren hier als Referenzobjekte der Sicherheitsdiskurse Polen als Staat und Polen als Nation; einzelne Narrationen, in denen Bedrohungen aufgezeichnet werden, stellen dabei die Analyseeinheiten dar.

Referenzobjekt	Narrationen
Polen als Staat	<i>Konstruktion der politischen Sicherheit</i>
	Russland
	Transatlantische Beziehungen
	Europäische Sicherheit
Polen als Nation	<i>Konstruktion der gesellschaftlichen Sicherheit</i>
	Europäische Integration

Abbildung 5: Referenzobjekte und Narrationen zur Konstruktion der Sicherheit (Quelle: eigene Darstellung)

Die als der zweite und gleichzeitig wesentliche Teil der Fallstudie vorgesehene Untersuchung folgt dem Prinzip einer „reflektierten Rekonstruktion“ (Diaz-Bone 2006: 17) und beinhaltet zwei Arbeitsphasen: In einer Sondierungsphase, die vor allem dazu dient, die Strukturen des Untersuchungsfelds, Institutionen, Akteure und verfügbare Datenbestände zu identifizieren, werden zunächst die zu analysierenden Materialien zusammengestellt (Textkorpus). Daraufhin folgt die Aufgabe, „die Regelmäßigkeit der Diskurse zu beschreiben“ (ebd.: 18), was in der vorliegenden Studie der Rekonstruktion von Narrationen gleicht. Hierfür werden in der Literatur zwei voneinander zu unterscheidende Strategien vorgeschlagen, die aber weitgehend kompatibel sind und in dieser Arbeit ergänzend angewandt werden sollen. Während es in der ersten darum geht, von den Indikatoren auf der wörtlichen Ebene auf die Deutungsrahmen der Narration zu schließen, bedient sich das zweite Verfahren der typischen narrativen Strukturelemente (Episoden, Aktanten und narrative Plots), um dann nach rhetorischen Mitteln zu suchen, die die formalen Strukturen füllen (Viehöver 2001: 190).

Folgt man der ersten heuristischen Strategie, so setzt sich die eigentliche Textanalyse aus zwei Aufgaben zusammen (Diaz-Bone 2006: 22-26):

1. Anhand einer Analyse der Textoberfläche werden sprachliche Elemente identifiziert:
 - Welche wiederkehrenden Thematisierungen, Problematisierungen finden sich?
 - Was sind die Modalitäten der Argumentation?
 - Welche Handlungsstrukturen weisen die Narrationen auf?
2. Die diskursiven Beziehungen werden rekonstruiert:
 - Was findet sich „regelmäßig“ als Problematisierung, als Kategorie, als Bewertung?
 - Welche Verknüpfungen, welche Oppositionen werden ins Spiel gebracht?
 - Welche Kohärenzen und Widersprüchlichkeiten können identifiziert werden?
 - Gibt es fundamentale Schemata?
 - Kann eine Tiefenstruktur (z. B. ein System der Kollektivsymbole) rekonstruiert werden?

Die zweite heuristische Strategie setzt sich methodisch gesehen aus der Analyse von drei narrativen Strukturen zusammen (Viehöver 2001: 194-199):

1. Identifikation der Sequenzen und Episoden der Narration (z. B. Problem, Problemursache, Problemfolgen, Lösungen, ihre Konsequenzen, legitimierende Leitbilder und Prinzipien),
2. Analyse der Aktantenbeziehungen (Sender / Empfänger, Subjekt / Objekt, Held / Bösewicht),
3. Rekonstruktion des Plots, der die Erzählung strukturiert.

Nachdem die Analyse in diesen drei Bereichen erfolgt ist und Verbindungen zu den spezifischen rhetorischen Mitteln auf der Textoberfläche aufgezeichnet wurden, lassen sich die Werte- und Argumentationsstrukturen der Narration aufzeigen. Diese ermöglichen schließlich die Identifikation konkurrierender Narrationen (ebd.: 199).

Als Grundlage für die Durchführung der in dieser Arbeit vorgesehenen Analyse bietet es sich an, sich an der zweiten hier besprochenen Strategie zu orientieren. Der Grund dafür liegt vor allem darin, dass für einen der theoretischen Pfeiler der Arbeit, d. h. für die Theorie der *securitization*, die narrativen Strukturelemente eine zentrale Bedeutung haben. Da in diesem Rahmen sowohl die Aktantenrollen als auch der *securitization*- bzw. *desecuritization*-Plot die Hauptkriterien für die Auswahl der zu untersuchenden Themenbereiche und Narrationen darstellen, ist es in Bezug auf die Methode sicherlich sinnvoll, ebenfalls diese Elemente als den Ausgangspunkt der Analyse zu nehmen. Für die Analyse der Textoberfläche können hingegen die Leitfragen der erstgenannten Strategie hingezogen werden.

Als Hauptquelle für die Analyse der Konstruktion der politischen und gesellschaftlichen Sicherheit in Polen fungiert hier der politische Diskurs, so wie er den mit Hilfe von Medien geführten öffentlichen Diskussionen über außenpolitische Themen zu entnehmen ist. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich auf die Jahre 1999 bis 2006. Der Textkorpus setzt sich aus Medientexten zusammen, die in dieser Zeit in der polnischsprachigen Presse erschienen sind. Bei der Zusammenstellung des Materials spielte das inhaltliche Kriterium die entscheidende Rolle. Die Auswahl der Dokumente erfolgte in zwei Schritten:

1. Für eine erste mechanische Auswahl aus dem elektronischen Datenbestand (Internet-Archive der Zeitungen und Zeitschriften) wurden als Suchkriterien bestimmte Schlüsselwörter festgelegt. Diese lassen sich in zwei Kategorien

unterteilen: Erstens handelte es sich um funktionale Begriffe aus dem lexikalischen Feld der Sicherheit und Außenpolitik wie z. B. *bezpieczeństwo narodowe* (dt. nationale Sicherheit), *interes narodowy* (dt. nationales Interesse), *racja stanu* (dt. Staatsräson), *naród* (dt. Nation), *zagrożenia* (dt. Bedrohungen). Die zweite Kategorie umfasste geographische und politische Bezeichnungen wie z. B. *Rosja* (dt. Russland), *Niemcy* (dt. Deutschland), *Stany Zjednoczone* (dt. Vereinigte Staaten), *Unia Europejska* (dt. Europäische Union), *integracja europejska* (dt. Europäische Integration), *stosunki transatlantyckie* (dt. transatlantische Beziehungen) u. a.

2. Beim anschließenden Sichten der mechanisch ausgewählten Dokumente wurde vor allem auf ihre innere Struktur (Länge, Genre, Stil, Argumentation) geachtet. Das Ziel dabei war, durch die Feinauswahl einen möglichst qualitativ repräsentativen Textkorpus zu erstellen. Da quantitative Repräsentativität nicht im Vordergrund der diskursanalytischen Untersuchung steht, wurden den kurzen Meldungen längere und fundierte Artikel vorgezogen. Gleichzeitig wurde versucht, Doppelungen von Argumentationsstrukturen zu vermeiden. Im Laufe der Feinauswahl hat es sich ebenfalls einige Male ergeben, dass aufgrund der Querverweise in den gesichteten Dokumenten weitere interessante Texte in den Korpus aufgenommen werden konnten, die in der ursprünglichen automatisch erstellten Sammlung nicht vorhanden waren. Dies bestätigte die Vermutung, dass die Auswahl der Texte allein anhand von Schlüsselwörtern nicht nur zu einer zu breit gefächerten Datensammlung geführt hätte, sondern auch unter inhaltlichen Gesichtspunkten nicht ausreichend gewesen wäre.

Bei der Zusammenstellung des Untersuchungsmaterials wurden drei Printmedien berücksichtigt:

1. *Rzeczpospolita* (RP)

Rzeczpospolita ist eine landesweit erscheinende Tageszeitung mit einer Druckauflage von 200.000 und einer verkauften Auflage von 137.000 Exemplaren [ZKDP 2006, 4. Quartal]²³. Sie wurde im Jahr 1981 als eine Regierungszeitung gegründet. 1991 wurde die Zeitung von der neuen demokratischen

²³ Alle hier angeführten Informationen über die Druckauflage und die verkaufte Auflage der Zeitungen stammen aus dem Datenbestand des *Związek Kontroli Dystrybucji Prasy* (ZKDP, Verband zur Kontrolle der Pressedistribution) und sind unter <http://www.zkdp.pl> [Datum des Zugriffs: 30.03.2007] zu beziehen.

Regierung in die Unabhängigkeit entlassen. Sie erscheint von Montag bis Samstag in dem sog. Broadsheet-Format und pflegt ein elitäres und konservatives Image. Der Sitz der Redaktion ist Warschau.

2. *Tygodnik Powszechny (TP)*

Tygodnik Powszechny (Allgemeine Wochenzeitung) ist eine seit 1945 landesweit erscheinende katholische Wochenzeitung mit einer Druckauflage von 40.000 und einer verkauften Auflage von 20.000 Exemplaren [ZKDP 2006, 4. Quartal]. Die Zeitung versteht sich als ein Blatt der katholischen Intelligenz und erscheint in Krakau.

3. *Polityka (Pol)*

Polityka ist eine landesweite Wochenzeitschrift mit einer Druckauflage von 273.000 und einer verkauften Auflage von 163.000 Exemplaren [ZKDP 2006, 4. Quartal]. Sie wurde 1957 als systemloyales Gegenstück zur verbotenen Zeitung „Po prostu“ (dt. „Einfach“) gegründet. Ursprünglich als eine Zwischenlösung gedacht, wurde die linksliberale, in Warschau erscheinende *Polityka* in ihrer mittlerweile über 50jährigen Existenz zu einer wichtigen Institution in der polnischen Medienlandschaft.

Alle drei Printmedien gehören der in Polen immer noch weniger als in Deutschland entwickelten Kategorie der Qualitätspresse an. Daraus folgt auch, dass – was die politische Ausrichtung angeht – die Auswahl ein breites Spektrum der in den gesellschaftlichen Diskussionen präsenten Ansichten widerspiegelt, die aber extreme bzw. sehr kontroverse Meinungen eher ausschließen.

3 Grundlinien der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989

Im Anschluss an die theoretischen Vorüberlegungen, auf die sich die vorliegende Fallstudie stützt, befasst sich dieses Kapitel mit der Auswertung der bisherigen Forschung über die polnische Außen- und Sicherheitspolitik. Neben Einschätzungen zum aktuellen Stand der Forschung in diesem Bereich sollen hier auch ausgewählte Ergebnisse genauer präsentiert werden, um auf der Grundlage sekundärer Literatur die Rahmenbedingungen der polnischen Außenpolitik nach der Wende zu erläutern und die Grundlinien ihrer Entwicklung nach 1989 nachzuzeichnen. Ziel dieser Ausführungen ist es, eine Grundlage für den empirischen Teil der Arbeit zu schaffen, in dem die Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Sinn- und Meinungsbildung nach 1999 analysiert wird. Bei den folgenden Darstellungen wird es also darum gehen, zum einen eine Übersicht über entscheidende innen- und außenpolitische Ereignisse zu erstellen und zum anderen die wesentlichen Themen des außenpolitischen Diskurses der 1990er Jahre zu identifizieren und kurz zu charakterisieren.

Die folgende Auswertung der politikwissenschaftlichen Literatur über die polnische Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989 erfolgt in drei Schritten: Zunächst werden Forschungsarbeiten zu diesem Thema vorgestellt (3.1), bevor der Frage nach den Rahmenbedingungen der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989 nachgegangen werden soll (3.2). In einem dritten Schritt werden schließlich die Schwerpunkte der außenpolitischen Debatten der 1990er Jahre beleuchtet (3.3).

3.1 Forschungsstand

Infolge des politischen Umbruchs von 1989, der die geopolitische Lage Polens grundlegend verändert hat, rückte die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes verstärkt in den Blickwinkel politikwissenschaftlicher Forschung. In den letzten 15 Jahren sind zu diesen Entwicklungen zahlreiche Forschungsarbeiten entstanden, die im Folgenden kurz skizziert werden sollen. Dabei werden hauptsächlich deutsch-, englisch- und polnischsprachige Arbeiten berücksichtigt.

In der deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Literatur lassen sich in den letzten Jahren zwar wenige, aber durchaus interessante Publikationen finden, die sich mit der Außen- und Sicherheitspolitik Polens auseinandersetzen. Quantitativ gesehen scheint das wissenschaftliche Interesse an der politischen Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Staaten seit dem Ende der 1990er Jahre, d. h. im Vergleich zu der großen Welle an Arbeiten aus dem Bereich der Transformationsforschung²⁴, eher gesunken zu sein. Dennoch fällt die gegenwärtige Außenpolitikforschung positiv auf, da nicht nur ihre empirischen Fragestellungen weit über die allgemeine Transformation des politischen Systems und der politischen Kultur hinausreichen, sondern in den letzten Jahren auch eine Differenzierung der theoretischen Zugänge sichtbar geworden ist.

Als Beispiele dieser Forschungslinie können an dieser Stelle einige Arbeiten von jüngeren Politikwissenschaftlern angeführt werden, die sich überwiegend mit der Europapolitik Polens befassen. Aus einer institutionalistischen Perspektive analysiert Bieniek (2005) die außen- und europapolitischen Positionen der politischen Parteien. Einer ähnlichen Frage, der nach europäischen Leitbildern und Grundverständnissen, geht Münch (2007) nach, indem er mit Hilfe inhaltsanalytischer Methoden die Finalitätsideen der polnischen politischen Parteien untersucht. Die Europabilder von Euroenthusiasten, Eurorealisten und Euroskeptikern untersucht auch Hahn (2007), deren Arbeit einem konstruktivistischen Ansatz folgt und den Ursprung europapolitischer Vorstellungen in der polnischen Politik anhand von Identitätskonzeptionen erklärt. Gerhardt (2003), der auf den ebenfalls konstruktivistisch verorteten PAFE-Ansatz²⁵ zurückgreift, widmet sich hingegen der Untersuchung der polnischen Ostpolitik. Ferner sind an dieser Stelle noch die Aufsätze von Frank (2003 und 2005) zu nennen, die sich explizit mit der polnischen Sicherheitspolitik befassen und – basierend auf dem Konzept einer „verstehenden Sicherheitspolitik“ – Denkmuster, Leitsätze und sicherheitspolitische Praktiken analysieren.

²⁴ Als Beispiele der Arbeiten, in denen die Systemtransformation in Polen analysiert wurde, können folgende Publikationen genannt werden: Bingen 1993 und 1995; Altmann/ Hirsch 1994; Wolf-Powęska 1994; Wollmann/ Wiesenthal/ Bönker 1995; Fehr 1996 und 1998; Osiatyński 1997; Wollmann 1997; Franzke 1998; Matthes 1999; Franz 2000; Ziemer 1998 und 1999.

²⁵ Bei dem PAFE-Projekt (*Project on the Comparative Analysis of Foreign Policies in Europe*) handelt es sich um ein Forschungsprojekt, das in den Jahren 2000-2002 am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen der Universität Trier durchgeführt wurde. Der von den Autoren selbst als „gemäßigt konstruktivistisch“ bezeichnete PAFE-Ansatz geht davon aus, dass das außenpolitische Verhalten von Staaten wesentlich durch ihre jeweilige „nationale Identität“ geprägt ist. Für ausführliche Informationen über das Projekt und seine Ergebnisse s. Joerißen/ Stahl 2003 und http://www.politik.uni-trier.de/forschung/pafe_pubs.php [Datum des Zugriffs: 21.01.2008].

Die wenigen englischsprachigen wissenschaftlichen Arbeiten zur polnischen Außenpolitik unterstreichen die Kontinuität und eine gewisse Kohärenz der außenpolitischen Orientierung Polens in den 1990er Jahren sowie einen bemerkenswerten Konsens innerhalb der politischen Eliten in Bezug auf die außenpolitischen Ziele (Rachwald 1993, Prizel 1995, Vinton 1995, Terry 2000). Eine aus Sicht der vorliegenden Studie besonders interessante Analyse, die sich dem Zusammenhang zwischen der polnischen nationalen Identität und der Außenpolitik widmet, findet sich in einer Publikation von Prizel (1998), in der die Außenpolitik Polens, Russlands und der Ukraine verglichen werden. Da diese Analysen hauptsächlich der in den USA verbreiteten Forschungstradition der „Post-Kommunismus-Studien“ oder der *area studies* angehören, handelt es sich dabei überwiegend um beschreibende Arbeiten, die das Ziel verfolgen, gegenwärtige Entwicklungen festzuhalten, und nicht um politikwissenschaftliche Studien mit einem theoriebezogenen Anspruch. Als eine Ausnahme kann an dieser Stelle allerdings ein neuerer Aufsatz von Pomorska (2007) gelten, in dem aus einer institutionalistischen Perspektive die Europäisierungstendenzen im Prozess des außenpolitischen *policy-making* untersucht werden.

Eine bedeutsame Analyse der sicherheits- und außenpolitischen Orientierung Polens bietet die 2007 als *Chatham House Paper* unter dem Titel *The New Atlanticist. Poland's Foreign and Security Policy Priorities* erschienene Studie von Kerry Longhurst und Marcin Zaborowski. In bester Tradition umfassender historischer Fallstudien im Rahmen der traditionellen Außen- und Sicherheitspolitikforschung werden hier das als *the culture of foreign and security policy* verstandene sicherheits- und außenpolitische Profil Polens und seine strategische atlantische Ausrichtung erörtert, um auf dieser Grundlage die Entwicklungen in den wichtigsten außenpolitischen Bereichen zu beschreiben und zu analysieren. Hierzu zählen die Sicherheitspolitik der Europäischen Union, die Ostpolitik sowie die allgemeine Europapolitik.

Die verfügbaren polnischen politikwissenschaftlichen Publikationen, die sich mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen befassen, haben überwiegend deskriptiven Charakter und basieren implizit auf einem rationalistischen Modell, das sich Begriffen wie „nationale Interessen“ und „externe und interne Bedingungen“ bedient. Die Zielsetzung der polnischen Außenpolitik in den Jahren 1989-2000 und den Stellenwert der Sicherheitsfragen zu erläutern, stand am Ursprung des 2001 von dem Warschauer Politikwissenschaftler Roman Kuźniar herausgegebenen Sammelbands *Polska Polityka Bezpieczeństwa* (dt. *Polnische Sicherheitspolitik*). Das Buch, das

mittlerweile zu einem Standardwerk zu diesem Thema geworden ist, bietet einen Überblick über die bi- und multilateralen Beziehungen Polens in den Jahren 1989-2000 und analysiert, unter besonderer Berücksichtigung der Verteidigung, die inneren Faktoren der polnischen Sicherheitspolitik. Zahlreiche ebenfalls um die Jahrtausendwende herum entstandene Publikationen sind hingegen von einer anderen Tendenz geprägt. Sie versuchen, eine Bilanz des ersten Jahrzehnts selbstständiger polnischer Außenpolitik zu ziehen und bedienen sich dabei verstärkt geopolitisch orientierter Argumentationen (vgl. Wieczorek/ Kłudka 1997, Bielań 1999, Zięba 1999, Piwnicki 2001, Janowski 2001, Kuźniar/ Szczepanik 2002, Ołowski 2002, Wojtaszczyk 2002, Bartosiewicz 2003, Madera 2003).

Eine wiederum andere Entwicklungsrichtung, die durch die polnische Publizistik angestoßen wurde, ist in einigen jüngeren Arbeiten zu sehen, die die Auswirkungen innenpolitischer und kultureller Faktoren auf die Gestaltung der Außenpolitik in den Blick nehmen. In dieser Perspektive wird häufig auf die polnische politische Kultur zurückgegriffen, um beispielsweise nach dem Einfluss historischer Erfahrungen auf die Formulierung außenpolitischer Positionen zu fragen. An dieser Stelle sind vor allem Arbeiten jüngerer Wissenschaftler und Publizisten zu nennen, darunter vor allem die Analysen von Olaf Osica, in denen die Rolle der Geschichte in der polnischen Sicherheitspolitik thematisiert wird (Osica 2001, 2002 und 2004). Diese neue Perspektive wurde in dem im Jahr 2003 erschienenen Sammelband *Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech* (dt. *Die Kultur der nationalen Sicherheit in Polen und Deutschland*) theoretisch weiter ausgearbeitet. Der von Krzysztof Malinowski, Mitarbeiter des Westinstituts an der Universität Posen, herausgegebene Band beinhaltet eine theoretische Diskussion des rationalistischen und des konstruktivistischen Ansatzes zur Analyse der Außenpolitik. Darauf folgt eine auf konstruktivistischen Prämissen basierende Analyse der Sicherheitskulturen in Deutschland und in Polen, in deren Mittelpunkt die kulturellen Einflüsse auf die Außen- und Sicherheitspolitik der beiden Länder stehen. Obwohl dieser Vergleich eine gewisse Generalisierung der Regeln der „inneren“ Gestaltung der Sicherheitspolitik ermöglicht, fehlt es ihm an einer Verknüpfung zwischen der konstruktivistischen Theorie und der empirischen Untersuchung. Das Buch belässt es bei einer Analyse der „psychologischen“ und „kulturellen“ Faktoren, indem es, ähnlich wie die dort zitierten amerikanischen Autoren (Keohane 1988, Wendt 1999), die Transparenz der Sprache

voraussetzt und diese als ein bloßes, transparentes Medium der „Bedeutung“ und eine Übersetzung des „Denkens“ versteht.

3.2 Rahmenbedingungen polnischer Außenpolitik nach 1989

Das Jahr 1989 brachte mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa eine grundlegende Veränderung der Situation Polens im internationalen System sowie der internen Voraussetzungen für die Gestaltung seiner Außenpolitik mit sich: Das Land erlebte nicht nur die größte Veränderung seiner geopolitischen Lage seit über 200 Jahren, sondern auch eine tiefgreifende Transformation seines politischen Systems. Entsprechend der Aufteilung in externe und interne Faktoren, die in zahlreichen politikwissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Thema anzutreffen ist (z. B. Kuźniar 2001, Madera 2003), werden im folgenden Kapitel zuerst der internationale und der nationale Rahmen der polnischen Außenpolitik in den 1990er Jahren dargestellt. Ergänzend wird anschließend kurz auf den Zusammenhang zwischen dem im Laufe der 1990er Jahre vollzogenen Systemwechsel und der Außenpolitikgestaltung eingegangen.

3.2.1 Externe Rahmenbedingungen

Die geopolitische Situation Polens nach 1945 kann als direkte Folge des militärischen und politischen Geschehens des 2. Weltkriegs gesehen werden. In den Jahren von 1945 bis 1989 war das Land sicherheitspolitisch in vier Systeme eingebettet (Kuźniar 2001: 53-54): Erstens war Polen Teil des globalen Sicherheitssystems der Vereinten Nationen, konnte aufgrund der Dominanz der Supermacht Sowjetunion in diesem jedoch keine aktive Rolle spielen. Die zweite Dimension der Einbettung bildete die bipolare Weltordnung, die die Beziehungen zwischen dem westlichen und dem östlichen Block regelte. Drittens war Polen Teil des kommunistischen Ostblocks. Aus diesem Grund wurde sein Handlungsspielraum in außenpolitischen Fragen durch die Doktrin der „beschränkten Souveränität“ (die so genannte „Breschnew-Doktrin“) bestimmt, während die wirtschaftliche Entwicklung der „sozialistischen Arbeitsteilung“ folgte. Die vierte Dimension, die für die Außen- und Sicherheitspolitik (wenn auch nach dem Warschauer Vertrag von 1970 nur noch eingeschränkt) relevant war, stellte die Frage der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze dar. Hier trug die unklare

Position der Alliierten im Zusammenspiel mit der Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland zu einer Legitimierung der „ewigen Allianz“ mit der Sowjetunion bei.

Das durch den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 symbolisierte Ende des Ost-West-Konflikts hat zu einer revolutionären Veränderung dieser geopolitischen Lage Polens geführt. Die Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesse innerhalb des Ostblocks ermöglichten den Staaten Mittel- und Osteuropas nun, eine autonome Stellung im internationalen System einzunehmen, was in einem grundlegenden Wandel der Strukturbedingungen der polnischen Außenpolitik resultierte. Dieser spiegelte sich innerhalb kürzester Zeit in wesentlichen Veränderungen in der Geographie der Region wider: Die Wiedervereinigung Deutschlands sorgte bereits im Oktober 1990 für Unsicherheit in Bezug auf den politischen Status dieses Nachbarn, seine Außenpolitik und die Beziehungen zu den anderen Staaten der Region²⁶. Durch den unerwarteten Zerfall der Sowjetunion erhielt Polen im Dezember 1991 mit der Ukraine, Belarus, Litauen und Russland vier neue Nachbarstaaten im Osten, zu denen es gute Beziehungen aufzubauen galt. Dies ist – trotz einer häufig belasteten gemeinsamen Vorgeschichte – im Großen und Ganzen gelungen, auch wenn gleichzeitig eine gewisse Sorge um die politische Stabilität und um die Zukunft der Demokratisierung in diesen postsowjetischen Staaten weiterbestand. Im Januar 1993 schloss die Trennung der Tschechoslowakei in die Tschechische und die Slowakische Republik den Prozess der territorialen Neuordnung in der Region ab. Polen war nun, ohne jegliche Änderung seines Territoriums, von sieben neuen Nachbarstaaten umgeben und stand Anfang der 1990er Jahre vor der Herausforderung, sowohl gute nachbarschaftliche Beziehungen zu den angrenzenden Staaten aufbauen als auch seine Position innerhalb der neuen Weltordnung definieren zu müssen.

Eine wesentliche Veränderung in den internationalen strukturellen Bindungen Polens hat die Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (28. Juni 1991) und des Warschauer Paktes (1. Juli 1991) bewirkt. Für Kontinuität der institutionellen Einbettung Polens in der Welt sorgten seitdem nur die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen sowie die Teilnahme am KSZE-Prozess (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Von Bedeutung war weiterhin der Beitritt Polens zum

²⁶ Zur polnischen Wahrnehmung der Wiedervereinigung Deutschlands, zum 10-Punkte-Programm von Kanzler Kohl und den 2+4-Verhandlungen siehe Abschnitt 3.3.5.1.

Europarat, den das Land im November 1991 mit der Zielsetzung vollzog, die neu gewonnene Demokratie zu festigen. Diese drei internationalen Organisationen (UNO, KSZE, Europarat) bildeten die wesentlichen institutionellen Rahmenbedingungen für die polnische Außenpolitik der frühen 1990er Jahre.

Die Präsenz der Vereinten Nationen in der polnischen Außenpolitik reicht bis in die Zeit nach dem Ende des 2. Weltkriegs zurück. Seit Polen im Herbst 1945 die Charta der Vereinten Nationen unterschrieben hatte²⁷, beteiligte sich das Land – wenn auch aus dem oben genannten Grund nur eingeschränkt – an der Arbeit der Organisation. Eine neue Ära begann jedoch erst mit dem Jahr 1989, in dessen Folge es – nicht zuletzt aufgrund der stärkeren Wahrnehmung überregionaler Bedrohungen und Herausforderungen – zu einer deutlichen Intensivierung der Kooperation innerhalb der Vereinten Nationen sowie zu einer gestiegenen Bedeutung dieser Aktivitäten im Rahmen der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik gekommen ist. Zu den wichtigsten Bereichen der polnischen Aktivitäten in den Vereinten Nationen gehören dabei u. a. das Bestreben, häufiger als nichtständiges Mitglied an den Sitzungen des Sicherheitsrats teilzunehmen und eine Stärkung der Präsenz von Staaten aus allen Regionen zu unterstützen, die Beteiligung an der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie eine enge Zusammenarbeit mit den NATO-Mitgliedstaaten (Madera 2003: 26).

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die am 1. Januar 1995 in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umgewandelt wurde, hatte bereits in den 1970er und 1980er Jahren ein wichtiges Forum für den Dialog zwischen den Staaten der beiden Blöcke dargestellt und eine gemeinsame Basis für die Entspannungspolitik gebildet. Direkt nach der Wende gab es sogar Vorschläge, auf der Grundlage der KSZE ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit zu schaffen (Malinowski 2003a: 140). Auch in Polen gehörte, neben der Festigung der Demokratie, der Konfliktlösung und der Stabilisierung der Beziehungen zu den Nachbarn, der Wiederaufbau des europäischen Sicherheitssystems zu den wichtigsten Beweggründen für die Beteiligung am

²⁷ An der Gründungskonferenz von San Francisco im Juni 1945 hatte Polen aufgrund der doppelten Regierung des Landes nicht teilnehmen können. Auf der einen Seite amtierte im Juni 1945 offiziell immer noch die Exilregierung in London; auf der anderen Seite war die Sowjetunion bereits dabei, in Polen eine Volksregierung zu bilden. Erst nach der internationalen Anerkennung dieser so genannten „Übergangsregierung der Nationalen Einheit“ (Tymczasowy Rząd Jedności Narodowej) konnte Polen am 16. Oktober 1945 die Charta unterschreiben und einen Tag danach ratifizieren (vgl. Madera 2003:18; Popiuk-Rysińska 2001: 423).

KSZE-Prozess in den 1990er Jahren (Madera 2003: 33). Als Legitimierung eines derartigen Engagements für die kollektive Sicherheit fungierte das Argument der „Jalta-Erfahrung“ (Malinowski 2003a: 150), die die Teilung Europas hervorgerufen und dazu geführt hatte, dass die westlichen Staaten sich aus Mitteleuropa zurückzogen (ebd.: 145). Daneben gab es weitere außenpolitische Motive für die Beteiligung am KSZE-Prozess: Erstens festigte dieser die Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion und unterstützte die fortschreitende Lösung Polens vom Warschauer Pakt. Zweitens hat sie die neue prowestliche Orientierung des Landes vor russischen Bedenken abgeschirmt. Drittens bildete diese multilaterale Organisation ein wichtiges Forum für die Kommunikation mit den westlichen Staaten und sorgte für ein subjektives Gefühl der eigenen Sicherheit (Malinowski 2003a: 151).

Die erste neue Institution, an deren Arbeiten sich Polen bereits im Jahr 1989 beteiligte, war der Europarat. Dies geschah anfänglich im Rahmen eines Sonderstatus; bereits am 26. November 1991 wurde Polen jedoch offiziell in den Kreis der Mitglieder aufgenommen. Das Hauptziel der Mitgliedschaft bestand darin, durch das Bekenntnis zu den vom Europarat gesetzten politischen Standards den demokratischen Charakter des polnischen Staates zu sichern (Madera 2003: 44).

3.2.2 Innenpolitischer Rahmen

Die polnische Innenpolitik der 1990er Jahre war durch sehr häufige Machtwechsel gekennzeichnet: In den Jahren 1989-1999 fanden viermal Parlamentswahlen statt, darunter zweimal infolge einer vorzeitigen Auflösung des alten Parlaments. In derselben Zeit erlebte das Land drei Staatspräsidenten, acht Regierungschefs und fünf Außenminister (Terry 2000: 8). Vor diesem Hintergrund soll im folgenden Kapitel gezeigt werden, auf welche Weise sich innenpolitische Ereignisse und Entwicklungen in diesem Zeitraum auf die Außenpolitik Polens ausgewirkt haben.

In den von Februar bis April 1989 dauernden Gesprächen am Runden Tisch einigten sich Vertreter von Regierung und Opposition auf die Wiedezulassung der Gewerkschaft Solidarność, auf Neuwahlen zum Sejm und die Schaffung einer zweiten Parlamentskammer, des Senats. Zudem sollten der Staatsrat abgeschafft und das Amt eines von der Nationalversammlung (Sejm und Senat) gewählten Staatspräsidenten eingerichtet werden (Bingen 1990: 24). Dieser sollte eine „Garantiefunktion für die Ordnung des politischen Systems übernehmen“ (Grabowski 1998: 227) sowie

„die Bündnistreue Volkspolens gegenüber seinen Partnern im Warschauer Pakt personifizieren“ (Ziemer: 1999: 336). Die für den 4. und 18. Juni 1989 vorgesehenen Parlamentswahlen sollten jedoch nicht ganz frei und demokratisch sein. Das Oppositionsbündnis durfte lediglich für 35% der 460 Sejmmandate kandidieren, während die restlichen 65%, d. h. 299 Mandate der bestehenden Regierungskoalition²⁸ vorbehalten blieben. Die Wahlen zum Senat, der 100 Sitze umfassen sollte, waren hingegen frei.

Während die Opposition im ersten Wahlgang 160 Sejm- und 82 Senatsmandate erringen konnte, schafften insgesamt nur fünf Kandidaten des Regierungslagers den Einzug in den Sejm. Um zu verhindern, dass dieses unerwartete Wahlergebnis den am Runden Tisch vereinbarten Kompromiss in Frage stellt, entschloss sich die Opposition, einer kurzfristigen Änderung des Wahlgesetzes zuzustimmen und so den gescheiterten Regierungskandidaten den Einzug ins Parlament zu ermöglichen. Im Endeffekt brachte das amtliche Endergebnis von 299:161 Sejm- und 1:99 Senatsmandaten der Regierungskoalition eine deutliche Mehrheit in der Nationalversammlung. Trotzdem gestaltete sich aufgrund von Absatzbewegungen der Blockparteien und Widerständen innerhalb der PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, dt. Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) die Wahl von General Jaruzelski zum Staatspräsidenten als sehr problematisch (Hofmann 2002: 32). Erst nachdem der einflussreiche oppositionelle Publizist Adam Michnik²⁹ am 3. Juli 1989 mit der später berühmt gewordenen Formel „Wasz Prezydent – nasz Premier“ (dt. „Euer Präsident – unser Premierminister“) einen Ausweg aus dieser Pattsituation vorgeschlagen hatte, gelang die Wahl Jaruzelskis.

Ebenso schwierig wie die Wahl des Präsidenten verlief auch die Regierungsbildung. Nach einem gescheiterten Versuch des ehemaligen Innenministers, General Kiszczak, griff Präsident Jaruzelski den Vorschlag des Gewerkschaftsführers Lech Wałęsa auf, eine Regierung ohne Beteiligung der PZPR zu bilden und übertrug diese Aufgabe dem katholischen Publizisten Tadeusz Mazowiecki. Am 12. September

²⁸ PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, dt. Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) und die beiden Blockparteien ZSL (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe, dt. Vereinigte Bauernpartei) und SD (Stronnictwo Demokratyczne, dt. Demokratische Partei) sowie drei kirchliche, aber regierungstreue Gruppierungen (PAX, ChSS, PZKS).

²⁹ Adam Michnik (geb. 1946): Historiker, Publizist und Bürgerrechtler, seit 1977 Mitglied des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) und Redakteur von Untergrundzeitschriften. Während des Kriegsrechts und von 1984-1986 interniert, Teilnehmer der Verhandlungen am Runden Tisch, seit 1989 Chefredakteur der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ (dt. „Wahlzeitung“).

1989 bestätigte der Sejm die von diesem angeführte Koalitionsregierung³⁰, der auch vier Minister der PZPR³¹ angehörten (Bingen 1990: 41). Den Posten des Außenministers übernahm Krzysztof Skubiszewski, ein unabhängiger und international anerkannter Völkerrechtler, der von Beginn seiner Amtszeit an Befürworter einer ausgewogenen und vorsichtigen Außenpolitik war (Eisler 2001: 26).

Mit der Nominierung eines auch international anerkannten Juristen wollte Mazowiecki ein Eingreifen Jaruzelskis (und wahrscheinlich auch Moskaus) in die auswärtigen Angelegenheiten vermeiden. Seine Strategie erwies sich als erfolgreich, denn trotz der Präsenz mächtiger „Garanten der alten Ordnung“ wie des Präsidenten Jaruzelski, des Innenministers Kiszczak oder des Verteidigungsministers Siwicki lag die Gestaltung der Außenpolitik überwiegend in den Händen der nichtkommunistischen Regierung.

Bereits in den ersten Tagen gehörte die Belebung der Kontakte zur Bundesrepublik Deutschland zu den außenpolitischen Prioritäten der neuen Regierung. Der erste Besuch von Bundeskanzler Kohl in Warschau fand im November statt und musste – aus Anlass des Falls der Berliner Mauer – nur durch eine kurze Heimreise des Kanzlers unterbrochen werden. Der Höhepunkt des Besuchs war eine Messe, die am 12. November 1989 an einem Ort der Erinnerung an den deutschen Widerstand, im schlesischen Kreisau, stattfand und zu einem Symbol des beginnenden deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses geworden ist (Eisler 2001: 27). Neben den Beziehungen zu Deutschland spielte in dieser Zeit das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten sowie zur Sowjetunion eine entscheidende Rolle in der polnischen Außenpolitik. Noch im Herbst 1989 reiste Lech Wałęsa in die USA und hielt eine Rede vor beiden Kammern des Kongresses, während Premierminister Mazowiecki seinen Antrittsbesuch in Moskau absolvierte.

Nach dem Sieg Wałęsas bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen von Dezember 1990, in denen Mazowiecki als sein Hauptgegner aufgetreten und bereits im ersten Wahlgang ausgeschieden war, musste im Januar 1991 ein neues Kabinett ins Leben gerufen werden. Seine Leitung übernahm Jan Krzysztof Bielecki vom KLD (Kongres Liberalno-Demokratyczny, dt. Liberaldemokratischer Kongress), ein

³⁰ Die Koalition bestand aus dem OKP (Obywatelski Klub Parlamentarny, dt. Parlamentarischer Bürgerclub), der Fraktion Solidarność, dem ZSL und dem SD (vgl. Fußnote 28).

³¹ Kiszczak (Innenminister), Siwicki (Verteidigungsminister), Wielądek (Verkehrsminister), Świącicki (Außenhandelsminister) (Transodra 1999/ 2000: 35).

Danziger Liberaler, der sich im Präsidentschaftswahlkampf für Wałęsa engagiert hatte. Die Hauptaufgabe der neu gebildeten Regierung bestand darin, die von der Mazowiecki-Regierung angestoßenen politischen und wirtschaftlichen Reformen fortzusetzen sowie das Land zu den ersten komplett freien Parlamentswahlen zu führen (ebd.: 31). Diese fanden am 27. Oktober 1991 statt. In ihrer Folge waren 29 Wahlkomitees im Parlament vertreten, die sich dort in 24 Gruppierungen organisierten. Lediglich neun Parteien hatten mehr als fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können; elf Parteien entsandten nur je einen Abgeordneten in den Sejm (Niewiadomska-Frieling 2006: 65-66). Diese extreme Atomisierung des Parlaments führte zu erheblichen Problemen bei der Regierungsbildung. Der Aufbau einer für die Aufstellung des Kabinetts notwendigen „positiven“ Koalition stellte sich lange Zeit als sehr schwierig dar. Den Abgeordneten fiel es grundsätzlich viel leichter, sich zu „negativen“ Koalitionen zusammenzuschließen, mit dem Zweck, Versuche einer Regierungsbildung zu verhindern (Eisler 2001: 33). Erst kurz vor Weihnachten gelang es, nach fast zwei Monate andauerndem politischen Hin und Her, unter Jan Olszewski (PC, Porozumienie Centrum, dt. Zentrumsallianz) eine Regierung zu bilden. Auch diese konnte sich jedoch nur bis zum Frühling des darauffolgenden Jahres an der Macht halten. Ohne Erfolg blieben auch die von Waldemar Pawlak, dem jungen Vorsitzenden der Bauernpartei, anschließend unternommenen Versuche, im Auftrag des Staatspräsidenten eine neue Regierung zu bilden. Erst einen Monat später ist es mit Hanna Suchocka (UD, Unia Demokratyczna, dt. Demokratische Union) der ersten Frau in der polnischen Geschichte gelungen, ein Koalitionskabinett im Sejm durchzusetzen, das sich, ähnlich wie die Premierministerin selbst, in der ersten Zeit sogar einer großen Popularität erfreuen konnte. Schon bald wurde die neue Regierung jedoch mit zahlreichen Problemen konfrontiert, vor allem einer Streikwelle in den großen Staatsbetrieben. Als ihr ein knappes Jahr nach der Regierungsbildung zudem mehrere Abgeordnete der Gewerkschaft „Solidarność“ ihre Unterstützung entzogen, löste Staatspräsident Wałęsa das Parlament auf und kündigte für September 1993 Neuwahlen an. Bis dahin blieb das Kabinett von Hanna Suchocka, die für einige Jahre letzte „Solidarność-Regierung“, im Amt.

Die Bilanz der Regierungszeit von 1989 bis 1993 fällt ambivalent aus: Auf der einen Seite können in diesen vier Jahren positive Veränderungen verzeichnet werden, zu denen neben der in Zeiten der Volksrepublik unerreichbaren Verbesserung der Versorgungslage auch die Durchsetzung der Meinungsfreiheit zu zählen ist, in deren

Folge zahlreiche neue Zeitungen und Zeitschriften entstanden sind. Zu den wesentlichen Erfolgen der Innenpolitik gehörten die Festigung des demokratischen Systems, die Gewährleistung von Bürgerrechten und die Transparenz des öffentlichen Lebens. Auf der internationalen Ebene war diese Zeit von der Festlegung auf die westliche Orientierung Polens geprägt, die sich in der angestrebten Mitgliedschaft in der NATO und in den Europäischen Gemeinschaften manifestiert (Eisler 2001: 35). Auf der anderen Seite lassen sich in den ersten Jahren nach der Wende starke wirtschaftliche Spaltungsprozesse innerhalb der polnischen Gesellschaft beobachten. Trotz wirtschaftlicher Erfolge ist die Arbeitslosigkeit stets gestiegen, was zur Verarmung großer Teile der Bevölkerung führte. Als ein weiterer negativer Aspekt kann die Zersplitterung des politischen Lebens genannt werden. Machtkämpfe innerhalb der neuen politischen Klasse sowie weitgehende Uneinigkeit in vielen zentralen Fragen, so auch bezüglich der neuen Verfassung, haben zu einer gesellschaftlichen Verstimmung beigetragen und viele Wähler für populistische Parolen empfänglich gemacht (ebd.: 36).

Aus den erstmals nach dem Mehrheitswahlrecht durchgeführten Parlamentswahlen vom 19. September 1993 ging die PZPR-Nachfolgepartei SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej, dt. Bund der demokratischen Linken) siegreich hervor, die mit der Polnischen Bauernpartei PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe) eine Koalition einging. Neben den Vertretern dieser beiden Parteien setzte sich der Sejm aus Abgeordneten der UD, der UP (Unia Pracy, dt. Arbeitsunion), der KPN (Konfederacja Polski Niepodległej, dt. Konföderation für ein unabhängiges Polen) sowie des von Staatspräsident Wałęsa gegründeten BBWR (Bezpartyjny Blok Wspierania Reform, dt. Unparteilicher Block zur Unterstützung der Reformen) zusammen.

Das innenpolitische Geschehen zwischen den Parlamentswahlen von 1993 und den Präsidentschaftswahlen von 1995, d. h. in der Zeit der ersten polnischen Kohabitation von Staatspräsident Wałęsa mit der postkommunistischen Koalition, war durch Konflikte zwischen den beiden Machtzentren geprägt. Viele aus der Solidarność-Bewegung hervorgegangene Politiker sahen in der Politik der neuen Regierung eine „Rekommunisierung“ (*rekomunizacja*) und brachten ihre Angst um die Zukunft der Demokratisierung in Polen zum Ausdruck. Auch die neue Koalition hat sich aber in der Zwischenzeit zu dem strategischen Ziel der Mitgliedschaft in den europäischen und transatlantischen Strukturen bekannt, den Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestellt und Polen durch die Beteiligung an der „Partnerschaft

für den Frieden“ (PfP) näher an die NATO herangeführt (Eisler 2001: 36). Die Kohabitation endete im Herbst 1995 mit dem Sieg des SLD-Kandidaten Aleksander Kwaśniewski bei den Präsidentenwahlen, bei deren zweitem Wahlgang mit 68,23% eine Rekordwahlbeteiligung verzeichnet werden konnte.

Das Ende der ersten Kohabitation hat die Arbeiten an der immer noch ausstehenden neuen Verfassung, die u. a. die außenpolitischen Zuständigkeiten der einzelnen Staatsorgane regelt, wesentlich beschleunigt, gleichzeitig aber auch zu einer erneuten Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der früheren anti-kommunistischen Opposition und den regierenden Postkommunisten geführt. Die neue Verfassung wurde am 2. April 1997 von der Nationalversammlung verabschiedet und in einem sechs Wochen später abgehaltenen Referendum mit 52,7% bestätigt; die Beteiligung betrug 42,8%. Diese Zahlen geben allerdings keinen Eindruck von den Emotionen, die die Verabschiedung der Verfassung begleiteten. Einige Gruppierungen auf der rechten Seite des politischen Spektrums sprachen dem von postkommunistischen Kräften dominierten Parlament das Recht zur Verabschiedung einer neuen Verfassung ab und bereiteten einen „gesellschaftlichen Verfassungsentwurf“ vor, zu dessen Unterstützung sie mehr als eine Million Unterschriften sammelten. In diesem Kontext wurde die neue Verfassung sogar als eine Bedrohung für Polen dargestellt, die ein ähnliches Ausmaß erreiche wie der „bolschewistische Sturm von 1920“ (Eisler 2001:39). Im Endeffekt trug der Konflikt um die Verfassung jedoch auf gewisse Weise zur Strukturierung der polnischen Parteienlandschaft bei. Die bis dahin stark zersplitterte Rechte begann, sich um die Gewerkschaft Solidarność herum zu konzentrieren. Das Ergebnis dieses Sammlungsprozesses war die im Juni 1996 gegründete AWS (Akcja Wyborcza Solidarność, dt. Wahlaktion Solidarność). Ihre Popularität nahm so schnell zu, dass sie bereits ein Jahr später neben dem Bund der Demokratischen Linken (SLD) zu den größten politischen Gruppierungen gehörte und die Parlamentswahlen vom 21. September 1997 für sich entscheiden konnte. Die Leitung der zusammen mit der UW (Unia Wolności, dt. Freiheitsunion) gebildeten Koalitionsregierung übernahm der bis dahin wenig bekannte schlesische Politiker Jerzy Buzek. Zum Vizepremier und Finanzminister wurde der Vorsitzende der Freiheitsunion, Leszek Balcerowicz, ernannt, der in der neuen Regierung für die Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformen zuständig war. Mit der Aufnahme der Regierungsgeschäfte durch die Buzek-Regierung begann auch die Zeit der zweiten Kohabitation der 1990er Jahre, diesmal aber in einer umgekehrten

Konstellation: mit einem linken Staatspräsidenten und einer konservativen Regierung. Innenpolitisch hat sich die Regierung Buzek insbesondere auf vier große Reformvorhaben konzentriert: die Reform der territorialen Verwaltung, der sozialen - Sicherungssysteme, des Gesundheitswesens sowie des Bildungssystems. Im Bereich der Außenpolitik wurden mit dem Beginn der offiziellen Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union im November 1998 und dem nur wenige Monate später, im März 1999, vollzogenen Beitritt Polens zur NATO wichtige Ziele erreicht.

3.2.3 Systemwechsel und Außenpolitik

Neben den bereits geschilderten innenpolitischen Ereignissen der Jahre 1989-1999 haben auch andere Faktoren den Hintergrund für die Neuorientierung der polnischen Außenpolitik gebildet, darunter der Zusammenhang zwischen dem Systemwechsel und der Außenpolitik, auf den im Folgenden eingegangen werden soll. Der Fokus liegt dabei auf den Rollen der einzelnen politischen Akteure bei der Formulierung und Umsetzung der Außenpolitik, die sich im Laufe der Verfassungsdebatten und in der Praxis herauskristallisiert haben.

In den Jahren 1989 und 1990 machten die äußere Unabhängigkeit und die Wiedergewinnung innenpolitischer Freiheiten zunehmend eine souveräne Bestimmung der Rolle Polens in Mittel- und Osteuropa, aber auch in einem breiteren geopolitischen Kontext möglich (Bartoszewski 2000: 8). Darüber hinaus stärkten die Demokratisierungsprozesse die Position des Individuums, das nun ins Zentrum außenpolitischer Handlungen gestellt wurde. Anders als in der Vergangenheit hatte die Ideologie nun keine dominierende Stellung gegenüber Politik und Moral mehr, was dazu führte, dass die internationalen Standards in Bezug auf die Menschenrechte nicht weiter unterschritten wurden (Bartoszewski 2000: 13 und 16).

In der Außenpolitikgestaltung wirkte sich der Systemswechsel in dreifacher Hinsicht aus: Erstens führte die nun möglich gewordene Entfaltung der Zivilgesellschaft dazu, dass der Staat die Position des alleinigen Akteurs der internationalen Beziehungen verloren hat (ebd.: 13) und der außenpolitische Raum für zahlreiche Nichtregierungsorganisationen geöffnet wurde (Geremek 2000: 21). Begleitet wurden diese Entwicklungen zweitens von einer Reform des diplomatischen Dienstes, der bis

dahin eine Art direkt vom Zentralkomitee der Partei geführten „Sonderdienst“³² dargestellt hatte (Geremek 2000: 20). Die dritte Auswirkung des Systemwechsels auf die Außenpolitik betrifft die konstitutionelle Verpflichtung, das internationale Recht zu beachten, die in Artikel 9 der Verfassung von 1997 festgeschrieben wurde. Dieses bereits in den späten 1980er Jahren von Krzysztof Skubiszewski geforderte Prinzip verfestigte die Bedeutung internationaler juristischer Normen im polnischen Rechtssystem (Skubiszewski 2001: 59). Somit wurden internationale Standards in traditionellen Bereichen der Innenpolitik (z. B. Menschenrechte, Bürgerfreiheiten, Naturschutz, Arbeitsbeziehungen oder Bildung) bestätigt. Gleichzeitig wurde die Trennung zwischen dem Inneren und dem Auswärtigen aufgelöst, und das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat sein Monopol für die Kontakte zu anderen Staaten, internationalen Organisationen und anderen Akteuren der internationalen Beziehungen zu Gunsten anderer Ressorts und Nichtregierungsorganisationen verloren (ebd.: 66).

Zu den wichtigsten außenpolitisch aktiven Akteuren innerhalb des polnischen politischen Systems zählen der Präsident, der Ministerrat (darunter vor allem der Minister für Auswärtige Angelegenheiten), der Sejm und der Senat sowie einige einflussreiche Nichtregierungsorganisationen mit außenpolitischer Ausrichtung. Sowohl ihre Befugnisse als auch ihre Beziehungen zueinander unterlagen im Verlauf der 1990er Jahre zahlreichen Veränderungen. In den ersten Jahren nach der Wende wurden in den Bestimmungen der am Runden Tisch ausgehandelten Übergangsverfassung die außenpolitischen Kompetenzen folgendermaßen aufgeteilt: Der Präsident war für die Vertretung des Landes nach außen und für die „allgemeine Führung“ im Bereich der Außenpolitik zuständig, während der Ministerrat für die Durchführung dieser Politik verantwortlich war. Die Tatsache, dass in der Übergangsverfassung keine Koordination zwischen diesen beiden Institutionen festgeschrieben wurde, führte zu zahlreichen Konflikten sowie zu einigen mit dem Außenministerium nicht abgesprochenen außenpolitischen Initiativen des Verteidigungsministeriums und des beim Präsidenten angesiedelten Büros für Nationale Sicherheit (Gerhardt 2003: 86).

Ein Koordinationsmechanismus wurde erst in der „Kleinen Verfassung“ von 1992 eingeführt, die das Staatsoberhaupt verpflichtete, Kontakte zum Ausland nur mit

³² Im Polnischen handelt es sich bei „Sonderdienst“ um den Begriff der służba specjalna, der stark mit der damaligen Staatssicherheit assoziiert wird.

Vermittlung durch das Außenministerium aufzunehmen (ebd.). In Artikel 28 wurde der Präsident zum höchsten Vertreter des polnischen Staates in inneren und auswärtigen Angelegenheiten erklärt. Sein Auftrag bestand darin, „die Souveränität und Sicherheit des Staates, die Unantastbarkeit und Unteilbarkeit seines Territoriums sowie die Einhaltung internationaler Verträge“ (Verfassung 1992: 8) zu hüten. In Artikel 32 wurde seine Rolle im Bereich der Außenpolitik festgelegt: Der Präsident sollte die Leitung im Bereich der internationalen Beziehungen übernehmen, was u. a. im Benennen und Zurückrufen von Vertretern der Republik Polen im Ausland und in der Ratifizierung und Kündigung internationaler Abkommen zum Ausdruck kam (Verfassung 1992: 11). In Artikel 51 derselben Verfassung wurde allerdings festgelegt, dass für Außenpolitik und die Beziehungen zu anderen Staaten der Ministerrat verantwortlich sei; genau definiert wurde die Rolle des Außenministers jedoch nicht. Angesichts dieser unklaren Lage galten die Bestimmungen eines speziellen Gesetzes³³ fort, nach denen der Außenminister die Funktion eines „politischen Koordinators der Gesamtheit der Beziehungen zum Ausland“ (Fedorowicz 2004: 95) ausüben soll. Obwohl das Parlament in dieser Zeit eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Gestaltung und Realisierung der Außenpolitik spielte, fand dies in der „Kleinen Verfassung“ keinen expliziten Ausdruck (ebd.: 96).

Nach den sich insbesondere in der Zeit der Olszewski-Regierung (Januar bis Juni 1992) häufenden Erfahrungen der „doppelten Außenpolitik“ hielt sich Präsident Wałęsa in den letzten Jahren seiner Amtszeit in außenpolitischen Fragen deutlich zurück. Seine „allgemeine Führung“ in diesem Bereich spiegelte sich nur noch in der Durchsetzung seines Willens bei der Auswahl der Minister wider (Gerhardt 2003: 87). Sein Nachfolger, Aleksander Kwaśniewski, verzichtete sogar auf sein Mitspracherecht bei der Bestimmung der Minister, vermied die Teilnahme an kontroversen innerpolnischen Diskussionen und konzentrierte sich überwiegend darauf, seine außenpolitischen Initiativen voranzutreiben (Gerhardt 2003: 88).

In der Verfassung von 1997 wurde die Rolle des Präsidenten im Bereich der Außenpolitik in eine kontrollierende und korrigierende umgewandelt. Neben dem auf den Ministerrat übertragenen Recht der „allgemeinen Führung“ wurde dem Staatsoberhaupt auch das Mitspracherecht bei der Auswahl der Minister entzogen. Gleichzeitig

³³ Es handelt sich hier um das *Gesetz über das Amt des Außenministers* vom 29. Mai 1974 und die Ministerratsverordnung vom 31. Mai 1974.

wurde das Staatsoberhaupt konstitutionell zur Zusammenarbeit mit dem Premier und dem zuständigen Fachminister verpflichtet (ebd.: 87). Zur Erfüllung außenpolitischer Aufgaben steht dem Präsidenten seither das Büro für Nationale Sicherheit zur Verfügung. Seine Rolle besteht darin, die Kompetenzen des Präsidenten in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit auszuüben und eigene Vorschläge in den Diskussionsprozess einzubringen. Dennoch bleibt es ein Beratungsorgan, das über keinerlei Machtbefugnisse verfügt (ebd.). Die insgesamt komplizierten und sich mit jeder Verfassungsverabschiedung³⁴ ändernden Beziehungen zwischen den außenpolitisch befugten Staatsorganen haben somit im Laufe der 1990er Jahre zu einer unklaren Verteilung der außenpolitischen Zuständigkeiten geführt, die auch als ein „komplexes Nebeneinander“ (ebd.: 85) bezeichnet werden kann. Hinzu kommt aber auch die Tatsache, dass dem Präsidenten in der politischen Praxis und in der Öffentlichkeit häufig eine Rolle zugeschrieben wird, die deutlich über seine in der Verfassung verankerten Kompetenzen hinausgeht (Gerhardt 2003: 85).

Anhand der hier vorgenommenen Einschätzung über die Entwicklung der Rahmenbedingungen für die polnische Außenpolitik lässt sich eine Bilanz für das Jahr 1999 ziehen, das in der vorliegenden Arbeit den Ausgangspunkt des empirischen Untersuchungszeitraums markiert: Fasst man die Änderungen zusammen, die sich in den Jahren 1989 bis 1999 in Bezug auf die externen und internen Faktoren ergeben haben, so kann man festhalten, dass es sich um eine Zeit handelt, in der die entscheidenden Grundlagen für die späteren auswärtigen Handlungen des polnischen Staats gelegt worden sind. Einerseits kam es im Laufe des Systemwechsels zur Veränderung wesentlicher Prinzipien der außenpolitischen Aktion des Staates sowie zu einer Öffnung der außenpolitischen Meinungsbildung und der Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure in den Bereich der internationalen Beziehungen. Auf diese Weise wurde die Position der Gesellschaft deutlich gestärkt, und die Bedeutung der öffentlichen Debatte über außenpolitische Themen nahm deutlich zu. Andererseits kann man anhand der Kompetenzdiskussion der 1990er Jahre die bis heute bestehende unklare Verteilung der Kompetenzen im außenpolitischen Bereich nachvollziehen, die gelegentlich zu Konkurrenz zwischen den einzelnen Machtzentren innerhalb des politischen Systems führt.

³⁴ Seit 1989 hat Polen bereits drei Verfassungen erlebt: die Übergangsverfassung von 1989, die so genannte „Kleine Verfassung“ von 1992, die lediglich das Verhältnis zwischen der Legislative, der Exekutive und der Jurisdiktion geregelt hat, sowie die bis heute gültige Verfassung von 1997 (ausführlicher vgl. Gerhardt 2003: 85, Fedorowicz 2004: 95).

3.3 Außenpolitische Debatten der 1990er Jahre

In den außenpolitischen Debatten der 1990er Jahre lässt sich ein weitgehender Konsens im Hinblick auf die außen- und sicherheitspolitische Orientierung des Landes beobachten. Die Diskussionen über die Position Polens im internationalen System wurden dabei hauptsächlich von Themen wie der Unabhängigkeit des Staates, der externen Sicherheit oder den Beziehungen zu den Nachbarn und zu Europa geprägt. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Frage der so genannten „polnischen Staatsräson“, die häufig als die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft definiert wurde (Madera 2003: 15). Wie diese Aufgabe, Staat und Gesellschaft zu schützen, zu erfüllen sei, führte Außenminister Skubiszewski 1991 in einer Rede vor dem Parlament aus, in der er die „polnische Staatsräson“ mit der „Bestrebung [gleichsetzte], die vor kurzem wiedergewonnene Unabhängigkeit, Sicherheit und gute Stellung im Verhältnis zu den Nachbarn und anderen Partnern in Europa und in der Welt sicherzustellen“ (zitiert nach Zawistowska 2001: 649). Diese Bestrebung spiegelt sich in drei Hauptzielen der polnischen Außenpolitik wider, die seit dem Anfang der 1990er Jahre verfolgt wurden: der Schaffung ausreichender externer Sicherheit, der „Rückkehr nach Europa“ und der Gestaltung einer polnischen Ostpolitik (Gerhardt 2003: 1).

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, wie die Aufgaben, die sich der polnischen Außenpolitik in den 1990er Jahren stellten, verstanden, diskutiert und erfüllt wurden. Der Fokus richtet sich dabei auf folgende Themenbereiche: die Souveränitätsfrage, die europäische Orientierung, die Rolle des mitteleuropäischen Regionalismus, die atlantische Ausrichtung, die bilateralen Beziehungen zu den westlichen Partnern (Deutschland, Frankreich, USA) sowie die Gestaltung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn.

3.3.1 Die Frage der Souveränität

Das Programm der Mazowiecki-Regierung sah die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität in zwei Schritten vor: Dies sollte zuerst im Bereich der Innenpolitik geschehen und erst später in der Außenpolitik, da die externe Sicherheit weiterhin von der Sowjetunion garantiert werden sollte (Malinowski 2003a: 147). Trotz dieser vorsichtigen Vorgehensweise kristallisierte sich bereits wenige Tage nach der Regierungsbildung ein Souveränitätsimperativ heraus, auf den die Regierung ihre Außenpolitik stützen wollte (Kuźniar/ Szczepanik 2002: 19). Dieser Leitsatz fand bereits

beim ersten öffentlichen Auftritt von Außenminister Krzysztof Skubiszewski am 25. September 1989 bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen deutlichen Ausdruck. In seiner Rede hob er die Schwierigkeiten hervor, die mit der besonderen geopolitischen Lage Polens verbunden seien, denen man aber durch die Ausrichtung der polnischen Außenpolitik auf das Prinzip externer Souveränität und innerer Unabhängigkeit begegnen wolle (Skubiszewski 1997). Die Rolle, die der Begriff der „Souveränität“ im politischen Diskurs der Nachwendezeit spielte, wurde bereits wenige Jahre später zum Gegenstand einer Untersuchung von Kostecki/ Wiberg (1996: 157-161). In ihrer empirischen Arbeit stellten sie fest, dass das Argument der Souveränität in den Debatten immer dann angeführt wurde, wenn es um die Frage der Autonomie oder die Ausübung der Kontrolle über das Staatsterritorium ging. Das Wort nahm je nach Kontext drei verschiedene Bedeutungen an: Die erste Bedeutung verwies auf die Freiheit des Handelns und war häufig in Diskussionen über die kommunistische Vergangenheit anzutreffen, in denen die neuen politischen Eliten die Ansicht vertraten, das kommunistische Polen sei kein souveräner Staat gewesen. In einer zweiten, stärker auf die Gegenwart bezogenen Bedeutung wurde die Frage der Souveränität im Kontext der europäischen Integration und der mit ihr verbundenen Aufteilung der Souveränität auf verschiedene Ebenen diskutiert. Der dritte Kontext, in dem der Begriff den Sinn einer Gerechtigkeitsforderung annimmt, ist geprägt von der Angst vor einem erneuten Aufblühen der Machtpolitik in Europa und der Gefahr einer neuerlichen Fremdherrschaft.

Das historische Denken dominierte den außenpolitischen Diskurs der 1990er Jahre und fungierte häufig sogar als Ersatz für eine strategische Analyse. Wie eng die Souveränitätsfrage mit der Wahrnehmung von Ereignissen aus der Vergangenheit verbunden war, zeigt Malinowski (2003b: 37-38) anhand historischer Interpretationsstrukturen, die dem Sicherheitsdiskurs zugrunde liegen.

In der polnischen Sicherheitskultur³⁵ unterscheidet er sechs Dispositive³⁶, die sich auf die Souveränität des Staates beziehen: Als erstes wird das „russische Dispositiv“ genannt, in dem es darum geht, sich durch die Integration in die westlichen Strukturen einer erneuten russischen Hegemonie zu entziehen. Das zweite so genannte „deutsche Dispositiv“ fordert – als Garantie für ein gleichberechtigtes bilaterales Verhältnis – die Einbindung Deutschlands in die multilateralen Strukturen. Das dritte oder auch „Rapallo-Dispositiv“³⁷ ergibt sich aus einer Zusammenstellung der beiden ersten und verlangt nach einer Beschränkung der Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland. Und auch die drei übrigen Dispositive, die sich auf Jalta, die Ereignisse vom September 1939 und die Entente beziehen, bringen historisch begründete Befürchtungen vor bestimmten internationalen Konstellationen und Schwierigkeiten in den Beziehungen zu den Nachbarstaaten zum Ausdruck.

Die oben genannten Bestandteile der polnischen Sicherheitskultur können mit Frank (2005: 6) auch als eine Art „Belagerungsmentalität“ zusammengefasst werden, die zur Dominanz der „Maxime nationaler Sicherheit“ in der polnischen Außenpolitik führte. Aus der Tatsache, dass in diesem Denkmuster die geographische Lage Polens „an der Peripherie des euro-atlantischen Sicherheitsfeldes“ (ebd.: 7) als die zentrale Herausforderung für die Gewährleistung der nationalen Souveränität bzw. der Sicherheit angesehen wird, ergibt sich, dass die außenpolitischen Debatten der 1990er Jahre neben dem Souveränitätsimperativ auch maßgeblich von Themen wie Europa bzw. Mitteleuropa oder auch der atlantischen Gemeinschaft geprägt waren.

³⁵ Das Konzept der „Sicherheitskultur“ orientiert sich an der Analyse der nationalen Sicherheit aus der Perspektive des soziologischen Institutionalismus. Dieser Ansatz wurde in dem von Peter Katzenstein (1996) herausgegebenen Band *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics* entwickelt. Es handelt sich dabei um die Untersuchung zweier Determinanten der nationalen Sicherheitspolitik: des kulturellen und institutionellen Kontextes sowie der konstruierten Identität von Staaten, Regierungen und anderer politischer Akteure (ausführlicher vgl. Katzenstein 1996: 1-7).

³⁶ Unter dem Begriff „Dispositiv“ werden hier nach Foucault ein Zusammenspiel von Sprechen, Denken und Handeln auf der Basis von Wissen, sowie die Sichtbarkeit und die Vergegenständlichung von Wissen durch Handlungen und Tätigkeiten verstanden (ausführlicher vgl. Jäger 2001: 87-96).

³⁷ Diese Bezeichnung bezieht sich auf den Vertrag von Rapallo, der am 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik unterschrieben wurde. Sein Ziel war die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die mit ihm ihre internationale Isolation durchbrechen wollten. Auch wenn der Vertrag an sich keine für Polen ungünstigen Elemente beinhaltete, ist er, aufgrund der vereinbarten militärischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, zu einem Symbol der deutsch-russischen Kooperation gegen Polen geworden (Lexikon der deutschen Geschichte 1999: 398).

3.3.2 Europäische Orientierung

Die Europapolitik nahm unmittelbar nach 1989 einen großen Stellenwert im außenpolitischen Handeln ein. In ihrem Rahmen lassen sich zwei wesentliche Dimensionen unterscheiden (Kuźniar/ Szczepanik 2002: 22-23): Zum einen wurden zahlreiche, zum großen Teil erfolgreiche Versuche unternommen, eine möglichst schnelle Integration in die westeuropäischen Strukturen zu erreichen.³⁸ Zum anderen spielte die Gestaltung der bilateralen Beziehungen mit den Nachbarn und den westeuropäischen Partnern eine entscheidende Rolle.³⁹

Den Anstoß für Diskussionen in diesem Bereich gab die Veröffentlichung der Verteidigungsdoktrin des Komitees für nationale Verteidigung am 21. Februar 1990. Es handelte sich dabei um eine der ersten Konzeptionen für die Gestaltung der nationalen Sicherheit unter den veränderten Bedingungen. In der Konzeption, die noch zur Zeit der polnischen Mitgliedschaft im Warschauer Pakt entstanden war, wurden zum ersten Mal offiziell Verteidigungs- und Sicherheitsfragen an die Öffentlichkeit herangetragen. Die dort herausgearbeitete neue Ausrichtung der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik beruhte auf einer starken Bindung zu Europa, ungeachtet der immer noch bestehenden Spaltung des Kontinents in zwei Blöcke (Grajewski 2001: 237-238). Diese dem Dokument innewohnende Ambivalenz kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass einerseits der Aufbau eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems als Garantie für die Sicherheit Polens vorgeschlagen wird, es an anderer Stelle aber heißt, dass „wichtige Elemente der nationalen Sicherheit Polens immer noch die bi- bzw. multilateralen Bündnisse und die Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt bleiben“ (zitiert nach Otłowski 2002: 61). Der Standpunkt der polnischen Regierung, den außenpolitischen Verpflichtungen der Volksrepublik nachzukommen, war in dieser Zeit noch fest verankert. Begleitet wurde er auch von einer Unsicherheit darüber, wie sich die Beziehungen zum „Westen“ gestalten würden. In der Verteidigungsdoktrin heißt es dazu: „Trotz eines wesentlichen Fortschritts in den

³⁸ Zu den Erfolgen der Integration Polens in die multilateralen Organisationen können folgende Ereignisse gezählt werden: der Beitritt Polens zum Europarat im November 1991, die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit den Europäischen Gemeinschaften im Dezember 1991, der im Herbst 1993 gestellte Antrag auf die Assoziation mit der Westeuropäischen Union sowie der formale Antrag auf die Aufnahme in die Europäische Union im April 1994 (ausführlicher vgl. Kuźniar/ Szczepanik 2002: 22; Madera 2003: 41-46; 185-189)

³⁹ Zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen wurden bis 1996 Verträge über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen Nachbarn abgeschlossen (für eine Übersicht siehe Annex 1).

internationalen Beziehungen wurde der Mangel an Vertrauen immer noch nicht vollständig überwunden, vor allem zwischen der Nordatlantischen Allianz und dem Warschauer Pakt“ (zitiert nach Grajewski 2001: 237).

Diese Situation veränderte sich radikal, als Ende 1991 die Sowjetunion zerfiel. Der daraus resultierende Wandel der geostrategischen Position hat in Polen zur Neudefinition der nationalen Interessen geführt. Die Überzeugung, dass die polnischen Sicherheitsinteressen mit dem Westen verbunden seien, wurde immer deutlicher und präsenter im öffentlichen Diskurs. Sie wurde nicht nur von den politischen und wissenschaftlichen Eliten geteilt, sondern fand auch in der breiten Öffentlichkeit zunehmend Zuspruch (Borkowicz 1994; Górski/ Piątkowski 1995: 4; Otłowski 2002: 63). In der Praxis bedeutete diese Neuorientierung neben den Bemühungen um die NATO-Mitgliedschaft vor allem die Heranführung an die westeuropäischen Sicherheitsstrukturen (Westeuropäische Union – WEU) und an die Europäische Union (EU) (Otłowski 2002: 64).

Das Interesse Polens an der Zusammenarbeit mit der Westeuropäischen Union bekundete bereits die erste Regierung nach der Wende. Dies erfolgte vor dem Hintergrund des in Westeuropa und in den USA verbreiteten Denkens, in dem die mitteleuropäischen Staaten zu einer Zone der „verdünnten Sicherheit“, einer „grauen Sicherheitszone“ oder einer Art Übergangs- bzw. Pufferzone erklärt wurden (Piotrowski/ Rachwald 2001: 112). Aus polnischer Sicht erschien es nicht unwahrscheinlich, dass eine solche Konzeption Mitteleuropas zu einer erneuten deutsch-russischen Rivalität auf diesem Gebiet führen könnte, was Polen dazu veranlasste, für Mitteleuropa den Status eines „strategischen Raumes“ zu fordern (Parzymies 2001: 334-335). Die ersten Kontakte Polens zur Westeuropäischen Union wurden daher bereits am 22. und 23. März 1990 bei der Sondersitzung der WEU-Versammlung in Luxemburg aufgenommen, die der Entstehung eines neuen Sicherheits-, Gerechtigkeits- und Friedenssystems in Europa gewidmet war (ebd.: 335). Die nächsten Jahre waren durch zahlreiche offizielle Besuche, den Austausch von Experten und Wissenschaftlern sowie einen intensiven politischen Dialog über die europäische Sicherheit gekennzeichnet. Dieser Austausch fand vor allem im Rahmen von Besuchen des Generalsekretärs der WEU in Polen, der Beteiligung Polens an den Sitzungen der WEU-Versammlung sowie des 1992 geschaffenen Konsultationsforums statt. 1994 erhielt Polen den Status eines assoziierten Partners und 1999 eines assoziierten Mitglieds der WEU.

Mit Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht über die Europäische Union am 1. November 1993 wurde die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als Nachfolgerin der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) eingeführt. Bereits davor hatten Polen und andere Länder der Region Interesse an einer Zusammenarbeit in diesem Bereich bekundet. Diese Bestrebungen waren allerdings auf erheblichen Widerstand Frankreichs gestoßen, der zur Verzögerung der tatsächlichen Beteiligung der mitteleuropäischen Staaten am Dialog über die GASP führte. Aus diesem Grund begann dieser Dialog für Polen erst beim Europäischen Rat in Essen im Dezember 1994 und hatte in den 1990er Jahren ausschließlich konsultativen Charakter (ebd.: 348).

3.3.3 Mitteleuropäischer Regionalismus

Einen anderen wichtigen Schwerpunkt der polnischen Außenpolitik am Anfang der 1990er Jahre bildete die regionale Zusammenarbeit. Ihr Ziel bestand darin, eine Plattform für eine gemeinsame Aktion in der Region zu schaffen und Mitteleuropa (*Central Europe*)⁴⁰ durch eine diskursive Ausdifferenzierung aus dem Block „Osteuropa“ politisch zu etablieren. Die Idee des mitteleuropäischen Regionalismus verband Staaten der Region, denen die Gestaltung ihrer Sicherheitsbedingungen bis dahin entzogen waren, und stellte einen wesentlichen Bestandteil ihrer Reaktion auf die oben erwähnte Konzeption einer sich seit der Wende über die Region erstreckenden „grauen Sicherheitszone“ dar (Grajewski 2001: 233). Im Vergleich zu

⁴⁰ Der Begriff „Mitteleuropa“ geht auf die 1840er Jahre zurück. 1842 schrieb Friedrich List von der „mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, um die Notwendigkeit der deutschen wirtschaftlichen Expansion in den zwischen Deutschland und Russland liegenden Gebieten zu begründen. Eine ähnliche Idee der deutschen wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft in der Region stellte später Friedrich Naumann in seinem Buch Mitteleuropa (1915) dar, wobei er zu dieser Region auch Belgien zählte. Eine andere Konzeptualisierung Mitteleuropas im 19. Jahrhundert stellte der Plan einer Donau-Konföderation von Adam Czartoryski und László Teleki (1848) dar. Das Ziel dieser Mitteleuropaidee war es, die Völker der Region als eine Schicksalsgemeinschaft zu integrieren, die sich vor Deutschland und Russland schützen muss (ausführlicher Miller 2003: 141-142). Der Mitteleuropadiskurs erlebte seine Wiedergeburt in den 1980er Jahren in den Arbeiten der Dissidenten, wie z.B. Milan Kunderas Essay *Der gestohlene Westen oder die Tragödie Zentral-Europas* oder György Konrads *Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen* (1984) (ausführlicher vgl. Neumann 1998: 149; Miller 2001: 146-149). Welche Länder der Begriff Mitteleuropa umfasst, bleibt unklar. Den unterschiedlichen Definitionen zufolge können zu dieser Region sensu largo alle Länder an einer Nord-Süd-Achse zwischen Deutschland und der GUS zählen (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Jugoslawien und Albanien), oder auch sensu stricto nur Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn (Grajewski 2001: 235). Für eine umfassende Sammlung historischer Texte und Analysen zum Thema „Mitteleuropa“ s. Ester/ Hecker/ Poettgens 1993.

früheren Versuchen, multilaterale Kooperationen in der Region aufzubauen⁴¹, verlief der Prozess diesmal deutlich schneller. Innerhalb kurzer Zeit sind mehrere Strukturen mit Beteiligung mitteleuropäischer und in einigen Fällen auch westeuropäischer Staaten entstanden.⁴²

Die umfangreichste und sichtbarste Initiative in diesem Bereich ist die Zusammenarbeit im Rahmen der Visegrád-Gruppe. Ihr Name kommt von der ungarischen, nahe der slowakischen Grenze gelegenen Stadt Visegrád, wo am 15. Februar 1991 die Präsidenten Polens (Lech Wałęsa), Ungarns (József Antall) und der Tschechoslowakei (Václav Havel) die erste Kooperationserklärung unterschrieben haben (Madera 2003: 134-135). In diesem Dokument wurde eine gemeinsame Zielsetzung vereinbart, die die Wiedergewinnung der vollen Souveränität sowie von Demokratie und Freiheit, die Abschaffung totalitärer Eigenschaften des Staates, den Aufbau einer modernen parlamentarischen Demokratie und eines Rechtsstaates, die Stärkung der Marktwirtschaft sowie die Integration in das europäische Politik-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Rechtssystem umfasste (Visegrád-Erklärung von 1991; Madera 2003: 135). Um die trotz dieser Vereinbarung eher schleppende regionale Kooperation zu intensivieren und sichtbarer zu machen, wurde über die politischen Erklärungen hinaus 1999 der so genannte „Visegrád-Fonds“ ins Leben gerufen, der gemeinsame Projekte in den Bereichen Kultur, Bildung, Jugendaustausch und Zivilgesellschaft fördert.

Neben dem Argument des Sicherheitsvakuum in Mitteleuropa gehört zu den Grundlagen des mitteleuropäischen Regionalismus auch eine ideelle Komponente. Bereits in den 1980er Jahren wurde in Dissidentenkreisen eine Debatte über die regionale Identität und die zukünftigen Perspektiven dieses Gebiets geführt. Als ein Wendepunkt der auch in Westeuropa rezipierten Diskussion kann der im Jahre 1983 in der französischen Zeitschrift *Le Débat* unter dem ursprünglichen Titel *Der gestohlene* (in

⁴¹ Die bekannteste Konzeption für die Kooperation im mitteleuropäischen Raum war in der Zwischenkriegszeit die von Piłsudski vorgeschlagene nordostbaltische Konföderation „Międzymorze“ („zwischen zwei Meeren“), die vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee reichen sollte und die Idee der polnisch-litauischen Union aufgriff (vgl. auch Hauner 1995). Auch in Zeiten der Volksrepublik gab es ähnliche Initiativen. Als Beispiele sind hier zu nennen: der Rapacki-Plan von 1957 zur Schaffung einer atomfreien Zone (vgl. Ester/ Hecker/ Poettgens 1993: 207-213) oder der Gomułka-Plan von 1963 zum „Einfrieren“ der Atomwaffenrüstung (Gajewski 2001: 236).

⁴² z. B. Quadrogonale 1989 (später Pentagonale, Hexagonale, Mitteleuropäische Initiative), Visegrád-Gruppe (1991), Rat der Ostseestaaten (1992), Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schwarzmeer-Staaten (1992, seit 1999 als eine internationale Organisation), Ostseerat (1992).

der Originalversion: *der entführte) Westen oder die Tragödie Zentraleuropas*⁴³ erschienene Essay von Milan Kundera angesehen werden. In dem überwiegend an westeuropäische Leser gerichteten Aufsatz beschuldigte Kundera den Westen, Mitteleuropa verraten zu haben. Infolge der Beschlüsse der Jalta-Konferenz von 1945 habe Europa das Herz seiner Kultur verloren, das in Mitteleuropa geschlagen habe. Es müsse daher die Pflicht und gleichzeitig das Interesse des Westens sein, sich in den mitteleuropäischen Kampf gegen den sowjetischen Kommunismus einzumischen, um sich mit seinem „gestohlenen“ Teil zu vereinigen. Der Effekt, den der Artikel auf die Diskussion hatte, wurde von Timothy Garton Ash mit dem Schock verglichen, den zehn Jahre zuvor die Veröffentlichung des *Archipel GULAG* von Alexander Solschenizyn verursacht hatte (Miller 2003: 148).

Das kulturelle Argument im Mitteleuropa-Diskurs trug zur Identitätsbildung in der Region und zum Erfolg ihrer Rezeption in Westeuropa bei. Der Weg zu einer gemeinsamen regionalen Identität verlief über eine doppelte diskursive Differenzierung: die Abhebung sowohl von Westeuropa als auch von der sowjetischen Tradition, wie im folgenden Zitat deutlich wird:

„History, it is maintained, is propelling Western Europe toward an ever brighter future, and Central Europe has a legitimate place in its wake. This modernist view of history comes in two guises: Marxian, that is, the East European, Soviet-type view of history, and liberal, the Central European view of history. In other words, there are two “others” involved: Western Europe and the Soviet Union.” (Neumann 1998: 149).

Konfrontiert man aber Neumanns Einschätzung über die große Bedeutung des Mitteleuropa-Diskurses mit der politischen Wirklichkeit der regionalen Kooperation, so fällt eine deutliche Diskrepanz zwischen der stark präsenten diskursiven Strömung der Identitätsbildung und der – wie oben angedeutet – faktisch immer noch schwach ausgeprägten Zusammenarbeit auf. Diese Situation lässt daher vermuten, dass die mitteleuropäische Orientierung im außenpolitischen Diskurs noch eine andere Funktion als die Legitimierung der regionalen Zusammenarbeit hat.

⁴³ Der französische Titel lautete: *L'Occident kidnappé ou la tragédie de l'Europe centrale*. Der Text wurde innerhalb kurzer Zeit auch in der *New York Times*, in der *Zeit* und in *Le Monde* unter dem Titel *Die Tragödie Zentraleuropas* abgedruckt (vgl. Miller 2001:148).

Sie stellt gleichzeitig einen integrativen Teil des allgemeinen Europadiskurses dar, wobei Europa („der Westen“) eine doppelte Funktion wahrnimmt: Es steht sowohl für den „Anderen“ als auch für den „Eigenen“ (Miller 2003: 149), während Russland die Funktion eines „konstitutiven Anderen“ (Neumann 1998) zukommt.

3.3.4 Atlantische Ausrichtung

Während der pro-europäische Diskurs in den ersten Jahren nach der Wende ein Konsensthema darstellte und überwiegend auf historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Argumenten basierte, entwickelte sich die pro-atlantische Orientierung Polens in der ersten Zeit sehr langsam. Im Hinblick auf die Sicherheitsgarantien war der Umgang mit sicherheitspolitischen Fragen in den ersten beiden Nachwendejahren von dem Bemühen seitens der polnischen Regierung geprägt, bisher bestehende Verpflichtungen einzuhalten. Diese Haltung lässt sich bereits in der Regierungserklärung von Premierminister Mazowiecki am 12. September 1989 erkennen:

Wenn wir heute wiederholen, dass die neue Regierung die Bündnisverpflichtungen Polens respektieren wird, ist dies kein taktischer Zug zur Beruhigung, sondern resultiert aus unserem Verständnis der polnischen Staatsräson und aus der Analyse der internationalen Situation. *RP 13.09.1989*

Begründet wurde diese Ausrichtung mit dem „Respekt vor den Realitäten“, der „Kontinuität“ sowie mit der Sorge um die „Stabilität der Region“. Sicherlich lag ein wichtiger Grund für einen so vorsichtigen Umgang mit dieser Frage in der Präsenz der sowjetischen Armee auf dem polnischen Territorium. Eine kontinuierliche Veränderung innerhalb des Diskurses hat sich daher erst im Laufe der Auflösung des Warschauer Paktes spürbar gemacht. Eine wichtige Zäsur stellt dann auch der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Polen dar.⁴⁴ Der Zerfall der Sowjetunion Ende 1991 verursachte allerdings ein zunehmendes Interesse an der Annäherung an die transatlantischen Strukturen. Die Verstärkung der Zusammenarbeit fand überwiegend im Rahmen des 1991 gegründeten Nordatlantischen Kooperationsrates (*North Atlantic Cooperation Council* - NACC) statt, dessen Ziel es war, den Dialog der NATO mit den mittel- und osteuropäischen Staaten zu intensivieren, ursprünglich aber ohne Aussicht auf eine Mitgliedschaft.

⁴⁴ Die Verhandlungen über den Abzug verliefen zum Teil sehr stürmisch, und die letzten russischen Truppen haben Polen am 28. Oktober 1992 verlassen (Kupiecki 2003: 102).

Neue Standpunkte in Bezug auf das Verhältnis Polens zur NATO traten in der polnischen Politik Anfang 1992 zutage. Die Olszewski-Regierung⁴⁵ vertrat die Ansicht, dass die Sicherheit des Staates nach Garantien im Rahmen der atlantischen Strukturen verlange, was für Polen den wesentlichen Beweggrund darstellte, langfristig Mitglied der NATO zu werden (Kupiecki 2003: 107). Offiziell wurde die NATO-Mitgliedschaft noch im selben Jahr, im Rahmen der *Strategie der Nationalen Sicherheit*, zum vorrangigen Ziel der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik erklärt, während alternative Optionen für die internationale Einbettung der Sicherheit Polens in Vergessenheit gerieten.⁴⁶ Formal vollzogen wurde die Aufnahme Polens in die NATO nach zweijährigen Beitrittsverhandlungen am 12. März 1999.

3.3.5 Die Zusammenarbeit mit den westlichen Partnern

3.3.5.1 Die Beziehungen zu Deutschland

Seit dem Zweiten Weltkrieg spielte die Frage der Westgrenze Polens eine wichtige innenpolitische Rolle und war sehr präsent im politischen Diskurs. Die Bonner Republik wurde in der Volksrepublik Polen als eine Militärmacht wahrgenommen, die die Oder-Neiße-Grenze in Frage stellt und den Frieden in Europa bedroht (Bingen 1982). Ein derart negatives Bild Westdeutschlands, das die Propaganda zu einem „revanchistischen Staat hochstilisierte“ (Żurek 2005: 65), wurde zur Legitimierung der kommunistischen Herrschaft in Polen genutzt und häufig für politische Zwecke instrumentalisiert (Drozd 2001: 130).

⁴⁵ Die Regierung unter der Leitung von Jan Olszewski wurde am 23. Dezember 1991 von Präsident Wałęsa berufen. Unterstützt wurde sie in dem erstmals in vollständig demokratischen Wahlen gewählten, sehr „atomisierten“ Parlament von 12 Gruppierungen. Die Tatsache, dass nur vier Gruppierungen Minister stellten, bedeutete, dass die Gruppe, die eine stabile Unterstützung leisten konnte, nur 114 von 460 Abgeordneten umfasste. Die Notwendigkeit, diese Koalition zu erweitern sowie Streitigkeiten zwischen den einzelnen Parteien und Gruppierungen führten bereits in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1992 zu einem Sturz der Regierung. Diese innenpolitischen Konflikte haben die Erfolge im Bereich der Außenpolitik wie z. B. die eindeutige Umorientierung Polens in Richtung Westen sowie die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EWG überschattet (Paradowska 2006; vgl. auch Kapitel 3.2.2).

⁴⁶ Hierzu zählen Vorschläge wie z. B. die Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Sicherheitsgarantien der Großmächte Russland und USA oder westeuropäischer Staaten und der USA oder auch die Schaffung einer regionalen Sicherheitsstruktur für Mittel- und Osteuropa (Ołowski 2002: 113-122).

Besonders sichtbar war dieser „antideutsche Komplex“ (Krzemiński 1998: 140) in der Staatsideologie Władysław Gomułkas⁴⁷: Die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße hielt er für einen großen politischen Erfolg der Kommunisten, den die polnische Exilregierung in London so nicht hätte erzielen können:

Unser Land wäre dann ohne Westgebiete und ohne Ostgebiete. Es wäre eine Art Herzogtum Warschau, es wäre nichts. (Rede von Władysław Gomułka am 9. Juli 1968 während der 12. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei).

Wie tief die Verbindung zwischen der Frage der Westgebiete und der Daseinsberechtigung der kommunistischen Staatsmacht war, erklärt Adam Michnik in seinem 1984 in der Pariser *Kultura* sowie auch in einer deutschsprachigen Sonderausgabe dieser Zeitschrift erschienenen Artikel mit dem Titel *Zwischen Russland und Deutschland*:

Der Zement, der die polnischen Kommunisten mit dem polnischen Volk verband, war die „nationale Leidenschaft“, das Bestreben, die Grenze an der Oder und Neiße zu festigen, und das starke anti-deutsche Ressentiment, das durch die Schreckensherrschaft der Nazis genährt wurde. (Michnik 1984: 36).

Trotz der tiefen Verankerung des anti-deutschen Ressentiments gaben bereits Mitte der 1960er Jahre die polnischen katholischen Bischöfe sowie die Evangelische Kirche in Deutschland die ersten Impulse zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen⁴⁸. Ein weiterer Versuch, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen zu verbessern, erfolgte im Rahmen der Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD). In dem am 7. Dezember 1970 geschlossenen *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen* bestätigten die

⁴⁷ Władysław Gomułka (1905-1982): Mitbegründer der Polnischen Arbeiterpartei (PPR), von 1956 bis 1970 Generalsekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR).

⁴⁸ Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlichte 1965 die sog. Ostdenkschrift („Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“). Die polnischen Bischöfe haben im November 1965 in Rom den deutschen Bischöfen einen Brief überreicht, in dem sie im Gegensatz zum offiziellen Geschichtsbild auch an die positiven Erfahrungen der deutsch-polnischen Nachbarschaft erinnerten und das Leid der deutschen Vertriebenen bedauerten. Der Brief, der mit den Worten „wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ endete, provozierte damals eine heftige Kampagne gegen die des Verrats polnischer Interessen bezichtigte katholische Kirche und sorgte gleichzeitig für Auseinandersetzungen innerhalb der polnischen Gesellschaft. Zusammen mit der Ostdenkschrift der EKD wird der Brief heute als eine „Avantgarde der Versöhnung“ (Żurek 2005) gesehen (ausführlicher vgl. Krzemiński 1998: 141-142; Żurek 2005).

beiden Regierungen die Oder-Neiße-Linie als die polnische Westgrenze und bekannten sich zur Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, zum Verzicht auf gegenseitige Gebietsansprüche und zum Prinzip der Gewaltfreiheit im Sinne der Vereinten Nationen. In den 1980er Jahren spielte wiederum das Engagement polnischer Intellektueller eine wichtige Rolle bei der Überwindung des deutsch-polnischen Konflikts. So stellte beispielsweise der Essay von Jan Józef Lipski *Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen* einen wichtigen Beitrag zu den deutsch-polnischen Beziehungen dar. In diesem Text von 1981 benannte er unter anderem die Vertreibung der Deutschen und das Verschweigen der deutschen Vergangenheit in den so genannten „wiedergewonnenen Gebieten“ als „dunkle Flecken“ in der polnischen Geschichte.

Auf die Notwendigkeit eines ehrlichen Dialogs über die deutsch-polnische Vergangenheit wies Premierminister Mazowiecki in seiner im Herbst 1989 abgegebenen Regierungserklärung hin. Er plädierte für „eine echte Aussöhnung, die dem Rang der zwischen Deutschen und Franzosen bereits herbeigeführten entspreche“ (Bingen 2005: 13), und kündigte an, die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen. Und doch tauchte die Frage der Oder-Neiße-Grenze innerhalb kurzer Zeit erneut in der deutsch-polnischen politischen Agenda auf. Die Tatsache, dass eine Bestätigung der polnischen Westgrenze in dem von Helmut Kohl am 28. November 1989 vor dem Bundestag vorgestellten 10-Punkte-Programm fehlte, rief auf der polnischen Seite Verunsicherung hervor.⁴⁹ Diese kam in einer mehrmonatigen Kampagne der Mazowiecki-Regierung zum Ausdruck, deren Ziel es war, noch vor der Wiedervereinigung Garantien für den bestehenden Verlauf der deutsch-polnischen Grenze zu bekommen. Dies erfolgte während der Pariser Runde der Zwei-Plus-Vier-Gespräche am 17. Juli 1990, zu der der polnische Außenminister Skubiszewski eingeladen wurde (Madera 2003: 171). Dort wies er in seiner Rede auf den Zusammenhang zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und den Sicherheitsinteressen des polnischen Staates hin:

Die Vereinigung Deutschlands stellt mein Land vor eine neue Situation. Es sind viele Fragen aufgetaucht, die die polnischen Sicherheitsinteressen direkt betreffen. Eine dieser wesentlichen Angelegenheiten ist gerade die Bestätigung der völkerrechtlichen Gültigkeit der polnisch-deutschen Grenze in ihrem heutigen

⁴⁹ vgl. ausführlicher Kuźniar 2001: 61; Krzemiński 1998: 176.

Verlauf durch die vier Großmächte und das vereinte Deutschland. (zitiert nach Madera 2003: 171).

In der Folge der Pariser Gespräche wurden zwei Verträge unterschrieben: am 14. November 1990 der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen, der völkerrechtlich das Ende der Nachkriegszeit im deutsch-polnischen Verhältnis markiert (Bingen 2005: 14), sowie am 17. Juni 1991 der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der für den offiziellen Beginn der „deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft“ stand (so Krzysztof Skubiszewski am 22. Februar 1990 während des 6. Forums „Polen – Bundesrepublik Deutschland“ in Posen). Einen wirklichen Durchbruch im Versöhnungsprozess zwischen Deutschland und Polen stellte aber erst die Teilnahme von Bundespräsident Herzog an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstands am 4. August 1994 dar (Mildenberger 2001: 30; Krzemiński 1998: 191). Ein Jahr später, 1995, brachte der polnische Außenminister Bartoszewski in seiner Rede vor den Mitgliedern von Bundestag und Bundesrat sein Bedauern über das Leiden zum Ausdruck, das viele Deutsche in Zusammenhang mit dem Krieg durchlebt haben:

Wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden der unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben. (Bartoszewski 1995).

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kündigte sich in den deutsch-polnischen Beziehungen ein Paradigmenwechsel an: „An die Stelle der euphorischen Aufbruchstimmung in den ersten Jahren nach dem Umbruch trat allmählich ein allseits empfundenes Inhaltsvakuum“ (Mildenberger 2001: 31). Der 1998 in Deutschland vollzogene Regierungswechsel wurde in Polen mit einem Wandel in der Wahrnehmung der historischen Beziehungen zu Polen und einem verstärkten Verfolgen deutscher Interessen in der Europapolitik assoziiert. Für Verstimmungen sorgten Themen wie die Entschädigung von Zwangsarbeitern und die Vertriebenenproblematik (ebd.). In der Zeit unmittelbar vor dem polnischen Beitritt zur NATO kam es allerdings zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik (Drozd 2001: 139) und – vor allem seit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU 1998 – zu einer Multilateralisierung der Beziehungen (Mildenberger 2001: 33). Eine

entscheidende Rolle hat in diesem Kontext die konstante und aktive deutsche Unterstützung für den Beitritt Polens zur NATO und zur EU⁵⁰ gespielt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Deutschland-Diskurs in der polnischen Außenpolitik der 1990er Jahre den Prozess der Multilateralisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern im Wesentlichen begleitet hat. Trotzdem blieben historische Themen und Argumentationen über die Jahre hinweg sehr präsent und sogar dominant. Auch wenn die Beziehungen zu Deutschland allein nach 1999 nur selten als eine Gefahrenquelle für die polnische Staatlichkeit angesehen wurden⁵¹, bleibt das Bild der deutsch-russischen Zusammenarbeit gegen Polen bis heute immer noch in den öffentlichen Debatten präsent. Aus diesem Grund gehört auch dieses Szenario zu den im Rahmen des empirischen Teils der Studie untersuchten Sicherheitsnarrationen.

3.3.5.2 Die Beziehungen zu Frankreich

Die Beziehungen zwischen Polen und Frankreich entwickelten sich nach 1989 aus einer relativ ungünstigen Ausgangslage heraus, hatte doch die in starkem Kontrast zu der deutschen Unterstützung für die polnischen europäischen Pläne stehende französische Zurückhaltung gegenüber den Liberalisierungsprozessen in Mittel- und Osteuropa dazu geführt, dass die Solidarność-Eliten nur ein begrenztes Interesse an Frankreich entwickelt hatten (Koszel 2003: 14). Uneinigkeit herrschte zwischen den beiden Ländern auch in der Bewertung der deutschen Wiedervereinigungspläne: Während Polen von Anfang an seine Unterstützung zum Ausdruck brachte, zeigte sich die französische Politik eher zurückhaltend und versuchte, die Wiedervereinigung zu bremsen und den Status quo zu erhalten, indem sie z. B. durch bilaterale Verträge zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zum Jugendaustausch die DDR aufwertete (Bodenstein 2002: 61-62). Und auch die Person des französischen Präsidenten, François Mitterand, wurde in Polen mit einiger Reserve wahrgenommen.

⁵⁰ Seit 1989 unterstützte die Bundesrepublik die europäische Orientierung Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Staaten; bereits im 10-Punkte-Programm von Kanzler Kohl wurde in Punkt 7 zum Ausdruck gebracht, dass die Europäische Gemeinschaft nicht an der Elbe enden sollte (Koszel 2003: 12). Diese Unterstützung hing ebenfalls mit dem Bestreben zusammen, nach der Wiedervereinigung Deutschlands die Gebiete der ehemaligen DDR in die Europäische Union einzugliedern.

⁵¹ Haben 1993 noch 58% der Befragten Deutschland und nur 33% Russland als eine politische Gefahrenquelle genannt, war dieses Verhältnis schon wenige Jahre später umgekehrt. 1998 sahen 71% der Befragten Russland und nur 17% Deutschland als potenzielle Bedrohung an (vgl. auch Piotrowski/Rachwald 2001: 113-114).

Insbesondere sein sozialistischer politischer Hintergrund sowie die frühere Zusammenarbeit mit der französischen Kommunistischen Partei in der Mauroy-Regierung⁵² sorgten auf der polnischen Seite für ein gewisses Misstrauen (Koszel 2003: 14). Auch wenn sich die auf die Erhaltung des Status quo ausgerichtete Außenpolitik Mitterands in der Frage der Oder-Neiße-Grenze mit den polnischen Interessen deckte, lässt sich in den ersten Jahren nach der Wende ein deutlicher Gegensatz zwischen den Zielen Frankreichs und denen der mittel- und osteuropäischen Staaten beobachten. Auch wenn Mitterand in dieser Phase zweifellos auf die Fortsetzung des europäischen Gleichgewichts setzte, bleibt fraglich, ob er, wie manche Analysen der französischen Reaktionen auf den Umbruch in Mittel- und Osteuropa feststellen, tatsächlich kein Interesse an einer tiefgehenden wirtschaftlichen und politischen Umstrukturierung dieser Länder hatte (vgl. z. B. Bodenstein 2002: 68). Gegen diese Wahrnehmung spricht nicht nur das französische Engagement für die Schaffung des PHARE-Programms⁵³ und die Gründung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, sondern auch – im bilateralen polnisch-französischen Verhältnis – die Gründung einer Stiftung zur Unterstützung des Demokratiebbaus in Polen (*Fondation France-Pologne*), die die französische Regierung bereits im September 1989 beschlossen hat (Koszel 2003: 17). Es lässt sich daraus schließen, dass der Interessengegensatz eher entlang der Fragen der europäischen Integration verlief und die durchaus distanzierte Position Frankreichs in Fragen der Osterweiterung nicht unbedingt auf eine französische Abneigung gegenüber den Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozessen in Polen reduziert werden kann.

Eine leichte Veränderung der französischen Position und damit auch der Wahrnehmung der französisch-polnischen Beziehungen in Polen zeichnete sich zwei Jahre nach dem historischen Umbruch von 1989 ab. In dem während des Besuchs Wałęsas in Paris am 9. April 1991 unterschriebenen *Vertrag über Freundschaft und Solidarität* wurde zwar eine an Bedingungen gekoppelte, aber durchaus deutliche Perspektive für die Integration Polens in die europäischen Strukturen erwähnt (ebd.: 64-65). Eine schnelle Umsetzung der in dem Vertrag erklärten Ziele scheiterte jedoch

⁵² Die Mauroy-Regierung (1981-1984) war die erste linke Regierung der 5. Republik. Sie kam durch eine Koalition der Sozialistischen Partei (Parti socialiste, PS) mit der Kommunistischen Partei Frankreichs (Parti communiste français, PCF) zustande, die vier Minister stellte (vgl. Obrecht 2000: 226).

⁵³ Das Programm PHARE (Abkürzung für "Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies") wurde 1989 zur Unterstützung von Polen und Ungarn ins Leben gerufen und 1994 auf weitere Beitrittskandidaten erweitert. Zu den wichtigsten Bereichen der Förderung gehörten der Verwaltungsaufbau, die Investitionshilfe für Infrastruktur und die Regionalentwicklung.

schon allein daran, dass sich sowohl in Frankreich als auch in Polen im Jahr 1993 die innenpolitischen Verhältnisse entscheidend änderten: Die französischen Parlamentswahlen vom März führten zu einer Niederlage des Regierungslagers und einer Kohabitation des linken Präsidenten mit einer konservativen Regierung, während in Polen in der Folge der Parlamentswahlen der Solidarność-Präsident Wałęsa zu einer Zusammenarbeit mit der postkommunistischen Regierung gezwungen wurde.⁵⁴ Im Bereich der Außen- und Europapolitik bemühte sich der neue französische Premierminister Edouard Balladur um eine Antwort auf das zunehmende Engagement Deutschlands in Mittel- und Osteuropa und stellte im August 1994 eine Konzeption für die künftige Gestalt der Europäischen Union vor, die dem polnischen Interesse an einer möglichst schnellen und vollständigen Integration in die europäischen Strukturen widersprach. Seine Konzeption ging von der Annahme aus, dass der Prozess der Erweiterung auf die mittel- und osteuropäischen Staaten noch ein Jahrzehnt lang dauern könnte. Daher sollte, seiner Meinung nach, die Europäische Union zuerst in zwei bis drei Gruppen von Ländern aufgeteilt werden, deren erste die am weitesten vorangeschrittenen Staaten um Deutschland und Frankreich bilden sollten. Die restlichen Mitglieder würden demnach entsprechend ihres Integrationsgrades je unterschiedlichen Status haben (Koszel 2003: 66-67).

Als François Mitterand am 17. Januar 1995 im Europäischen Parlament die Zielsetzungen Frankreichs für die EU-Ratspräsidentschaft vorstellte, äußerte er sich unter anderem über die Erweiterungspläne. Ihm zufolge sollte die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten parallel zu der mit den Mittelmeer-Anrainerländern verlaufen (ebd.: 69), was in Polen mit einer gewissen Enttäuschung aufgenommen wurde. Eine den polnischen Erwartungen nähere Position Frankreichs kam hingegen während des Polen-Besuchs des Mitterand-Nachfolgers im Präsidentenamt, Jacques Chirac, im September 1996 zum Ausdruck. Chirac bekundete die französische Bereitschaft, den NATO-Beitritt Polens zu unterstützen und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass Polen Mitglied der Europäischen Union werden könne, wobei es zuvor allerdings einer Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der EU bedürfe (ebd.: 78).

Wie anhand dieser kurzen Darstellung der polnisch-französischen Beziehungen deutlich wird, waren sie – im Gegensatz zu den deutsch-polnischen Beziehungen –

⁵⁴ Vgl. Kapitel 3.2.2.

in den 1990er Jahren stark von der Frage der Integration Polens in die europäischen Strukturen geprägt. Die häufig beschworene französisch-polnische Freundschaft und eine angeblich auf die gemeinsame Geschichte zurückzuführende Affinität bildeten zwar eine Grundlage für die Entwicklung des bilateralen Verhältnisses; auf beiden Seiten blieb jedoch das Interesse auf multilaterale, europäische Themen ausgerichtet. Anstelle von Interessenkonflikten war das Verhältnis der beiden Staaten – mangels gemeinsamer Interessen – eher von einer gewissen Gleichgültigkeit geprägt. Wahrscheinlich ist Frankreich aus diesem Grund im außenpolitischen Diskurs Polens wenig präsent und wenn, dann eher im Kontext multilateraler Initiativen wie z. B. des Weimarer Dreiecks oder allgemeiner Fragen der europäischen Integration.

3.3.5.3 Das Weimarer Dreieck

Zu den bilateralen Beziehungen zu Deutschland und Frankreich kam seit dem Treffen der Außenminister der drei Länder in Weimar am 28. und 29. August 1991 eine trilaterale Dimension hinzu. In der so genannten „Weimarer Erklärung“ haben Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski eine Art politische Plattform (Kosman 2001: 120) ins Leben gerufen, die keine internationale Organisation im völkerrechtlichen Sinne, sondern ein Konsultations- und Diskussionsforum für Fragen der internationalen- und europäischen Politik sein sollte (ebd.: 121; Koszel 2003: 135-136). Das konkrete politische Vorhaben der Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks war die Verankerung Polens in den westlichen Sicherheitsstrukturen (NATO und WEU) sowie die Heranführung Polens an die Europäische Gemeinschaft bzw. Union (Koszel 2003: 135).

In den ersten Jahren der trilateralen Zusammenarbeit können nach Lang (2004) vier Hauptmotive für die Gründung einer solchen Kooperationsplattform identifiziert werden: Erstens ging es den Beteiligten darum, die Erfahrungen der erfolgreichen deutsch-französischen Aussöhnung auf das deutsch-polnische, immer noch von der tragischen Geschichte des 20. Jahrhunderts belastete Verhältnis zu übertragen. Zweitens sollte die trilaterale Zusammenarbeit bestätigen, dass der Kalte Krieg und die Spaltung Europas endgültig überwunden werden konnten und dass der östliche Teil des Kontinents eine europäische Perspektive bekommen soll. Das dritte Motiv hatte symbolischen Charakter und sollte Polen durch die privilegierte Kooperation mit Deutschland und Frankreich in den Prozess der europäischen Einigung einbeziehen. Viertens sollte in einer ungewissen Situation in Europa diese Zusammenarbeit von

drei großen Staaten Europas ein Zeichen für das „friedvolle Miteinander“ (ebd.) sein und für Stabilisierung sorgen. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Motivation der Gründer des Weimarer Dreiecks in den zwei Hauptaufgaben bestand, die belastende Geschichte hinter sich zu lassen und die neue institutionelle Zusammenarbeit zu stärken (Kosman 2001: 121).

Nach dem Gründungstreffen in Weimar fanden im Laufe der 1990er Jahre regelmäßige Treffen der Außenminister, Staatschefs sowie seit 1994 auch der Verteidigungsminister statt. Die Auswirkung der trilateralen Konsultationen wurde am Ende der 1990er Jahre durchaus positiv bewertet, auch wenn die polnische Seite darauf hinwies, dass sie sich von der Zusammenarbeit mehr erhofft und mit der Schaffung einer Achse Paris-Bonn/Berlin-Warschau gerechnet habe (ebd.: 131). Aus der Sicht polnischer Außenpolitikexperten lag die Bedeutung der deutsch-französisch-polnischen Kooperation für Polen vor allem darin, dass sie als „Katalysator der polnischen Außenpolitik“ fungierte und den Zugang zu den euroatlantischen Strukturen maßgeblich erleichterte (Kosman 2001: 131).

3.3.5.4 Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

Die Neugestaltung der Beziehungen Polens zu den Vereinigten Staaten nach 1989 wurde von mehreren Faktoren positiv beeinflusst: Erstens hatte die US-amerikanische Politik bereits vor 1989 einen doppelten Ansatz in der Gestaltung der Beziehungen zu Polen verfolgt, der sich insbesondere seit dem Kriegsende Anfang der 1980er Jahre durch eine zurückhaltende oder sogar kritische Haltung gegenüber dem kommunistischen Regime und eine starke Unterstützung für die im Untergrund aktive Zivilgesellschaft kennzeichnete (Stachura 2002: 127). Zweitens wurde das bilaterale Verhältnis der beiden Staaten durch die Existenz einer wichtigen Gruppe von US-Amerikanern mit polnischen Wurzeln geprägt – je nach Schätzung neun Millionen (ebd.: 126) bzw. zehn Millionen (Dunn 2002: 134) Personen, durch die polnische Themen stets eine gewisse Relevanz für die US-amerikanische Innenpolitik hatten.

Diese beiden Faktoren haben sicherlich mit dazu beigetragen, dass der 1989 vollzogene radikale Wandel in den polnisch-amerikanischen Beziehungen – trotz der anti-amerikanischen und antikapitalistischen Propaganda des Kalten Krieges – von der polnischen Gesellschaft sehr gut aufgenommen wurde (Stachura 2002: 127; Winid 2001: 208). Diese von Beginn an positive Wahrnehmung wurde in den ersten

Monaten nach den Wahlen von 1989 sogar noch verstärkt. Neben der symbolischen Unterstützung für die Machtübernahme durch die nichtkommunistische Opposition, die US-Präsident George Bush bei seinem Besuch in Warschau im Juli 1989 zum Ausdruck brachte, ist dies auch auf den Enthusiasmus zurückzuführen, mit dem Lech Wałęsa im November desselben Jahres in den USA empfangen wurde (Stachura 2002: 129). Seine am 15. November 1989 vor dem Kongress gehaltene Rede kann durchaus als ein Zeichen des Umbruchs im polnisch-amerikanischen zwischenstaatlichen Verhältnis angesehen werden (Winid 2001: 209). Parallel zu der Neugestaltung der politischen Beziehungen wurden auch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Herbst 1989 wichtige Entscheidungen gefällt, wie etwa die Verabschiedung des *Support East European Democracy Act* (1989), auf dessen Grundlage ein Stabilisierungsfonds für die polnische Währung geschaffen werden konnte (Stachura 2002: 130). Kurz danach wurde der Polnisch-Amerikanische Unternehmerfonds ins Leben gerufen, und die US-amerikanische Regierung hat sich beim Pariser Club für den Aufschub der im Jahr 1989 fälligen Kreditrückzahlung eingesetzt (ebd.).

Neben den historischen Verbindungen zwischen den Gesellschaften und der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung Polens durch die USA wirkte sich auch die allgemeine prowestliche Orientierung Polens auf den Stellenwert der USA in der polnischen Außenpolitik aus. Die Bemühungen um amerikanische Unterstützung für den polnischen Transformationsprozess und die außenpolitische Neuorientierung resultierten aus der innerhalb der polnischen politischen Klasse weit verbreiteten Überzeugung, dass sich die amerikanischen Interessen in Mittel- und Osteuropa weitestgehend mit den polnischen Interessen deckten. Diese umfassten Ziele wie die Stärkung der demokratischen Ordnung, die Integration Polens in die euroatlantischen Strukturen und den Erhalt der US-Vormachtstellung in der NATO, wobei das amerikanische Engagement in Europa als dessen entscheidender Bestandteil angesehen wurde (Stachura 2002: 131). Diese sehr stark von Sicherheitsthemen geprägte Zielsetzung war in den 1990er Jahren von wesentlicher Bedeutung für das bilaterale Verhältnis. Sie bildete die Grundlage für die polnische Lobbyingkampagne zur NATO-Erweiterung in den USA wie auch für die Stärkung der militärischen

Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Rüstung und Modernisierung der polnischen Streitkräfte⁵⁵.

Als strategisches Argument für ein privilegiertes Verhältnis zu den USA wurde die Notwendigkeit von Sicherheitsgarantien angeführt: Ein Bündnis mit den USA sei der beste Weg zur Erhaltung der Souveränität Polens (Dunn 2002: 135), und nur eine starke transatlantische Allianz unter der Führung Washingtons könne eine Art „Versicherungspolice“ (Frank 2004: 9) für das Land sein. Das Interesse der USA an Polen wird in dieser Argumentation in dessen Rolle innerhalb Mittel- und Osteuropas sowie in der Unterstützung für die US-amerikanischen Vorhaben innerhalb der internationalen Organisationen (z. B. bei den Vereinigten Nationen) gesehen (Dunn 2002: 135). Osica und Zaborowski (2002: 15) erklären die Dominanz dieser Argumentation, die weit über den Anfang der 1990er Jahre hinaus gültig blieb, mit einem mangelnden Vertrauen in die militärisch unzureichend gestützten europäischen Sicherheitsgarantien und fügen als zweiten, ergänzenden Faktor die Tatsache hinzu, dass es – im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien – in der Zusammenarbeit mit Washington bis dahin keine negativen historischen Erfahrungen gegeben hat.

3.3.6 Ostpolitik

Die demokratischen Veränderungen von 1989 bildeten die Grundlage für den Anfang der Ostpolitik als eines neuen Bereichs der polnischen Außenpolitik (Fedorowicz 2004: 15). Die bisherige starke Orientierung auf Moskau wurde deutlich geschwächt, während die Beziehungen zur Ukraine und anderen östlichen Nachbarn, die bis dahin fast ausschließlich für die Pariser Emigrationskreise von Interesse gewesen und vor allem in der *Kultura*⁵⁶ diskutiert worden waren, allmählich Eingang in die polnischen außenpolitischen Debatten fanden.

⁵⁵ Polen erhielt im Rahmen des Programms *Foreign Military Financing* als erstes Land militärische Unterstützung seitens der USA; 1994 wurde die militärische Zusammenarbeit vertraglich geregelt; 1998 gewährten die Vereinigten Staaten Polen ein Darlehen in Höhe von 100 Millionen USD für die Vorbereitung der polnischen Armee auf den NATO-Beitritt (ausführlich vgl. Stachura 2002: 137).

⁵⁶ Die Redaktion der „Kultura“ setzte sich seit dem Beginn ihrer Arbeit im Jahr 1948 insbesondere für den polnisch-ukrainischen Dialog ein. Sowohl der Chefredakteur Jerzy Giedroyc als auch der „politische Denker“ der Zeitschrift, Juliusz Mieroszewski, teilten in den Zeiten der 2. Republik mit Marschall Piłsudski die Idee einer Föderation Polens mit den östlichen Nachbarn. Nach dem Krieg wurden in den Pariser Emigrationskreisen die Grundlagen für eine polnisch-ukrainische Versöhnung und die polnische Ostpolitik gelegt, zu denen neben dem Souveränitätsprinzip auch die Einhaltung der Nachkriegsgrenzen gehörten (ausführlicher vgl. Fedorowicz 2004: 17; Burant 1996: 86).

Die neue polnische Ostpolitik – die so genannte „zweigleisige“ Ostpolitik – entstand bereits zu Beginn des Jahres 1990. Diese vom damaligen Außenminister Krzysztof Skubiszewski entwickelte Konzeption setzte auf Kontinuität in den veränderten Beziehungen zur Sowjetunion und die gleichzeitige Entwicklung von Beziehungen zu den benachbarten Sowjetrepubliken (Fedorowicz 2004: 28-29; Burant 1996: 86). Ziel war es, eine Politik zu gestalten, die „ohne Moskau zu provozieren, den benachbarten Republiken zu verstehen gab, dass Polen ihre Unabhängigkeit in den bestehenden Grenzen befürwortet und sie als gleichberechtigte Partner behandelt“ (Hatschikjan 1999: 23).

Wegen seiner eher vorsichtigen Haltung in Fragen der Beziehungen Polens zum Osten wurde Krzysztof Skubiszewski in Polen häufig mangelnde Entschiedenheit vorgeworfen (Fedorowicz 2004: 24). Kritik übten auch einige westliche Entscheidungsträger, die argumentierten, diese Politik schwäche die Position Gorbatschows (Gerhardt 2003: 105). Wenige Jahre später genoss die „zweigleisige“ Ostpolitik Polens als eine Grundlage für die „relativ ausgewogene polnische Linie über alle Regierungswechsel hinweg“ (Hatschikjan 1999: 23) allerdings immer größere Anerkennung.

3.3.6.1 Die Beziehungen zu Russland

Die Neugestaltung der Beziehungen Polens zu Russland begann bereits vor dem Zerfall der Sowjetunion. In den Jahren 1989/1990 ging es neben dem Abschied vom „Big Brother“ um den Anfang eines Dialogs. Offiziell begannen die Beziehungen Polens zur Russischen Föderativen Sowjetrepublik mit einem Besuch von Außenminister Skubiszewski in Moskau, in dessen Verlauf am 16. Oktober 1990 eine *Erklärung über Freundschaft und gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit* unterschrieben wurde. Diese stellte einen der ersten Bestandteile der „zweigleisigen“ Ostpolitik Polens dar (Fedorowicz 2003: 17). Von Anfang an war das polnisch-russische Verhältnis von einer gewissen Asymmetrie gekennzeichnet: War Russland für Polen der wichtigste Nachbar im Osten, spielte Polen – ähnlich wie andere Staaten Mitteleuropas – für Russland in dieser Zeit kaum eine Rolle (ebd.; Ciosek 2000: 47).

Eine deutliche Veränderung erfolgte in den bilateralen Beziehungen erst, als Polen offen seine Absicht bekundete, der NATO beizutreten. Dies rief auf der russischen Seite Widerstand hervor, der unter anderem in dem im November 1993 veröffentlichten Bericht „Perspektiven der NATO-Erweiterung und die Interessen Russlands“ zum

Ausdruck kam. Ziel dieses Papiers war es, die negative Haltung Russlands gegenüber der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder in die NATO zu vermitteln. Seine überwiegend an den Westen gerichtete Argumentation betonte die Gefahren, mit denen eine derartige NATO-Erweiterung verbunden wäre. Demnach würde sie das Bedrohungsgefühl in Russland steigern und dadurch zu einer Aktivierung nationalistischer Kräfte sowie zu einer wachsenden Unzufriedenheit in der Armee beitragen. Des Weiteren würde sich die Aufnahme neuer Mitglieder in die Atlantische Allianz negativ auf die europäische Sicherheit auswirken. Neben der Isolierung Russlands seien daher das Ende des Gleichgewichts in Europa, das Eskalieren lokaler Konflikte sowie eine Wiederbelebung des deutschen Revisionismus zu befürchten (Menkiszak 2001: 187-188; Stadtmüller 2003: 36).

Das von den Vereinigten Staaten initiierte Angebot, die mittel- und osteuropäischen Staaten mit Hilfe des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ an die NATO heranzuführen, wurde in Moskau zunächst positiv aufgenommen, weil man darin anfänglich eine Alternative zur Erweiterung sah⁵⁷ (Menkiszak 2001: 190). Schnell wurden die USA allerdings von Russland beschuldigt, taktisch zu agieren, um Zeit für eine Expansion in Richtung Osten zu gewinnen (Stadtmüller 2003: 36). Erst eine individuelle Lösung für die Einbeziehung Russlands in Form eines Sonderstatus ermöglichte in dieser Frage einen Kompromiss (ebd.: 36-37).

Die absolute Eindeutigkeit der russischen Haltung gegenüber der NATO-Erweiterung lässt sich auf ein vom Realismus geprägtes Denken über internationale Beziehungen im Allgemeinen zurückführen. In seinem Rahmen ist das Gleichgewicht der Mächte und nicht ihre Zusammenarbeit die Grundlage für die nationale Sicherheit; die Staatsmacht wird individuell und nicht kollektiv gebildet, und die internationalen Beziehungen sind ein Nullspiel (Stadtmüller 2003: 39). Die Dominanz solcher Denkstrukturen im russischen Diskurs erklärt die eindeutige und entschiedene Position, die Russland in der Frage der NATO-Erweiterung einnahm, so dass sich die polnische Außenpolitik auch nach dem 1999 erfolgten Beitritt Polens mit dem Dilemma konfrontiert sah, einerseits die Beziehungen zu Russland normalisieren zu müssen und sich andererseits gleichzeitig für die langfristige Fortsetzung der NATO-Erweiterung auf Litauen und die Ukraine einzusetzen (ebd.: 57).

⁵⁷ Aus ähnlichen Gründen begegnete man dem Programm in Polen zuerst mit Skepsis.

Wie bereits im Zusammenhang mit dem Mitteleuropa-Diskurs gezeigt wurde, kommt Russland in den polnischen außenpolitischen Debatten die Funktion eines „konstitutiven Anderen“ zu, das im Laufe der Jahre Wandlungen unterliegt. In der ersten Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion kristallisierte sich heraus, dass das heutige Russland im polnischen Diskurs den Platz des alten Imperiums einnimmt, wodurch eine historische Kontinuität hergestellt wird: Vom zaristischen Russland über die Sowjetunion bis zur Gegenwart stellt der russische Staat eine der wichtigsten Bedrohungen für den Erhalt der polnischen Staatlichkeit dar. Im Laufe der 1990er Jahre kann jedoch eine Evolution in der diskursiven Konstruktion dieser Bedrohung beobachtet werden, die im Rahmen der empirischen Studie genauer untersucht werden soll: Ging es direkt nach der Wende um die imperialen Bestrebungen der Sowjetunion in Mittel- und Osteuropa, so stehen in den ersten Jahren nach ihrem Zerfall eher die Befürchtungen in Bezug auf die politische und gesellschaftliche Stabilität im post-sowjetischen Raum im Mittelpunkt der Diskussionen.

3.3.6.2 Die Beziehungen zur Ukraine

Anfang 1990 wurde das ukrainische Streben nach Unabhängigkeit in Polen aufgrund der bereits erwähnten Politik der Zweigleisigkeit zwar vorsichtig, aber mit großer Sympathie aufgenommen (Menkiszak/ Piotrowski 2002: 220). Die Vorsicht, die sowohl die Regierung als auch der Staatspräsident an den Tag legten, ist u. a. auf die instabile Situation in der Sowjetunion zurückzuführen, wo die baltischen Staaten durch ihre Unabhängigkeitserklärungen mit Moskau in Konflikt gerieten (Fedorowicz 2004: 29).

In den Beziehungen Polens zur Ukraine können nach Fedorowicz (2004) in den 1990er Jahren vier Phasen unterschieden werden: Die erste umfasst den Zeitraum zwischen den polnischen Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989 und der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine am 24. August 1991. In diesen ersten Jahren ging es überwiegend um die Gestaltung des bilateralen Verhältnisses, die parallel zur Neuformulierung der polnischen Außenpolitik und zur Ausarbeitung erster Konzeptionen für die neue Ostpolitik (vor allem der o. g. Formel der „Zweigleisigkeit“ von Außenminister Skubiszewski) verlief.

Die zweite Phase im polnisch-ukrainischen Verhältnis nach der Wende beginnt mit der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung, die in Polen zwar mit einer gewissen

Überraschung, aber auch mit Interesse und Freude aufgenommen wurde. Sie ist durch den Aufbau und die Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen gekennzeichnet. Bereits zwei Tage nach der Unabhängigkeitserklärung, am 26. August 1991, betonte der Außenminister Skubiszewski in einer Erklärung den „wohlwollenden Standpunkt Polens“ und kündigte eine schnelle Aufnahme konsularischer Beziehungen an. Wenige Tage später meldete sich das Parlament zu Wort und brachte in zwei Beschlüssen von Sejm und Senat die Freude über die ukrainische Unabhängigkeitserklärung zum Ausdruck (Fedorowicz 2004: 68-69). Die offizielle Anerkennung der Unabhängigkeit erfolgte am 2. Dezember 1991 und somit einen Tag nach dem ukrainischen Referendum, als die polnische Regierung als erste in der Welt die Ukraine als einen unabhängigen Staat anerkannte und über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen entschied (ebd.: 72). Einen Höhepunkt dieser Phase stellte der Polenbesuch des ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk dar, während dessen das *Abkommen über gute Nachbarschaft, freundliche Beziehungen und Zusammenarbeit* unterschrieben wurde. In der Folge dieses Besuchs, der im Mai 1992 stattfand und eine der ersten Auslandsreisen Krawtschuks war, nahmen die politische Zusammenarbeit und die Kontakte zwischen den Regierungen zu, und die polnische Premierministerin Suchocka sprach am 31. August 1993 sogar von einer „strategischen Partnerschaft“ der beiden Länder. Ihre im Warschauer Zentrum für Östliche Studien gehaltene Rede zu diesem Thema fiel allerdings auf die letzten Tage ihrer Regierungsarbeit, denn bereits im September 1993 fanden die nächsten Parlamentswahlen statt, in deren Folge die Regierung Suchocka von einer postkommunistischen Koalition abgelöst wurde (ebd.: 116).

Mit dem Regierungswechsel des Jahres 1993 begann eine neue Phase in den polnisch-ukrainischen Beziehungen, die bis zu den Präsidentschaftswahlen von 1995 andauerte und von einer gewissen Stagnation gekennzeichnet war. Bereits im März 1994 war in politischen Erklärungen statt von „strategischer Partnerschaft“ nur noch von einer „engen Partnerschaft“ die Rede. Ein wichtiger Grund für diesen Stimmungswechsel war sicherlich der zunehmende Stellenwert der polnischen NATO-Aspirationen und die hierdurch hervorgerufene ukrainische Beunruhigung um die zukünftige Bedeutung der Ostpolitik in der polnischen Außenpolitik.

Die Ende 1995 in Polen abgehaltenen Präsidentschaftswahlen, die nach Fedorowicz die vierte Phase der polnisch-ukrainischen Beziehungen der 1990er Jahre einläuteten, wirkten sich wiederum positiv auf den Stellenwert der Ukraine in der polnischen

Außenpolitik aus: Entgegen vieler Vermutungen bekundete der neue Präsident Aleksander Kwaśniewski bereits in den ersten Tagen seiner Amtszeit Interesse am östlichen Nachbarstaat und plädierte für die Bindung einer demokratischen und sich wirtschaftlich gut entwickelnden Ukraine an Europa (Kwaśniewski 1997). Parallel zu der aus den Bemühungen des polnischen Präsidenten resultierenden Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit nahm das internationale und vor allem das europäische Interesse gegenüber der Ukraine zu, was beispielsweise in einer gemeinsamen Erklärung der EU-Mitgliedstaaten zum Thema Ukraine vom Mai 1996 zum Ausdruck kam.

Insgesamt weist die Entwicklung der Beziehungen Polens zur Ukraine in den Jahren 1990-1999 eine Kontinuität der Ziele und ihrer Realisierung auf. Trotz eines schwierigen Beginns der Versöhnungsarbeit zwischen den beiden Gesellschaften, die aufgrund fest verankerter historischer Belastungen wie z. B. des Konflikts um den Friedhof der „Lemberger jungen Adler“ (polnisch: Cmentarz Orląt Lwowskich)⁵⁸ zum Teil sehr langwierig war, ist es im Laufe dieses Jahrzehnts gelungen, das Konzept einer „strategischen Partnerschaft“ in der politischen Zusammenarbeit auch diskursiv durchzusetzen. Im Mittelpunkt der Diskussionen des Jahres 1999 standen daher eher praktische Fragen wie die Einführung einer Visumspflicht für ukrainische Bürger bei der Einreise nach Polen, die sicherlich die wichtigste Folge des damals in Vorbereitung befindlichen EU-Beitritts Polens für die polnisch-ukrainischen Beziehungen darstellte.

3.3.6.3 Die Beziehungen zu Belarus

Die Aufnahme der offiziellen polnisch-belarussischen Beziehungen verlief nicht ohne Schwierigkeiten. Nachdem der Versuch, während des Besuchs Skubiszewskis im Jahr 1990 eine Erklärung über die bilateralen Beziehungen der beiden Länder zu unterzeichnen, aufgrund diplomatischer Missverständnisse gescheitert war, gelang es erst ein Jahr später, ein solches Dokument zu verabschieden.

⁵⁸ Die Frage des Wiederaufbaus dieses Lemberger Friedhofs für im polnisch-ukrainischen (1918/1919) und im polnisch-sowjetischen (1920) Krieg gefallene polnische Soldaten war noch lange Jahre nach der Wende sehr umstritten (Fedorowicz 2004: 206-210). Erst 2005 wurde der restaurierte Friedhof, der Teil des Lytschakiwski-Friedhofs ist, von beiden Staatspräsidenten eingeweiht (vgl. hierzu ausführlicher Bedrychowska 2005).

Zu einem *Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit* kam es am 23. Juni 1993, nachdem Polen im Dezember 1992 die belarussische Unabhängigkeit anerkannt hatte (Menkiszak/ Piotrowski 2002: 224). Diese schnelle Verbesserung des bilateralen Verhältnisses war u. a. dadurch möglich, dass es zu dieser Zeit praktisch keine Kontroverse in Bezug auf Minderheitsfragen gab⁵⁹.

Wesentliche Meinungsunterschiede zwischen Polen und Belarus entstanden jedoch Anfang 1994, nachdem sich das offiziell neutrale Belarus dem Abkommen über die kollektive Verteidigung der GUS-Staaten angeschlossen und vehement die Osterweiterungspläne der NATO kritisiert hatte. Zusammen mit der innenpolitischen Krise, dem Sieg Alexander Lukaschenkas bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1994 sowie der zunehmenden Abhängigkeit Belarus' von Russland führten diese Veränderungen zu einer Verunsicherung der polnischen Seite, einer „Abkühlung“ im bilateralen Verhältnis und einer Beschränkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (ebd.: 228-229).

3.3.6.4 Die Beziehungen zu Litauen

Anfang der 1990er Jahre wurden die Beziehungen zu Litauen, das sich am 11. März 1990 für unabhängig erklärte, von Minderheitsfragen belastet. Die Spannungen resultierten vor allem aus dem zunehmenden Misstrauen der litauischen Entscheidungsträger gegenüber der polnischen Minderheit⁶⁰, deren Vertreter im Konflikt um die litauische Unabhängigkeit die Sowjetunion unterstützt hatten (Menkiszak/ Piotrowski 2002: 246). Auch wenn es den Regierungen 1992 gelang, die ersten bilateralen Abkommen abzuschließen, blieb das Verhältnis aufgrund von Konflikten um die Geschichte sowie um die aktuelle Lage der polnischen Minderheit in Litauen angespannt (Burant 1996: 97, Menkiszak/ Piotrowski 2002: 247). Erst nach den in beiden Ländern abgehaltenen Parlamentswahlen von 1993 konnten die Arbeiten zur

⁵⁹ Als mögliche Erklärung kann an dieser Stelle angeführt werden, dass die polnische Minderheit in Belarus nur rund 4% der Gesamtbevölkerung darstellte und im Unterschied zu Litauen die polnischen Organisationen in Belarus die Unabhängigkeitsbestrebungen von Anfang an unterstützten (ausführlicher vgl. Burant 1996: 88-89). Andere Autoren (Menkiszak/ Piotrowski 2002: 224, Palmowski 1994: 149) betonen allerdings, dass es durchaus Spannungen in diesem Bereich gab, die mit der Arbeit polnischer katholischer Priester in Belarus zusammenhingen: Während Minsk ihnen „Politisierung“ vorwarf, habe Warschau bestehende Hindernisse beim Praktizieren des katholischen Glaubens und beim Benutzen der polnischen Sprache kritisiert.

⁶⁰ Die polnische Minderheit in Litauen umfasst ungefähr 270.000 Menschen, d.h. 7% der Gesamtbevölkerung. Allein in Vilnius leben 110.000 Polen, die 19% der Stadtbevölkerung darstellen (ausführlicher vgl. Menkiszak/ Piotrowski 2002: 247; Burant 1996: 87-88).

Vorbereitung eines umfassenden Nachbarschaftsvertrages aufgenommen werden. Trotz Protesten auf beiden Seiten wurde dieser am 26. April 1994 während des Besuchs Lech Wałęsas in Vilnius unterschrieben (Menkiszak/ Piotrowski 2002: 247; Widacki 1998: 153).

Der Nachbarschaftsvertrag markiert eine Zäsur im polnisch-litauischen Verhältnis. Durch ihn wurden die Beziehungen zu Litauen zu einem integralen Bestandteil der Position Warschaus gegenüber den baltischen Staaten insgesamt, die seitdem nicht mehr von ethnischen und historischen Faktoren bestimmt wurde, sondern vielmehr vom Bestreben Polens, eine aktive Rolle innerhalb Mittel- und Osteuropas zu spielen. Wirtschaftlich kam diese Politik bereits 1994 in der polnischen Unterstützung für den Beitritt des Baltikums zur CEFTA zum Ausdruck (Menkiszak/ Piotrowski 2002: 247). Einen anderen wichtigen Bereich der Zusammenarbeit bildeten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Sicherheitsfragen: Nach seinem Beitritt zur NATO setzte sich Polen für eine Politik der „offenen Türen“ und für die Aufnahme der baltischen Staaten in die Allianz ein (ebd.: 245-246).

3.4 Zwischenfazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Anfang der 1990er Jahre in Polen als eine Phase angesehen werden kann, in der nicht nur eine neue außenpolitische Orientierung, sondern auch neue innenpolitische Regeln für die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt wurden. Dies war notwendig geworden, weil sich das Land veränderten externen Bedingungen und gleichzeitig einer tiefgehenden internen Transformation von Politik und Wirtschaft ausgesetzt sah.

Auch wenn der Prozess der Demokratisierung durch schwache und oft wechselnde Regierungen sowie kontroverse Debatten über die wirtschaftliche Öffnung, die Rolle ausländischen Kapitals oder auch die Position der katholischen Kirche gekennzeichnet war, konnte sich in den ersten Jahren nach der Wende ein weitgehender Konsens in Bezug auf viele außenpolitische Fragen bilden (vgl. Prizel 1998: 109, Terry 2000: 8). Dieser erstreckte sich auf vier außenpolitische Hauptziele: (1) die Unabhängigkeit des Staates von der Sowjetunion bzw. von Russland zu garantieren, (2) sich mit dem vereinigten Deutschland zu verständigen und zu versöhnen, (3) durch eine wirtschaftliche Integration mit den westeuropäischen Staaten eine langfristige wirtschaftliche Entwicklung zu sichern und (4) durch den Beitritt zur NATO der

ungünstigen geographischen Position zwischen Deutschland und Russland zu entkommen.

Neben den neuen gesellschaftlichen, innenpolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen lässt sich in dieser Zeit auch eine Veränderung von Werten, Visionen und Ideen in Bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik ausmachen (Kuźniar 2001: 65). Diese Veränderung betrifft laut Prizel (1998: 102) drei Bereiche: Erstens konnte in den frühen 1990er Jahren eine Distanzierung zu diskursiven Schemata wie z. B. der nationalen „Exklusivität“ oder der „Einzigartigkeit“ beobachtet werden, die in der Zwischenkriegszeit einflussreich gewesen waren. Zweitens entwickelte sich eine neue Form des nationalen Bewusstseins und des kollektiven Gedächtnisses, in dem sowohl das positive nationale kulturelle und historische Erbe als auch zunehmend die als negativ betrachteten und früher verschwiegenen historischen Erfahrungen wie z. B. der Antisemitismus oder die deutsche Vergangenheit in den „wiedergewonnenen Gebieten“ Platz finden. Drittens bildete sich ein von allen wesentlichen politischen Kräften getragener grundlegender Konsens heraus, der die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, das Verhältnis zu Russland, die EU- und NATO-Aspirationen sowie die Versöhnung mit Deutschland und somit die wesentlichen außenpolitischen Fragen betraf.

Angesichts dieser Entwicklungen stellte Prizel im Jahr 1998 einen interessanten zeitversetzten Vergleich an, in dem er die außenpolitische Umorientierung, die Polen in den 1990er Jahre durchlaufen hat, mit den Veränderungen kontrastierte, die Frankreich in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu bewältigen hatte. Er gelangt durch diesen Vergleich zu der These, dass sich Polen mit der eigenen Neudefinition und der Schaffung einer modernen Identität weniger schwer getan hat als Frankreich. Obwohl diese Prozesse unter anderen Bedingungen verliefen, seien die beiden Fälle nach Prizel doch vergleichbar, da beide Staaten zu einem Rückzug aus ihren historischen Einflusszonen gezwungen wurden und sich gleichzeitig eine engere Definition der eigenen Nation aneignen mussten, was im polnischen Fall bedeutete, die Beziehungen zu Deutschland und den östlichen Nachbarn neu zu gestalten. Von entscheidender Bedeutung dafür, dass der Prozess der Schaffung einer modernen Identität schneller und einfacher verlief als in Frankreich, sei nach Prizel die Tragödie, die der Zweite Weltkrieg für Polen bedeutet habe und die weder in Bezug auf die Vergangenheit noch auf die Zukunft Raum für irgendwelche Illusionen geboten habe (Prizel 1998: 108).

Entsprechend wiesen auch noch zehn Jahre nach der Wende von 1989 zahlreiche Analysen der polnischen Außenpolitik in den Jahren 1989-1999 auf die Konsistenz der außenpolitischen Agenda hin, die trotz häufiger Regierungswechsel eine zunehmend realistische Vision der Rolle des Staates in Europa versprach (Terry 2000: 45). Eine wichtige Zäsur in der Außenpolitik und im außenpolitischen Diskurs stellen das Jahr 1999 und der Beitritt Polens zur NATO dar. Wurde der Diskurs in den Jahren 1992 bis 1998 von einer „NATO-Euphorie“ dominiert⁶¹, tauchen in den außen- und sicherheitspolitischen Debatten des Jahres 1999 neue Themen auf, die mit dem Prozess der Transnationalisierung und den damit verbundenen neuen Anforderungen in Verbindung stehen. Eine Kernfrage war dabei, wie sich die zunehmende Integration Polens mit der Bewahrung der nationalen Identität verbinden lässt, womit hauptsächlich Tradition und Werte gemeint sind (Cimoszewicz 2000).

Betrachtet man hingegen Arbeiten über die polnische Außen- und Sicherheitspolitik nach 1999, trifft man vor allem auf Fragestellungen, die die transatlantischen Beziehungen in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Dabei genießt die strategische Ausrichtung der polnischen Politik in Fragen der nationalen Sicherheit eine besondere Aufmerksamkeit. Bei der Lektüre polnischer Analysen wie z. B. der vom Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau 2002 publizierten Studie *„Das neue Mitglied des „alten“ Bündnisses. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik“* wird deutlich, dass sicherheitspolitische Fragestellungen sowohl bei Regierungsvertretern als auch in der Öffentlichkeit auf großes Interesse stoßen. Hier wie dort herrscht die Auffassung vor, dass die Zielsetzung der polnischen Außenpolitik nach dem NATO-Beitritt im Jahr 1999 vor allem aus dem Willen resultiere, die „geopolitische Situation zu verändern und der grauen Sicherheitszone zu entkommen“ (Osica/ Zaborowski 2002: 13). Aus diesem Grund konzentriert sich das polnische außen- und sicherheitspolitische Denken in den letzten Jahren überwiegend auf das Thema „Sicherheit“ und wird von drei wesentlichen Eigenschaften geprägt:

⁶¹ Stellvertretend für viele Aussagen z. B.: „Der Beitritt zur Allianz wird Polen zum ersten Mal in seiner neuesten Geschichte glaubwürdige Sicherheitsgarantieren geben – die Überzeugung, dass es im Fall eines Angriffes auf die Hilfe der Alliierten zählen kann. Andererseits wird Polen durch den Beitritt zum NATO-System der kollektiven Verteidigung, die Förderung euroatlantischer Werte sowie eine aktive Teilnahme am Dialog innerhalb der Allianz und an der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit zur Stabilität und Sicherheit seiner künftigen Alliierten und anderer Länder des Kontinents beitragen.“ (Grygolec et al. 1998: 2).

1. Die polnische Außenpolitik ist von im engen Sinne einer Sicherung gegen Bedrohungen militärischer Art verstandenen Sicherheitsfragen dominiert (Kuźniar 2001: 15).
2. Aufgrund mangelnder Verteidigungskapazitäten seitens der nationalen Armee gilt es als notwendig, Sicherheit außerhalb des nationalen Systems zu suchen. In erster Linie soll dies durch die Einbindung in die internationalen Institutionen geschehen (Kuzniar 2001: 15).
3. Sowohl die Sicherheitsinteressen als auch ihre Artikulation sind stark von historischen Erfahrungen geprägt. Auf der Grundlage des so genannten „Komplexes des Verrats“, der auf die negativen Erfahrungen mit den westeuropäischen Verbündeten im Zweiten Weltkrieg zurückgeht, ist der Politikgrundsatz „nichts über uns ohne uns“ gewachsen (Osica/ Zaborowski 2002: 14).

Wie die Grundaussagen dieser Analysen zeigen, steht die Souveränitäts- und Sicherheitsfrage immer noch im Zentrum des öffentlichen Interesses. Sie erschwert den Umgang mit Entscheidungen, die auf der einen Seite die kürzlich wiedergewonnene nationale Unabhängigkeit und, auf der anderen Seite, die freiwillige Beteiligung am Prozess der europäischen Integration betreffen. Dieses Problem spiegelt sich in einem sicherheitspolitischen Dilemma wider: Während aufgrund des mangelnden Vertrauens der politischen Eliten wie auch der Bevölkerung in die europäischen Sicherheitsgarantien die NATO-Mitgliedschaft und die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten höchste Priorität genießen, stehen die Kooperation mit den europäischen Partnern und die Integration in die europäischen Strukturen in allen anderen Bereichen wie z. B. Finanzen, Handel, Umwelt oder Bildung im Vordergrund.

Angesichts einer derartigen doppelten Ausrichtung im außenpolitischen Bereich wird nun sowohl in der Forschung als auch in der Politikberatung der Frage nachgegangen, wie in dieser Situation das Nationalinteresse definiert⁶² wird und welche Umsetzung es in der polnischen Außenpolitik findet. Anlass zu interessanten Analysen lieferte in diesem Zusammenhang beispielsweise die Entscheidung über die polnische Beteiligung am Irak-Krieg, die in der letzten Zeit häufig Eingang in die Fragestellungen politikwissenschaftlicher Arbeiten gefunden hat (Osica 2004, Frank 2004

⁶² Es handelt sich an dieser Stelle um das „Definieren“ (defining) des nationalen Interesses, was als Opposition zum „Verteidigen“ (defending) verstanden werden kann: „State interests do not exist to be „discovered“ by self-interested, rational actors. Interests are constructed through a process of social interaction“ (Katzenstein 1996: 2); ausführlicher vgl. auch Finnemore 1996: 2-3.

und 2005, Zaborowski 2004). Diese Studien weisen hauptsächlich auf die Bedeutung historischer Erfahrungen für die Begründung des Engagements im Irak auf der Seite der Amerikaner hin. Dabei merkt beispielsweise Osica (2004) an, dass in den Diskussionen über die Triftigkeit der Gründe sowie die Modalitäten der Entscheidungsfindung eine „historische“ und eine „ahistorische“ Denkweise über die Außenpolitik aufeinander treffen (Osica 2004: 2-3). Den sicherheitspolitischen Denkmustern, Leitsätzen und Praktiken widmet sich weiterhin die Analyse von Frank (2005: 20-24), die anhand eines rollentheoretisch inspirierten Ansatzes die außenpolitische Rolle Polens als Regionalmacht bestätigt und die Transformation des allgemeinen sicherheitspolitischen Rollenprofils von einem Sicherheitskonsumenten zum Sicherheitsproduzenten im Kontext der Irak-Frage untersucht. Zaborowski (2004: 11-15) befasst sich hingegen mit den unterschiedlichen Argumentationen, die in den öffentlichen Debatten zur Begründung des Entschlusses zur Beteiligung herangezogen wurden. Dabei betont er die Nachwirkung des moralischen Arguments, das sich von einer ursprünglich starken Untermauerung dieser Entscheidung angesichts der Ereignisse des ersten Jahres des Irak-Krieges in ein Contra-Argument umgewandelt hat.

An die Ergebnisse dieser ersten Arbeiten, in denen die sicherheitspolitische Ausrichtung Polens nach 1999 untersucht wird, knüpft die vorliegende Arbeit an. Ihre Ausgangsfrage ergibt sich dabei aus der Beobachtung, dass das Element „Sicherheit“ eine besondere Rolle im öffentlichen Legitimationsprozess bestimmter außenpolitischer Entscheidungen spielt.

4 Fallstudie:

Sicherheitsdiskurse in Polen 1999-2006

Vor dem Hintergrund des in Kapitel 3 vorgestellten, im Jahr 1999 allgemein geltenden außen- und sicherheitspolitischen Konsenses kann nun die Frage aufgeworfen werden, welchen Verlauf die wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Diskussionen seitdem genommen haben und ob sich dabei Entwicklungen beobachten lassen, aus denen man auf wesentliche Veränderungen im Verständnis und in der Deutung von Sicherheit schließen könnte. Nachfolgend wird es daher darum gehen, die einzelnen sich in den öffentlichen Debatten abzeichnenden Bedrohungsnarrationen zu rekonstruieren und zu analysieren. Dabei besteht das Hauptziel darin, anhand des diskursiven Verständnisses von Sicherheit die in den gesellschaftlichen Debatten behandelten Sicherheitsthemen zu identifizieren sowie ihre Bedeutung für die Gestaltung der Außenpolitik zu untersuchen.

Die Fallstudie richtet sich nach dem im Kapitel 2 vorgestellten Modell zur Analyse der Konstruktion der Sicherheit und umfasst – wie bereits angekündigt – den politischen und gesellschaftlichen Sektor. Aus diesem Grund gliedert sich die folgende Untersuchung in zwei Bereiche: In einem ersten Schritt werden die Narrationen untersucht, in denen der polnische Staat als Referenzobjekt der *securitization* fungiert, d. h. als bedroht dargestellt wird. Diese Teilanalyse verfolgt das Ziel, die diskursive Formation der **politischen** Sicherheit zu umreißen (4.1). Im zweiten Teil der Fallstudie geht es um die Untersuchung von Szenarien, in denen die polnische Nation bzw. Gesellschaft zum Referenzobjekt der *securitization* gemacht wird. Sie soll Aufschluss darüber geben, wie die **gesellschaftliche** Sicherheit verstanden wird und welche Narrationen zur Konstruktion der nationalen Identität beitragen (4.2).

4.1 Ein Staat in Gefahr? – Zur Konstruktion der politischen Sicherheit

Um die Konstruktion der politischen Sicherheit des polnischen Staates empirisch zu untersuchen, wurden auf der Grundlage der sekundären Literatur zwei außenpolitische Bereiche ausgewählt: das Verhältnis zu Russland und die Beziehungen zum

„Westen“. Begründen lässt sich diese Entscheidung erstens damit, dass diese beiden Themen seit dem Jahr 1999 durchgehend große Aufmerksamkeit in der polnischen Öffentlichkeit genießen und kontrovers diskutiert werden. Zweitens tangieren sie den im Allgemeinen als für die politische Sicherheit grundlegend angesehenen Zusammenhang zwischen Souveränität und externer Sicherheit. Drittens handelt es sich sowohl bei Russland, d. h. dem „Osten“, als auch beim „Westen“ um zwei für die Definition der außenpolitischen Identität Polens wesentliche Referenzen.

4.1.1 Narrationen über Russland

Das Jahr 1999 und der Beitritt Polens zur NATO markieren eine Zäsur in der polnischen Russlandpolitik. In den darauf folgenden Jahren lässt sich eine Verschiebung von der eher vorsichtigen und pragmatischen Haltung gegenüber Russland, die seit dem Beginn der 1990er Jahre in der Tradition der „zweigleisigen Ostpolitik“ von Krzysztof Skubiszewski stand, in Richtung einer Moralpolitik beobachten, in der die Aufarbeitung der schwierigen gemeinsamen Geschichte und eine zunehmend kritische Beurteilung der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Russland einen immer wichtigeren Platz einnehmen. So können im Untersuchungszeitraum drei verschiedene Problemnarrationen identifiziert werden, in denen Russland als Bedrohung für den polnischen Staat dargestellt wird. Zu Sicherheitsthemen werden die polnisch-russische Geschichte (4.1.1.1), die Frage der Stabilisierung bzw. Demokratisierung in Russland (4.1.1.2) und die Energiepolitik (4.1.1.3) erkorren. Hinter den Diskussionen zu diesen Themen verbirgt sich die übergeordnete Frage, ob sich Russland heute wieder auf dem imperialen Weg befinde und welche Auswirkung eine derartige Entwicklung auf Polen haben könnte.

4.1.1.1 Polen und Russland im Streit um die Vergangenheit

Das wichtigste Thema der polnisch-russischen Auseinandersetzungen ist seit dem Ende der 1990er Jahre die Vergangenheit. Aus polnischer Sicht verlaufen die Diskussionen über die gemeinsame Geschichte und die Interpretation einzelner historischer Ereignisse nicht ohne Schwierigkeiten. Die Vergangenheit wird daher fast ausschließlich als „ein Problem“ (*RP 17.01.2002*), „eine Last“ (*RP 16.01.2002*) oder auch sehr bildlich als „eine Leiche im Keller“ (*trup w szafie*), „eine Bremse“ bzw. „ein Klotz

am Bein“ (*kula u nogi*) (*TP 04.07.2006*) bezeichnet. Die große Bedeutung, die diesem Thema in Polen zugemessen wird, kann vor allem als Reaktion auf den russischen Standpunkt verstanden werden, die bilateralen Beziehungen „zukunftsgerichtet“ ausrichten zu wollen. So suggeriere Moskau Warschau, dass für die Weiterentwicklung bzw. Verbesserung der bilateralen Beziehungen „die Diskussion über die für die Russen unbequemen Ereignisse aus der Vergangenheit nicht laut geführt werden sollte, um sich auf das Positive zu konzentrieren“ (*TP 04.07.2006*). Eine solche Haltung der russischen Politik erinnert in Polen jedoch stark an die kommunistische Propaganda aus den Zeiten der Volksrepublik und stößt somit auf scharfe Kritik, in der in erster Linie das Recht der Bürger auf Wahrheit und Gerechtigkeit im Umgang mit der Vergangenheit betont wird:

1. Gutnachbarschaftliche polnisch-russische Beziehungen können nicht auf **der Leugnung der Wahrheit** über den 17. September 1939 aufgebaut werden. *RP 15.09.1999*
2. Eine Versöhnung zwischen Polen und Russland wird es so lange nicht geben, bis Moskau **die gesamte Wahrheit** über unsere gemeinsame Vergangenheit anerkennt und der imperialen Politik in der Zukunft entsagt. *RP 15.09.1999*
3. Die polnisch-russischen Beziehungen brauchen auch **Wahrheit**. Und nicht **Halbwahrheit** oder **propagandistisches Stottern**. *RP 16.01.2002*
4. In einem demokratischen System haben die Bürger volles Recht, von der Politik die Klärung schmerzlicher Vergangenheitsfragen im Geiste der **Wahrheit und der Gerechtigkeit** zu verlangen. *TP 04.07.2006*

Wie anhand der zitierten Aussagen ersichtlich wird, basiert die Narration über die Bedeutung der Vergangenheit in den polnisch-russischen Beziehungen auf einem klaren Wertgegensatz „Wahrheit / Lüge“. Die starke Betonung von „Wahrheit“ lässt sich zum einen auf die Opposition zur früheren erzwungenen „sozialistischen Freundschaft“ zurückführen; zum anderen kann sie aber auch in einen breiteren Kontext des Demokratisierungsdiskurses gestellt werden, in dem „Wahrheit“ und

„Freiheit“ die wichtigsten Grundwerte darstellten.⁶³ Der daraus abgeleitete veränderte Umgang mit der eigenen Geschichte veranlasst die polnische Politik, ihre Erwartungen in Bezug auf die Aufarbeitung der polnisch-russischen Vergangenheit zu formulieren. Im Ergebnis wird Russland ein Mangel an kritischem Umgang vorgeworfen. Da dieser eine Art „Lackmuspapier“ sei, das es ermögliche, wahre politischen Intentionen des Regimes zu erfahren (*TP 04.07.2006*), wird die Situation als eine potenzielle Bedrohung für Polen angesehen. Andererseits stelle aber die Aufarbeitung der eigenen Geschichte die Hauptvoraussetzung für die Entstehung einer Zivilgesellschaft in Russland dar (*TP 04.07.2006*).

In diesem Zusammenhang scheint eine gewisse Übereinstimmung in Fragen der Vergangenheitsbewältigung, die beim ersten Staatsbesuch Wladimir Putins in Warschau im Jahr 2002 sichtbar wurde, eher eine Ausnahme als die Regel zu sein. Die Aussage des russischen Präsidenten, dass die Probleme der polnisch-russischen Geschichte darin begründet liegen, dass die Sowjetunion über die Satellitenstaaten des Ostblocks dominieren wollte, was keinen positiven Effekt auf die „erzwungenen Partner“ (*partnerzy z przymusu*, *RP 17.01.2002*) haben konnte, wurde in der Berichterstattung zur Kenntnis genommen, führte jedoch zu keiner wesentlichen Annäherung in den Positionen beider Seiten. Bis heute bleiben Diskussionen über die Vergangenheit von fest verankerten historischen Untertönen geprägt: Erstens geht es häufig um konfessionelle Fragen, wobei Polen die Funktion eines Bollwerks des Katholizismus zukommt und Moskau als das „Dritte Rom“ dargestellt wird. Zweitens kann man eine anhaltende Rivalität um die Vorherrschaft unter den Slawen beobachten, die verschiedene Formen annimmt und kürzlich z. B. in den Kontroversen um das politische Engagement beider Seiten während der Orangen Revolution in der

⁶³ Der besondere Stellenwert von „Wahrheit“ und „Freiheit“ in dem Demokratisierungsdiskurs wird alleine anhand von Pressetiteln in den publizistischen Diskussionen der 1990er Jahre deutlich. So können beispielsweise in einer im Jahr 2000 erschienenen, von dem Warschauer Soziologen Paweł Śpiewak herausgegebenen Artikelsammlung *Spór o Polskę 1989-99* (dt. Streit um Polen 1989-99) u. a. folgende Beiträge gefunden werden: Michał Starowieyski, *Praca dla Prawdy* (dt. Arbeit für die Wahrheit, 1991); Włodzimierz Cimoszewicz und Adam Michnik, *O prawdę i pojednanie* (dt. Über Wahrheit und Versöhnung, 1995); Piotr Nowina-Konopka, *O pojednanie z prawdą, o prawdę pojednania* (dt. Über die Versöhnung mit der Wahrheit, über die Wahrheit der Versöhnung, 1995); Józef Glemp, *Do prawdy dochodzić trzeba mozolnie, z pokorą* (dt. Zur Wahrheit gelangt man mühsam, mit Demut, 1992); Interview mit Adam Strembosz: *Pół-wolność* (dt. Halb-Freiheit, 1993); Barbara N. Łopieńska, *Trzy lata wolności w gminie Zatory* (dt. Drei Jahre Freiheit in der Gemeinde Zatory, 1992); Aleksander Hall, *O wolność trzeba zabiegać* (dt. Um die Freiheit muss man sich bemühen, 1992); Jadwiga Staniszkis, *Wolność bez odpowiedzialności, czyli rozmowa z duchami* (dt. Freiheit ohne Verantwortung oder ein Gespräch mit Geistern, 1997); Konstanty Gebert, *Religia i wolność* (dt. Religion und Freiheit, 1991) (Śpiewak 2000).

Ukraine im Jahr 2004 zum Ausdruck kam (*TP 04.07.2006*). Drittens wird der Diskurs wesentlich vom Konflikt um die Zuweisung und Anerkennung der historischen Rollen (Opfer / Täter) geprägt. Auf diese drei Motive greift die Meistererzählung über die polnisch-russische Geschichte zurück.

In Anlehnung an die Geschichtswissenschaft (Sabrow/ Jarausch 2002) wird hier als Meistererzählung eine Großdeutung der polnisch-russischen Beziehungsgeschichte bezeichnet, die in einer bestimmten Zeit (hier: in den Jahren nach 1989) oder für eine bestimmte Erzählperspektive (hier: in den öffentlichen Diskussionen über die Außenpolitik) leitend wird. Die in den außenpolitischen Debatten häufig anzutreffende Erzählung über die polnisch-russische Geschichte beginnt in der Regel in den Zeiten, als die Republik Beider Nationen⁶⁴ mit der Moskauer Rus⁶⁵ um die Vorherrschaft in Osteuropa rang. In diesem jahrhundertelangen Konflikt soll auch der ursprüngliche Gegensatz zwischen den beiden Machtzentren liegen, der sich in der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Metatraditionen offenbart:

5. Polen brachte auf diese Gebiete den **römischen Katholizismus**, seine **Kultur**, sein **Recht**, **politische und gesellschaftliche Institutionen**. [...] Moskau drang nach Westen im Namen der **Orthodoxie**, des von Byzanz inspirierten **Autokratismus** und der universellen Mission des „**Dritten Roms**“. *RP 16.01.2002*

Die Differenz zwischen den beiden Einheiten wird anhand der Zuordnung zu unterschiedlichen Kulturkreisen sichtbar gemacht: Dem westlichen, römisch-katholischen Polen, das seine zivilisatorische Funktion erfüllt, indem es Kultur, Recht und Institutionen vermittelt, wird ein östliches, orthodoxes und autokratisches Moskau gegenübergestellt, das imperiale Tendenzen aufweist. Diese Neigung erklärt sich aus der Tradition des „Dritten Roms“ heraus, der einzigen souveränen orthodoxen Hauptstadt nach dem Untergang von Byzanz im Jahr 1453. Auf diese Weise werden bereits an dieser frühen Stelle die wichtigsten Grundlagen für die spätere Beurteilung der polnisch-russischen Geschichte gelegt: Es sind die West-Ost-Dichotomie, die die

⁶⁴ Als Republik Beider Nationen (im Polnischen Rzeczpospolita Obojga Narodów) wird der Doppelstaat Polen-Litauen bezeichnet, der in den Jahren von 1659 bis 1791 bestand und eine Union zwischen dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen darstellte.

⁶⁵ Als Moskauer Rus wird in Abgrenzung von der Kiewer Rus und anderen Fürstentümern das russische Staatswesen vom 15. bis Anfang des 18. Jahrhunderts bezeichnet. Historiographisch gesehen beginnt die Geschichte der Moskauer Rus mit der Herrschaft Ivans III. (1462–1505) und endet mit der Verlegung des Regierungssitzes nach St. Petersburg in den Zeiten Peters I. des Großen (1682/89–1725) (vgl. auch http://www2.uni-klu.ac.at/eeo/index.php/Moskauer_Rus).

Aspekte Religion, Kultur, Politik und Gesellschaft umfasst, und die Lehre des „Dritten Roms“, die als offizielle Moskauer Staatsideologie die russische imperiale Politik theoretisch untermauert.

Historisch betrachtet, sieht die Narration das Hauptproblem der bilateralen Beziehungen in der Rivalität um die Einflussphären im Osten Europas. Die Niederlage Polens in diesem Konflikt, d. h. seine Teilungen im 18. Jahrhundert, markiert den Beginn einer Opfer-Täter-Beziehung und eines fortan bestehenden Feindbilds Russland. Beide Rollen sind innerhalb des Russlanddiskurses bis heute von zentraler Bedeutung. Eine klare Zuweisung von Opfer- und Täteridentitäten macht deutlich, wer der Bedrohte und wer der Bedrohende ist, und verleiht somit der Erzählung die für einen *securitization*-Plot charakteristischen Eigenschaften:

6. Polen hat diesen Kampf verloren. **Erschöpft** durch Kriege und innere Anarchie hat es eins nach dem anderen die Territorien im Osten verloren und **büßte** schließlich **seine Existenz als Staat ein**. Im neunzehnten Jahrhundert befand sich der Großteil des Territoriums der alten Republik unter russischer Herrschaft und Russland erschien den Polen als der **Hauptfeind** ihres Landes. *RP 16.01.2002*

An einigen Stellen wird der Sicherheitsplot durch die Wahrnehmung einer gewissen Ausweglosigkeit sogar noch verstärkt. Eine ständige Bedrohung durch Russland führe demnach dazu, dass die Zusammenarbeit mit diesem Nachbarn für die Staaten Mitteleuropas von vitalem Interesse bleibe, da es zu ihr keine Alternative gebe:

7. Polen und andere mitteleuropäische Staaten **haben keine Wahl**. Sie sind auf die Zusammenarbeit mit Russland und auf den russischen Markt **angewiesen**. *RP 22.01.2000*

Bringt man diese beiden diskursiven Elemente, d. h. die Benennung von Bedrohtem und Bedrohendem sowie die Konstruktion der Ausweglosigkeit, zusammen, so lässt sich feststellen, dass der Wahrnehmung der gegenwärtigen bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Russland häufig eine fast schon fatalistische Deutung der polnisch-russischen Geschichte zugrunde liegt.

Neben der Großdeutung der Geschichte spielen auch bestimmte historische Ereignisse eine besondere Rolle im polnischen Russlanddiskurs. Diese so genannten

Erinnerungsorte⁶⁶ stellen die wichtigsten Bezugspunkte im polnischen kulturellen Gedächtnis dar und tragen somit zur Gestaltung russlandbezogener Narrationen bei. Zu den wichtigsten erinnerungspolitischen Referenzen gehören vor allem der 17. September 1939, das Massaker von Katyń (1940) und die Konferenz von Jalta (1945). Eine weitere Kategorie bilden zwei Ereignisse, die die trilaterale polnisch-russisch-deutsche Beziehungsgeschichte betreffen und die delicate Frage der Zusammenarbeit Deutschlands und Russlands gegen Polen thematisieren. Es sind der Vertrag von Rapallo (1922) sowie der Hitler-Stalin-Pakt (1939).

Wie sehr die Erinnerung an den 17. September 1939 in Polen und in Russland auseinanderklafft, wurde 1999 anlässlich des 60. Jahrestages des Einmarsches der Roten Armee in die zu Polen gehörenden Gebiete der Westukraine und Westweißrusslands deutlich. Das Beharren der russischen Regierung auf die propagandistische Vorgabe der „Befreiung der blutsverwandten Brüder“ und ihr gleichzeitiger Widerstand gegenüber der Anwendung des Begriffes „Aggression“ in Bezug auf dieses Ereignis lösten in Polen große Empörung aus. In Reaktion auf eine Erklärung des russischen Außenministeriums zu diesem Thema wurde in den Kommentaren eine direkte Verbindung zwischen der Verfälschung der Geschichte, dem Chauvinismus und der imperialistischen Neigung Russlands hergestellt:

8. Es ist eine offensichtliche **Verfälschung** – meint der Vorsitzende des Sejm-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Czesław Bielecki (AWS), der der Auffassung ist, dass man die Erklärung des Moskauer Außenministeriums für einen Ausdruck des **Chauvinismus** halten kann. – Russland strebt zwar **zur Familie demokratischer Staaten**, hat sich jedoch nicht von seiner **imperialistischen Vergangenheit** verabschiedet – stellte Bielecki fest.

RP 15.09.1999

⁶⁶ Der Begriff „Erinnerungsorte“ geht auf das von dem französischen Historiker Pierre Nora geprägte Konzept der lieux de mémoire zurück. Im deutschen Sprachraum wurde er von den Herausgebern des Sammelwerkes *Deutsche Erinnerungsorte* etabliert und in Anlehnung an Pierre Nora folgendermaßen umschrieben: „[...] Erinnerungsorte können ebenso materieller wie immaterieller Natur sein, zu ihnen gehören etwa reale wie mythische Gestalten und Ereignisse, Gebäude und Denkmäler, Institutionen und Begriffe, Bücher und Kunstwerke – im heutigen Sprachgebrauch ließe sich von „Ikonen“ sprechen. Erinnerungsorte sind nicht dank ihrer materiellen Gegenständlichkeit, sondern wegen ihrer symbolischen Funktion wichtig. Es handelt sich um langlebige, Generationen überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität, die in gesellschaftliche, kulturelle und politische Üblichkeiten eingebunden sind und die sich in dem Maße verändern, in dem sich die Weise ihrer Wahrnehmung, Aneignung, Anwendung und Übertragung verändert.“ (François/ Schulze 2000-2001, Bd.1: 17).

In diesem Teil der historischen Erzählung findet sich der Wertgegensatz „Wahrheit / Lüge“ wieder. Da es sich aber diesmal nicht nur um den Umgang Russlands mit der eigenen Vergangenheit, sondern auch um einen Streit um die Benennung und Deutung eines für die bilateralen Beziehungen zentralen Ereignisses handelt, sind die Schlussfolgerungen eindeutiger und führen zur Betonung des Gegensatzes „Demokratie / Imperialismus“.

Die diskursive Auseinandersetzung mit Fragen der Vergangenheit bietet an dieser Stelle Anlass, auf die Gefahr des russischen Imperialismus hinzuweisen und dadurch die historischen Aspekte in die Kategorie der sicherheitsrelevanten Probleme einzuordnen.

Ein weiteres Ereignis aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, das zu den zentralen polnischen Erinnerungsorten gehört, war das Massaker von Katyń. Dort, in einem Wald in der Nähe von Smolensk, ermordete der sowjetische Geheimdienst NKWD Anfang 1940 mehrere tausend polnischer Offiziere und Zivilisten. Jahrzehntlang lastete die sowjetische Führung das Massaker der Wehrmacht an, was auch bis 1989 in Volkspolen als die offizielle Version galt. Erst 1990 stellte Michail Gorbatschow klar, dass die Sowjetunion für den Mord verantwortlich war. Ungeachtet dessen kommt es seit den 1990er Jahren zwischen Russland und Polen immer wieder zu Konflikten, wenn es um Fragen der strafrechtlichen Verfolgung und des Zugangs zu den Archiven der russischen Militärstaatsanwaltschaft geht. In der polnischen öffentlichen Diskussion wird bei den meisten Referenzen zu den Ereignissen von Katyń daher vor allem der Frage nachgegangen, warum es Russland so schwer fällt, sich der Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte anzunehmen. Als mögliche Erklärung dafür wird die in Russland noch immer verbreitete glorreiche Erinnerung an die Sowjetunion und ihre Errungenschaften angeführt:

9. **Unbequeme** historische Themen werden in Russland, vor allem wenn sie die delikate Materie **moralischer Verpflichtungen** betreffen, aus dem nationalen Bewusstsein **verdrängt**. Weder die in **Zeiten der Verachtung** begangenen Verbrechen an Vertretern fremder Nationen [...] noch die Massenrepressalien gegenüber den eigenen Bürgern verdienen einen Platz in der Erinnerung. Russland hat keine **Abrechnung** mit den Schuldigen gleich welcher Zeit der Fehler und Verwerfungen durchgeführt. Hinzu kommt, dass in der gegenwärtigen offiziellen Auslegung eher bedeutende Errungenschaften des sowjetischen Regimes betont werden, und nicht seine blutigen

Auseinandersetzungen. Nach der kurzen Glasnost-Zeit, in der man versuchte, die Geschichte beim Namen zu nennen, **kehrte man zu der einzig wahren Interpretation der Geschichte zurück.** TP 15.08.2005

Auch in diesem Fall liegt also der Kern der erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und Polen (sowie auch anderer mittelosteuropäischer Staaten) in der Gesamtbeurteilung der sowjetischen Vergangenheit und infolgedessen, wenn auch nur indirekt, im Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus:

10. Vielleicht weigern sich die russischen Behörden, die Umstände der Ereignisse von vor 65 Jahren aufzuklären, weil sie eine Situation vermeiden möchten, in der **die Sowjetunion mit dem Dritten Reich in eine Reihe gestellt würde – als Schuldiger des Völkermordes?** TP 27.03.2005

Polnische Kommentatoren beobachten, dass in Russland nicht versucht wird, die Morde aufzuarbeiten, sondern sie vielmehr zu relativieren und in der Geschichte ein Gegengewicht zu finden. In dieser Absicht wird, wie das folgende Zitat verdeutlicht, beispielsweise das Massaker von Katyń in einem Atemzug mit dem Tod sowjetischer Gefangener während des polnisch-sowjetischen Krieges von 1920 genannt:

11. So lange wie möglich **stritt** Moskau **die Verantwortung** für den Völkermord **ab**, in dem auf Befehl des Staates zehntausende polnischer Gefangenen, vor allem Reserveoffiziere ermordet wurden und dessen Symbol Katyń wurde. Die sowjetische Regierung war so **zynisch**, dass sie 1943 die Aufdeckung dieses Mordes durch die Deutschen dazu nutzte, die diplomatischen Beziehungen mit der legalen polnischen Regierung (damals in London) abzubauen. Als man den Mord nicht mehr abstreiten konnte (auch wenn solche Meinungen noch heute immer wieder auftauchen), fing die russische Seite an, einen „**Ausgleich**“ zu suchen: Zu einem solchen wurde das Schicksal bolschewistischer Gefangener aus dem Jahr 1920 erklärt, von denen einige tausend infolge von Krankheiten (u. a. der damals durch Europa rasenden Spanischen Grippe) in polnischer Gefangenschaft ums Leben gekommen sind. TP 04.07.2006

Eine stärkere „außenpolitische“ Motivation, warum Russland in historischen Fragen auf gewisse Weise Streit mit Polen sucht, wird in den russischen Bemühungen

gesehen, die Glaubwürdigkeit Polens in den Augen seiner westlichen Partner zu zerstören:

12. Präsident Putin will keine normalen und auf Vertrauen basierenden Beziehungen Russlands zu Polen. **Dies würde Polen in den Augen von Deutschen und Franzosen glaubwürdig machen.** Und, Gott behüte, würden sie sich unsere Meinung über die Ukraine und Belarus anhören, geschweige schon die Meinung über Putin. *TP 27.03.2005*

Der dritte wesentliche Erinnerungsort in der polnisch-russischen Beziehungsgeschichte bezieht sich auf die Konferenz von Jalta, die vom 4. bis zum 11. Februar 1945 stattfand und u. a. nach dem damals bevorstehenden Ende des Zweiten Weltkrieges die Teilung Europas in zwei Einflusssphären regelte. Über dieses Ereignis wurde im Kontext der Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes viel diskutiert. Im Mittelpunkt der sowohl in Polen als auch in den anderen mitteleuropäischen Ländern, darunter insbesondere in den baltischen Staaten, geführten Debatte stand die Frage, ob es sich beim Ende des Zweiten Weltkrieges um eine Befreiung oder den Beginn einer weiteren Okkupation handelte. So wurde Anfang 2005 die Deutung der in Jalta gefallenen Entscheidungen und die aus ihnen resultierende Ordnung in Europa zum wichtigsten Streitpunkt in den polnisch-russischen Beziehungen. In Polen war diese Frage vor allem in den Diskussionen um die Teilnahme des Staatspräsidenten Kwaśniewski an den Moskauer Feierlichkeiten anlässlich des „Tages des Sieges“ im Mai 2005 präsent. Bei dieser Gelegenheit kamen entscheidende Unterschiede in der Bewertung der Konferenz von Jalta durch die polnische und russische Seite zum Ausdruck:

13. Für die Länder Mitteleuropas bedeutete sie eine fast 50 Jahre lange **Unterwerfung. Den Entzug von Souveränität, von Unabhängigkeit.** Sie wurden zum **Objekt** und zu **Vasallen Moskaus** gemacht. Und für die Sowjetunion? Es war der Aufbau ihres „**externen Imperiums**“. *RP 17.02.2005*

Der Kern dieses Deutungskonflikts liegt in der grundlegend verschiedenen Wahrnehmung der Problemursachen und -folgen: Betrachtet man in den Ländern Mitteleuropas die Bestimmungen von Jalta als direkte Ursache für die fast 50 Jahre kommunistischer Herrschaft (sprich „Unterwerfung“, „Abhängigkeit“, „Vasallentum“), werden diese in Russland – dem gegenwärtigen Trend zur Aufwertung der sowjetischen Vergangenheit entsprechend – überwiegend als positiv erinnert. Dies stößt

natürlich auf den Widerstand in den ehemaligen Satellitenstaaten und weckt dort immer wieder das Gespenst des „russischen Imperialismus“. In vielen Aussagen kommt „Jalta“ daher ein beinahe symbolischer Wert zu. Aufschluss über die zentrale Rolle dieses Ereignisses in der Erinnerung an die gesamte Nachkriegsgeschichte und die am meisten verbreiteten Assoziationen geben vor allem die anlässlich des 60. Jahrestags der Konferenz erschienenen Artikel:

14. 60 Jahre danach bleibt die Konferenz von Jalta in der polnischen Erinnerung ein **Synonym des Verrats, der Heuchelei und des Unrechts**. Ungeachtet aller Bündnisverpflichtungen entschied sie über **den Verlust von beinahe der Hälfte des polnischen Territoriums und erzwang eine fremde Herrschaft und eine fremde Ordnung**. Im Ergebnis entschied sie für lange Jahrzehnte über die polnische zivilisatorische, wirtschaftliche und moralische **Degradierung**. *Wprost 20.02.2005*

In den Bestimmungen der Konferenz von Jalta, die zum Symbol des Verrats wurde, wird die Ursache für alle negativen Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen (Verlust des Territoriums, fremde Herrschaft und Ordnung, allgemeine Degradierung). Diese bereits stark emotional beladene, weit verbreitete Deutung wird häufig durch eine Personalisierung der Erzählung zusätzlich verstärkt:

15. Einer der bekanntesten, aber wahrscheinlich tatsächlich der fundamentalsten Begriffe ist der Begriff – oder einfach die Parole – Jalta. Mit dieser Parole in den Ohren wuchs ich seit meiner Kindheit auf. Sie bedeutete: **So ist unser Schicksal, so ist die Welt gebildet, so ist die Grenze der realen Chancen**. Dann, als ich ein wenig älter wurde, verschärfte sich der moralische Sinn dieses Begriffs und er fing an zu bedeuten: **den gestohlenen Sieg, den Verkauf in die Unfreiheit**. So wurde das jugendliche Erstaunen, dass so etwas passieren kann, von einem **bitteren Realismusgefühl** abgelöst, **dem Misstrauen gegenüber jedem „Alliierten“ und der Überzeugung von der fundamentalen Einsamkeit des Menschen angesichts der Geschichte**. *RP 5.02.2005*

Der zitierte Ausschnitt fasst die wesentlichen Schemata in der Deutung der polnischen Nachkriegsgeschichte zusammen, die zwar schon früher die individuelle, private Interpretation der Ereignisse dominierten, aber erst nach 1989 einen offiziellen Platz in der öffentlichen Debatte einnehmen durften: „Jalta“ wird hier mit solchen

Begriffen wie „Schicksal“, „geteilte Welt“, „Grenze“, „gestohlener Sieg“, „Unfreiheit“, „Bitterkeit“, „Misstrauen“ und „Einsamkeit“ in Verbindung gebracht. Das Wort symbolisiert also die „Tragödie“ der polnischen Nachkriegsgeschichte. In der Narration sind sowohl die Ursachen des Problems (Teilung Europas, Niederlage) als auch seine Folgen (Unfreiheit, Verlassensein) zu finden. Der im Text beschriebene Prozess der Bewusstwerdung historischer Zusammenhänge gibt ein Bild der im Laufe eines historischen Bildungsprozesses (*éducation historique*) ablaufenden Desillusionierung wieder und erinnert somit auf gewisse Weise in seiner narrativen Struktur an klassische Bildungsromane.

Eine besondere Kategorie der polnischen Erinnerungsorte bilden diejenigen historischen Referenzen, die sich auf die polnisch-russisch-deutsche Vergangenheit beziehen und auf das Bild der deutsch-russischen Zusammenarbeit gegen Polen zurückgreifen. Hierzu zählen vor allem der Vertrag von Rapallo von 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und der Hitler-Stalin-Pakt (in der polnischen Geschichtsschreibung bekannt als „Ribbentrop-Molotow-Pakt“), der am 23. August 1939 unterschrieben wurde. Auf den symbolischen Wert dieser Ereignisse wird in der Regel dann zurückgegriffen, wenn es darum geht, vor den Auswirkungen der Zusammenarbeit bzw. der Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland für Polen zu warnen:

16. Das Substantiv „Partnerschaft“ passte man letzte Woche in Deutschland allen möglichen Adjektiven an. Die Ursache war ein weiterer Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Wir hörten also von **strategischer, wirtschaftlicher, langfristiger und sogar herzlicher Partnerschaft**. Keiner ist aber auf die Idee gekommen, von **Partnerschaft im historischen Kontext** zu sprechen. Schließlich tat dies Putin. Er bezog sich in Weimar auf den russisch-deutschen Vertrag von 1922, der in Rapallo verabredet wurde. In Rapallo haben das sowjetische Russland und Deutschland auf gegenseitige Entschädigungen verzichtet. Für Russland bedeutete dies das Ende der internationalen Isolation. **Die deutsch-russische Zusammenarbeit endete mit dem Ribbentrop-Molotow-Pakt.** RP 16.04.2002

Der narrative Sprung von der nächsten Gegenwart in die entfernte Vergangenheit wird dadurch möglich, dass die beiden Verträge lebhaft an die Pläne zur Aufteilung Polens erinnern. Die von ihnen symbolisierte deutsch-russische Partnerschaft stellt daher eine reale Gefahr für die Existenz des polnischen Staates dar, und auf diese

Weise wird hier auf eine direkte Verbindung zwischen der gegenwärtigen und vergangenen deutsch-russischen Zusammenarbeit hingewiesen. In der polnischen Wahrnehmung ist man in Deutschland zwar bemüht, historische Referenzen zu vermeiden, während Russland (bzw. personalisiert Präsident Putin) an diese Tradition anzuknüpfen versucht. So dient die schnelle und kurze Erwähnung des Hitler-Stalin-Pakts der Erinnerung an das Katastrophenszenario von 1939 und vergegenwärtigt eindrucksvoll, welche Bedrohung für Polen die Zusammenarbeit der beiden mächtigen Nachbarn mit sich bringen kann.

Wie eindeutig negativ die deutsch-russische Zusammenarbeit besetzt ist, wird allein daran deutlich, dass konkurrierende Narrationen kaum Eingang in die außenpolitischen Debatten finden, und wenn, dann werden sie nur durch die Einführung einer Außensicht möglich. So greift beispielsweise der Publizist Adam Krzemiński auf die amerikanische Perspektive zurück, um auf Probleme im deutsch-russischen Verhältnis hinzuweisen und das in Polen vorherrschende, sehr eindeutige Bild zu differenzieren:

17. Deutschland und Russland seien keine **Partner**, sondern **Rivalen des Jahrhunderts**, behauptet in ihrem Buch „Russia and Germany Reborn“ Angela Stent, die amerikanische Politikwissenschaftlerin des State Department. Wir sehen **Rapallo** und **die Teilung Polens nach dem Ribbentrop-Molotow-Pakt**, während die Amerikanerin **zwei deutsch-russische Kriege** und die Tatsache sieht, dass es **Russland nicht gelungen ist, in Deutschland dauerhaft ein strategisches Ziel zu erreichen**. Weder hielt Stalin die Allianz mit Hitler, noch konnte er nach dem Krieg die Eingliederung Westdeutschlands in das feindliche Lager vermeiden. Breschnew versuchte vergeblich, die DDR und die Teilung Deutschlands zu zementieren, denn die sozialdemokratische Strategie des „Wandels durch Annäherung“ weichte den sowjetischen Block auf, ermöglichte die Demontage des Kommunismus und die Wiedervereinigung Deutschlands. Auch Gorbatschow bekam – abgesehen von der (zudem verschwendeten) Finanzspritze – keine politische Gegenleistung für den Verlust der osteuropäischen Kolonien der UdSSR. Und Jelzin gegenüber verhielten sich die Deutschen – vor allem Kohl – wie ein geschickter Dressueur, der es dem verletzten Bären erlaubt, seine Wunden zu lecken, ihn aber nicht sehr ernst nimmt. *Pol 01/2005*

Die Differenzierung verläuft durch eine Sequenz von historischen Referenzen, die ein ungewöhnlich negatives Bild des deutsch-russischen Verhältnisses entstehen lässt. Da eine vertiefte Kenntnis über die hier beschriebenen Zusammenhänge sowie eine derartige Bewertung der erwähnten Ereignisse in der Öffentlichkeit allerdings kaum verbreitet sind, spielt diese im Vergleich zu den dominierenden Deutungsstrukturen differenzierte „entwarnende“ Erzählung nur eine marginale Rolle.

4.1.1.2 Stabilisierung vs. Demokratisierung in Russland

Die innenpolitische und gesellschaftliche Stabilität im gesamten postsowjetischen Raum und insbesondere in Russland gehört zu den wichtigsten Themen der außenpolitischen Diskussionen, die in Polen um das Jahr 1999 geführt wurden. In Bezug auf diese Frage wurden vor allem Schreckensszenarien entwickelt, was sich sicherlich zum großen Teil auf die wirtschaftliche und politische Krise des Jahres 1998 in Russland zurückführen lässt.

In der ersten Zeit nach der russischen Krise von 1998 dominiert im Diskurs eine Narration, die Russland mit einem Kranken vergleicht und innere Probleme wie z. B. die Oligarchie, den schwachen Staat, die weit verbreitete Korruption sowie die allgemeine Regierungs- und Wirtschaftskrise als Krankheiten darstellt:

18. An erster Stelle muss man Russland erwähnen. Die [...] **Diagnose** ist **brutal**: Die Ereignisse nach 1998 haben gezeigt, dass das Land in den nächsten Jahren **keine Chance hat, ein stabiler demokratischer Staat mit einer freien Marktwirtschaft zu werden**. Es wurde zwar öffentlich erklärt, dass in Russland Grundlagen für einen demokratischen Staat entstehen, aber die tatsächlichen Veränderungen gingen in eine völlig andere Richtung. Nach sieben Jahren Systemtransformation ist in **politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ein oligarchisches Klansystem** entstanden, was dazu führt, dass die **staatlichen Strukturen dramatisch geschwächt** wurden. Aus Politik wird **ein Kampf zwischen den Oligarchengruppen**, die auf die Verteidigung ihrer eigenen Interessen ausgerichtet sind. Hinzu kommen noch eine **unklare Eigentumsstruktur** und die **allgegenwärtige Korruption**. Die **Wirtschaftskrise** vom August 1998 hat diese Phänomene verstärkt. Infolge der **Regierungskrise** entstand im Zentrum des politischen Lebens ein **Vakuum**, das zur **Lähmung** der staatlichen Institutionen geführt hat. Aufgrund des **wirtschaftlichen Zusammenbruchs** gibt es für die kommenden Jahre kaum größere

Hoffnungen auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, nicht mal auf die Rückkehr zum Stand vom Anfang der 1990er Jahre. *RP 19.03.1999*

Auf der wörtlichen Textoberfläche sind in der oben zitierten Aussage auffallend viele medizinische Referenzen zu beobachten (z. B. „Diagnose“, „geschwächt“, „Lähmung“, „Zusammenbruch“). Ihre Anwendung in Bezug auf wirtschaftliche und politische Fragen ermöglicht es, die Dramatik der Erzählung zu erhöhen und dadurch die negative Prognose für die Weiterentwicklung des russischen Staates umso dringlicher erscheinen zu lassen.

Einer ähnlich aufgebauten Metapher, die zusätzlich zum Krankheitsbild („Krämpfe“) noch auf das alte Bild von Russland als einem „Bären“ zurückgreift, bedient sich auch eine im Jahr 2000 erschienene Einschätzung der Rolle, die der neue russische Machthaber Wladimir Putin spielen kann:

19. Nach Gorbatschow und Jelzin ist Putin die dritte Hoffnung Russlands und der Russen. Er ist auf gewisse Weise auch die Hoffnung der Welt, **die mit Furcht die Krämpfe des russischen Bären beobachtet.** *RP 8.05.2000*

Der „Bär“, der historisch für die Größe und gleichzeitig die Unberechenbarkeit Russlands steht, wird in dieser Aussage vor allem aus der externen Perspektive betrachtet. Alles, was den „Bären“ krank macht, spielt sowohl für die Russen als auch für die „Welt“ eine wichtige Rolle, da Erschütterungen innerhalb des russischen Staates eine Bedrohung für den Rest der Welt darstellen. Neben der direkten Bedrohung, die im Stabilitätsverlust zu sehen wäre, verbirgt sich hinter dem Krankheitsbild auch eine „Ansteckungsgefahr“ für die umliegende Region. Diese lässt erneut die Schreckensszenarien der Instabilität im gesamten postsowjetischen Raum lebendig erscheinen.

Zu einer Art Entwarnung in Bezug auf die Stabilitätsfrage kommt es erst im Laufe des Jahres 2000 und somit nach der Machtübernahme durch Wladimir Putin, der sowohl in Polen als auch im restlichen Europa zunächst als stabiler Partner wahrgenommen wurde und überwiegend positive Erwartungen hervorrief. Seine Einstellung zur inner-russischen Politik und zur wirtschaftlichen Entwicklung führte in der ersten Phase tatsächlich zu einer Änderung innerhalb des polnischen Russlanddiskurses: Anstelle der oben beschriebenen allgemein verbreiteten Angst vor Instabilität im Osten Europas erhielt kontinuierlich eine Auseinandersetzung mit den internen Entwicklungen in Russland Einzug in den Diskurs. Zum Ausdruck kam die Hoffnung auf eine

wirtschaftliche und innenpolitische Stabilisierung sowie sogar auf eine Annäherung Russlands an den Westen.

In Bezug auf die innenpolitische Lage in Russland wird in der von Putin angekündigten Stärkung der Staatlichkeit „ein Schlüssel zur Wiederbelebung Russlands“ (*RP 5.01.2000*) gesehen. Neben den wirtschaftlichen Reformen gehe es dem neuen Präsidenten überwiegend darum, die Funktionalität des Staates (*RP 5.01.2000*) zu erhöhen. In seinen Augen sollen aber die Demokratie und die Marktwirtschaft mit solchen für Russland traditionellen Werten wie Patriotismus, Etatismus, einem starken Staat sowie gesellschaftlicher Solidarität verbunden werden (*RP 5.01.2000*). Von außen wird dieses politische Programm vor allem als „pragmatisch“ betrachtet, wobei man – in Erinnerung an den Transformationsverlauf im eigenen Land – geneigt ist, den Westen als den wichtigsten Modernisierungsfaktor anzusehen:

20. Putin setzt vor allem auf **Pragmatismus** und die **wirtschaftliche Wiederbelebung** Russlands. Deswegen braucht er eine Annäherung an den Westen. Auf der anderen Seite muss man sich aber seiner beschränkten Möglichkeiten bewusst sein. Russland ist, wie es ist: **halb demokratisch, halb autoritär**. Vielleicht sogar **halb feudal**. Und trotz allem ist es ein Land, das sich seit 15 Jahren in Bewegung befindet, in einem **positiven Transformationsprozess**. Putin hat diesen Prozess nicht angehalten, dafür können aber seine wirtschaftlichen Reformen deutlich mehr die Struktur der russischen Gesellschaft und die Mentalität der Russen verändern als irgendeine nächste Revolution.
RP 25.05.2002

Als eine notwendige Voraussetzung für die Erholung der Wirtschaft sowie für das Gelingen politischer und wirtschaftlicher Reformen wird in der Narration die Annäherung an den Westen genannt, auch wenn diese aufgrund einer schwierigen Ausgangslage (Russland ist „halb demokratisch, halb autoritär, halb feudal“) nur begrenzt möglich sei. Die Argumentation stützt sich auf die These, dass eine langfristige positive Transformation wichtiger sei als kurzfristige Veränderungen. So lässt sich an dieser Stelle ein deutlicher Wertgegensatz „Evolution / Revolution“ identifizieren, der in weiteren Einschätzungen noch expliziter gemacht wird:

21. Man soll sich nicht beeilen. In der Zusammenarbeit mit Russland sind **evolutionäre Veränderungen besser als revolutionäre** – sagte der Stellvertreter des Außenministers, Adam Daniel Rotfeld. Gleichzeitig machte er darauf

aufmerksam, dass **die russischen Eliten** die neue prowestliche Politik des Präsidenten Wladimir Putin für **verfrüht** halten. *RP 7.12.2002*

Die beiden oben angeführten Aussagen machen deutlich, dass die Angst vor einer Revolution in Russland den entscheidenden Rahmen für die Beurteilung seiner inneren Entwicklungen bildet. Es lässt sich daher eine klare Präferenz für kontinuierliche Veränderungen (Evolution, positiver Transformationsprozess, Reformen) beobachten, auch wenn diese sicherlich mehr Zeit in Anspruch nehmen. In einer derartigen Verankerung der Bewertung wird das Kontrastbild „Evolution / Revolution“ genutzt, das es ermöglicht, an die allgemein verbreitete Ablehnung der Revolution als eines Modus der gesellschaftlichen und politischen Veränderung zu appellieren und dadurch den Putinschen Pragmatismus zu legitimieren.

Trotz der starken symbolischen Untermauerung und einer klaren Befürwortung langsamer Veränderungen besteht im Ausland allerdings ein Vorbehalt gegenüber der prowestlichen Orientierung Wladimir Putins. Diese Haltung ergibt sich aus der Unsicherheit darüber, wie die von Putin angestoßene Politik in Russland wahrgenommen wird und ob sie sich durchsetzen kann. Es wird vermutet, dass die Konsolidierung des Staates – interpretiert als der so genannte „prowestliche“ Prozess – von den russischen Eliten gebremst wird, die der fortschreitenden Transformation eher skeptisch gegenüber stehen. So bestimmt neben der Angst vor der Revolution vor allem die Überzeugung, dass die Oligarchie um jeden Preis den Status quo erhalten will, die innenpolitischen Prognosen und lässt diese überwiegend pessimistisch ausfallen.

Neben der Innenpolitik und der Wirtschaft gehört auch die außenpolitische Orientierung Russlands zu den im Kontext der Stabilisierungs- und Demokratisierungsdebatte diskutierten Faktoren. Dem Prozess der Europäisierung wird in diesem Rahmen eine zentrale Bedeutung zugemessen, wobei seine Auswirkung auf die Entwicklungen in Russland unterschiedlich bewertet wird. Einerseits wird der „Weg nach Europa“ als die einzige Möglichkeit der Demokratisierung Russlands und der Stabilisierung in der Region gesehen. In dieser Narration kommt Europa die Rolle eines Garanten demokratischer Werte, von Sicherheit und Souveränität zu; der „gute Weg“ dorthin soll über die Respektierung dieser Werte führen:

22. Wenn man die geopolitische Wirklichkeit Russlands berücksichtigt, bleibt dem Land **als einziger Weg der Weg nach Europa**. Und der einzige gute Weg nach Europa führt durch einen **demokratischen Nationalstaat, der sich**

Europa zuwendet und die Sicherheit sowie die Unabhängigkeit seiner Nachbarn respektiert. RP 10.03.1999

Andererseits werden aber häufig die Europäisierung und die Stabilisierung als alternative Szenarien gegenüber gestellt, da die Stabilisierung und Stärkung des russischen Staates kaum auf die Europäisierung des Landes (sprich vor allem auf die Demokratisierung) hoffen lässt:

23. Die Zukunft Russlands kann als eine **einfache Alternative** verstanden werden: **Europäisierung oder Stabilisierung**. Jetzt beobachten wir die Stabilisierung des Putin-Russlands, das stärker wird. Es bewegt sich aber nicht in Richtung einer Demokratie europäischer Art, die auf Zivilgesellschaft, Unabhängigkeit der Medien und der Beachtung der Menschenrechte basiert, sondern in die entgegengesetzte Richtung. Hoffnungen auf die Europäisierung Russlands, die der Großteil der russischen Demokraten noch vor acht, sieben oder auch vor fünf Jahren geweckt hat, erwiesen sich als illusorisch. *RP 26.10.2001*

Für die Erklärung, warum die Europäisierung Russlands beinahe unmöglich erscheint, wird auf einfache Denkschemata und stereotype Darstellungen dieses Landes zurückgegriffen: seine Größe, die Zugehörigkeit zu Asien, die Atomwaffen und die imperialen Traditionen. Diese überwiegend negativ wahrgenommenen Eigenschaften lassen sich ebenfalls in das zuvor angesprochene Deutungsschema der „russischen Krankheiten“ („neuralgisch“) einordnen. Sie sollen die Integration Russlands in die Europäische Union unmöglich machen:

24. In diesem Kreis ist Russland ein **neuralgisches** Land. Abgesehen von der Frage der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ist Russland einfach **zu groß, zu asiatisch, zu nuklear und zu „großmächtig“**, um in den Rahmen der Europäischen Union hineinzupassen. *RP 21.12.2002*

Das Verhältnis Russlands zur gesamten westlichen Welt wird durchaus als problematisch und ambivalent betrachtet. Für den schlechten Zustand der Beziehungen wird vor allem die russische Seite verantwortlich gemacht, der es nicht gelungen sei, die Gestaltung der Außenpolitik vor den Auswirkungen innenpolitischer Auseinandersetzungen zu schützen. Im Ergebnis habe sich in Russland die Überzeugung etabliert, außenpolitischer Erfolg bestehe vor allem darin, seine Interessen gegen den Westen durchzusetzen und nicht mit ihm zusammenzuarbeiten:

25. Die russische **Außenpolitik** wurde in den vergangenen Jahren immer mehr zur **Geisel der innenpolitischen Situation**. [...] Das Problem lag darin, dass man – aufgrund staatlicher Rhetorik [...] – **Erfolg nur gegen den Westen und nicht mit ihm erreichen konnte**. *RP 30.03.1999*

Die zitierte Aussage und die ihr zugrunde liegende Argumentation konstruieren also eine Erklärung für die entgegengesetzten außenpolitischen Interessen Russlands und des Westens.

Gleichzeitig kommt es aber zu einer Veränderung des Stellenwerts, den Russland aus Sicht der westlichen Politik besitzt. Angesichts der Zunahme anderer internationaler Konflikte und globaler Bedrohungen nimmt in der westlichen Wahrnehmung die Bedeutung Russlands für die globale Sicherheit ab:

26. Der Westen nimmt immer weniger Rücksicht auf das **bankrotte Russland**. **Es wird nicht mehr als eine Bedrohung für die Stabilität der Welt wahrgenommen** – vor allem nicht als eine so große, als dass man das Land um jeden Preis subventionieren müsste. *RP 19.03.1999*

Die Aussage macht den Prozess der Normalisierung in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sichtbar. Die Stabilität der Welt scheint nicht mehr in direkter Gefahr zu sein, was zu einer Erosion in der Wahrnehmung der russischen Bedrohung führt. Auf diese Weise verliert das Verhältnis zu Russland allmählich seine absolute Sicherheitsrelevanz, die einen besonderen Umgang (hier eine starke finanzielle Unterstützung) rechtfertigen würde. Dementsprechend treten in der Narration eindeutig Anzeichen für *desecuritization* in Erscheinung, die sich mit dem Verlust des Sonderstatus Russlands in der Politik seiner westlichen Partner gleichsetzen lässt.

4.1.1.3 Energiepolitik

Der dritte Themenkomplex, der seit dem Ende der 1990er Jahre einen immer bedeutsameren Platz in den Sicherheitsdiskussionen einnimmt und innerhalb dessen Russland mit einer Bedrohung assoziiert wird, betrifft Fragen der Energiepolitik. In diesem Zusammenhang wird Russland häufig vorgeworfen, es nutze seinen Energie-reichtum als Mittel des außenpolitischen Handelns, um Einflüsse innerhalb seines so genannten „nahen Auslands“ zu bewahren bzw. zurückzugewinnen (*Pol 28/2006*). Der Handel mit Energieträgern wird sogar als eine „energetische Erpressung

gegenüber den Nachbarn“ (*RP 05.05.2006; RP 08.05.2006*) bezeichnet, da Russland ihn als „ein Instrument zur Realisierung strategischer Ziele“ (*RP 02.01.2006*) einsetze. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es in den polnischen Diskussionen um Fragen der Energieversorgung (vor allem mit Erdöl und Erdgas) zu einer engen Verbindung der Themen Energiesicherheit und Beziehungen zu Russland kommt.

Den Ausgangspunkt der Problemnarration bildet die Feststellung, dass sich Polen, das über 60% seines Erdgas- und über 90% seines Erdölverbrauchs aus Russland bezieht, in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber seinem östlichen Nachbarn befindet. Wie fragil und durch politische Einflüsse gefährdet die Energieversorgung ist, wurde in den letzten Jahren anhand der Konflikte zwischen Russland und den Transitländern (Ukraine und Belarus) deutlich. Die aus diesen Krisensituationen gezogenen Schlussfolgerungen gehen so weit, dass in den Analysen der polnischen Energieversorgung häufig von einer Bedrohung der „energetischen Souveränität“ (*RP 31.12.2004*) des Staates ausgegangen wird. Diese wird umso stärker wahrgenommen, als die wenigen alternativen Quellen für Gaslieferungen in den ehemaligen sowjetischen Republiken liegen und entweder von Gasprom kontrolliert werden oder von der Beförderung durch russische Pipelines abhängig sind:

27. Auch wenn wir formell das Erdgas nicht von den Russen kaufen, ist es in der Praxis nicht ganz offensichtlich. Zudem muss der Rohstoff über russische Pipelines nach Polen geschickt werden, was **unsere Bedenken und das Abhängigkeitsgefühl** verstärkt. *Pol 36/2006*

Dass diese Abhängigkeit eine ernsthafte Bedrohung darstellt, wird mit Hilfe eines Vergleichs deutlich gemacht, der die internationale Funktion von Energieträgern mit der Rolle der Roten Armee zu Sowjetzeiten gleichsetzt:

28. [...] die russischen Politiker haben gezeigt, dass für sie **das Erdgas und das Erdöl** das gleiche sind wie früher die **Rote Armee** für die UdSSR: **ein Mittel politischer Expansion und Erpressung**. *TP 09.01.2006*

Dank ihrer strategischen Funktion werden Erdgas und Erdöl als entscheidende Druckmittel wahrgenommen, mit denen Russland seine außenpolitischen Ziele zu erreichen versucht. Dem Handel mit Energieträgern kommt daher eine fast ebenso große Bedeutung zu wie militärischen Fragen, die in der Bewertung der Situation durch Bezeichnungen wie „Gas-Krieg“ (*RP 2.01.2006*) mit der Ukraine oder

„Terrorakt“ (*RP 14.12.2004*) im Falle des russisch-belarussischen Konflikts vom Winter 2004 suggeriert wird.

Die russische Strategie, den Handel mit seinen Energieressourcen für die Verbesserung der außenpolitischen Verhandlungsposition zu nutzen, wird in der betroffenen Region, d. h. bei seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarn, als eine reale Gefahr für die staatliche Souveränität wahrgenommen. Diese erscheint umso größer, als Westeuropa mit eigenen Problemen beschäftigt bleibt und sich gegenüber der russischen Einflussnahme in der Region überwiegend gleichgültig zeigt:

29. Wladimir Putin wurde und wird in Westeuropa noch immer beinahe als ein Mann der Vorsehung angesehen, der in Russland und auf dem gesamten Gebiet des sog. nahen Auslands, d. h. in der russischen Einflusszone, **die Ruhe** garantieren sollte. Die Europäische Union, die mit der Erweiterung, dem Balkan und später mit dem internationalen Terrorismus beschäftigt war, wollte keine neuen Konflikte; sie hatte vor, die Aufgabe der Einigung Europas **in Ruhe** zu Ende zu führen. Es ist einer der Pfeiler **der ungeschriebenen Verständigung Europas mit Russland**, de facto eines zweiten **Jalta**, das die Grenzen europäischer Einflüsse am Bug festlegt. Der andere Pfeiler stützt sich auf russisches Erdöl und Erdgas. *RP 30.11.2004*

Das europäische Streben nach Stabilität („die Ruhe“) sowie eine vermeintliche stillschweigende Vereinbarung zwischen dem Westen und Russland wecken das Gespenst einer erneuten Teilung des Kontinents, für die der am Anfang des Kapitels erläuterte Erinnerungsort „Jalta“ steht. Durch das Zurückgreifen auf diese außerordentlich starke symbolische Konstruktion wird in der Narration zur Energiesicherheit eine Dimension erreicht, die es ermöglicht, die Bedeutung von Fragen der überwiegend wirtschaftlichen Sicherheit so zu verstärken, dass sie zum Bestandteil der als absolut vorrangig angesehenen Befreiung aus der russischen Einflusszone und der Bewahrung der eigenen Souveränität werden.

Auf ähnliche Art und Weise wird die Diskussion um die Ostseepipeline strukturiert. Um den starken politischen Widerstand gegenüber diesem deutsch-russischen Projekt zu legitimieren, wird hier ebenfalls auf eine historische Symbolik zurückgegriffen: Vergleich der polnische Verteidigungsminister das Vorhaben mit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939, so fühlen sich andere Kommentatoren eher an den Vertrag von Rapallo von 1922 erinnert:

30. [...] es ist eine neue Variante von **Rapallo**, diesmal aber **ökonomisch**.
TP 08.05.2005

Selten sind jedoch in der öffentlichen Diskussion Erklärungsversuche anzutreffen, in denen die aktuelle Interessenlage der an dem Projekt beteiligten Parteien analysiert wird. Interessanterweise liegt der Argumentation in solchen Fällen ebenfalls das Abhängigkeitsverhältnis zugrunde, diesmal aber die Abhängigkeit Russlands von den Rahmenbedingungen in den Transitländern:

31. Moskau ist in letzter Zeit bestrebt, seine **Abhängigkeit von den Transitstaaten zu verringern** – diesem Ziel soll das Projekt der Ostseepipeline dienen – und versucht gleichzeitig, seinen **Einfluss** auf den Energie- und den Infrastruktursektor dieser Länder **zu erhalten** oder sogar die **Kontrolle zu übernehmen**. Dadurch wird ersichtlich, dass die Situation in den Transitländern sowie ihre Beziehungen zu Russland für Lieferungen des russischen Rohstoffes in die EU nicht unwesentlich sind. *TP 09.01.2006*

Erneut ist in diesem Zusammenhang also von „Einfluss“ oder „Kontrolle“ die Rede, ohne dass sich dies auf das einseitige Verständnis der Abhängigkeit auswirken würde. Dies bestätigt noch einmal, dass sich die in den öffentlichen Debatten gängige Interpretation der internationalen Beziehungen auf ein sehr traditionelles Verständnis der Beziehungen zwischen den Staaten stützt und kaum noch Raum für den Begriff der „Interdependenz“ lässt. In diesem Kontext wird der geplante Bau der Ostseepipeline – von der deutschen Seite als ein ausschließlich wirtschaftliches Projekt dargestellt – in Polen vorwiegend politisch interpretiert und sogar als ein „unfreundlicher Akt“ betrachtet:

32. Die Unterzeichnung des Vertrages über den Bau der Nordpipeline, mit der russisches Gas durch die Ostsee nach Deutschland fließen soll, wurde in unserem Land als **ein unfreundlicher politischer Akt** wahrgenommen. Deswegen werfen wir den Deutschen vor, **unsere Interessen zu missachten**, und der Europäischen Union, diesen **Egoismus zu tolerieren**. Natürlich werfen wir den Russen vor, sich – anstatt die zweite Leitung der Jamal-Pipeline zu bauen – für den weitaus kostspieligeren Überseeweg entschieden zu haben, der unser Land meidet. Wir vermuten, dass es sich um **eine Strafe für die Unterstützung der ukrainischen orangen Revolution** handelt [...]. Wir

haben so viele gerechte Leiden, dass sie anfangen, sich gegenseitig auszu-schließen. *Pol 37/2006*

Auch wenn zum Schluss der oben zitierten Einschätzung eine ironische Einstellung des Autors gegenüber der geltenden Argumentation deutlich wird, fasst dieser Text die weit verbreiteten Argumente der „Ostseepipeline-Erzählung“ sehr gut zusammen: Deutschland verhalte sich demnach „egoistisch“ und „missachte polnische Interessen“; Europa sehe dem gleichgültig zu und Russland wolle Polen für die orange Revolution in der Ukraine bestrafen.

Das Argument der „Strafe für die Ukraine“, d. h. im Allgemeinen für die Unterstützung ehemaliger Sowjetrepubliken auf dem Weg zur Konsolidierung ihrer Unabhängigkeit gegenüber Moskau, spielt darüber hinaus eine zentrale Rolle in der polnischen Narration über Russland und wird als eine der wichtigsten Streitfragen der bilateralen Beziehungen angesehen:

33. [...] **die Spannungen** in den polnisch-russischen **Wirtschaftsbeziehungen** resultieren selbstverständlich aus der **polnischen Außenpolitik**, die das Unabhängigkeitsstreben der Ukrainer, Belarussen und Georgier unterstützt. Russland gefällt das nicht. – Russland ist dabei, die internationale **Wirtschaftspolitik** und seine Beziehungen zu den Nachbarn neu zu definieren – erklärt Zygmunt Berdychowski. Er will den aktuellen Zustand der Beziehungen nicht **wirtschaftlichen Krieg** nennen, gibt aber zu, dass die Dinge schlecht laufen. **Seiner Ansicht nach sollten wir Unterstützung bei der EU suchen.**
Pol 36/2006

Die Ursachen des Konflikts sind in der aktiven polnischen Ostpolitik zu suchen, die wiederholt Spannungen in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern provoziert. Auch wenn in der oben zitierten Aussage die Bezeichnung „wirtschaftlicher Krieg“ mit einem großen Vorbehalt versehen ist, erfüllt sie trotzdem eine verstärkende Funktion und bringt erneut das Bedrohungsgefühl ins Spiel. Bezeichnend ist jedoch, dass zum Schluss des Zitats eine klare Forderung nach „Europäisierung“ des polnisch-russischen Verhältnisses zum Ausdruck kommt, die als ein Signal zur *desecuritization* der bilateralen Beziehungen verstanden werden kann.

Neben der Forderung nach Europäisierung, die im Folgenden genauer analysiert wird, lässt sich im Rahmen der öffentlichen Debatten zum Thema „Energie“ ein recht verbreiteter Experten-Diskurs ausmachen, in dem Vorschläge gemacht werden, wie

die Gefahr der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen begrenzt werden kann. Am häufigsten handelt es sich hier um Diskussionen über alternative Versorgungsquellen. Dabei wird die Diversifizierung zur wichtigsten Voraussetzung für die Energiesicherheit des Landes erklärt:

34. Worauf soll sich also die **Energiesicherheit** Polens stützen? Vor allem auf die **Diversifizierung von Energieträgern und Lieferquellen**. *RP 10.04.2004*

Eine sehr breite Verwendung technischer Fachsprache sowie die Wahl des fremdstämmigen Begriffs *dywersyfikacja* (anstelle des slawischstämmigen *zróźnicowanie*) schaffen den Eindruck fachlicher Autorität und sollen zu einer gewissen Objektivierung der Lösungsvorschläge beitragen.

Zu den seit den 1990er Jahren meist diskutierten Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung gehören vor allem Projekte, die es ermöglichen würden, neue Transportwege für Energieträger zu erschließen. Darunter finden sich z. B. der Bau einer Gaspipeline für Importe aus Norwegen, die Verlängerung der Pipeline, mit der Erdöl aus der Region des Kaspischen Meers über die Ukraine transportiert wird, sowie der Bau eines staatlich kontrollierten Ölhafens „Naftoport“ an der Ostsee. Aufgrund der zu erwartenden Realisierungsschwierigkeiten hat man es jedoch bei keinem dieser Vorhaben geschafft, über die allgemeine Diskussions- und Planungsphase hinauszukommen. Im Falle der Gaspipeline aus Norwegen stellte sich ziemlich schnell heraus, dass einerseits der Bau sehr kostspielig und andererseits das aus Norwegen importierte Gas mehrfach teurer ausfallen würde als das russische (*RP 20.02.2004*). Die Frage nach dem Ausbau der Pipeline über die Ukraine bleibt ebenfalls immer noch unentschieden, da tatsächlich benötigte Liefermengen und notwendige Investitionskosten in einem ungünstigen Verhältnis zueinander stehen (*RP 31.12.2004*). Im Falle des Ölhafens stellte sich dagegen heraus, dass die Ostsee für Öltransporte mit Supertankern zu flach ist und der Einsatz kleinerer Schiffe zu erhöhten Kosten und einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit des Hafens führen würde (*RP 31.12.2004*).

Wie anhand dieser Beispiele deutlich wird, scheint die politische Forderung nach der Diversifizierung von Energiequellen vor allem aufgrund der gegebenen wirtschaftlichen Voraussetzungen aktuell kaum umsetzbar zu sein. Auf der nationalen Ebene beschränken sich die Antworten auf das stark empfundene Problem der Energiesicherheit auf den Appell „Lasst uns eine Arche vor der Flut bauen“ (*RP 10.04.2004*),

der allerdings gegenwärtig keine wirtschaftlich und technisch sinnvolle Umsetzung findet. Gleichzeitig lassen sich in der öffentlichen Debatte starke Kontroversen in Bezug auf die Einschätzung des künftigen Energiebedarfs der gesamten Volkswirtschaft beobachten, da sich die einzelnen Prognosen sehr stark voneinander unterscheiden. Innovative, erneuerbare Energiequellen spielen dagegen eine marginale Rolle und kommen in der Diskussion praktisch nicht vor.

Angesichts erheblicher Schwierigkeiten, eine innenpolitisch und wirtschaftlich vertretbare Lösung zur Verbesserung der Energiesicherheit zu finden, kam es um das Jahr 2004 zu einer Verlagerung des Diskussionsschwerpunkts auf die europäische Ebene. In dieser Strategie lässt sich der Versuch erkennen, die Dringlichkeit des nationalen Problems der Energiesicherheit zu minimieren, was sich im Kontext der Theorie als ein *desecuritization*-Versuch einordnen lässt. Der Beitritt zur Europäischen Union wird somit als ein Wendepunkt betrachtet, an dem sich die Verhandlungsposition Polens gegenüber Russland wesentlich verbessert hat:

35. Unser Beitritt zur Europäischen Union stellt **eine wesentliche Hilfe** zur Sicherung der Energiesicherheit Polens dar. Jetzt sind wir Teil eines großen einheitlichen Marktes, des größten Abnehmers von Erdöl und Erdgas aus Russland, das mit einem solchen Partner rechnen muss. *RP 11.09.2004*

Die positive Auswirkung des EU-Beitritts auf die Frage der Energiesicherheit wird hier mit dem Argument der Größe untermauert: Die Europäische Integration mache aus Polen einen Teil des europäischen Binnenmarktes, dessen Größe und Bedeutung als Abnehmer es erlaubt, Russland Bedingungen zu stellen. Diese Narration stellt insofern eine *desecuritization* dar, als sie die Relevanz der „russischen Bedrohung“ durch die Verschiebung auf die europäische Ebene relativiert. Dem „großen Russland“ steht somit ein „großes Europa“ gegenüber, das als Handelspartner viel mehr als das „kleine Polen“ ins Gewicht fällt.

Ein weiteres Argument, das zur Verringerung des polnischen Abhängigkeitsgefühls gegenüber seinem Nachbarn führt, beruht auf der Interdependenz zwischen der EU und Russland, die in der Wahrnehmung des bilateralen polnisch-russischen Verhältnisses nicht vorhanden war:

36. Zwischen der EU und Russland sollte **eine strategische Partnerschaft** existieren, die man folgendermaßen zusammenfassen kann: **Wir brauchen die russische Energie, Russland braucht unser Geld.** *RP 31.05.2006*

Die geforderte „strategische Partnerschaft“ zwischen der EU und Russland soll auf dem Prinzip „Energie“ gegen „Geld“ basieren und setzt voraus, dass beide Seiten gleichermaßen auf diese Ressourcen angewiesen sind und ihnen eine vergleichbare Bedeutung zumessen. Auf diese Weise besteht kaum Risiko, dass Russland seinen Partner mittels der Energielieferungen erpressen würde. Für eine derartige Deutung der europäisch-russischen „strategischen Partnerschaft“ bildet die deutsch-russische Zusammenarbeit eine wichtige Referenz. Vergleicht man, wie die beiden Kooperationen begründet und erklärt werden, so lässt sich in den der Narration zugrunde liegenden Argumentationsstrukturen eine Parallele erkennen:

37. Seiner Meinung nach [von Roland Götz, Stiftung Wissenschaft und Politik] sei Deutschland in Energiefragen nicht auf die Zusammenarbeit mit Russland angewiesen, obwohl aus Russland ein Drittel der Erdöl- und zwei Fünftel der Erdgaslieferungen kommen. Laut Götz sei **eher Russland am Verkauf seiner Rohstoffe nach Deutschland und Europa interessiert**, weil es keinen besseren Vertriebsmarkt hat. **Politische Zugeständnisse** gegenüber diesem Land seien daher **nicht notwendig**, da Moskau **auf dem Gebiet der Energie praktisch keine Möglichkeit der Erpressung** hat. *RP 20.12.2004*

Sowohl im deutschen als auch im europäischen Fall wird die Bedeutung der Märkte für Russland betont. Sie verleiht den europäischen Partnern Russlands eine stabile Verhandlungsposition und lässt eine Erpressung mittels der Energie sehr unwahrscheinlich erscheinen. Die Betonung der Ansicht, dass Russland auf den europäischen Markt angewiesen sei, hat zum Ziel, ein Gegengewicht zu der stark empfundenen Abhängigkeit Polens von Russland in Energiefragen zu schaffen, das dieses Gefühl reduzieren kann. Ohne dass das nationale Problem der Energiesicherheit in Wirklichkeit gelöst wird, nimmt der Druck, besondere Maßnahmen ergreifen zu müssen, deutlich ab. Dabei bleibt interessanterweise die russische Bedrohung im Diskurs immer noch sehr präsent. Auch wenn das beobachtete *deseuritization*-Schema auf die Initiativen, innerhalb der EU eine gemeinsame Energiepolitik zu definieren, zurückzuführen ist, gilt es ausschließlich für den nationalen Rahmen und führt zu einer Verlagerung des Problems und somit auch der *securitization*-Versuche auf die europäische Ebene.

4.1.1.4 Zwischenfazit

Die Analyse der Narrationen über Russland seit dem Ende der 1990er Jahre zeigt, wie tief die grundlegenden Wahrnehmungsmuster des „konstitutiven Anderen“⁶⁷ in Polen verankert sind. Der Stellenwert, der diesem Nachbarn im politischen Diskurs beigemessen wird, sowie die Anzahl an bilateral relevanten Themen machen deutlich, dass es im Vergleich zur Periode 1989-1999 im Untersuchungszeitraum zu einer bezeichnenden Erweiterung der in den Debatten vertretenen Perspektiven kommt. Auf der einen Seite drängt über die Jahre eine Vielzahl von Problemen in die Öffentlichkeit durch, die für die Sicherheit des polnischen Staates von entscheidender Bedeutung sind; auf der anderen Seite werden diese bi- bzw. multilateralen Konflikte und die als negativ angesehenen Entwicklungen der russischen Innenpolitik zunehmend zum Gegenstand politischer Diskussionen.

Was die diskursiven Ressourcen angeht, die den politischen Akteuren in diesem Bereich der Außenpolitik zur Verfügung stehen, konnte in der empirischen Untersuchung vor allem eine Vielschichtigkeit der Argumentationsstrukturen festgestellt werden (vgl. Abbildung 6). So bilden erstens die historischen Sinnkonstruktionen eine wichtige Grundlage für die Deutung der gegenwärtigen Beziehungen. Diese lassen sich im Untersuchungszeitraum umso häufiger beobachten, als es sich um Jahre handelt, in denen mehrere für das bilaterale Verhältnis bedeutende Jahrestage begangen wurden⁶⁸. Die zweite Gruppe von diskursiven Strukturen umfasst Muster für die Deutung innerrussischer Entwicklungen, während in der dritten und gleichzeitig auch der aktuellsten Schicht anhand der energiepolitischen Auseinandersetzungen der Sinn der Konzepte „Abhängigkeit“ und „Interdependenz“ festgelegt wird.

⁶⁷ Vgl. hierzu auch Kapitel 3.3.6.1.

⁶⁸ Z. B. 1999: 60 Jahre des Beginns des 2. Weltkriegs und des Einmarsches der sowjetischen Armee am 17.09.1939; 2000: 60. Jahrestag des Massakers von Katyń; 2005: 60 Jahre der Konferenz von Jalta und des Kriegsendes.

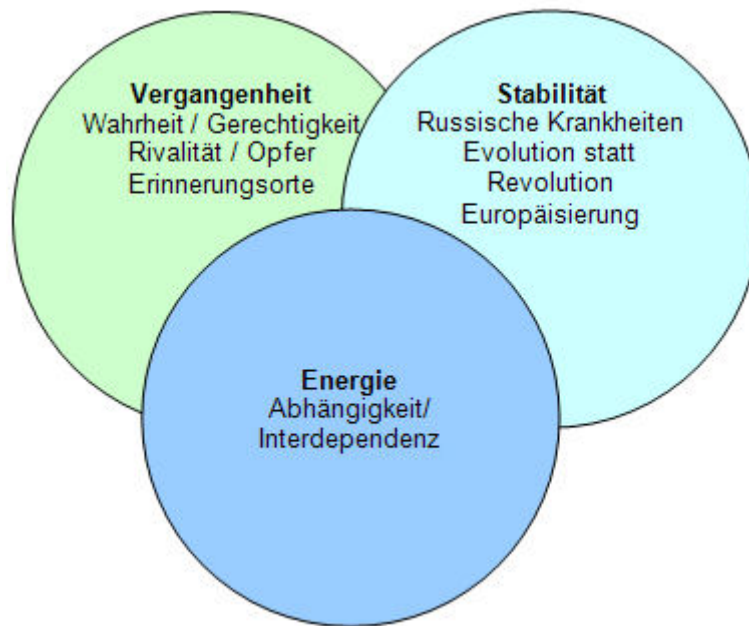


Abbildung 6: Konstruktion der Bedrohung: Russland (Quelle: eigene Darstellung)

Die Analyse der einzelnen Teilnarrationen zu den Themen Vergangenheit, Stabilität und Energie hat gezeigt, dass wir es mit einer bemerkenswerten Ambivalenz zwischen der Versicherheitlichung und der Politisierung der polnisch-russischen Beziehungen zu tun haben, die sich auf die vorhandenen Politikoptionen übertragen lässt (vgl. Abbildung 7). So bildet die aktive Ostpolitik, die sich vor allem in der entschiedenen Unterstützung der europäischen Ambitionen der Ukraine widerspiegelt, die Antwort auf die Gefahr der Wiederbelebung imperialer Tendenzen in Russland (*securitization*). Dagegen ermöglicht es die Einschaltung der europäischen Ebene in die Diskussion über die Fragen der Energiesicherheit, die wahrgenommene Bedrohung zu reduzieren (*desecuritization*). Die Frage der Stabilität bzw. Demokratie in Russland sowie die Einforderung europäischer Werte etabliert sich zwar in der öffentlichen Diskussion, wird allerdings, im Gegensatz zur starken Wahrnehmung der Bedrohung durch Instabilität des postsowjetischen Raumes nach 1989, in keinen direkten Zusammenhang mit der Sicherheit gestellt.

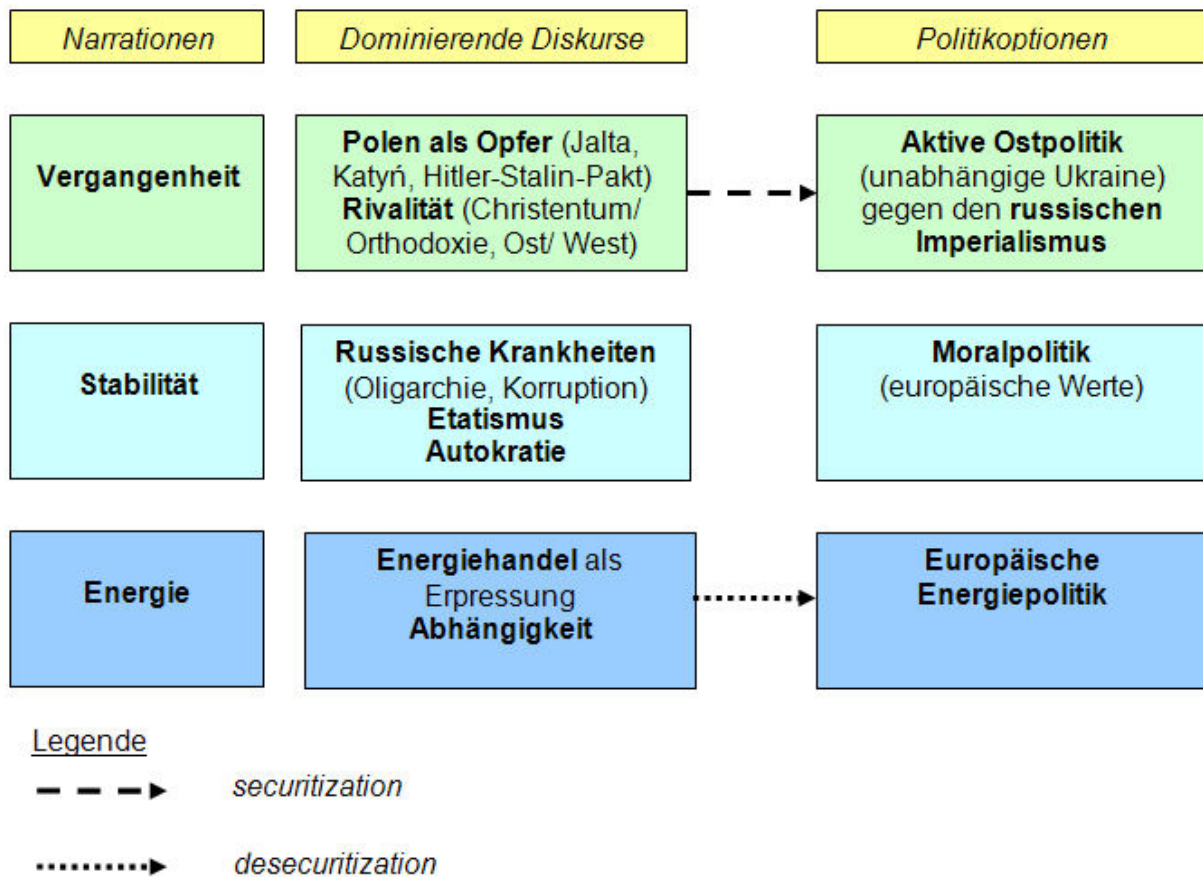


Abbildung 7: Von Russland-Narrationen zu Politikoptionen (Quelle: eigene Darstellung)

Fasst man die Ergebnisse dieses Teils der Untersuchung zusammen, so lässt sich festhalten, dass sich seit dem Jahr 1999 in der polnischen Russlandpolitik ein kontinuierlicher Übergang von einer sehr stark sicherheitsorientierten Ausrichtung zu einer mehr „politisierten“ Außenpolitik abzeichnet. Auch wenn aufgrund der Intensivierung der öffentlichen Diskussionen zu diesem Thema der Eindruck entsteht, dass die Konflikte und Unstimmigkeiten zwischen den beiden Ländern zugenommen haben, kann dies auch – was auf den ersten Blick paradox erscheinen mag – als ein Anzeichen für die Normalisierung der Beziehungen Polens zu seinem großen Nachbarn im Osten angesehen werden. Neben der Veränderung der allgemeinen Rahmenbedingungen der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik seit der Integration in die transatlantischen Strukturen beginnt hier auch die Multilateralisierung bzw. die Europäisierung des bilateralen Verhältnisses eine wesentliche Rolle zu spielen.

4.1.2 Transatlantische Beziehungen oder europäische Integration?

Der zweite Themenbereich, in dem die Konstruktion der politischen Sicherheit eine zentrale Rolle spielt, sind die Diskussionen über die Integration Polens in die transatlantischen und die europäischen Strukturen. Im Gegensatz zu den Beziehungen zu Russland, die während des Untersuchungszeitraums im außenpolitischen Diskurs praktisch durchgehend ein dominantes Thema darstellen, beginnt eine intensive Auseinandersetzung mit der Rolle der NATO und der EU im Sicherheitsbereich erst im Vorfeld der Irak-Krise, die die Frage nach dem Verhältnis zwischen Europa und Amerika sowie nach der Positionierung Polens im internationalen Umfeld neu aufgeworfen hat.

Da sich im Rahmen dieser Debatte zwei unterschiedliche Dimensionen unterscheiden lassen, wird ihre Analyse in zwei Schritten erfolgen: Zunächst bilden die Hintergrunddiskussionen über die neue Weltordnung sowie die internationale Rolle Europas, Amerikas und Polens, die in den Jahren zwischen dem NATO-Beitritt Polens und der Irak-Krise geführt wurden, den Gegenstand der Untersuchung (4.1.2.1). Anschließend liegt der Fokus auf der Diskussion über das Engagement Polens im Irak, die intensiv und gleichzeitig kontrovers geführt wurde und somit einen besonderen Stellenwert in den außenpolitischen Auseinandersetzungen eingenommen hat (4.1.2.2). Insgesamt geht es bei der Analyse der Narrationen in diesen beiden Bereichen um die Frage, welche Institutionen und Partnerschaften eine stabile und effiziente Grundlage für die Gewährleistung der äußeren Sicherheit des polnischen Staates darstellen. Ihre Beantwortung setzt in der Regel eine bestimmte Wahrnehmung wesentlicher Bedrohungen voraus und baut auf konkreten Vorstellungen über die Rolle einzelner Akteure in den internationalen Beziehungen sowie über ihr gegenseitiges Verhältnis auf.

4.1.2.1 Europa, Amerika und die internationale Weltordnung

Die Diskussion über die internationale Rolle Europas und Amerikas wird seit 1999 angesichts der sich verändernden internationalen Umwelt verstärkt geführt und ist überwiegend von Überlegungen allgemeiner Art geprägt. Schwerpunkte der Debatte bilden Reflexionen über den Sinn und das Wesen der europäischen Integration und über das Verhältnis zwischen Europa und Amerika. Diese beiden Themen formen einen umfassenden Hintergrund für die öffentliche Beschäftigung mit der polnischen

außenpolitischen Orientierung: Sie sprechen zwei für die polnische Außenpolitik entscheidende Dimensionen an und bestimmen dadurch gleichzeitig die grundlegende Deutung der auswärtigen Beziehungen. Da es sich hier um wesentliche Aspekte der aktuellen internationalen Politik handelt, setzt sich die Auseinandersetzung mit diesen Fragen aus Narrationen zusammen, die die öffentliche Wahrnehmung der internationalen Beziehungen in Polen ausschlaggebend beeinflussen und dabei eine strukturierende Funktion in Bezug auf den außenpolitischen Diskurs erfüllen.

In der polnischen Narration über die europäische Integration lassen sich in der Zeit um die Jahrtausendwende drei Hauptthemen identifizieren: die allgemeine Wahrnehmung der Einigung Europas, ihre historischen Wurzeln sowie der Sinn und die Folgen der politischen Integration. Auf diese Referenzen wird am häufigsten bei der Auseinandersetzung mit Fragen der europäischen Einigung zurückgegriffen; sie bestimmen ebenfalls die gängigen Muster für die Deutung dieses Prozesses und seines Stellenwerts innerhalb der polnischen Außenpolitik.

Was die allgemeine Wahrnehmung der Einigung Europas in Polen anbelangt, wird die europäische Integration hauptsächlich als ein „zivilisatorisches“ Vorhaben begriffen:

38. Das Projekt der europäischen Einigung hat einen **zivilisatorischen Charakter**. Es ist in der Folge des 2. Weltkriegs entstanden bzw. in der Folge eines **großen europäischen Bürgerkriegs**, der sich in den Jahren 1918-1945 auf unserem Kontinent ausbreitete und seine kalte Phase in den Jahren 1918-1939 durchmachte, als es zwar keine **Kämpfe** gab, aber auf dem von **Grenzen** geteilten Kontinent die **Aggression** wuchs, die zu einer neuen Explosion führte. Mit anderen Worten: Europa hat im 20. Jahrhundert versucht, **Selbstmord** zu begehen und es hat wenig dazu gefehlt, dass diese Absicht realisiert worden wäre. *RP 10.06.2002*

Unter dem Begriff „Zivilisation“ (*cywilizacja*) wird in der Umgangssprache ein bestimmter Entwicklungsgrad einer Gesellschaft mit materieller Kultur, Beherrschung der Umwelt und gesellschaftlichen Institutionen verstanden. Die europäische Integration als ein „zivilisatorisches Projekt“ zu bezeichnen, führt daher zu positiven Assoziationen. Dieser Effekt wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass der Einigungsprozess in den Diskussionen überwiegend mit positiv besetzten und in die Zukunft gerichteten Begriffen wie beispielsweise dem „zivilisatorischen Fortschritt“ (*postęp cywilizacyjny*),

der „zivilisatorischen Entwicklung“ (*rozwój cywilizacyjny*), dem „zivilisatorischen Voranschreiten“ (*awans cywilizacyjny*) oder auch dem „zivilisatorischen Potenzial“ (*potencjał cywilizacyjny*) in Verbindung gebracht wird. Die häufige Verwendung des Begriffes „Zivilisation“ bzw. „zivilisatorisch“ bedeutet aber gleichzeitig eine Abgrenzung von der „Barbarei“, die in der Regel bei den unbenannten Alternativen zur europäischen Einigung vermutet wird. Auf dieser Grundlage erfolgt die Konstruktion eines impliziten Kontrastfalls, in dem die europäische Integration in ein positives Licht gestellt wird. Die Gleichsetzung Europas bzw. der EU mit der positiv konnotierten „Zivilisation“ wird somit zum Ausgangspunkt der dominierenden Narration über die Einigung des Kontinents, was dazu führt, dass der Europa-Diskurs von Beginn an mithilfe eines wertenden Vergleichs verankert wird.

Neben der „zivilisatorischen“ Mission, die der europäischen Integration zugeschrieben wird, stellt der historische Hintergrund einen wichtigen Aspekt bei der Einschätzung ihrer Bedeutung für den Kontinent dar. Wie sich der oben zitierten Aussage entnehmen lässt, wird in der Einigung Europas in erster Linie eine erfolgreiche Reaktion auf die tragische europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts gesehen, wobei die beiden Weltkriege zu einem „großen europäischen Bürgerkrieg“ zusammengefasst werden, was zur diskursiven Festigung des Referenzobjektes „Europa“ beiträgt. Die Vergangenheit als einen „Selbstmord[versuch]“ zu bezeichnen, bietet weiterhin die Möglichkeit, den besonderen Stellenwert des Integrationsprozesses für den europäischen Kontinent hervorzuheben: In einer Situation, in der das Zusammenleben in Europa von „Grenzen“, „Kämpfen“, „Aggression“ und „Explosion“ bedroht war, habe die Einigung Europas eine rettende Funktion gehabt.

In der Diskussion über den Sinn der politischen Integration und ihre Wirkungsmechanismen wird jedoch eine Differenzierung zugelassen: Statt der allgemein aufgefassten europäischen „Einheit“, deren „perfekter“ Charakter als eine „Illusion“ bezeichnet und in Frage gestellt wird, wird hier die „liberale Ordnung“ als die wichtigste Grundlage der Integration dargestellt. Diese sei eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Staaten des Kontinents miteinander kooperieren („zusammenwirken“, „zusammenarbeiten“) und nicht in die alten Konflikte zurückfallen („rivalisieren“, „kämpfen“):

39. Viele Menschen haben sich der **Illusion** hingegeben, dass die Europäische Union eine **perfekte Schöpfung** sei, während die **Einheit an sich noch keinen Wert darstellt**. Es ist zudem unwahrscheinlich, dass so unter-

schiedliche Nationen, mit verschiedenen Traditionen und Geschichten, die verschiedene Sprachen sprechen, sich im wahrsten Sinne des Wortes vereinen. Das Wesentlichste wird vielmehr eine **liberale Ordnung** sein, die dazu führt, dass die Nationen und Staaten **zusammenwirken** und **zusammenarbeiten** und nicht **rivalisieren** und **kämpfen** werden. *RP 1.04.2000*

Auch wenn in der oben angeführten Aussage die Frage nach dem „Wie“ der europäischen Integration angesprochen wird, indem liberale Prinzipien zum Fundament der EU erkoren werden, bleibt die Argumentation doch bei einer negativen Definition der Ziele der europäischen Einigung. Ihre Begründung leitet sich von der Angst vor der Rückkehr der Rivalitäten ab: Der Sinn des europäischen Integrationsprozesses, der im Sicherheitsbereich zu suchen sei, liege demnach darin, als eine Art Versicherung gegen einen erneuten Krieg in Europa zu fungieren. Hinter einem solchen Verständnis der Zielsetzung der europäischen Integration verbirgt sich einmal mehr der große Stellenwert, den Sicherheitsfragen innerhalb der polnischen Außenpolitik genießen. Der zögernde Umgang mit diesen Fragen und die daraus resultierende schwache Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)⁶⁹ veranlassen manche Kommentatoren zu einer ausdrücklichen Kritik an der bisherigen Ausrichtung der europäischen Einigung:

40. Wir haben keine **europäische Armee**, und das ist der größte **Fehler** des sich integrierenden Europas. Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Bruch mit der Jaltaordnung, als die Entscheidung über die Erweiterung der Europäischen Union fiel, erhielten die **Sicherheitsfragen** nicht den gehörigen Stellenwert. Statt sich mit der Währungsunion und dem Euro zu beschäftigen hätte man **europäische Streitkräfte** schaffen sollen, die in der Lage gewesen wären, selbstständig, ohne das Warten auf Amerika, solche **Konflikte** wie den im Kosovo zu **beseitigen**. *RP 1.04.2000*

Anlass zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen und zur negativen Beurteilung der nach dem Ende des Kalten Krieges verfolgten Zielsetzung bot im vorliegenden Fall der Konflikt im Kosovo, der den Europäern das Gespenst eines Krieges vor Augen geführt und eine Diskussion über die internationale Rolle der EU im

⁶⁹ Die Bezeichnung „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) geht auf die Sitzung des Europäischen Rats in Köln vom 3. und 4. Juni 1999 zurück, wo Stärkung der äußeren Handlungsfähigkeit der EU durch den Aufbau ziviler und militärischer Fähigkeiten zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung angekündigt wurde (ausführlicher vgl. Kuźniar 2004: 16)

Sicherheitsbereich hervorgerufen hat. Die Tatsache, dass es nach dem Umbruch von 1989 nicht zur Schaffung einer „europäischen Armee“ gekommen ist, wird hier als das zentrale Versäumnis der europäischen Politik genannt. Eine zu starke Fokussierung auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit sei „der größte Fehler“ gewesen, der dazu geführt habe, dass Europa im Sicherheitsbereich bis heute nicht selbstständig agieren kann und von den USA abhängig bleibt.

Indem sie Defizite im sicherheitspolitischen Bereich anmahnt und für eine stärkere Kooperation plädiert, führt diese Argumentation zu der Forderung nach einer vertieften politischen Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Dabei wird der Wunsch der Europäer, ihre internationale Rolle gemeinsam wahrzunehmen, von den Erfolgen der bisherigen Integration abgeleitet:

41. Die Europäische Union verändert sich noch schneller und tiefer. Die wirtschaftliche Integration ist schon de facto abgeschlossen. Jetzt müssen die an ihr teilnehmenden Länder die Frage beantworten, ob sie eine **politische Gemeinschaft** werden wollen, und falls ja, wie man sie bauen kann. Wird in der Regel die erste Frage positiv beantwortet, so ist die zweite Gegenstand heftiger Konflikte, und sie wird es noch lange bleiben. Unabhängig von ihrem Ausgang scheint eines heute fast sicher: **Die Länder der Europäischen Union, von denen die Mehrheit bereits die gemeinsame Währung hat, haben ein immer stärkeres Gefühl der gemeinsamen politischen Interessen.** Europa ist keine Großmacht, und es wird auch noch lange Zeit keine sein, aber es bekommt allmählich Lust, einmal eine Großmacht zu werden. *RP*
18.05.2001

Die aus den historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts (europäische Kriege) resultierende und auf liberalen Grundsätzen (wirtschaftliche Kooperation) basierende Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten ist also ständigen Veränderungsprozessen ausgesetzt. Ihre bisherigen Errungenschaften (wie z. B. die gemeinsame Währung) geben Anlass zum Nachdenken über weitere Perspektiven der Kooperation, aus denen sich die Forderung nach einer politischen Einigung des Kontinents ergibt. Die „politische Gemeinschaft“, die auf einem „Gefühl der gemeinsamen politischen Interessen“ aufbauen soll, stellt das positiv definierte Ziel der europäischen Integration dar. Es besteht darin, Bedingungen für die Weiterentwicklung internationaler Handlungen der EU zu schaffen. Gemeinsam eine bestimmte Rolle in der Welt wahrzunehmen, was sich darin äußern würde, dass Europa eine

Großmachtstellung anstrebt, wird daher als eine Zukunftsperspektive für die europäische Einigung angesehen. Dabei wird davon ausgegangen, dass eine solche Stärkung der internationalen Dimension von EU-Handlungen einerseits eine Erweiterung der Legitimation der europäischen Integration und andererseits eine Antwort auf das bisher stark empfundene Defizit der EU im Bereich der Sicherheit darstellen könnte. Neben der Auswirkung auf die europäischen Staaten selbst, die sich in der Stärkung des Friedens auf dem Kontinent zeigen würde, erwartet man von der politischen Kooperation auch einen positiven Effekt auf die externe Sicherheit der EU.

In der öffentlichen Diskussion über die Beziehungen zwischen Europa und den USA können drei Hauptfragen unterschieden werden: Erstens werden in diesem Rahmen die wesentlichen Dimensionen der EU-Außenbeziehungen analysiert. Zweitens geht es um die Rolle der USA auf dem europäischen Kontinent, und drittens wird der Frage nachgegangen, was unter dem Begriff des „Westens“ zu verstehen ist und wie die Zukunft dieser Gemeinschaft aussehen könnte.

Die große Bedeutung der politischen Integration innerhalb der Europäischen Union wirft in der Diskussion die Frage auf, wie die EU sowohl ihr Verhältnis zu den USA und zur NATO definieren als auch die Beziehungen zu anderen Ländern auf dem europäischen Kontinent gestalten soll:

42. Die politische Integration des gegenwärtigen Europas [...] wird durch zwei Koordinaten bestimmt sein: auf der einen Seite durch eine neue Formel der Beziehungen zu den in den meisten Bereichen führenden Vereinigten Staaten und zur NATO [...], auf der anderen Seite durch das Tempo und den Umfang der Erweiterung auf neue Länder [...]. Um den **Herausforderungen des neuen Jahrhunderts** standzuhalten, muss die EU ihren **neuen Platz zwischen Amerika und dem östlich der Oder gelegenen Gebiet** finden. Sie muss sich wiederfinden zwischen Washington, mit dem sie über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen streitet, und Warschau, Tallin oder Sofia, denen sie eine differenzierte Integration anbieten kann. Und Moskau, mit dem sie zusammenarbeiten wird, u. a. um die Effizienz der gemeinsamen Diplomatie und Sicherheitspolitik auszuprobieren. *RP 5.09.2000*

Aus der Perspektive des Jahres 2000 werden in dem zitierten Fragment zwei Bereiche genannt, die in der europäischen Außenpolitik größte Beachtung finden sollten: die transatlantischen Beziehungen und die östliche Dimension der EU, d. h. das

Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten und zu Russland. Die Auseinandersetzung mit diesen beiden Dimensionen wird hier als die wichtigste Aufgabe der EU definiert; sie zu erledigen sei notwendig, um auf die „Herausforderungen des neuen Jahrhunderts“ zu antworten. Zugleich finden sich in der Narration bereits bestimmte Handlungsvorschläge: die Einigung mit den USA in Bezug auf die Zukunft der NATO, eine „differenzierte Integration“ der osteuropäischen Staaten und eine europäische Politik gegenüber Russland, die als eine Art Test für die „gemeinsame Diplomatie und Sicherheitspolitik“ fungieren könnte. Eine derartige Darstellung des europäischen außenpolitischen Handlungsbedarfs und die Aufzeichnung von Handlungsmöglichkeiten entsprechen den um die Jahrtausendwende in Polen verbreiteten Vorstellungen davon, welche Rolle die EU auf dem europäischen Kontinent und in der Welt wahrnehmen soll. Diese Vorstellungen haben sich auch nach der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 nicht wesentlich verändert. Auch nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder sollte – so die verbreitete Auffassung polnischer Außenpolitiker – das Verhältnis zu den USA und zu Russland in der europäischen Außenpolitik eine zentrale Stellung einnehmen. Der zweite wesentliche Bereich der EU-Außenbeziehungen, d.h. die östliche Dimension, bleibt dabei jedoch erhalten und spiegelt sich in der Gestaltung der Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten der EU wider – darunter vor allem zu Belarus und zur Ukraine.

Die zweite Frage, die nach der besonderen Rolle der USA auf dem europäischen Kontinent, wird in erster Linie historisch begründet und betrifft die amerikanische Mitwirkung am Prozess der europäischen Integration seit ihren Anfängen:

43. Der Erfolg Europas, und genauer genommen seines westlichen Teils, wäre ohne die **Unterstützung** der Vereinigten Staaten nicht möglich gewesen. Als Leader des atlantischen Bündnisses hat Amerika dazu beigetragen, dass die Europäer **mit einem Gefühl der Sicherheit kooperieren** konnten. **Die Vereinigten Staaten schützten die Europäer aber auch vor sich selbst.** Die amerikanische Präsenz gab dem sich integrierenden Europa **zusätzliche Garantien**, dass kein Land des Kontinents eine solch dominierende Position erreichen wird, dass die anderen sich bedroht fühlen müssten. *RP 18.05.2001*
44. Man sollte die Kraft **nationaler Egoismen** in Europa nicht vernachlässigen. Es ist aber schwer vorstellbar, dass die Vereinigten Staaten die Rolle **eines Schiedsrichters spielen werden, der die Europäer am Kragen**

packt, damit sie sich nicht in nationalistischem Wahnsinn gegenseitig überfallen. Bei allem Skeptizismus, bei aller Vorsicht: Die Europäer sind für sich selbst allein verantwortlich. Die Amerikaner werden sie in dieser Rolle nicht ersetzen und es wäre unangebracht, es von ihnen zu erwarten. Dies bedeutet nicht, dass die Amerikaner ihre Mission in Europa erfüllt haben und nach Hause zurückkehren können. Die Vereinigten Staaten sind **eine europäische Großmacht** und sie sollten es bleiben – in ihrem eigenen Interesse und zugunsten Europas. *RP 18.05.2001*

Die Anwesenheit der USA in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und die Tatsache, dass sie in der Vergangenheit innerhalb der NATO eine führende Rolle gespielt haben, wirkten sich in dieser Argumentation gleich auf zweierlei Weise positiv auf die Sicherheit der westeuropäischen Staaten aus: einerseits durch die Schaffung günstiger externer Bedingungen für die europäische Kooperation („Gefühl der Sicherheit“); andererseits durch die interne Kontrolle und die Garantie, dass von keinem der europäischen Staaten eine Gefahr für die anderen ausgehen wird. Beide Aufgaben – die eines Beschützers vor äußeren Gefahren und die eines „Gendarmen“ innerhalb Europas – geben den USA die Stellung einer „europäischen Großmacht“, die es im Interesse sowohl der USA als auch Europas selbst zu bewahren gilt, auch wenn die Gefahr eines innereuropäischen Konflikts (eines „nationalistischen Wahnsinns“) nicht mehr unmittelbar präsent sei.

Die dritte Frage, die Definition des „Westens“ bzw. der westlichen Gemeinschaft, steht im Mittelpunkt der Diskussion über die Wahrnehmung und Deutung des Verhältnisses zwischen Amerika und Europa. Hier lässt sich in der Folge der Anschläge vom 11. September 2001 eine Verschiebung der Schwerpunkte beobachten: An die Stelle der bisher dominanten Analysen der politischen Interessen beider Seiten, der künftigen Gestalt der transatlantischen Bindung und der Rollen der transatlantischen Partner traten nun Überlegungen über den besonderen Charakter und die Stellung des „Westens“ in den internationalen Beziehungen. Dabei wird die „westliche Welt“ als eine Kultur- und Wertegemeinschaft verstanden, in der den USA eine besondere Rolle zukommt:

45. **Das Fundament unserer Welt**

Aber in der Annahme, dass der westlichen Welt eine **hierarchische Struktur** zugrunde liegt, steckt ein Stück Wahrheit. Das Schicksal des

Westens hängt zwar sicherlich von keiner amerikanischen Institution ab, doch haben die meisten von uns das Gefühl, dass **unser Schicksal** auf Gedeih und Verderb **an Amerika gekoppelt ist** und dass dessen Sicherheit und dessen Erfahrungen unser Leben wesentlich beeinflussen. **Eine Bedrohung Amerikas bedeutet eine Bedrohung für uns alle.** Die Europäer schimpfen über das, was von Übersee kommt, schauen mit einem Gefühl der Überlegenheit auf die Amerikanisierung des Lebens, verurteilen deren Vulgarität, aber sie sind sich – vor allem in Momenten der Bedrohung – dessen bewusst, dass **der Westen ohne Amerika nicht nur undenkbar ist**, sondern dass Amerika – auch wenn es uns manchmal nicht gefällt – dort eine **führende Rolle** spielt. *RP 21.09.2001*

Die Beziehungen zwischen Europa und Amerika als das „Fundament“ der westlichen Gemeinschaft erscheinen hier ambivalent: Auf der einen Seite bewerten die Europäer das Phänomen der „Amerikanisierung“ negativ und lehnen es ab. Auf der anderen Seite besteht jedoch zwischen den beiden Akteuren eine Art hierarchische „Kopplung“, da Amerika in Europa eine „führende Rolle“ spiele und die „Schicksale“ beider Kontinente für immer und beinahe magisch miteinander verknüpft bleiben. Auf der Textoberfläche der zitierten Aussage lässt sich diese Verbindung anhand der häufigen Verwendung des Pronomens „wir“ festmachen, die für die sprachliche Konstruktion einer „Wir-Gemeinschaft“ steht („die meisten von uns“, „uns alle“).

Die westliche „Wir-Gemeinschaft“ steht aber ebenfalls für eine bestimmte gesellschaftliche und politische Ordnung, die sich angesichts der Bedrohung Amerikas auch Gefahren ausgesetzt sieht:

46. Die Europäer fühlten sich mit Amerika solidarisch, nicht nur weil sie das Leiden bewegte, sondern auch weil sie plötzlich, **im Augenblick des Grauens** vorm Fernseher, die **Zerbrechlichkeit der Ordnung** begriffen haben, in der sie leben; jener Ordnung, für deren Entstehung Amerika von allen Ländern am meisten getan hatte und die jetzt zum **Objekt eines zerstörerischen Hasses** geworden ist. *RP 21.09.2001*
47. **Der vereinte Westen** ist ein **Wert**, den man **schützen sollte**; sein **Überleben** liegt im **Interesse** der ihn bildenden Nationen, darunter auch der Polen. Deswegen haben sie alle eine bestimmte **Rolle** zu spielen – auch wenn die

größte **Verantwortung** seine Hauptteile tragen, d.h. die USA und die EU. *TP*
08.05.2005

In den beiden zitierten Fragmenten wird der zuvor als eine Einheit konstruierte Westen (die „westliche Ordnung“, der „vereinte Westen“) als ein besonderer „Wert“ angesehen und zum Referenzobjekt der Sicherheit erklärt. Dieser „Wert“, den wir Amerika zu verdanken haben, sei nicht selbstverständlich („Zerbrechlichkeit“) und großen Gefahren ausgesetzt (z. B. einem „zerstörerischen Hass“). Aus diesem Grund sollte er besonders geschützt werden.

4.1.2.2 Der Platz Polens in der „westlichen Welt“

Für die Bestimmung des Platzes Polens in der Gemeinschaft der westlichen Staaten werden zwei Dimensionen untersucht: sein Verhältnis zu Europa und seine Beziehungen zu den USA. Was die erste dieser beiden Dimensionen angeht, so lässt sich anhand der in den Jahren zwischen dem NATO- und dem EU-Beitritt geführten Diskussionen feststellen, dass das Interesse Polens an der europäischen „politischen Gemeinschaft“ hauptsächlich zwei Bereiche betrifft: die Gestaltung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn und die Stärkung der europäischen Solidarität.

Der Weiterentwicklung der EU-Ostpolitik wird in den außenpolitischen Diskussionen eine doppelte Bedeutung zugemessen:

Einerseits geht es darum, eine Perspektive für die im Osten des europäischen Kontinents gelegenen Länder aufzuzeigen, die noch keine unmittelbare Aussicht auf die Aufnahme in die europäischen Strukturen haben:

48. Erstens, nur ein Polen, das **solide in den westlichen Strukturen verankert, reicher, zivilisatorisch stärker** als heute ist, wird in der Lage sein, eine tatsächlich effiziente Ostpolitik zu führen. Diese Politik sollte darin bestehen, die Länder, mit denen die Republik früher einen Staat bildete und die heute im Osten an Polen grenzen, nicht nur an sich selbst, sondern an die gesamte EU heranzuziehen. Nur ein solches Polen wird in der Lage sein, für die östlichen Nachbarn, und hauptsächlich für die Ukraine, **eine reale politische und wirtschaftliche Alternative zur engen Verbindung zu Russland** darzustellen.

RP 13.03.1999

In der Narration wird der Erfolg der Ostpolitik Polens mit seiner Teilhabe an der „westlichen Gemeinschaft“ verknüpft. Als wichtigster Einflussfaktor erscheint hier die

europäische Anziehungskraft, die in der wirtschaftlichen Prosperität („reicher“) und einem höheren Entwicklungsgrad („zivilisatorisch stärker“) liege. Das Ziel sei demnach, den östlichen Nachbarn der EU eine „Alternative“ zur russischen Einflussosphäre anzubieten. In einer derartigen Schilderung der Ziele und Wirkungsmechanismen der EU-Ostpolitik lassen sich so grundlegende Deutungsmuster der europäischen Integration wie das wirtschaftliche Potenzial des Kontinents, sein gehobener Entwicklungsstand („Zivilisation“) und die Opposition zu Russland wiedererkennen.

Andererseits kann die Europäische Union Polen die Gestaltung der Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten im Osten – sowohl mit den aktuellen EU-Mitgliedstaaten wie z. B. Litauen als auch mit den Nicht-Mitgliedern Ukraine oder Belarus – aber auch wesentlich erleichtern:

49. Zweitens sind unsere Beziehungen zu Litauern, Belorussen und Ukrainern stark von gegenseitigen **Ansprüchen, Komplexen und Ängsten** belastet. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es viel leichter ist, mit unseren Nachbarn im Osten einen **Dialog in europäischen Kategorien** zu führen als in bilateralen. *RP 13.03.1999*

Die Mitgliedschaft in der EU bringe somit eine neue Möglichkeit mit sich, die bilateralen Probleme („Ansprüche“, „Komplexe“, „Ängste“) zu überwinden. Von der Verlagerung des Dialogs auf die multilaterale Ebene („Dialog in europäischen Kategorien“) erhofft man sich eine einfachere Verständigung mit den Nachbarn. Dem Europäisierungsprozess wird in diesem Fall also eine positive Wirkung zugeschrieben. Ähnlich wie im Fall des polnisch-russischen Verhältnisses (vgl. Kapitel 4.1.1.4) wird auch dieser Prozess als ein Ausweg aus den schwierigen bilateralen Beziehungen und ein Mechanismus ihrer Normalisierung angesehen, was zu einer Art Entwarnung führt und der Erzählung über die Nachbarschaft Polens im Osten Merkmale eines *desecurization*-Szenarios verleiht.

Vor dem Hintergrund dieses doppelten Interesses Polens an der Ostpolitik scheint es von entscheidender Bedeutung zu sein, den europäischen Partnern die Wichtigkeit der „östlichen Dimension“ zu vermitteln, da hiermit eine Verstärkung der außenpolitischen Wirkung Polens einhergehen kann:

50. Unser **realer politischer Einfluss**, vor allem im Verhältnis zu den östlichen Nachbarn, hängt zum großen Teil davon ab, ob es uns gelingen wird, den EU-Partnern die „östliche Dimension“ der europäischen Politik

anzubieten. **Die EU kann uns Instrumente der Außenpolitik bieten, die wir uns alleine nie hätten leisten können.** *RP 18.05.2001*

Hinter dem Willen, die Effekte der polnischen Außenpolitik im Osten des europäischen Kontinents zu verbessern, d. h. einen „realen politischen Einfluss“ zu erreichen, verbirgt sich eine idealtypische Vorstellung der Rolle, die Polen in dieser Region wahrnehmen möchte:

51. Wir werden uns um die Erleichterung persönlicher, wirtschaftlicher und kultureller Kontakte zwischen Ost- und Westeuropäern bemühen. Wir werden ihr Wohlwollen gewinnen und aus unserem Land **einen Ort des Kontakts, des Gewinns und der Zufriedenheit** machen – und nicht wie bisher **einen Ort des Konflikts, der Verluste und des Leidens.** *RP 27.11.1999*

52. Wir sollten in dieser Region ein **Exporteur von Stabilität** sein und die vor kurzem gewonnene Unabhängigkeit unserer Nachbarn unterstützen [...]. Wir sollten ihnen auch helfen, sich in den **europäischen Kreislauf zu integrieren.** *RP 02.01.2002*

Im Kontext der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropäern versteht sich Polen einerseits als eine Art „Begegnungsort“ für die beiden Gruppen und erklärt dies zu einem der wichtigsten Ziele für seine künftige Beteiligung an der Gestaltung der EU-Außenbeziehungen. Wie groß der Unterschied zwischen dieser Vorstellung und der von Unstimmigkeiten belasteten Situation in der Region im Jahr 1999 ist, lässt sich im zitierten Fragment anhand der extrem kontrastierten Schilderung beider Zustände erkennen: Aus einem „Ort des Konflikts, der Verluste und des Leidens“ soll in der Zukunft ein „Ort des Kontakts, des Gewinns und der Zufriedenheit“ werden. Diese (fast unrealistisch erscheinende) Vision der Rolle Polens als eines regionalen Leaders baut auf der Vorstellung einer „Brücke zwischen Ost und West“ auf und bestätigt noch einmal die enormen Erwartungen in Bezug auf den außenpolitischen Bereich, die die Teilnahme an der europäischen Integration noch fünf Jahre vor dem EU-Beitritt weckte. Andererseits will Polen auch eine Rolle im Sicherheitsbereich spielen und sich als Exporteur von Sicherheit in östliche Richtung beweisen.

Der zweite Bereich, in dem Polen sein Hauptinteresse an Europa sieht, betrifft die europäische Solidarität, die als der wichtigste Grund für den Beitritt zur Europäischen Union angeführt wird:

53. Konkret? Es ist nicht so, dass es keine Alternative gibt. Es gibt eine andere Möglichkeit, die ist aber für Polen schlecht. Wir können an der **Peripherie**, **außerhalb** der Hauptströmung der europäischen Politik und Wirtschaft bleiben. In einer Art **grauer Zone**. Mit allen negativen Konsequenzen für unsere Position in Europa, ohne die Vorteile, die eine Mitgliedschaft bedeutet, auch im politischen Bereich. Die EU ist ein **Organismus**, der sich durch **politische Solidarität** kennzeichnet. Wenn ein Mitglied bestimmte wichtige politische Interessen oder Sorgen hat, werden diese zu Interessen und Sorgen von allen anderen. *RP 29.06.2000*

Die hier anzutreffende euroenthusiastische Argumentation baut in ihrer Struktur auf dem Schema Peripherie / Zentrum auf und greift gleichzeitig auf das Bild der „grauen Zone“ der Sicherheit zurück, das bereits in den am Anfang der 1990er Jahre geführten Diskussionen über die internationale Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges eine wichtige Rolle gespielt hat. Die idealisierte europäische Solidarität wird hier als ein Mittel dargestellt, um sich an das politische und wirtschaftliche Zentrum des Kontinents anzunähern und dadurch der bisherigen ungünstigen Sicherheitslage zu entkommen. Die EU wird dabei als ein „Organismus“ verstanden. Hinter diesem naturalistischen Bild verbirgt sich eine idealtypische Vorstellung der Integration, die aus der EU eine auf dem Zusammengehörigkeitsgefühl (einer für alle und alle für einen) basierende Gemeinschaft macht und dadurch eine Lösung für die aus der peripheren Lage Polens resultierenden politischen Interessen und Sicherheitsprobleme bietet.

Die Frage der Solidarität zwischen den europäischen Staaten wird in der Zeit vor dem EU-Beitritt Polens auch im Kontext der Auseinandersetzungen über die künftige Gestalt der Europäischen Union diskutiert. Als Gefahr wird dabei die Auflockerung der Bindungen und gegenseitigen Verbindlichkeiten innerhalb der EU-Mitgliedstaaten gesehen:

54. Sehr wichtig wird der **Einfluss auf die Entscheidungen über die künftige Gestalt der EU** sein. Für ein Land, das auf der politischen Karte jahrelang nicht existierte oder ein Satellit einer fremden Großmacht war, sollte das Nutzen dieser Möglichkeit eine der grundlegenden **Direktiven des Patriotismus** sein. **Für die Dauerhaftigkeit unserer Unabhängigkeit wird vor allem die Versicherung wichtig sein, dass sich die Gemeinschaft nicht lockern wird.** Sollte sie „flach“ werden und auf einer **beliebigen** Auswahl von Verpflichtungen basieren, würde sie schnell in kleine, miteinander konkurrierende

Gruppen oder Kreise **zerfallen**. Die Vereinigung Europas würde dann nur **zum Schein** stattfinden. Eine solche EU wäre starken internen und externen **Spannungen** ausgesetzt. Als ein wirtschaftlich (noch) schwaches und (für bestimmte Zeit) am östlichen Rand der Union gelegenes Land wäre Polen von den Folgen dieser Spannungen besonders **bedroht**. *RP 27.11.1999*

Den Ausgangspunkt der Narration über die Solidarität bildet die Aussage, dass weitere Fortschritte in der Integration Europas eine wichtige Bedingung für die Erhaltung der Unabhängigkeit Polens darstellen. Um auf die besondere Bedeutung der aktiven Beteiligung am Prozess der Umgestaltung der EU hinzuweisen, wird diese Frage interessanterweise mit dem „nationalen“ Diskurs verknüpft und als „eine der grundlegenden Direktiven des Patriotismus“ bezeichnet. Auf diese Weise lässt sich eine Verbindung zwischen den vitalen Interessen des polnischen Staates (hier dem Erhalt seiner Existenz) und der Teilnahme am europäischen Prozess herstellen. Eine enge Integration Europas gewinnt somit an Bedeutung, und die sich auf den Patriotismus berufende Deutung verleiht ihr den Status eines der wesentlichen Sicherheitsfaktoren. Im weiteren Verlauf der Erzählung wird darauf aufbauend ein Bedrohungsszenario entwickelt, demzufolge eine unzureichende Integration zu internen und externen Spannungen führen und mit einem Zerfall der Union enden könnte. In einer derartigen Entwicklung wird eine Gefahr für Polen gesehen. Begründet wird diese Prognose mithilfe einer zweiteiligen Argumentation, in der einerseits die wirtschaftliche Schwäche des Landes und andererseits seine periphere Lage in der EU eine Erklärung für seine besondere Empfindlichkeit liefern.

Einen zweiten Schritt in der Narration über die europäische Solidarität stellt eine Grundsatzaussage in Bezug auf die europäische Politik dar. Von der oben bereits erwähnten Wahrnehmung, Polen befinde sich an der „Peripherie“ des Westens, wird folglich die Empfehlung abgeleitet, sich dafür einzusetzen, die EU als eine starke Politik- und Wertegemeinschaft voranzutreiben:

55. Polen, das **in der Peripherie der Zivilisation des europäischen Westens** liegt, sollte an **engen Beziehungen** gelegen sein und als einem verhältnismäßig armen Staat – an der **maximalen Solidarität**, die nur durch enge **politische und ideelle Bindungen** gewährleistet werden kann. Aus diesem Grund sollten unsere natürlichen Partner im europäischen Gedankenaustausch diejenigen Staaten und politischen Kreise sein, die sich für eine enge

Zusammenarbeit innerhalb der EU aussprechen, auch und vor allem im Bereich der kollektiven Sicherheit und der Verteidigung. *RP 19.03.2001*

Die „politischen und ideellen Bindungen“ innerhalb Europas werden als eine Voraussetzung für die erfolgreiche Integration angesehen, die hier durch „enge Beziehungen“ und eine „maximale Solidarität“ charakterisiert wird. Diese beiden Elemente stellen eine Antwort auf die politischen („Peripherie“) und wirtschaftlichen („armer Staat“) Defizite Polens dar, wobei der sicherheits- und verteidigungspolitische Bereich im Mittelpunkt des polnischen Interesses an der Zusammenarbeit innerhalb der EU steht.

Betrachtet man die gesamte Problemdefinition in der Narration über die europäische Solidarität, so fällt auf, dass die wirtschaftliche Entwicklung und die periphere Lage des Landes zu den wiederkehrenden Motiven gehören und den Diskurs zu diesem Thema entscheidend prägen. Hinter diesen Aussagen steht ein Verständnis der internationalen Beziehungen, in dem die Position eines Staates vor allem von ökonomischen und geographischen Faktoren bestimmt wird.

Im Kontext der Diskussionen über die europäische Solidarität wird vor allem der Mitwirkung an der Entscheidungsfindung in der EU eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Sie wird als das wichtigste Argument für die Beteiligung am europäischen Integrationsprozess dargestellt:

56. Der Beitritt zur NATO und jetzt zur Europäischen Union **beschränkt** unter mehreren Gesichtspunkten **unsere Unabhängigkeit**. Es handelt sich aber um Einschränkungen, die wir **freiwillig** und **demokratisch** annehmen, weil wir wirtschaftliche und politische Vorteile erwarten, die diese Einschränkungen **ausgleichen** werden. Die These, die EU würde uns die Unabhängigkeit wegnehmen, ist ein Nonsens, denn der Integrationsprozess wird nicht erzwungen, sondern verläuft mit unserer Zustimmung. Darüber hinaus ist die Präsenz in der EU **eine Bedingung für die Bewahrung unserer Unabhängigkeit**. Polen kann sich die **Isolation** nicht erlauben, die sie zur **Armut** verurteilen würde. Zudem wäre das Übergewicht des einheitlichen Marktes gegenüber einem isolierten Polen so groß, dass Brüssel uns **einseitig** Handelsbedingungen **diktieren** könnte. Indem es ein **vollberechtigtes** EU-Mitglied wird, ist Polen kein **Objekt** der in Brüssel gefallenen Entscheidungen mehr, sondern ein **Subjekt**,

ein mitentscheidender Faktor in Fragen, die Polen oder andere EU-Mitglieder betreffen. *TP 2.05.2004*

Im angeführten Fragment wird der Beitritt zur Europäischen Union vor dem Hintergrund der Frage des Souveränitätstransfers diskutiert, wobei bezeichnenderweise nicht von Souveränität, sondern durchgehend von „Unabhängigkeit“ gesprochen wird. Daran lässt sich eine Kontinuität zu den Anfang der 1990er Jahre geführten Debatten über die externe Unabhängigkeit des polnischen Staates erkennen, der nach dem Erreichen der inneren Souveränität den sowjetischen bzw. russischen Einflüssen zu entkommen versuchte. Die hier vertretene Argumentation kann daher als eine Reaktion auf den von den Euroskeptikern gelegentlich angeführten Vergleich der außenpolitischen Rollen Brüssels und Moskaus verstanden werden, mit dem der Einwand einer mit dem Integrationsprozess einhergehenden partiellen Souveränitätsaufgabe unterstrichen werden sollte. Im Gegensatz zu der früheren Situation sei jedoch die mit dem Beitritt zur EU verbundene „Einschränkung der Unabhängigkeit“ als positiv zu betrachten, da sie „freiwillig“ und „demokratisch“ entschieden wurde. Die Balance zwischen der Integration und der Unabhängigkeit (bzw. der Souveränität) soll durch die infolge des EU-Beitritts zu erwartenden Vorteile gewährleistet werden. Diese würden die „Einschränkungen der Unabhängigkeit“ nicht nur kompensieren („ausgleichen“), sondern seien sogar eine Voraussetzung für den langfristigen Erhalt der Souveränität.

Eine solche Erweiterung der Argumentation über das gängige Kompensationsargument hinaus wird durch eine zweiteilige Begründung ermöglicht: Einerseits wird auf die wirtschaftliche Dimension hingewiesen und erklärt, dass sich die „Isolation“, die die Folge einer Nicht-Beteiligung an der europäischen Integration wäre, mit „Armut“ gleichsetzen lässt. Andererseits sei aus politischer Perspektive die Veränderung des Status Polens innerhalb der europäischen Strukturen von zentraler Bedeutung: Von einem Objekt europäischer Politik sei Polen zu einem eigenständigen Subjekt (Akteur) geworden. Dieser Aspekt wird auf der Textoberfläche der Aussage dort besonders sichtbar, wo sprachlich der Kontrast zwischen dem Zustand der politischen und wirtschaftlichen Unterwerfung („einseitig“, „diktieren“) und einer aktiven Beteiligung an den Entscheidungsprozessen der EU („vollberechtigtes EU-Mitglied“, „mitentscheidender Faktor“) deutlich wird. Anhand der Opposition „Objekt / Subjekt“, die bereits seit den ersten Jahren nach der Wende den wichtigsten Referenzrahmen für die Betrachtung des Handlungsspielraums Polens auf der internationalen Ebene

darstellt, lässt sich der besondere Stellenwert der Beteiligung am Prozess der Entscheidungsfindung ablesen. Diese Beteiligung wird in erster Linie als Möglichkeit zur Einflussnahme und zur Verteidigung eigener Interessen im Rahmen multilateraler Institutionen aufgefasst. Dies führt dazu, dass diese Denkstrukturen dauerhaft die außenpolitischen Debatten prägen und auch in den späteren Diskussionen über den Platz Polens innerhalb der EU zu beobachten sind.⁷⁰

Dem Verhältnis zu den USA, das die zweite wesentliche Komponente in der polnischen Positionierung gegenüber dem „Westen“ darstellt, wird in der polnischen Außenpolitik ebenfalls besondere Bedeutung beigemessen. Als ein wichtiger Grund für den außerordentlichen Stellenwert der USA wird in der Diskussion in erster Linie die Geschichte der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern genannt:

57. Ohne Zweifel hat Polen ein besonderes **Sentiment** für Amerika. Niemanden in der Welt kann dies wundern. [...] Millionen Polen sind nach Amerika emigriert. Amerika hat niemals Krieg mit Polen geführt. Unsere großen Helden, Kościuszko, Pułaski, haben für die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten gekämpft. Die Amerikaner polnischer Herkunft oder auch Polen haben Geld dorthin geschickt, zwar nicht viel, aber für die Menschen hatte es eine gewisse Bedeutung. *RP 02.01.2002*

In der dominierenden Narration über die Rolle Amerikas werden mehrere Erklärungen für die besondere Neigung („Sentiment“) Polens zu den USA angeführt: die traditionelle polnische Emigration in die USA, die durchgehend friedlichen Beziehungen, die Beteiligung der polnischen Nationalhelden Tadeusz Kościuszko⁷¹ und Kazimierz Pułaski⁷² am Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg sowie die finanzielle

⁷⁰ Welche Bedeutung die Objekt-Subjekt-Argumentation in der polnischen Europapolitik noch immer hat, wurde nicht zuletzt während der im Frühjahr 2007 geführten kontroversen Diskussionen über den EU-Verfassungsvertrag und die Frage der doppelten Mehrheit deutlich. Im Konflikt über die Frage des Stimmengewichts im Europäischen Rat erklärte Premierminister Jarosław Kaczyński: „Alle Staaten können ihre Vorschläge einbringen. Uns wurde in der EU die Möglichkeit genommen, ein Subjekt zu sein. Uns wurde die Diskussion über unsere Vorschläge verwehrt. Polen wird damit nicht einverstanden sein. Es geht darum, dass man uns in Europa normal behandelt.“ („Wszystkie państwa mogą składać swoje propozycje. Nam odmówiono podmiotowości w UE. Nam odmówiono dyskusji nad naszymi postulatami. Polska się na to nie zgodzi. Chodzi o to, aby nas potraktowali w Europie normalnie.“) *PAP 19.06.2007*.

⁷¹ Tadeusz Kościuszko (1746-1817) war ein polnischer Nationalheld, General und Anführer des nach ihm benannten Aufstands gegen die Teilungsmächte Russland und Preußen im Jahr 1794. Er kämpfte auch im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg auf der Seite George Washingtons (ausführlicher vgl. Informationsdienst der polnischen Regierung, Internetseite „Postacie historyczne“ [http://poland.gov.pl/Tadeusz,Kosciuszko,\(1746,%E2%80%931817\),1832.html](http://poland.gov.pl/Tadeusz,Kosciuszko,(1746,%E2%80%931817),1832.html)).

⁷² Kazimierz Pułaski (1746-1779) war ein polnischer Nationalheld und einer der Anführer der Konföderation von Bar (1768-1772). In den Jahren 1777 bis 1779 kämpfte er auf der Seite der Amerikaner im

Unterstützung, die die polnische Bevölkerung von den in die USA emigrierten Landsleuten erfahren hat. Alle diese Faktoren gehören zu den so genannten „weichen“ Elementen, die das Bild Amerikas in der polnischen Gesellschaft und dadurch auch die Einstellung der polnischen Politik gegenüber den USA positiv beeinflussen. Das Zurückgreifen auf die Vergangenheit, der in den bilateralen Beziehungen ein symbolischer Stellenwert zukommt, ermöglicht in diesem Fall eine günstige Verankerung der Erzählung.

Basierend auf den positiven historischen Assoziationen gibt es in der Diskussion allerdings auch eine Suche nach Argumenten politischer Art, die für ein privilegiertes Verhältnis Polens zu den USA sprechen:

58. Polen hat viele **gemeinsame Interessen** mit den Vereinigten Staaten. Als **ein Land, das am Rand der NATO liegt**, ist es natürlich im Rahmen der Allianz mehr an der „**harten Sicherheit**“, den **gegenseitigen Garantien** und **guten Beziehungen mit den USA** interessiert als Länder, die sicher in der Mitte der Allianz gelegen sind. *RP 9.09.2000*

Im Kern dieser Argumentation liegen die „gemeinsamen Interessen“ der beiden Länder, die, wie der zitierte Ausschnitt deutlich macht, vor allem im Bereich der Sicherheit gesehen werden. Dabei handelt es sich um die so genannte „harte Sicherheit“, die Polen zunächst innerhalb der Atlantischen Allianz sucht, da es aufgrund seiner geographischen und geopolitischen Situation am Rande der NATO ernsthaften Bedrohungen ausgesetzt sei. In dieser Randlage wird auch die Begründung für ein besonderes Verhältnis zu den USA gesehen, die – wenn auch an dieser Stelle nur implizit – die Wahrnehmung ihrer gehobenen Stellung innerhalb der Allianz bestätigt.

Der Sinn einer Partnerschaft mit den USA, die sich sowohl global („in der internationalen Politik“) als auch regional („Mitteleuropa“) entfalten soll, bestehe vor allem darin, an „wesentlichen Entscheidungen“ beteiligt zu sein. Um dies zu erreichen, will Polen neben dem Status eines NATO-Mitglieds auch die Rolle eines „besonderen Partners in der Region“ wahrnehmen. Die Voraussetzung für diese Position sei daher das „Vertrauen“ der Amerikaner, das sich mit Zuverlässigkeit gewinnen lasse:

Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Er war der Begründer der amerikanischen Kavallerie. An der Spitze seiner Kavallerie-Legion besiegte er am 10. Mai 1779 die Briten bei Charleston (ausführlicher vgl. Internetseite der Kazimierz Pułaski-Stiftung, <http://www.pulaski.pl/pulaski.htm>).

59. Wenn Sie mich fragen, was gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten bedeuten, würde ich sagen, dass sie **einen großen Wert** darstellen. Wir werden als **einer der wesentlichen amerikanischen Partner** in der internationalen Politik wahrgenommen und sicherlich als **einer der wichtigsten Partner aus Mitteleuropa**. Dies bedeutet, dass wir als NATO-Mitglied, aber auch als **ein besonderer Partner** in der Region, zu dem Amerikaner **Vertrauen** haben und der **seine Aufgabe gehörig erfüllt, an den wesentlichen Entscheidungen teilhaben** können. *RP 2.01.2002*

Die Frage nach der Kompatibilität einer starken Bindung an die USA und der Integration mit der Europäischen Union wird mithilfe des oben bereits erwähnten Arguments beantwortet, die USA hätten einen besonderen Platz in Europa:

60. Die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Warschau und Washington enger zu gestalten steht in keinem Konflikt mit dem polnischen Streben, Mitglied der Europäischen Union zu werden. **Die EU kann nur deswegen existieren und überleben, weil die NATO und die Präsenz der Vereinigten Staaten auf dem Kontinent, die Europa ein Element des Gleichgewichts der Kräfte bringen, die Hauptbindung Europas darstellen.** Ohne diese Bindung und ohne die Anwesenheit Amerikas würde die EU schnell in rivalisierende Gruppierungen von Großmächten zerfallen. Niemand kann Polen die Wahl zwischen der Europäischen Union und Amerika aufzwingen, da dies in der Praxis bedeuten würde, **den USA ihren Platz auf dem europäischen Kontinent zu verweigern.** *RP 28.02.2002*

Den Vereinigten Staaten und der NATO wird in diesem Zusammenhang die Rolle einer entscheidenden „Bindung“ zugeschrieben, die die europäischen Staaten zusammenhalte. Um die Wichtigkeit dieser Aufgabe zu unterstreichen, wird ein Bedrohungsszenario entwickelt, in dem die Abwesenheit der USA auf dem europäischen Kontinent zu einem „Zerfall“ der Europäischen Union führen würde. Eine derartige Wahrnehmung der Rolle der Vereinigten Staaten in Europa, die ein entsprechendes Verständnis in Bezug auf die Ursprünge des Einigungsprozesses voraussetzt, gibt Aufschluss über das die bilateralen Beziehungen legitimierende Leitbild der USA – der einzigen omnipräsenten Supermacht, zu der es ein besonderes Verhältnis zu pflegen gilt. Diese Deutung liegt der Narration über das Verhältnis Polens zu den USA bereits zu Beginn der Jahre 2000 zugrunde und kommt im Laufe der Diskussion

um die Position Polens in der Irak-Krise noch deutlicher zum Ausdruck (vgl. Kapitel 4.1.2.3).

Auch wenn das partnerschaftliche Verhältnis Polens zu den USA im Allgemeinen auf einen politischen Konsens innerhalb der politischen Eliten und in der breiten Öffentlichkeit stößt, sind in den letzten Jahren erste kritische Stimmen sowohl in Bezug auf die Art und Weise der Politikgestaltung in diesem Bereich als auch auf der inhaltlichen Ebene zu verzeichnen. Was die Gestaltung der bilateralen Beziehungen angeht, so wird vor allem der unreflektierte Umgang mit der amerikanischen Politik kritisiert, der in dem stets selbstverständlichen und automatischen Befolgen US-amerikanischer Entscheidungen zum Ausdruck komme:

61. Wir haben Verpflichtungen gegenüber unseren Alliierten und Partnern. Diese können – manchmal nur scheinbar, manchmal wesentlich – miteinander kollidieren. Wenn wir der Europäischen Union beitreten, stellt die Bemühung um deren Kohäsion eine wichtigere Pflicht dar als **das automatische Bestimmen gegenüber den Vereinigten Staaten**. *RP 15.02.2003*

62. Man kann sogar den Eindruck gewinnen, dass die Schöpfer der polnischen Außenpolitik **instinktiv das Bedürfnis verspüren, einen Großen Bruder zu haben**, der sie durch die Mäander des internationalen Spiels führen wird, die sie selbst nicht erfassen können. *RP 4.02.2003*

Diese Kritik baut auf zwei negativ besetzten Bildern auf: Einerseits wird der Politik vorgeworfen, Entscheidungen der USA nicht autonom und ausreichend kritisch zu betrachten und wie ein ständiger „Ja-Sager“ zu agieren. Andererseits greift die Kritik auf die Figur des „Großen Bruders“ zurück und bescheinigt den Entscheidungsträgern im Bereich der Außenpolitik die Unfähigkeit zu selbstständiger Analyse und Entscheidungsfindung.

Weitere kritische Stimmen in Bezug auf die polnische Amerika-Politik verweisen auf die übermäßige Dominanz der proamerikanischen Orientierung in der Außenpolitik und die unzureichende Bedeutung, die der europäischen Politik zugemessen wird. Gewarnt wird vor einer falschen Prioritätensetzung (europäische Kohäsion vs. instinktiver Pro-Amerikanismus) sowie vor einer Verzerrung in der Wahrnehmung der internationalen Lage, durch die Europa an Relevanz und Sympathie („antieuropäische Hysterie“) zu verlieren scheint. Das letztere Argument bietet gleichzeitig Anlass für eine direkte Auseinandersetzung mit der Sprache der Außenpolitik:

63. In Polen hat man nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags aufgehört, Europa zu schätzen. Diese veränderte Einstellung spiegelte sich in der vor einigen Monaten von der Mehrheit der politischen Klasse und der Kommentatoren entfesselten **antieuropäischen Hysterie** wider. **Uns ist nicht mehr an der EU gelegen, denn eigentlich sollte Europa an uns gelegen sein.** Wir sind schließlich ein „**global player**“, der eine „**strategische Partnerschaft**“ mit der einzigen Supermacht unterhält. Einige Kommentatoren haben so sehr den **Sinn für die Wirklichkeit verloren**, dass sie begonnen haben, Polen als **eine Brücke zwischen Europa und den USA** zu bezeichnen. *TP 11.01.2004*

Wie der oben zitierte Ausschnitt deutlich macht, betrifft die Kritik den Umgang mit Begriffen wie „strategische Partnerschaft“ oder auch mit bestimmten metaphorischen Bildern wie „Brücke zwischen Europa und den USA“, die zwar gerne zur Betonung der Wichtigkeit der bilateralen Beziehungen zu den USA verwendet werden, hinter denen aber kaum Vorschläge für konkrete politische Maßnahmen stehen: Im Gegensatz zu den (hier als vernachlässigt wahrgenommenen) Beziehungen zur Europäischen Union sei das Verhältnis zu den USA Gegenstand von illusorischen Vorstellungen und gebe Anlass zu realitätsfremden Kommentaren.

Betrachtet man die zweite – inhaltliche – Ebene der Kritik, so sorgt das bislang als zentrales Argument für eine bevorzugte Bindung an die USA angesehene Problem der externen Sicherheit für erste skeptische Einschätzungen:

64. Wir haben uns an den Gedanken gewöhnt, dass die Mitgliedschaft im atlantischen Pakt Polen Sicherheit gewährleistet. Es handelt sich aber **ausschließlich um die Sicherheit vor einer externen militärischen Aggression** [...]. Allerdings unterliegt die NATO derzeit Veränderungen, und es ist nicht klar, wozu diese Evolution führen wird. Es wird vom Willen des wichtigsten Mitglieds der Allianz, der Vereinigten Staaten, abhängen. Vielleicht wird die NATO zu einem (übrigens nützlichen) Club, der sich um gute politische Manieren bemüht. So oder so, der Verlauf der Ereignisse zeigt, dass **die NATO vor Gefahren schützen wird, die uns nicht betreffen. Schutz vor ökologischen, demographischen, wirtschaftlichen und politischen Bedrohungen muss man woanders suchen.** *RP 20.05.2002*

In diesem Zusammenhang handelt es sich vor allem um die Frage, in welche Richtung sich die NATO in der nächsten Zeit entwickeln und welche Rolle die Allianz

künftig für die Sicherheit Polens spielen wird. Dabei lässt sich in der Diskussion zum ersten Mal eine Ausweitung des Sicherheitsbegriffs über die rein militärische Bedeutung hinaus beobachten, die eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit andersartigen Gefahren bildet. Diese begriffliche Erweiterung macht es möglich, dass anstatt der oben erwähnten „harten“, d. h. „militärischen“ Sicherheit verstärkt „weiche“ Bedrohungen ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung rücken. Auf diese Weise kommt es in der Narration zu einem Ausbau der Problemdefinition, was nach einer revidierten Analyse von Problemursachen, Konsequenzen und Lösungsmöglichkeiten verlangt. Durch diese Neuformulierung des Sicherheitsproblems, die weitere Bedrohungsarten zulässt, kommt es zum ersten Mal zu der Situation, in der die Wichtigkeit der NATO für die Gewährleistung der Sicherheit sowie die besondere Vormachtstellung der USA in Frage gestellt werden. Die durchaus abwertende Bezeichnung der Allianz als eines „Clubs, der sich um gute politische Manieren bemüht“, bildet in diesem Kontext ein Anzeichen für den neuen Umgang mit der transatlantischen Gemeinschaft, in dem der absolut prioritäre Status dieser sicherheitspolitischen Dimension zum ersten Mal überhaupt zur Diskussion gestellt wird.

4.1.2.3 Die Irak-Krise – ein Umbruch in der polnischen Außenpolitik?

Der besondere Stellenwert, den die Diskussion über das Engagement im Irak innerhalb der Debatten um die Gestaltung der polnischen Außenpolitik genießt, lässt sich vor allem auf die Erosion des bis in die ersten Jahre des neuen Jahrtausends vorherrschenden Konsenses in Bezug auf die Beteiligung Polens an den transatlantischen und europäischen Strukturen zurückführen. Die Irak-Frage wird daher von manchen Außenpolitikexperten sogar als ein Umbruch oder ein Epochenwechsel in der polnischen Außenpolitik wahrgenommen⁷³. Mit dieser Frage bietet sich zum ersten Mal seit 1989 ein konkreter Anlass zu einer kontroversen öffentlichen Diskussion über die außen- und sicherheitspolitische Orientierung des Landes, die von einer bisher untypischen Vielzahl unterschiedlicher Positionen und Argumentationen geprägt ist. Im Rahmen dieser Diskussion spielen zwei Bereiche eine wesentliche Rolle: die Begründung der Beteiligung Polens am Irak-Krieg und die kritische Auseinandersetzung mit den Konsequenzen des polnischen Engagements.

⁷³ Vgl. z. B. die Analyse von Olaf Osica (2004): Irak – początek nowej epoki w polityce zagranicznej III RP? (dt. Irak – der Beginn einer neuen Epoche in der Außenpolitik der 3. Republik?).

Den Ausgangspunkt der meisten Irak-Narrationen bilden Aussagen, in denen das militärische Engagement im Irak begründet wird. Dabei lassen sich drei Gruppen von Erklärungen unterscheiden (Czaputowicz 2004: 20): Als Erstes wird in der Regel das Ziel erwähnt, den Irakern Zugang zu Freiheit und Demokratie zu ermöglichen. Eine zweite Gruppe von Argumenten kreist um die Forderung, das Bündnis mit den USA zu stärken, denen Polen die Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit verdanke und mit denen seine Zukunft verbunden sei. Die dritte Gruppe umfasst eher praktische Gründe, die sich auf den möglichen Zugewinn an militärischen Erfahrungen und das Erzielen wirtschaftlichen Profits beziehen.

Die wichtigste und in der Diskussion am häufigsten angeführte Begründung einer polnischen Beteiligung am Irak-Krieg kann in der Parole „Freiheit und Demokratie für die Iraker“ zusammengefasst werden. Sie basiert auf der Annahme, dass das Fortbestehen einer Diktatur im Irak eine Gefahr für die restliche Welt darstellt, woraus sich die Notwendigkeit ableiten lässt, das Regime von Saddam Hussein aktiv zu bekämpfen. Den Ausgangspunkt der Argumentation bildet daher eine historisch untermauerte Kritik des Hussein-Regimes: Es wird nicht nur als „mörderisch“ (pl. *zbrodniczy*; *RP* 12.08.2003) bezeichnet, sondern sogar mit dem Nationalsozialismus verglichen:

65. Das Regime von Saddam Hussein erinnert an das **Hilter-Regime**. Wenn Europa rechtzeitig gegen Hitler angetreten wäre, hätte es später nicht mit der deutschen Gewalt kämpfen müssen. *RP* 20.09.2002

Der Vergleich mit dem Nationalsozialismus trägt zunächst zur allgemeinen Einordnung der Situation im Irak bei. Das Zurückgreifen auf die mit dem Zweiten Weltkrieg verbundenen historischen Erfahrungen und die in Polen immer noch furchterregende Person Adolf Hitlers verfolgen das Ziel, im Falle Saddam Husseins ein ähnlich schreckliches Szenario zu suggerieren. Gleichzeitig wird an dieser Stelle auch auf die damalige Schwäche und die ausgebliebene Reaktion der Europäer gegenüber Hitlers Machtdemonstrationen der 1930er Jahre hingewiesen. Die Tatsache, dass diese Erinnerung in Polen noch besonders stark präsent ist, begründet die eindeutige Haltung in der Irak-Frage und liefert gleichzeitig eine Erklärung für die polnische Skepsis gegenüber den Argumenten anderer Europäer:

66. Die Mehrheit europäischer Staaten hat Zweifel in Bezug auf einen eventuellen Angriff auf den Irak. Sollte sich Polen die europäischen Argumente

genauer anhören oder eindeutig die Amerikaner unterstützen? Polen sollte seine eigene Politik haben, **die Politik eines europäischen Staates mit enormen und dramatischen Erfahrungen**. Wir erinnern uns und alle Europäer sollten sich an die **Politik der Schwäche vor dem Zweiten Weltkrieg sowie an ihre Konsequenzen** erinnern. Diese Politik wurde auf Kosten Polens realisiert. *RP 11.09.2002*

Jenseits des symbolischen historischen Vergleichs mit dem Schicksal Polens im Zweiten Weltkrieg, der im Verlauf der Irak-Diskussion bereits im Moment der Problemdefinition einen starken symbolischen Referenzrahmen schafft, manifestiert sich die Überzeugung des „mörderischen“ Charakters des irakischen Regimes ebenfalls auf der Textoberfläche der Narration. Dies geschieht durch eine Vielzahl an Bezeichnungen, die mit einer Gefahr assoziiert werden:

67. Wir hatten es mit einem **mörderischen Regime** zu tun, dem ein **Diktator** und **Krimineller** vorstand. Dieser Mann hat in seinen Händen Macht und enorme Waffenbestände – sowohl konventioneller Art als auch Massenvernichtungswaffen – konzentriert. Diese Waffen stellten eine **Bedrohung für die Nachbarstaaten** und für die **internationale Sicherheit** nicht nur im regionalen Rahmen des Nahen Ostens dar. Die mehr als 25 Jahre lange Machtausübung durch Saddam Hussein hat allein im Irak **Hunderttausende menschlicher Existenzen verschlungen**. *RP 12.08.2003*

Die in der zitierten Aussage auffällig dichte Verwendung solcher Wörter wie z. B. „Diktator“, „Krimineller“, „Waffen“, „Macht“ bildet den zweiten Schritt in der Konstruktion der Bedrohung. An dieser Stelle wird geschildert, worin die beschriebene Gefahr besteht und wen sie betrifft. Im Ergebnis steht also fest, dass die Bedrohung erstens als „existenziell“ zu betrachten und zweitens für unterschiedliche Ebenen – von der nationalen („im Irak“), über die regionale („Nachbarstaaten“) bis hin zu der internationalen („internationale Sicherheit“) – von Bedeutung sei.

Als drittes Element in der Konstruktion der vom Hussein-Regime ausgehenden Bedrohung kommt ihre Aktualität zum Erscheinen. In diesem Zusammenhang wird die Irak-Frage in den breiteren Kontext des Kampfes gegen den Terrorismus gestellt und eine Parallele zwischen der Situation im Irak und in Afghanistan gezogen:

68. So wie der Sturz des Taliban-Regimes **eine Segnung** für Afghanistan war, so wird der Sturz Saddam Husseins eine Segnung für die Iraker sein. *RP*
27.11.2002

Das Zusammenbringen dieser beiden Fälle internationaler Intervention hat vor allem zum Ziel, den von den USA unilateral geforderten Angriff auf den Irak mithilfe eines Vergleichs mit den von den Vereinten Nationen und der NATO anerkannten Operationen⁷⁴ in Afghanistan zu legitimieren.

Das Interessante an dem Vergleich ist allerdings, dass er weitgehend unvollständig bleibt, da die Frage nach den Gründen und Modalitäten der Intervention völlig ausgeklammert wird. Die Parallele wird ausschließlich auf der Ebene der Handlung (Sturz der Taliban = Sturz Saddam Husseins) und des zu erwartenden Ergebnisses (Segnung für Afghanistan = Segnung für die Iraker) hergestellt. Auf diese Weise entsteht eine starke Vereinfachung, in der suggeriert wird, dass es sich in beiden Fällen um vergleichbare Ausgangslagen handelt und dass auch die Lösung entsprechend ähnlich ausfallen sollte.

Auf der Grundlage der oben rekonstruierten Problemdefinition, die den Irak-Fall als so gefährlich wie den Zweiten Weltkrieg und so dringlich wie den heutigen internationalen Terrorismus darstellt, werden die Problemfolgen definiert. An dieser Stelle lässt sich in der Narration eine starke Dominanz moralisch geprägter Argumentationen beobachten. Betrachtet man den Umgang mit den möglichen Folgen einer entschiedenen Verurteilung der Situation im Irak unter Saddam Hussein, so wird deutlich, dass hier die Aussage „Irak ist unsere Sache“ (*Irak to nasza sprawa*) (GW 14.05.2004) von zentraler Bedeutung ist. Sie bildet den Kern der Argumentation der Interventionsbefürworter und wird vor allem von Regierungsvertretern als Hauptgrund für die Beteiligung am Irak-Krieg genannt. In der Konsequenz wird der moralische Anspruch zur wichtigsten Grundlage für die Gestaltung der Außenpolitik erkorren:

69. Für das Engagement im irakischen Konflikt waren moralische Argumente wichtig. Wir versuchen unsere Außenpolitik auf die universell akzeptierten

⁷⁴ Es handelt sich hier um zwei verschiedene Einsätze: den Einsatz der Internationalen Sicherheitsbestands-Truppe (International Security Assistance Force - ISAF), der vom Weltsicherheitsrat am 20. Dezember 2001 beschlossen wurde, sowie die von den USA geführte Operation „Enduring Freedom“, die sich auf das im Artikel 51 der VN-Charta festgeschriebene Recht zur Selbstverteidigung beruft (ausführlicher vgl. Winid 2007: 5).

moralischen Standards zu stützen, die nicht nur eine würdige Ausführung diplomatischer Handlungen, sondern auch – dort wo es möglich ist – **einen aktiven Widerstand gegenüber Tyrannei, Menschenrechtsverletzung** etc. voraussetzen. *RP 12.08.2003*

Die angeführten „moralischen Argumente“ basieren auf universellen Werten („moralischen Standards“) sowie eindeutigen Gegenüberstellungen wie z. B. Würde / Menschenrechtsverletzung und Widerstand / Tyrannei und ermöglichen es, eine Trennlinie zwischen der „Wir-Gemeinschaft“ sowie „unserer Außenpolitik“ und den unbenannten Anderen zu ziehen. Gleichzeitig machen sie aber auch die Zuschreibung von Rollen (das Gute = Würde und Widerstand; das Böse = Menschenrechtsverletzung und Tyrannei) explizit.

Die Verbindung zwischen dem moralischen Anspruch und der praktischen Politik, d. h. dem Bündnis mit den USA, wird in der Narration ebenfalls durch einen Appell an die universellen Werte hergestellt:

70. Wir finden, dass **der Frieden unteilbar ist** und dass wir **die Werte, zu denen wir uns bekennen**, dort **verteidigen** wollen und müssen, wo die **Menschenrechte** bedroht sind. [...] Zum ersten Mal hatten wir auch die Gelegenheit, praktisch und offen den Vereinigten Staaten für die jahrelange Unterstützung polnischer Aspirationen und Hoffnungen zu danken. **Die Brüderschaft der Worte haben wir in Waffenbrüderschaft umgewandelt.** *RP 12.08.2003*

Neben dem „unteilbaren Frieden“ und den „Menschenrechten“ wird in der zitierten Aussage auf die „Brüderschaft“ hingewiesen, um sich dadurch einerseits auf das universelle Erbe der Französischen Revolution und andererseits auf die polnische Tradition der „Waffenbrüderschaft“ und des Kampfes „Für unsere und eure Freiheit“⁷⁵ aus den Zeiten des Novemberaufstands 1830/1831 zu stützen. Bei beiden historischen Ereignissen handelt es sich um Referenzen zur europäischen Geschichte mit einem starken symbolischen Wert. Ihre Verwendung zielt darauf ab, die umstrittene Irak-Intervention aufzuwerten und somit auch dem polnischen Engagement eine europäische Dimension und Relevanz zu verleihen, die aufgrund der kritischen Haltung vieler Europäer zum Irak-Krieg zunächst nicht gegeben waren.

⁷⁵ Die Parole „Für unsere und eure Freiheit“ stammt aus den Zeiten nach dem Novemberaufstand (1830/1831) gegen das zaristische, autokratische Russland. Die unter dieser Parole kämpfenden Aufständischen appellierten an die Solidarität der Liberalen in ganz Europa (ausführlicher vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 1998: 22-24).

Als eine weitere Motivation für die „Waffenbrüderschaft“ wird an dieser Stelle die polnische „Dankbarkeit“ gegenüber den Amerikanern genannt: Dass sich Polen in der Irak-Frage als „America’s model ally“ (Zaborowski 2004: 12) verhält und beinahe automatisch an der Seite der USA positioniert, wird nicht nur damit begründet, dass es seine gegenwärtige „Alliiertenpflicht“ (*sojuszniczy obowiązek*, RP 3.01.2003) erfüllen möchte, sondern auch mit der Tatsache, dass es seine „Dankbarkeit“ für die Unterstützung zum Ausdruck bringen will, die es in der Vergangenheit seitens der USA erfahren hat.

Ein weiteres in den öffentlichen Diskussionen anzutreffendes Argument für die Beteiligung am Irak-Krieg betrifft die allgemeine internationale Sicherheit, die vom politischen System des Irak und dessen Waffen gefährdet wird:

71. [...] Polen teilt **die Beunruhigung** Amerikas, die mit **der aus dem politischen System des Irak und dem Besitz chemischer und biologischer Waffen resultierenden Gefahr** verbunden ist. Ähnlich wie die USA denken wir, dass man diese Gefahr **nicht unterschätzen** darf, man muss sie einfach **beseitigen**. RP 13.09.2002

Dass sich Polen in dieser Frage entschieden hinter die USA stellt und den dortigen offiziellen Diskurs übernimmt, wird anhand der angewandten Argumentationsstruktur sichtbar, die sich schematisch folgendermaßen zusammenfassen lässt:

Diktatur + Massenvernichtungswaffen = Gefahr → nicht unterschätzen → beseitigen

Wie tief die Solidarität mit den USA verankert ist und wie sehr eine Hinterfragung ihrer Motivation ausgeblendet wurde, wird schon allein daran ersichtlich, dass diese Argumentationsstruktur weder vor dem Angriff auf den Irak noch in der ersten Phase des Krieges in Frage gestellt wurde, und das, obwohl sie weder über das Ausmaß der angesprochenen Bedrohungen Aufschluss gibt noch über ihre möglichen Auswirkungen auf Polen oder gar den Inhalt der geforderten Handlung, d.h. des „Beseitigens“. Auf diese Weise wird narrativ eine starke Position hergestellt, die das Ergebnis eines *securitization*-Plots ist. Die Festigkeit dieser Haltung wird sogar in den späteren Reaktionen auf Vorwürfe hinsichtlich der nicht gefundenen Massenvernichtungswaffen bestätigt:

72. Auch wenn diese Waffen nie gefunden werden, **ändert dies nichts am Wesentlichen und an der Legitimität der Handlungen**, die zum Sturz des Regimes im Irak führten. Der Krieg gegen den Terrorismus **unterliegt nicht**

und wird nicht einem konventionellen Verständnis von „Theorie und Praxis“ der Konflikte **unterliegen. Die Grenzen zwischen dem Guten und dem Bösen zeichnen sich anders ab**, als es das Denken von Strategen und Politologen gewohnt ist. **Traditionelle Schemata finden hier keine Anwendung.** Wir stehen vor **einem komplett neuen Phänomen**, zumindest was sein Ausmaß betrifft. *RP 3.07.2003*

Dass es sich hier um eine typische *securitization*-Narration handelt, kann daran festgemacht werden, dass das „Wesentliche“ und die „Legitimität“ der Intervention im Irak nicht den üblichen Regeln (wie dem „konventionellen Verständnis“, den „traditionellen Schemata“) unterliegen können, weil die Lage mit der Vergangenheit absolut unvergleichbar sei (ein „komplett neues Phänomen“). Über die Betonung des neuen und einmaligen Charakters der Bedrohung hinaus greift diese Konstruktion der Sicherheit in die diskursiv tiefer gelegenen Wertestrukturen ein, indem sie die „Grenzen zwischen dem Guten und dem Bösen“ in Frage stellt. Wir haben es hier also mit einem deutlichen *securitization*-Versuch zu tun, der eindeutig der in der Theorie zentralen Forderung nach einer Sonderbehandlung der sicherheitsrelevanten Themen entspricht.

Die beiden letzten hier zu nennenden Begründungen der Beteiligung im Irak thematisieren die internationale Stellung Polens und die Entwicklung seiner militärischen Kapazitäten. Erstens handelt es sich um den Wunsch, durch das Engagement („Beteiligung an der Stabilisierungsoperation“) das internationale Ansehen Polens zu verbessern:

73. Die Motivation der Regierung und des Präsidenten ist offensichtlich – ihnen geht es neben dem deklarierten Gefühl der Verantwortung für das Schicksal der Iraker auch darum, dass Polen seine Beteiligung an der Stabilisierungsoperation für den **Aufbau seines internationalen Prestiges** nutzt. Vor allem in Europa, aber nicht nur: Wie wir aus inoffiziellen Quellen im Außenministerium erfahren, führte die Beteiligung Polens am Irak-Krieg zu einer ungewöhnlichen Erwärmung in den polnisch-israelischen Beziehungen. *TP 18.05.2003*

Zweitens geht es darum, den polnischen Offizieren durch die Zusammenarbeit mit den internationalen Streitkräften eine zusätzliche Qualifizierung zu ermöglichen und auf diese Weise den Modernisierungsprozess der Armee zu beschleunigen:

74. Es wäre gut, [...] die Zustimmung unserer Partner und Alliierten zur Entsendung mindestens einiger polnischer Offiziere als Praktikanten oder Vertreter amerikanischer, britischer oder französischer Offiziere zu erreichen und somit **eine enorme Erfahrung in der Führung solcher Einsätze** zu bekommen. Es ist ein Wissen, das man nicht durch Übungen erwerben kann. Polnische Offiziere mit solchen Fähigkeiten würden den Wert unserer Beteiligung an der NATO erhöhen. *RP 3.01.2003*

In beiden Fällen handelt es sich um Argumente, die einen pragmatischen Charakter haben, was dazu führt, dass sie vornehmlich auf der sachlichen Ebene betrachtet werden und für die Öffentlichkeit verhältnismäßig einfach nachvollziehbar sind.

Auch wenn die das Engagement im Irak unterstützenden Argumentationen in den Diskussionen auf den ersten Blick zu dominieren scheinen, ist die öffentliche Beschäftigung mit dieser Frage durchaus auch von kritischen Stimmen geprägt. Im Rahmen der Kritik lassen sich zwei Schwerpunkte unterscheiden: Während es bei dem ersten um die Beurteilung der Entscheidung, sich am Krieg zu beteiligen, sowie des bisherigen Geschehens im Irak geht, werden im Rahmen des zweiten Schwerpunkts weitere Perspektiven der polnischen Irak-Politik aufgezeigt. Über diese auf konkrete Entscheidungen gerichtete Kritik hinaus bietet die Irak-Frage ebenfalls Anlass zu einer politischen und publizistischen Auseinandersetzung mit der Grundorientierung der polnischen Außenpolitik.

Ähnlich wie bei der Begründung des Engagements im Irak spielt die moralische Frage auch in seiner Kritik eine wichtige Rolle. Das moralische Argument gegen die Beteiligung am Krieg wird sowohl von völkerrechtlichen Grundsätzen abgeleitet als auch mit historischen Beispielen untermauert:

75. **Gott ist nicht auf unserer Seite.**

Der polnische Staat kann **das Völkerrecht** nicht brechen. Falls er es tun würde, wäre er für mich in dem Fall kein polnischer Staat. Für mich sind die im Irak kämpfenden Polen Abenteurer, eine Art „**Fremdenlegion**“. In meinen Augen repräsentieren sie nicht Polen. [...]

So wie sich Europa heute noch für die **Kreuzzüge** aus dem Mittelalter schämt und wir uns für unsere Teilnahme an der Unterdrückung des **Prager Frühlings** schämen, werden wir uns lange Jahre unserer Lands-

leute schämen müssen, die im Irak A.D. 2003 gekämpft haben. *RP*
03.04.2003

Die völkerrechtliche Argumentation greift (implizit) auf die Grundsätze der „gerechten Kriege“ zurück und stellt die Legitimität des Staates und der Armee in Frage, sollten sich diese an einem völkerrechtswidrigen Krieg beteiligen. Der polnische Staat, der das Völkerrecht missachtet, sei demnach „kein polnischer Staat“ mehr und seine im Irak eingesetzten Soldaten seien mit einer „Fremdenlegion“ vergleichbar.

In einer historischen Sichtweise wird der Irak-Krieg in der zitierten Aussage mit wenig ehrenvollen Ereignissen in eine Reihe gestellt: den mittelalterlichen Kreuzzügen und der Unterdrückung des Prager Frühlings 1968, an der sich die Volksrepublik Polen militärisch beteiligte und die damals ebenfalls als „Intervention“ bezeichnet wurde. Im Vergleich zu den historischen Ereignissen, auf die sich die Befürworter des militärischen Engagements im Irak berufen, bilden diese beiden Referenzen aus der Vergangenheit ein negatives Gegenbild zu den freiheitlichen und demokratischen Traditionen in Polen und erwecken das Gefühl der „Scham“, das in der Aussage durch mehrfache Wiederholung deutlich zum Ausdruck kommt.

Neben den argumentativen Strukturen spiegelt sich der moralische Charakter der Irak-Diskussion auch in der Verwendung bestimmter Begriffe zur Beschreibung der internationalen Situation wider. So kommt dem Begriff „Seite“, der als ein Anzeichen für die Wahrnehmung einer Konfrontation interpretiert werden kann, eine besondere Bedeutung zu, da es in den Diskussionen sehr häufig um die Frage geht, welche „Seite“ des Konflikts die „richtige“ sei. Die Antworten reichen von einer entschiedenen und überwiegend moralisch begründeten Ablehnung der von der Regierung gewählten Orientierung („Gott ist nicht auf unserer Seite“ *RP 03.04.2003*) bis hin zu Zweifeln im Hinblick auf die politische Relevanz der moralischen Frage:

76. Die Debatte in den polnischen Medien während der irakischen Krise hat bestätigt, dass die **öffentliche Meinung den gesamten Konflikt in moralischen Kategorien betrachtet, als eine Wahl zwischen den Vereinigten Staaten und dem Irak, zwischen dem Guten und dem Bösen**. Wenn es uns gelingt herauszufinden, dass wir uns auf der **richtigen Seite** befinden, empfinden wir **einen moralischen Komfort**. In der gegenwärtigen Situation ist es aber **ein Leerlauf**, weil aus der Beantwortung der Frage, wer Recht hatte und hat, nichts resultiert. *RP 6.05.2003*

Die kritische Haltung gegenüber der in der öffentlichen Diskussion verbreiteten moralisch geprägten Dialektik zeigt sich hier darin, dass die Schilderung der Entscheidung über die Beteiligung am Irak-Krieg als „einer Wahl [...] zwischen dem Guten und dem Bösen“ in Frage gestellt wird. Die Beschreibung der aktuellen Lage in moralischen Kategorien („auf der richtigen Seite“, „einen moralischen Komfort“) sei daher ein „Leerlauf“ und führe dementsprechend nicht zu politisch verwertbaren Ergebnissen.

Aus dieser Beobachtung heraus entwickeln sich in der Diskussion Positionen, die sich verstärkt den außenpolitischen Optionen Polens widmen und sich dabei einer anderen, nicht moralisch, sondern vielmehr politisch verankerten Sprache bedienen. Die wichtigste Forderung betrifft die Stärkung der polnischen Europapolitik. Das Hauptargument zugunsten der europäischen Ausrichtung besagt, dass eine zu starke proamerikanische Orientierung zu einer für Polen ungünstigen Situation in Europa führen könne. In der Konstruktion dieser Narration wird auf mehrere außenpolitische Aspekte wie z. B. die allgemeine Haltung, Fragen der regionalen Sicherheit oder auch die europäische Orientierung zurückgegriffen, um auf die mit ihnen zusammenhängenden Bedrohungen hinzuweisen.

Den Ausgangspunkt der Narration stellt die Forderung nach einer vorsichtigen Haltung in der Außenpolitik dar, die auf einer zurückhaltenden Kritik der proamerikanischen Euphorie aufbaut:

77. Meiner Meinung nach hat sich Polen auf die richtige Seite gestellt, auch wenn ich mir wünschen würde, dass es sich auf keine Seite stellen muss. **Es ist auch kein Grund zur Freude, dass es auf der anderen Seite zwei für uns wichtige Länder gibt: Deutschland und Frankreich.** Insbesondere sollten wir uns nicht darüber freuen, dass es dort Deutschland gibt, den größten europäischen Staat und unseren wichtigsten Partner in Europa. Ich denke daher, dass es sich um einen sehr traurigen Tag für alle Menschen handelt, die an die Zukunft Europas als einer politischen Einheit denken. *RP 31.01.2003*

Ohne das Engagement auf der Seite der USA in Frage zu stellen, wird in der zitierten Aussage die Beunruhigung darüber zum Ausdruck gebracht, dass sich Polen nicht mehr auf der Seite seiner großen europäischen Partner (d. h. Deutschlands und Frankreichs) befindet, was in den Augen des Kommentators eine Gefährdung der politischen Integration Europas bedeutet.

In einem zweiten narrativen Schritt geht es darum, durch europäische Parallelen die Perspektive der regionalen Sicherheit zu stärken. Diese Suche nach Ähnlichkeiten spiegelt sich in der Forderung wider, Polen solle sich mit Ländern verständigen, die sich in einer vergleichbaren geopolitischen Situation befinden:

78. Wir sollten uns **mit Staaten in ähnlicher geopolitischer Lage verständigen**; auf der Liste fehlen schließlich Finnland, Schweden, Deutschland, Norwegen, die baltischen Staaten und auch die Slowakei. Vor allem mit diesen Ländern sollten wir einen **Dialog aufnehmen, weil wir gemeinsame Interessen haben**. Wir sollten **die Europäische Union überzeugen, dass wir zusammen agieren wollen**. *RP 31.01.2003*

Die Berücksichtigung der regionalen Dimension von Sicherheit führt zur Betonung der zentralen Rolle europäischer Partner und der Europäischen Union in diesem Bereich. Lexikalisch lässt sich dabei eine Kontrastbildung zur Dominanz des „Konfrontativen“ in der Moraldiskussion beobachten: Die für Europa charakteristische „konsensuelle“ Art der Politikgestaltung findet sich hier auf der Textoberfläche in solchen Ausdrücken wie „Dialog aufnehmen“, „gemeinsame Interessen“ oder „zusammen agieren“ wieder.

Neben der positiven Betonung der Bedeutung der europäischen Dimension von Sicherheit findet sich im Diskurs auch eine negative Konstruktion, in der die Schwächung Europas als die Gefahr einer Wiederkehr des polnischen „geopolitischen Fluchs“ gesehen wird:

79. Seit Jahrhunderten lebte das zwischen Deutschland und Russland gelegene Polen **im Schatten des geopolitischen Fluchs**. Dass Polen die Türen der Europäischen Union geöffnet wurden, bot die Chance, diesen Fluch zu beseitigen. Es gab nur eine Bedingung – wir sollten zusammen mit Deutschland in einer parastaatlichen Verteidigungsstruktur sein, ohne dass Russland dort vertreten ist. **Unsere irakische Option führt dazu, dass das Dilemma des geopolitischen Fluchs wiederkehren kann**. Wir haben zwar einen **beinahe allmächtigen** Alliierten, es ist aber ein **exotischer** und **entfernter** Alliierte. Noch 20 Jahre lang wird uns wahrscheinlich nichts bedrohen. Man sollte sich aber Gedanken darüber machen, ob in 20 oder 50 Jahren in dem Europa, das durch unser besonderes Bündnis mit Amerika entstehen wird, ein wirklich guter Platz für Polen vorhanden sein wird? *Pol 20/2004*

Die Erzählung beginnt mit einer symbolisch starken Struktur, in der sich das Bild der ungünstigen geopolitischen Lage Polens („zwischen Deutschland und Russland“) und der Appell an den Wert historischer Erfahrungen („seit Jahrhunderten“) zusammenfinden. Mit dem Ziel, die Dringlichkeit der Aussage zu betonen, werden diese beiden Elemente unter dem Begriff des „geopolitischen Fluchs“ zusammengefasst, der einen Eindruck von Fatalität vermittelt. Gleichzeitig wird aber die Integration in die Europäische Union als eine Chance dargestellt, einem derartigen Schicksal zu entkommen („diesen Fluch zu beseitigen“). Sowohl der Begriff „Fluch“, der eine Art Gottesstrafe andeutet, als auch die für die Bezeichnung der USA verwendeten Adjektive („allmächtig“, „exotisch“, „entfernt“) verleihen der Schilderung einen religiösen Charakter. Auf diese Weise wird die aus einem besonderen Bündnis Polens mit den USA hervorgehende Gefährdung der Europäischen Union auf eine Ebene mit den moralischen Motivationen der Kriegsbefürworter gestellt. Eine solche Verankerung der Narration ermöglicht es zugleich, die sicherheitspolitische Relevanz der europäischen Integration zu stärken.

Eine entsprechend große Bedeutung wird der europäischen Integration in weiteren kritischen Stimmen zugeschrieben, die zwar weniger emotional, aber mithilfe ähnlicher Argumentation grundlegende außenpolitische Ziele definieren und ihre Vernachlässigung anprangern:

80. Durch das Engagement im Irak **vernachlässigen wir zwei grundlegende Ziele**, die unsere Außenpolitik verfolgen sollte: **die Schaffung eines Bewusstseins der europäischen Solidarität** sowie **die Gestaltung der europäischen Ostpolitik**. *RP 9.09.2003*

Das Engagement im Irak wird hier vor allem als eine Bedrohung für die Effizienz der polnischen Außenpolitik gesehen, die sich in erster Linie um die Weiterentwicklung der innereuropäischen Solidarität und die Gestaltung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn bemühen sollte. In dieser Hinsicht offenbart die Irak-Diskussion ein Spannungsverhältnis zwischen der europäischen und der proamerikanischen Orientierung in der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik.

4.1.2.4 Zwischenfazit

Anhand der in Kapitel 4.1.2 vorgenommenen Rekonstruktion und Untersuchung der Debatte über die europäische und transatlantische Orientierung in der polnischen

Außenpolitik kann eine Hauptnarration über die Beziehungen Polens zum „Westen“ identifiziert werden. Es stellt sich vor allem heraus, dass „Europa“ und die so genannte „westliche Gemeinschaft“ zwei wichtige Referenzen im außenpolitischen Diskurs darstellen. Während Europa bereits seit den 1980er Jahren die Rolle eines „Anderen“ und gleichzeitig eines „Eigenen“ zugeschrieben wird (vgl. Kapitel 3.3.3), wird diese Funktion nach dem Beitritt Polens zur Atlantischen Allianz von dem als EU + NATO verstandenen „Westen“ übernommen. Der europäische Integrationsprozess und die transatlantische Zusammenarbeit, in deren Rahmen die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten eine besondere Stellung einnimmt, bestimmen daher weitgehend die Wahrnehmung von Bedrohungen und liefern gleichzeitig Deutungsmuster für den Umgang mit der Frage der äußeren Sicherheit des polnischen Staates.

Betrachtet man zunächst die einzelnen Teilnarrationen zu den Themen „europäische Integration“, „Beziehungen zwischen der EU und den USA“ sowie „Rolle Polens“, so lässt sich auf der einen Seite feststellen, dass es zahlreiche Verknüpfungen zwischen diesen drei Erzählungen gibt: Erstens zeigt die Betonung der Stellung der USA als einer „europäischen Großmacht“, dass sowohl für den EU-Integrationsprozess als auch für die transatlantischen Beziehungen der europäische Kontinent den zentralen räumlichen Referenzrahmen bildet. Zweitens wird in der Erzählung über die „westliche Gemeinschaft“ fast ausschließlich auf Verbindungen und Gemeinsamkeiten zwischen dem nordamerikanischen und dem europäischen Gewichtszentrum der NATO hingewiesen. Diese beiden Beobachtungen deuten darauf hin, dass die europäische Zusammenarbeit und die Partnerschaft mit den USA in den Diskussionen nicht voneinander getrennt, sondern vielmehr als ein außenpolitischer Gesamtrahmen betrachtet werden. Auf der anderen Seite gilt es jedoch zu vermerken, dass es große Unterschiede im Umgang mit diesen beiden Themen gibt: Bei den Fragen der europäischen Integration zeichnet sich eine deutliche Differenzierung der in der Diskussion vertretenen Positionen ab; sie sind mittlerweile Gegenstand politischer Auseinandersetzungen geworden. Dagegen bleibt die Partnerschaft mit den USA immer noch weitgehend den absoluten, nicht in Frage zu stellenden Prioritäten zugeordnet, auch wenn sich – wie in der Analyse der Irak-Diskussion ersichtlich wird – erste Anzeichen für die Auflösung des Konsenses in diesem Bereich der Außenpolitik beobachten lassen.

Wie sich der diesen Teil der Untersuchung zusammenfassenden Abbildung 8 entnehmen lässt, haben wir es bei der allgemeinen Deutung des europäischen Integra-

tionsprozesses mit einer zunehmenden Verschiebung von der *securitization* hin zur *desecuritization* des Umgangs mit diesem Thema zu tun, während das Verhältnis zwischen der EU und den USA sowie die Rolle Polens durchgehend dem sicherheitsrelevanten Bereich zugeordnet werden. Aus der Analyse geht dabei hervor, dass die dominierenden Diskurse um Themen wie den Schutz der „westlichen Ordnung“, die Position Polens innerhalb der EU und in der Region und die geopolitische Lage Polens am Rande der EU kreisen. Den sich hieraus ableitenden Politikoptionen, die USA zu unterstützen, eine aktive Rolle in der EU zu spielen sowie die europäische Ostpolitik voranzutreiben, wird daher eine besondere sicherheitspolitische Relevanz zugeschrieben.

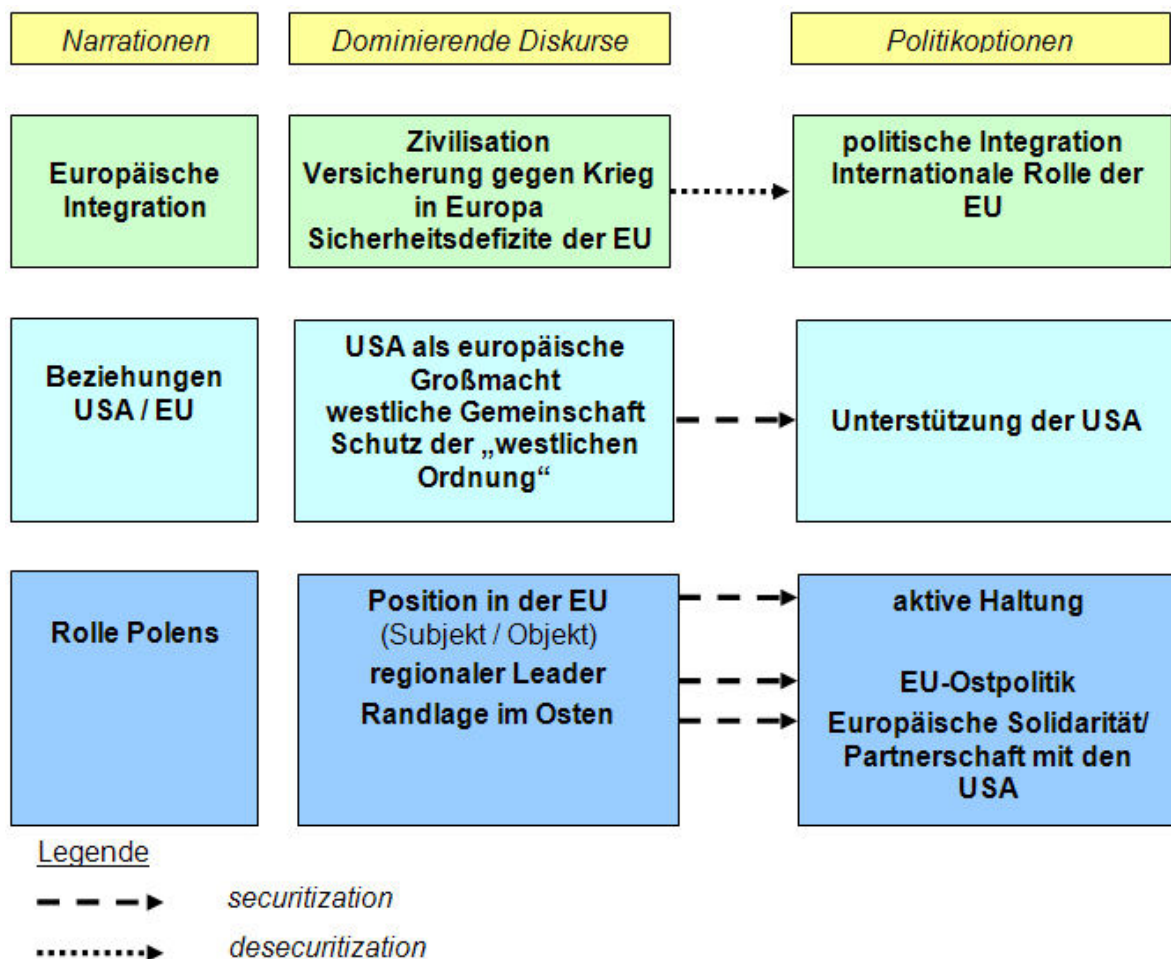


Abbildung 8: Von transatlantischen / europäischen Narrationen zu Politikoptionen (Quelle: eigene Darstellung)

Eine Vertiefung dieser Analyse und gleichzeitig einen Versuch zur Beantwortung der Frage, ob die Beteiligung am Irak-Krieg einen Umbruch in der polnischen Außenpolitik bedeutet, stellte die detaillierte Untersuchung der in den Jahren 2002-2004 intensiv geführten Irak-Diskussion dar. Schaut man sich zunächst die Begründung dieser

Entscheidung an, wird deutlich, dass sich die in diesem Bereich verwendeten diskursiven Ressourcen in drei Schichten unterteilen lassen:

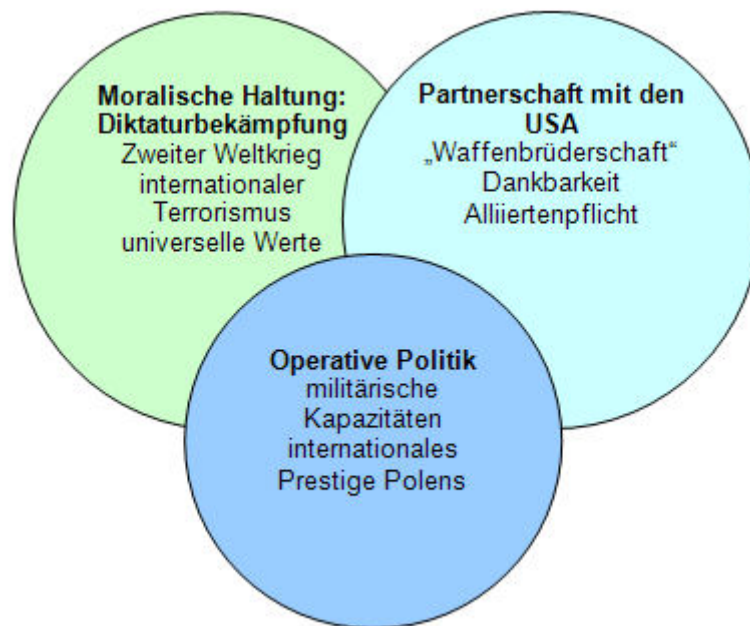


Abbildung 9: Diskursive Schichten in der Irak-Diskussion (Pro) (Quelle: eigene Darstellung)

Wie die Abbildung 9 zeigt, sind die historisch und ethisch untermauerten diskursiven Strukturen, in denen eine bestimmte moralische Haltung, d. h. die Diktaturbekämpfung, gefordert wird, am tiefsten gelegen und folglich auch sehr fest verankert. Darauf aufbauend lassen sich im Umgang mit der Frage der Zusammenarbeit mit den USA feste Konstruktionen ausmachen, in denen vor allem die Deutung des partnerschaftlichen polnisch-amerikanischen Verhältnisses eine zentrale Rolle spielt. Die dritte und gleichzeitig am wenigsten sedimentierte diskursive Schicht bilden dagegen Muster, die der Auseinandersetzung mit der operativen Seite der aktuellen Außenpolitik dienen. Diese werden ebenfalls am schnellsten und am häufigsten zum Gegenstand kritischer Stimmen.

Fragt man, auf welche Ressourcen die Kritik des polnischen Engagements im Irak zurückgreift, so lassen sich – wie Abbildung 10 veranschaulicht – zwei diskursive Schichten unterscheiden:

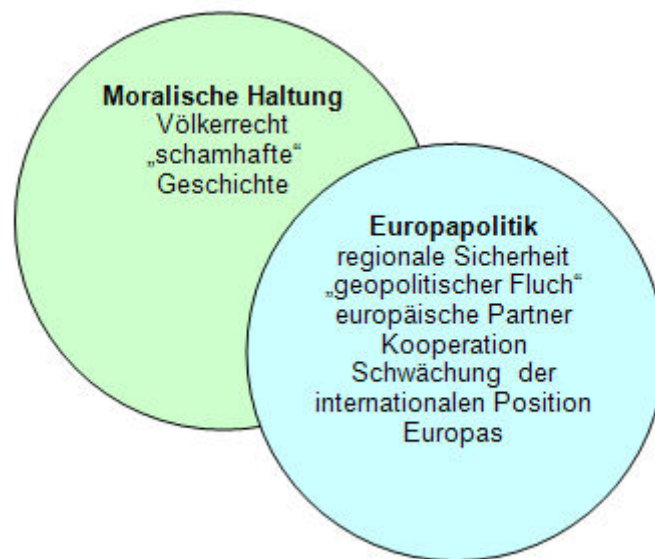


Abbildung 10: Diskursive Schichten in der Irak-Diskussion (Kontra) (Quelle: eigene Darstellung)

Die erste Schicht umfasst völkerrechtliche Grundsätze und historische Erfahrungen und stützt Gegenargumente zur moralischen Begründung des militärischen Engagements Polens im Irak. Zu der zweiten Schicht sind hingegen Elemente mit aktuellem Bezug zu rechnen, die im Ergebnis der Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen der Irak- und Europapolitik zur Sinndefinition solcher Konzepte wie beispielsweise regionale Sicherheit, Partnerschaft oder Kooperation beitragen.

Bringt man abschließend die Ergebnisse beider Analyseschritte zusammen, so kann man feststellen, dass sich seit dem Jahr 1999 eine voranschreitende Auflösung des für die 1990er Jahre charakteristischen breiten Konsenses in Bezug auf die europäische und die transatlantische Orientierung der polnischen Außenpolitik tatsächlich erkennen lässt. Anzeichen dafür sind vor allem immer intensiver geführte Diskussionen zu diesen Themen, die sich durch eine steigende Differenzierung der Positionen kennzeichnen. Die zunehmende Kritik und Vielfalt an den vertretenen Standpunkten ist ein Anzeichen für einen zwar in der Anfangsphase befindlichen, aber kontinuierlichen Übergang zur Politisierung im Umgang mit diesen Fragen, auch wenn sich in einigen Fällen wie z. B. in Bezug auf den Schutz der „westlichen Gemeinschaft“, die Partnerschaft mit den USA oder auch die Position Polens innerhalb der EU, immer noch Narrationen mit einem typischen *securitization*-Plot identifizieren lassen.

4.2 Eine Nation in Gefahr?

– Zur Konstruktion der gesellschaftlichen Sicherheit

Um die Konstruktion der gesellschaftlichen Sicherheit zu analysieren, wird – wie im theoretischen Kapitel bereits angekündigt – im zweiten Teil der empirischen Untersuchung der Fokus auf der polnischen Nation als einem Referenzobjekt von *securitization*-Prozessen liegen. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob in der Öffentlichkeit Bedrohungen wahrgenommen werden, die sich auf die polnische nationale Identität beziehen. Das Ziel ist es, in den gesellschaftlichen Diskussionen aus den Jahren 1999-2006 Narrationen zu identifizieren und zu rekonstruieren, mithilfe derer sich diskursive Identitätskonstruktionen besser nachvollziehen lassen. Diese basieren im Allgemeinen auf einem Zusammenspiel zwischen der Selbstwahrnehmung der polnischen Nation und der Wahrnehmung des „Anderen“ bzw. des „Fremden“. Die Tatsache, dass der Fokus der gesamten Arbeit auf dem außenpolitischen Bereich liegt, führt an dieser Stelle zu einer inhaltlichen Einschränkung der Analyse auf eine bestimmte Art von diskursiven Konstruktionen. So stehen hauptsächlich Narrationen im Mittelpunkt der Untersuchung, in denen die Nation in einem Zusammenhang mit externen Bedrohungen dargestellt wird.

Im Folgenden soll daher zunächst anhand aktueller Patriotismus-Debatten untersucht werden, durch welche Grundmuster sich der gegenwärtige Selbstwahrnehmungsdiskurs der polnischen Nation auszeichnet (4.2.1). Anschließend wird der Frage nachgegangen, wie in den Diskussionen über die Europäisierung der Gesellschaft der „Andere“ konstruiert wird und welche Auswirkungen antizipiert werden (4.2.2).

4.2.1 Patriotismus-Debatten und die Definition von Nation und Staat

Der Patriotismus, d. h. das besondere Verhältnis der Nation (*naród*) zum Vaterland (*ojczyzna*), gehört zu den in den letzten Jahren intensiv diskutierten gesellschaftlichen Themen. Die Beschäftigung mit der Frage, welche Gestalt diese Beziehung in einem modernen demokratischen Polen annehmen soll, war daher Gegenstand öffentlicher Debatten, in denen politische Trennlinien sowohl im Hinblick auf die jüngste Geschichte als auch auf die politischen Denktraditionen zum Ausdruck gekommen sind. Gleichzeitig kam es aber auch zu Auseinandersetzungen mit Begriffen wie Nation, Staat und Identität, die die Grundlagen der in der polnischen Gesellschaft

vorherrschenden Selbstwahrnehmung bilden. Um deren Grundmuster zu identifizieren, wird es im Folgenden darum gehen, diskursive Strukturen zu identifizieren, die zur Deutung der Beziehung der polnischen Gesellschaft zum eigenen „Selbst“ beitragen.

Im heutigen Gebrauch der polnischen Sprache wird dem Wort „Patriotismus“ (*patriotyzm*) eine doppelte Bedeutung zugeschrieben: Auf der einen Seite wird es als Bezeichnung für eine bestimmte politische und gesellschaftliche Haltung verwendet, die sich durch eine besondere emotionale Bindung zu dem Land auszeichnet. Auf der anderen Seite benennt das Wort aber auch eine Art Ideologie, in der die Bindung an das Vaterland und die Nation eine zentrale Rolle spielt (Kawalec 2006: 141). Die Funktion dieser Ideologie ist es, eine „Schule des praktischen Denkens über die Politik“ (Kloczkowski 2006: 7) zu sein. Entsprechend dieser funktionalen Unterscheidung wird in der anschließenden Analyse der Patriotismus einerseits als eine politische Haltung und andererseits als eine Ideologie betrachtet.

Schaut man sich zunächst die in den letzten Jahren geführten Diskussionen über das Verhältnis der Bürger zum polnischen Staat genauer an, geht es in ihnen vor allem um die Frage, wer im heutigen Polen als Patriot bezeichnet werden darf:

81. Nach dem Wiedererlangen der Unabhängigkeit entstand ein delikates Problem: **Wer hat das Recht, als polnischer Patriot aufzutreten?** Für alle Fälle ließ man **die mit dem alten Regime verbundenen Politiker** nicht in die Nähe von Denkmälern und Erinnerungstafeln. Manche, die entgegen dieser Stimmung eine patriotische Haltung demonstrieren wollten, mussten danach mit Eiern befleckte Anzüge in die Reinigung geben. [...] Mit der Zeit fing man sogar damit an, manchen **Mitgliedern des (immer loseren) Solidarność-Lagers**, das doch mit dem patriotischen Tun identifiziert wurde, **die Bezeichnung eines guten Polen abzusprechen**, vor allem diesen, die unverwandt Europa ansahen. *Pol 11/2001*

Der Patriotismus-Frage kommt hier die Funktion eines Kriteriums zu, mit dem die Haltung von Politikvertretern gegenüber dem Staat bzw. dem Vaterland beurteilt werden kann. Auf dieser Grundlage werden Trennlinien gezeichnet, vor allem historische, aber auch solche mit einem ideologischen Bezug. So erfolgt in dem zitierten Fragment die Einteilung der politischen Kräfte in Polen in zwei Lager, d. h. in das Solidarność-Lager und die Postkommunisten, nicht nur auf der Grundlage ihrer

Vergangenheit. Während die mit dem früheren kommunistischen Regime verbundenen Politiker eine feste und relativ einfach zu definierende Kategorie bilden, wird innerhalb des Solidarność-Lagers eine weitere Differenzierung vorgenommen. In diesem politischen Milieu, das als ein unkonsolidiertes („immer loseres“) Gebilde wahrgenommen und zunehmend in Frage gestellt wird, werden im Hinblick auf die Beziehung zum Vaterland zwei Untergruppen unterschieden: Die erste bilden Politiker aus der politischen Mitte, die die Zukunft Polens in Europa sehen, während die andere aus denjenigen besteht, die – politisch mehr nach rechts orientiert – den Patriotismus ausschließlich für sich beanspruchen und sich gegenüber den Europäisierungstendenzen in der Gesellschaft verschließen. Die Tatsache, dass sich die Mitte der politischen Szene eindeutig für die Integration des Landes in die Europäische Union ausgesprochen hat, wird von den mehr „national“ gesinnten ehemaligen Mitstreitern aus den Solidarność-Kreisen als verdächtig angesehen, was dazu führt, dass man ihre „patriotische“ Einstellung in Zweifel zieht („die Bezeichnung eines *guten* Polens abzusprechen“).

Während die oben analysierte Aussage lediglich suggeriert, dass in der dominierenden Wahrnehmung der Patriotismus als eine Tugend angesehen wird, die ausschließlich der politischen Rechten zuzuschreiben ist, so kommt dieser Gedanke an anderen Stellen sogar explizit zum Ausdruck. Dabei wird beklagt, dass die rechten Parteien „den *gesamten* Patriotismus in Besitz nehmen“ (*Pol* 11/2001). Mangels einer Vision eines „offenen Patriotismus“ komme es dabei zu einem Übergewicht einer national geprägten und verschlossenen Sicht auf die Fragen, welchen Platz Polen in Europa einnehmen soll und was mit der Nation im Laufe des europäischen Integrationsprozesses passieren kann:

82. Brücke statt Vormauer

Der Patriotismus wurde bei uns beinah **ausschließlich den Parteien und Gruppierungen der politischen Rechten** überlassen, die sich auf **ein ethnisches Gemeinschaftsgefühl** berufen. In ihren Namen tragen sie die Adjektive „polnisch“, bzw. „national“, oder sogar beide gleichzeitig. Es handelt sich um **einen xenophoben Patriotismus**, der sich **gegenüber „Fremden“ verschließt** und dabei durch einen **Minderwertigkeitskomplex** untermauert ist – eine Angst, dass in dem sich vereinigenden Europa **das nationale Element** im Tiegel gemeinsamer Werte **schmelzen** und **der Glaube der Väter verlassen** wird. [...]

Wenn es der Rechten gelungen ist, so einfach **den „gesamten“ Patriotismus in Besitz zu nehmen**, liegt die Schuld auch bei den restlichen Parteien und wahrscheinlich auch bei den Kulturschaffenden und Intellektuellen, denen es nicht gelungen ist, ein Modell **eines offenen Patriotismus** zu schaffen, das sich auf **ein starkes Selbstwertgefühl** und die Annahme stützen würde, **die Nation** sei vor allem **eine Bürger- und Verfassungskategorie**. [...]

Mittlerweile erwartet niemand mehr, dass wir die ehrenvolle Funktion **einer Vormauer** erfüllen werden, weil man jetzt mehr **Brücken** braucht. Dabei haben wir in unserer Geschichte auch solche Errungenschaften – erinnere man sich nur an die schöne **Tradition der Republik zweier, bzw. eigentlich dreier Nationen**. Es scheint, als ob zum ersten Mal seit Jahrhunderten kein **geopolitischer Fluch** auf Polen lastet und wir nicht vor **Bedrohungen**, sondern vor **Herausforderungen** stehen. *Pol 11/2001*

Die Kritik an der Vision des Patriotismus, wie sie von den Rechtsparteien vertreten wird und die öffentliche Wahrnehmung dominiert, bezieht sich in ihrem Kern auf die Definition der Nation. Diese kann entweder als eine ethnische oder eine politische Gemeinschaft verstanden werden. Aus diesem Unterschied lässt sich sowohl innen- als auch außenpolitisch der Gegensatz zwischen dem „xenophoben“ und dem „offenen“, im Sinne des französischen *citoyen* bürgerlichen Patriotismus ableiten. Wie sich der oben angeführten Aussage entnehmen lässt, resultiere der erste aus einem „Minderwertigkeitskomplex“, während letzterer Ausdruck eines „starken Selbstwertgefühls“ sei und sich auf die Verfassung und die Bürgerrechte stütze. Die Kritik an der national geprägten Version des patriotischen Denkens, die an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht wird, betrifft die Selbstwahrnehmung der Gesellschaft und spricht die Ängste an, die die europäische Integration bei den Vertretern der politischen Rechten weckt. Es handelt sich um das Gefühl, der Nation drohe der Verlust der eigenen Identität, da das „nationale Element“ und der „Glaube der Väter“ in Gefahr geraten. All dies führe dazu, dass in dieser Perspektive der „Andere“ automatisch zu einem „Fremden“ wird, mit dem Ziel, das unsichere „Selbst“ zu schützen.

Im außenpolitischen Bereich spiegelt sich der Gegensatz zwischen den beiden Patriotismus-Ideologien in zwei unterschiedlichen Visionen der Rolle Polens in der internationalen Gemeinschaft wider. In dem oben zitierten Fragment wird daher dem Bild

einer „Vormauer“ (des Christentums) die Vorstellung einer „Brücke“ entgegengesetzt und so auf die das Ideal eines multiethnischen und multireligiösen Staates verkörpernde Tradition der Adelsrepublik zurückgegriffen⁷⁶. Diese beiden Metaphern strukturieren zwei miteinander konkurrierende außenpolitische Diskurse. Ihre Gegenüberstellung in der hier untersuchten Patriotismus-Erzählung verweist auf die Auseinandersetzung zwischen zwei unterschiedlichen Richtungen im polnischen politischen Denken, die sich am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts etabliert haben. Die erste wurde von Roman Dmowski⁷⁷, dem Gründer der nationaldemokratischen Bewegung (*endecja*), vertreten, während sich die zweite mit dem Namen des Marschalls Józef Piłsudski⁷⁸ verbindet.

Den Ausgangspunkt der Reflexion über den Patriotismus bildete in diesen beiden Denkschulen das polnische Sicherheitsdilemma, das sich angesichts der Teilungen Polens in der geographischen Lage zwischen Deutschland und Russland ausdrückte. Darüber hinaus ging es jedoch um die Frage, was Nation bedeutet und was sich hinter dem Begriff des Patriotismus verbirgt, d. h. „wie man dem Vaterland am besten dienen kann“ (Kloczkowski 2006: 7). Die Antworten hierauf fielen sehr unterschiedlich aus: Die nationaldemokratische Vision der Nation und des Nationalstaats hatte einen ausschließlich ethnischen Charakter. Die polnische Nation wurde darin als eine katholisch geprägte Sprach- und Kulturgemeinschaft angesehen. Deswegen sollten die im Zwischenkriegspolen lebenden Minderheiten entweder assimiliert werden oder das Land verlassen. Der nationaldemokratischen Auffassung nach kann von einem derartigen Verständnis der Nation die wichtigste Aufgabe des Nationalstaats abgeleitet werden, die darin besteht, die Sicherheit der eigenen Nation zu gewährleisten (Longhurst/ Zaborowski 2007: 9). Das politische Denken von Piłsudski basierte hingegen auf einer staatszentrierten Vision eines föderalen und multiethnischen Polen (ebd.: 7). In ihrem Rahmen wurde dem Staat die Rolle des „Hauptanimateurs des gesellschaftlichen Lebens“ (Chojnowski 2006: 132) zugeschrieben. Im

⁷⁶ Zur Bedeutung der liberalen Traditionen der Adelsrepublik und ihrem Einfluss auf das außenpolitische Denken zu Beginn des 20. Jahrhunderts vgl. ausführlicher Longhurst/ Zaborowski 2007: 7-8.

⁷⁷ Roman Dmowski (1864-1939): Politiker, Anführer und Denker der nationaldemokratischen Bewegung in Polen; polnischer Delegierter während der Friedenskonferenz in Paris sowie Mitunterzeichner des Versailler Vertrages (ausführlicher vgl. Hauser/ Žerka 1998: 63-69; www.romandmowski.pl).

⁷⁸ Józef Piłsudski (1867-1935): Politiker und seit 1920 Marschall Polens, Mitbegründer der Polnischen Sozialistischen Partei, einer der Hauptakteure des polnischen Unabhängigkeitskampfes im Ersten Weltkrieg und danach Befürworter einer osteuropäischen Föderation unter polnischer Führung, 1926 Anführer eines Staatsstreichs und anschließend informeller autoritärer Machthaber (ausführlicher vgl. Hauser/ Žerka 1998: 274-278; <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/PilsudskiJozef/index.html>).

außenpolitischen Bereich unterstützte Piłsudski das Prinzip der Selbstbestimmung und seine Anwendung auf die Völker Mittel- und Osteuropas (Longhurst/ Zaborowski 2007: 8).

Das Verhältnis zwischen der eigenen Nation und anderen Völkern stellt eine wichtige Dimension der Patriotismus-Ideologien dar und wurde auch in den letzten Jahren häufig zum Gegenstand gesellschaftlicher Diskussionen. Gemäß der Definition des Wörterbuchs der polnischen Sprache setzt der Patriotismus neben der besonderen Beziehung zur eigenen Nation und zum eigenen Staat einen „Respekt für andere Nationen und ihre souveränen Rechte“ (Słownik 1979) voraus.⁷⁹ Auf diese Weise wird der Begriff deutlich von dem des „Nationalismus“ (*nacjonalizm*) abgegrenzt, der sich in seiner Bedeutung eher in der Nähe des „Chauvinismus“ (*szowinizm*) bewegt (Kawalec 2006: 141). Diese begriffliche Klarstellung liefert einen weiteren Punkt in der Kritik an den nationaldemokratisch inspirierten Auffassungen darüber, was das Wesen des Patriotismus ausmacht:

83. Die **Nationaldemokraten** haben sich in Polen effizient solcher Begriffe wie **der nationalen Tradition** und des mit ihr verbundenen **Patriotismus** bemächtigt, wofür man auch **schwache und gebrechliche Liberale** verantwortlich machen kann. Wir schätzen doch die nationale Tradition und zählen ausgerechnet **den Nationalismus** nicht dazu, den wir für **eine entartete und widerliche Form** halten. Die nationale Tradition wurde in Polen durch **die große polnische Romantik** geformt; dagegen kann man nichts machen. Roman Dmowski hat zu Recht die politischen Folgen **einer zweitklassigen romantischen Sentimentalität** verurteilt, stellte sich aber fälschlicherweise vor, dass man die Idee eines Polen als „**Christus der Nationen**“ oder die des „**Kampfes für unsere und Eure Freiheit**“ [...] verwerfen kann – zugunsten **eines rüstigen, rohen und rüpelhaften Polen des „nationalen Instinkts**“.

Pol 06/2002

⁷⁹ Vgl. die Definition des Patriotismus: „eine gesellschaftliche und politische Haltung sowie eine Form der Ideologie, in der sich die Bindung an das eigene Vaterland, das Gefühl des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Aufopferung für die eigene Nation mit dem Respekt für andere Nationen und ihre souveränen Rechte verbinden.“ (Słownik języka polskiego PWN) (Patriotyzm: „postawa społeczno-polityczna i forma ideologii, łącząca przywiązanie do własnej ojczyzny, poczucie więzi społecznej oraz poświęcenie dla własnego narodu z szacunkiem dla innych narodów i poszanowaniem ich suwerennych praw.”)

In dem oben zitierten Fragment wird der Nationalismus zunächst – im Sinne der Kontrastbildung zwischen der positiven „nationalen Tradition“ (*tradycja narodowa*) und den als negativ angesehenen „nationalistischen“ (*nacjonalistyczne*) Tendenzen – eindeutig als „eine entartete und widerliche Form“ verurteilt. Betrachtet man die wörtliche Oberfläche der Aussage, fällt an der Beschreibung der nationaldemokratischen Patriotismus-Vision auf, dass viele emotional beladene Adjektive mit einem deutlichen pejorativen Beiklang wie z. B. „entartet“, „widerlich“, „rüpelhaft“ verwendet werden. Eine ähnliche Konnotation wird auch dem Begriff des „nationalen Instinkts“ (*instynkt narodowy*) gegeben, der der bekanntesten programmatischen Schrift von Roman Dmowski, „Gedanken eines modernen Polen“ (1902)⁸⁰, entnommen wurde. Der „nationale Instinkt“ wird dort als die Grundlage der Beziehung eines Individuums zur Nation angesehen. Durch die Verwendung des Wortes „Instinkt“, das mit dem „angeborenen Trieb zu lebensnotwendigen Handlungen“ synonym ist, wird die Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft als eine angeborene, bzw. biologisch bedingte Tatsache dargestellt.

Gleichzeitig wird jedoch im Zusammenhang mit der Patriotismus-Frage auf die besondere Bedeutung der Romantik für die Entstehung des polnischen Nationenbegriffes hingewiesen. Das romantische Erbe sei bis heute in der Gesellschaft noch fest verankert und spiegle sich vor allem in zwei Leitideen: Erstens findet hier das Bild Polens als „Christus der Nationen“ Erwähnung, das als eine „Metapher des messianistischen Sendungsbewusstseins“ (Grabowski 2002) verstanden werden kann und vor allem vom romantischen Nationaldichter Adam Mickiewicz propagiert wurde. Zweitens wird im zitierten Fragment auf das Programm des „Kampfes für unsere und Eure Freiheit“ angespielt, das zum Kern der polnischen Selbstwahrnehmung gehört.⁸¹ Beide Ideen ermöglichen es, die heutige Diskussion über den Patriotismus um Hinweise an eine Epoche zu ergänzen, in der die Nation die Funktion eines Ideals erfüllte und „mehr als ein Ziel denn eine Gemeinschaft“ (Grabowski 2002) verstanden wurde. Der Kontrast zwischen einer derart von universellen Werten geprägten idealistischen Position und der nationaldemokratischen Konzeption des „nationalen Instinkts“ lässt die Distanz zwischen dem „offenen“ Patriotismus und dem Nationalismus noch deutlicher erscheinen.

⁸⁰ Im Original: „Myśli nowoczesnego Polaka“.

⁸¹ Ausführlicher vgl. die Analyse der Irak-Diskussion in Polen in Kapitel 4.1.2.3 und die Angaben zur Geschichte der Parole „Für unsere und Eure Freiheit“ in der Fußnote 74.

Bringt man die Ergebnisse der Analyse der Patriotismus-Debatten zusammen, so lassen sich drei Haupteigenschaften des Patriotismus-Diskurses ausmachen: Es handelt sich hier erstens um einen Mechanismus der diskursiven Herausbildung von Identitäten. Der Diskurs ist zweitens durch konkurrierende Strömungen gekennzeichnet und basiert drittens auf vielschichtigen Ressourcen.

Im Rahmen des Patriotismus-Diskurses werden Akteurskategorien bestimmt, indem festgelegt wird, wer seine Meinung zu solch wichtigen und vitalen Themen wie dem Verhältnis zum Vaterland, der Zukunft der Nation etc. kundtun darf. Auf diese Weise kommt es zur Definition der diskursiven Autorität über diesen Themenbereich und zu einer entsprechenden Herausbildung politischer Identitäten. Wie Abbildung 11 veranschaulicht, kann der Prozess der Identitätsbildung verschiedene Manifestationsformen einnehmen. Einerseits werden Postkommunisten, die sich aufgrund ihrer historischen Position auf der Seite der Sowjets diskreditiert haben, aus dem diskursiven Feld ausgeschlossen. Ihnen wird jegliche Berechtigung abgesprochen, sich zum Thema „Patriotismus“ zu äußern. Andererseits kommt es innerhalb des ehemaligen Solidarność-Lagers zu einem ideologischen Konflikt zwischen dem rechten Flügel und dem Rest der Bewegung (vor allem den Vertretern der Mitte), in dem zwei unterschiedliche Deutungen von Patriotismus sowie abweichende Auffassungen über die Zukunft der Nation und des Staates aufeinanderprallen.

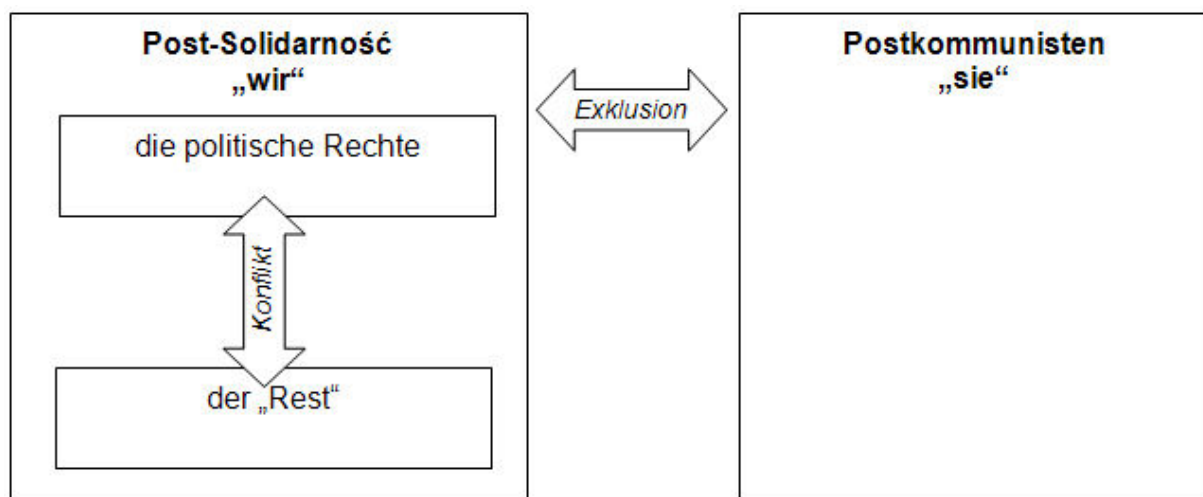


Abbildung 11: Bestimmung der politischen Identitäten im Patriotismus-Diskurs (Quelle: eigene Darstellung)

Das Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen den beiden Polen der Post-Solidarność-Gruppierungen sind zwei miteinander konkurrierende Patriotismus-Diskurse. Sie entsprechen zwei politischen Positionen, die sich sowohl auf der Ebene der Begriffsbestimmung als auch in Bezug auf die konkreten politischen Handlungsempfehlungen deutlich unterscheiden. Der Konflikt verläuft daher entlang der Deutung solcher Begriffe wie Nation und Staat, der Einschätzung über prägende historische Traditionen sowie entlang der Wahrnehmung der internationalen Rolle Polens. Seine Kristallisationspunkte sind in Abbildung 12 zusammengefasst.

<i>Politische Identität</i>	Post-Solidarność	
	die politische Rechte (prawica)	der heterogene „Rest“
<i>Vision des Patriotismus</i>	geschlossen (Xenophobie, Nationalismus)	offen
<i>Definition der Nation</i>	Ethnische und religiöse (katholische) Gemeinschaft	politische Gemeinschaft in einem multiethnischen Staat
<i>Historische Traditionen</i>	„Vormauer des Christentums“	„Brücke“, Adelsrepublik, Romantik
<i>Politische Denktraditionen</i>	Nationaldemokraten (endecja) von Roman Dmowski „nationaler Instinkt“	Marschall Józef Piłsudski und sein Umfeld „Staatlichkeit“

Abbildung 12: Konkurrierende Patriotismus-Diskurse (Quelle: eigene Darstellung)

Betrachtet man die diskursiven Ressourcen, die den Akteuren im Rahmen der beiden Diskurse zur Vermittlung ihrer Position zur Verfügung stehen, bilden diese eine vielschichtige Struktur und lassen sich in drei verschiedene Kategorien unterteilen, die unterschiedlich tief verankert sind.

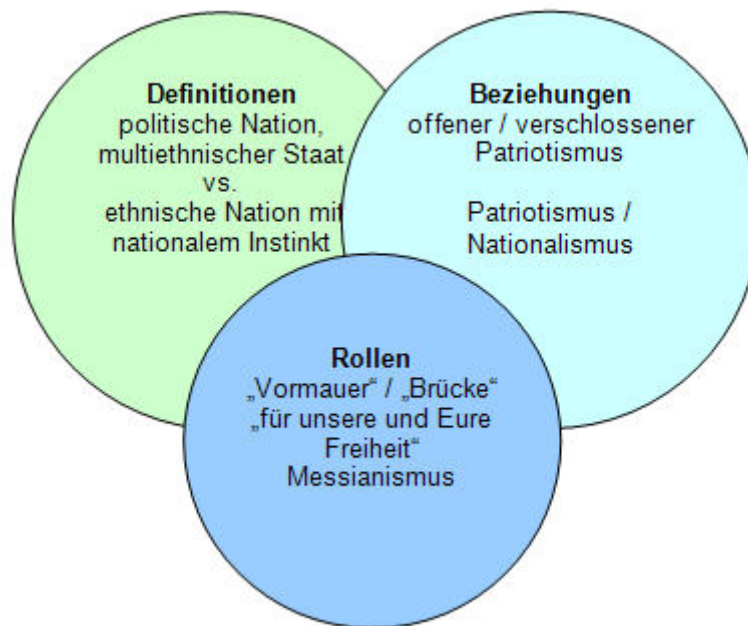


Abbildung 13: Diskursive Schichten in den Patriotismus-Debatten (Quelle: eigene Darstellung)

Wie sich Abbildung 13 entnehmen lässt, sind die grundlegenden Definitionen von Begriffen wie „Nation“ oder „Staat“, die das Selbstverständnis der Gesellschaft weitgehend beeinflussen, am tiefsten verankert. Die zweite Gruppe enthält hingegen bestimmte Deutungen von Ideologien, die einen Rahmen für Aussagen über das Verhältnis zum „Anderen“, in diesem Fall zu den anderen Nationen, bilden und sie dadurch verständlich machen. Die dritte Kategorie diskursiver Ressourcen umfasst symbolische Bilder bzw. Metaphern, die sich in der Regel auf historische Erfahrungen, Prinzipien oder Ideologien beziehen und die heutige Wahrnehmung von Rollen untermauern.

4.2.2 Europa als der „Andere“

Ähnlich wie bei der Frage der politischen Sicherheit gehörte die Integration Polens in die Europäische Union auch im Kontext der Auseinandersetzungen um die gesellschaftliche Sicherheit zu den meist diskutierten Themen der letzten Jahre. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Frage, wie sich dieser Prozess auf die Gesellschaft auswirken wird. Während sich die Patriotismus-Debatten überwiegend durch die Beschäftigung mit den Begriffen Nation und Staat auszeichneten, spielte in den Diskussionen über die gesellschaftliche Positionierung gegenüber Europa der Begriff der Identität eine zentrale Rolle. Um diese zu erörtern, wird es im Folgenden in erster

Linie darum gehen, im Identitätsdiskurs die grundlegenden Themen und Strukturen zu identifizieren, die zur Artikulation des Verhältnisses zwischen dem „Selbst“ (Polen) und dem „Anderen“ (Europa) verwendet werden. Daran schließt sich eine Analyse ausgewählter Narrationen an, in denen es um identitäre Transformationsprozesse in der Gesellschaft geht. Das Ziel dabei ist es, Fälle von *securitization* und *deseuritization* aufzudecken, um auf dieser Grundlage Aussagen zur Konstruktion von Sicherheit auf gesellschaftlicher Ebene treffen zu können.

4.2.2.1 Nationale Identität im Verhältnis zu Europa

Während sich die Diskussionen über den Patriotismus an der Definition der Nation als einer kulturellen oder politischen Gemeinschaft orientierten, steht in den Aussagen, in denen es unmittelbar um das Zusammenspiel zwischen der polnischen Gesellschaft und der europäischen Integration geht, vor allem der Begriff der Identität im Zentrum der Narrationen. Die Suche der polnischen Gesellschaft nach einer zeitgemäßen Definition der eigenen Identität führt in erster Linie über Reflexionen über die Rolle der Geschichte im Prozess der Identitätsbildung. Dabei wird hauptsächlich auf die große Bedeutung der historischen Untermauerung der Identität hingewiesen, wie sich der folgenden Aussage entnehmen lässt:

84. Nach einem Jahrzehnt der **Verbannung der Geschichte aus dem öffentlichen Leben** fangen wir immer mehr damit an, Antworten auf die Frage „Wer sind wir?“ zu suchen. Die europäische Identität kann nicht durch eine **Reduktion nationaler Identitäten** gebaut werden - eine solche Identität wäre eine **Lüge**, eine **Frucht grauenvoller Soziotechnik**. **Nur der eigenen Identität bewusste Nationen** können zusammen mit den anderen einen breiteren Kontext für eine gemeinsame europäische Kultur bilden. **Ohne eine historische Identität und ohne ein kollektives Gedächtnis** werden wir ganz sicher keine besseren Europäer sein. *RP 14.12.2004*

Nachdem die 1990er Jahre dieser Aussage zufolge eine geschichtslose Zeit waren, zeichneten sich die öffentlichen Diskussionen der letzten Jahre durch die Suche nach den historischen Wurzeln der polnischen Identität aus. In diesem Kontext wird die nationale Identität ausdrücklich als eine „historische Identität“ definiert, die auf einem „kollektiven Gedächtnis“ beruhe und die notwendige („nur“) Voraussetzung für die Entstehung einer gemeinsamen europäischen Identität darstelle. Gleichzeitig wird vor dem Versuch gewarnt, die europäische Identität in einem Prozess zu bilden, in

dem sich die einzelnen Nationen auf eine minimale Gemeinsamkeit einigen würden („Reduktion nationaler Identitäten“). Ein derartiges Vorgehen würde der Wahrheit widersprechen („eine Lüge“) und die Gesellschaft manipulieren („eine Frucht grauenvoller Soziotechnik“).

Betrachtet man die Wertestruktur des angeführten Fragments, kann man daraus schließen, dass der Narration eine idealtypische Vorstellung zugrunde liegt, in der Geschichte mit Wahrheit und Ehrlichkeit in Verbindung gebracht wird. Auf diese beiden Werte soll sich sowohl die eigene nationale Identität als auch die europäische Identität stützen. Dieser wertegeleitete Diskurs markiert den Weg zur Herausbildung übergeordneter Identitäten und setzt voraus, dass diese auf der nationalen Ebene beginnen muss.

Einen weiteren Aspekt in der Diskussion über die Rolle der Vergangenheit in der Identitätsbildung stellt die Auswirkung bestimmter historischer Erfahrungen auf die Gestalt der gegenwärtigen Identität dar. In diesem Zusammenhang wird auf die Einzigartigkeit der Geschichte Ostmitteleuropas hingewiesen:

85. Wir, die Bewohner Ostmitteleuropas, wissen gut, dass die Geschichte **ein blutiges Kaleidoskop** ist und dass **keine Macht, keine Regierung und kein Recht dauerhaft ist**. Wir haben einen empfindlichen Sinn für die **Vergänglichkeit** des Materiellen und des Offiziellen: Ohne unsere Häuser zu verlassen, lebten wir bereits in verschiedenen Staaten und Regimen, wir hatten unterschiedliche Feiertage und in unseren Amtsstuben hingen die Bilder diverser Führer. Diese **Erfahrungen** haben unsere Mentalität und unsere politische Kultur beeinflusst, indem sie sie **spezifisch geformt und deformiert** haben – ganz anders, als die politische Kultur der gegenwärtigen Westeuropäer geformt und deformiert ist. Wir können **schweigend zweifeln** und schätzen an uns diese Fähigkeit, die alle Propagandisten und Demagogen so sehr irritiert. Den **passiven Widerstand** haben wir über viele Generationen hinweg trainiert und wir haben zu ihm als einer politischen Haltung großes Vertrauen. Manchmal verlieren wir daran, aber im Endeffekt hat es sich für uns historisch gelohnt. *RP 16.07.2005*

Die Besonderheit der Geschichte, mit der die Ostmitteleuropäer konfrontiert waren, wird in diesem Kontext in einem Gegensatz zu den historischen Erfahrungen der Westeuropäer konstruiert. Diese Kontrastbildung betrifft zwei wesentliche Aspekte:

Erstens wird als das wichtigste Merkmal der Geschichte Ostmitteleuropas ihre Vergänglichkeit angesehen, die sich in der politischen Instabilität der Region, d. h. den häufig wechselnden Regierungen bzw. politischen Regimen, widerspiegle. Zweitens führten diese Erfahrungen dazu, dass die Bevölkerung eine passive und von Zweifeln geprägte Haltung gegenüber dem politischen Geschehen einnehme. Dieser Mechanismus bestimme den Umgang der Ostmitteleuropäer mit der Vergangenheit und beeinflusse ihre allgemeine Geisteshaltung sowie die politische Kultur, die sich dadurch von der Mentalität und der politischen Einstellung der Westeuropäer deutlich unterscheiden. In der Selbstwahrnehmung der Ostmitteleuropäer, darunter auch der Polen, hat dieses „Anderssein“ im Vergleich zum Rest Europas einen anormalen Charakter, was hier durch die Feststellung zum Ausdruck gebracht wird, dass die politische Kultur „spezifisch geformt“ und „deformiert“ sei. Die die Argumentation eröffnende Metapher des Kaleidoskops, die schöne Bilder und optische Reflexionen hervorruft, illustriert zusätzlich den Mechanismus, durch den Mentalitäten und politische Kulturen entstehen, indem sie das Zufallsprinzip bei ihrem Zustandekommen und die Vielfalt an historischen Einflüssen suggeriert.

Bei einer genaueren Betrachtung lässt sich im polnischen Identitätsdiskurs ein selektiver Umgang mit historischen Ereignissen feststellen, der an manchen Stellen kritisiert wird. Wie bereits während der Analyse der Patriotismus-Debatten deutlich geworden ist, gehören die Romantik, die Zwischenkriegszeit und der Zweite Weltkrieg zu den am häufigsten anzutreffenden Referenzen. Gleichzeitig wird – auch wenn nur am Rande – auf den starken Einfluss der Erfahrungen aus der Nachkriegszeit hingewiesen, die trotzdem nicht zu den beliebtesten historischen Referenzen zählen:

86. In den aktuellen Regierungskreisen spricht man viel über Geschichtspolitik, nationales Erbe und modernen Patriotismus. Über den Aufbau der gegenwärtigen Identität der Polen als **einer Wertegemeinschaft** und nicht nur als der **Summe individueller Interessen**. Aber wie viel wir auch über Piłsudski und Dmowski sprechen, über die Weisheit der Autoren der Verfassung vom 3. Mai und den Heroismus der Aufständischen von Warschau, immer wird uns die Volksrepublik wie Stroh aus den Schuhen herausgucken⁸². Unabhängig davon, ob wir uns in ihr wie Fische im Wasser gefühlt oder ob wir sie gehasst

⁸² Der Ausdruck „wie Stroh aus den Schuhen herausgucken“ wurde hier wörtlich aus dem Polnischen übersetzt, da er ein bestimmtes Bild transportiert, das unten näher erläutert wird. Idiomatisch geläufiger wäre im Deutschen ansonsten die Übersetzung „immer wird uns die Volksrepublik nachhängen“.

haben – für die Mehrheit der erwachsenen Polen ist sie die einzige **räumliche und zeitliche Wirklichkeit, in der wir real verwurzelt** sind. Der von der Volksrepublik geerbte kulturelle Code ist das **Baumaterial für unsere gegenwärtigen Mythen**; er macht aus uns eine Gemeinschaft. Er ist – ob wir es wollen oder nicht – **das Urpolnische, das Unsere und nur Unsere** in einer sich globalisierenden Welt. *RP 15.03.2006*

Wie in dem zitierten Fragment deutlich wird, findet die jüngste Geschichte der Volksrepublik Polen, die die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten 60 Jahre wesentlich geprägt hat, im Allgemeinen nur schwer Eingang in die Diskussionen über die nationale Identität. Während sich diese auf ausgewählte, in der Regel mit einer positiven Botschaft verbundene Ereignisse stützen, wie hier z. B. die ideologischen Rivalitäten zwischen Piłsudski und Dmowski⁸³, die Verabschiedung der ersten polnischen Verfassung am 3. Mai 1791⁸⁴ oder auch den Warschauer Aufstand von 1944⁸⁵, wirke die kommunistische Vergangenheit vor allem durch ihren Einfluss auf die kulturelle Ebene nach. Die gesellschaftliche Identität sei noch immer entscheidend von einem „kulturellen Code“ aus diesen Zeiten geprägt, auch wenn diese im Vergleich zu anderen Ereignissen in den öffentlichen Debatten weniger präsent sind. Trotzdem verbinde diese gemeinsame Erfahrung die Menschen zu einer Gemeinschaft und bilde eine Grundlage für eine allseitig geteilte Mythologie.

Diese Argumentation steht im Gegensatz zu der allgemein verbreiteten Auffassung, das von der Sowjetunion erzwungene kommunistische Regime stelle sowohl aus politischer als auch aus kultureller Sicht eine Art ungewollte „Fremdeinwirkung“ dar. Aus diesem Grund werden die in der Regel als negativ angesehenen Referenzen bezüglich des kommunistischen Erbes in der Gesellschaft weitgehend aus dem Identitätsdiskurs ausgelassen. Dieses Erbe soll, wie das Bild des Strohs in den Schuhen

⁸³ Zu den politischen Konzeptionen von Roman Dmowski und Józef Piłsudski vgl. Kapitel 4.2.1.

⁸⁴ Die Verfassung vom 3. Mai 1791 wurde als erste polnische Verfassung und gleichzeitig als die erste moderne Verfassung in Europa verabschiedet. Sie ging auf Ansätze zu einer Staatsreform zurück, die vor dem Hintergrund der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 entstanden sind (ausführlicher vgl. Bos 2004: 132).

⁸⁵ Der Warschauer Aufstand war eine Erhebung der polnischen Widerstandsbewegung *Armia Krajowa* (AK, dt. Heimatarmee) gegen die deutsche Besatzungsmacht. Er begann am 1. August 1944. Der Aufstand, der ein „zentraler Punkt auf der Karte des kollektiven Gedächtnisses“ (Ruchniewicz 2007: 3) ist und heute „ein wichtiges Element der Selbstwahrnehmung als Opfer“ darstellt (ebd.: 4), war in der Nachkriegszeit zunächst Gegenstand einer negativen Propaganda des kommunistischen Regimes und anschließend eines Historikerstreits. Zu seinem 60. Jahrestag wurde in Warschau das Museum des Warschauer Aufstands eröffnet, das als eine Art Zusammenfassung der Auseinandersetzungen um die Bewertung dieses Ereignisses gesehen werden kann.

veranschaulicht, lieber versteckt gehalten werden, weil es als Zeichen proletarischer Einflüsse gilt. Die Ironie, der sich der oben zitierte Text an dieser Stelle bedient, zielt darauf ab, die tief wirkende Bedeutung dieses doch unerwünschten historischen Erbes zusätzlich zu betonen.

Ebenfalls ironisch wird das Gewicht der Geschichte in der polnischen nationalen Identität in der Aussage eines Künstlers behandelt, der die historischen Erfahrungen und das gegenwärtig in der polnischen Gesellschaft verbreitete Konsumverhalten gegenüberstellt:

87. Die Wahrheit ist, dass wir der Europäischen Union in **den gestreiften Anzügen der Konzentrationslager und mit Plastiktüten ausländischer Supermärkte** beitreten. *RP 4.06.2005*

Es handelt sich hier um eine kuriose Zusammenstellung zweier Wesenszüge der polnischen Gesellschaft: der im historischen Diskurs vorherrschenden Opferrolle auf der einen und der auf die Jahre der Güterknappheit folgenden übertriebenen Konsumfreude der Polen auf der anderen Seite. Die offensichtliche Widersprüchlichkeit dieser beiden Haltungen lässt in diesem Fall eine kritische Einstellung gegenüber der nationalen Identität und ihren Ausdrucksformen erkennen.

Eine ähnliche, wenn auch weniger von derart krassen Gegensätzen geprägte Kritik der polnischen nationalen Identität betont die Schwierigkeiten, die im Prozess der europäischen Integration in Verbindung mit bestimmten Eigenschaften der Polen auftreten können:

88. Ein Vierzigmillionenvolk ist **sperrig**: Es lässt sich, anders als die Ungarn oder die Tschechen, nur schwer wie ein bequemes, aber ausdrucksvolles Element in das europäische Puzzle einfügen. Auf der anderen Seite hat Polen um die Hälfte weniger Einwohner als alle anderen europäischen Hauptnationen. Also gleichsam zu wenig und zu viel. Mit einer Mentalität, die man sich auch ohne Nachforschungen als **problematisch** vorstellen kann, da in ihr der **Stolz** neben den **Ansprüchen** besteht; der einfache **Triumph** neben der Gewöhnung an **Unrecht und Niederlagen**; die **Ehre der Unabhängigkeit** neben der **Suche nach Hilfe und Protektion**, als ob das eigene Selbstvertrauen nicht reichen würde. Es fällt den Polen schwer zu erkennen, dass ihre **Geschichte**, mit der sie sich häufig **schmücken** oder die sie **verfluchen**, **peripher, provinziell** ist [...] *RP 13.11.2004*

Als Problem werden in diesem Kontext sowohl die Anzahl der Einwohner als auch ihre Mentalität genannt. Die Narration beginnt mit der Feststellung, die polnische Nation sei „sperrig“, daher aus europäischer Sicht schwer handhabbar und integrierbar. Im weiteren Verlauf konstruiert sie ein Bild der „problematischen“ Mentalität, was durch eine Aufzählung gegensätzlicher und zum Teil nicht mit einander vereinbarer Charaktereigenschaften und Haltungen geschieht. Dabei kommt es zu einer Gegenüberstellung solcher Begriffe wie Stolz und Ansprüche, Triumph und Niederlage sowie Unabhängigkeit und Protektion. Der Kern des Problems liegt dieser Argumentation zufolge in den zahlreichen Widersprüchen, die die in der polnischen Gesellschaft allgemein vertretene Geisteshaltung charakterisieren. Vergleichbare Denkstrukturen lassen sich auch im Umgang mit der Frage nach dem Stellenwert der nationalen Vergangenheit beobachten. Der in der breiten Gesellschaft empfundenen großen Bedeutung der Geschichte, die als ein Schmuckstück der Nation bzw. ein Fluch wahrgenommen wird, wird ihre Provinzialität gegenübergestellt. Insgesamt stützt sich die in der Narration geäußerte Kritik auf eine Logik des Kontrasts und des Widerspruchs. Der Gedankengang baut in seiner Struktur auf der Feststellung einer deutlichen Diskrepanz zwischen der Selbstwahrnehmung der Polen und ihrer Perzeption durch die Anderen auf, die in dem Fall in einer systematischen impliziten Kontrastbildung zum Ausdruck kommt.

Betrachtet man die Aussagen, in denen es um die Beziehung zwischen der nationalen und der europäischen Identität geht, lässt sich in den Diskussionen ein Spektrum unterschiedlicher Relationsarten feststellen, die von der Interdependenz bis hin zur Liebe reichen. Eine erste Annäherung an das Wesen der Europäischen Union führt zur Wahrnehmung einer gegenseitigen Abhängigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU:

89. Die EU ist nicht aus Beton. Sie stellt einen gegenüber Erschütterungen und destruktiven Bestrebungen sensiblen Mechanismus dar. **Ihr Fortbestand und ihr Fortschritt hängen von dem Willen und der Anstrengung der Staaten ab, die ihr angehören.** Die EU ist das konstruktivste politische Projekt der letzten Jahrhunderte; sie ist ein Heilmittel gegen den Niedergang und die Vasallisierung Europas. Angesichts der Krise, die die EU aktuell durchlebt, sollte Polen keine **Erwartungshaltung** einnehmen und sich nicht darauf beschränken, auf Initiativen anderer Länder zu **reagieren**. Die Zukunft Polens verlangt danach, ohne Verzug zur Überwindung dieser Krise beizutragen.

Die EU, das sind „wir“ und nicht „sie“. Solidarität bedeutet dagegen nicht nur das **Recht**, sie zu verlangen, sondern auch die **Pflicht**, sie zu zeigen. *RP 18.02.2006*

Diese Argumentation betont die Bedeutung des Engagements der Mitgliedstaaten für das Gelingen der EU. Die Europäische Union wird dabei als ein „Mechanismus“ begriffen, was implizit voraussetzt, dass sie „funktionieren“ muss. Darüber hinaus sei sie aber vor allem ein „sensibles“ („nicht aus Beton“), wenn auch eindeutig ein „konstruktives“ Projekt. Dieser Auffassung liegt eine ausgesprochen mechanistische Vorstellung der internationalen Beziehungen zugrunde, in der sowohl die Mitgliedstaaten als auch die EU selbst eine eigene Identität sowie eine eigenständige Position haben. Dabei wird die EU als ein präzises Regelwerk angesehen, das, um erfolgreich zu sein, auf die Mitwirkung seiner Mitglieder angewiesen ist. Die Verbindung zwischen den einzelnen Elementen wird durch den Solidaritätsgrundsatz hergestellt, aus dem sich sowohl Rechte als auch Pflichten ableiten lassen. Letztere seien auch eine Folge der Verantwortung, die die Mitgliedstaaten, darunter auch Polen, für das einzigartige europäische Projekt tragen und übernehmen sollten. Aus diesem Grund wird in der Aussage für die Auflösung des Gegensatzes zwischen den Gleichungen „wir = Polen“ und „sie = Europa“ sowie für den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Wir-Gemeinschaft plädiert. Die Annäherung, um die es sich hier handelt, ist eine zwischen Polen und der EU als einer eigenständigen Einheit; entsprechend der generellen Logik der europäischen Integration wird die polnische Seite zu einer aktiven Haltung aufgefordert.

Eine Mitarbeit in den europäischen Strukturen wird ebenfalls in Zusammenhang mit der Frage der emotionalen Bindung zur EU verlangt:

90. Wir müssen diese **neue Heimat Europa** gar nicht **lieben**. Es reicht, wenn wir uns dort wohl fühlen, und dies hängt von der Rolle ab, die wir uns dort erarbeiten. *RP 13.11.2004*

Im Gegensatz zur „heiligen Liebe zum Vaterland“ (*RP 13.11.2004*) wird hier das „Wohlgefühl“ als eine bevorzugte Art der Beziehung zu Europa genannt. Ob es möglich ist, dieses Wohlgefühl zu erlangen, hänge von der wahrgenommenen eigenen „Rolle“ ab; der Schlüsselbegriff sei dabei die „Arbeit“, da man sich diese „Rolle“ „erarbeiten“ müsse.

Mit einer anderen Dimension der Annäherung in Europa, nämlich der zwischen den einzelnen Nationen der Europäischen Union, befasst sich die nächste Aussage:

91. Wollen wir eine **reale Annäherung der Nationen** der Europäischen Union, so müssen wir uns um **ein gemeinsames Gedächtnis** kümmern, das die Erfahrung des Zusammenseins bestimmt und erklärt. Schweigen und Vergessen sind keine Mittel für gute Beziehungen zwischen den Ländern, die von der Geschichte belastet sind – Nationen mit einer so alten Kultur wie die europäische Kultur. *RP 11.03.2006*

Die „reale Annäherung“ und das „Zusammensein“ der Europäer sind in dieser Perspektive nur auf der Grundlage eines „gemeinsamen Gedächtnisses“ möglich. An dieser Stelle wird also erneut betont, dass eine kollektive europäische Erinnerung und ein offener Umgang mit den schwierigen Fragen der Geschichte für die Qualität des Verhältnisses zwischen den EU-Mitgliedern von entscheidender Bedeutung seien.

Betrachtet man zusammenfassend die oben angeführten Aussagen über die Beziehungen zwischen Polen und der EU, so fällt auf, dass es in diesem Zusammenhang zu einer gewissen Vermischung der Ebenen kommt. Einerseits wird nach der individuellen Einstellung der Bürger zur Europäischen Union und ihrer Heranführung an die europäischen Politiken und Institutionen gefragt; andererseits werden jedoch gleichzeitig, als Antworten auf diese Frage, Aussagen über die Rolle der Mitgliedstaaten und die Annäherung der europäischen „Nationen“ getroffen. Es scheint daher nicht ganz klar zu sein, welche Ebene für die Betrachtung der Zusammenhänge zwischen der nationalen und der europäischen Identität die richtige ist – eine Einschätzung, die ebenso für die Beantwortung der Frage gilt, auf welchem Wege es zur Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls kommen kann.

4.2.2.2 Europa als Gefahr

Im Unterschied zu den im letzten Abschnitt analysierten Aussagen, in denen es um das allgemeine Verständnis der Beziehungen zwischen der nationalen und europäischen Ebene der Identität ging, wird im Folgenden der Frage nachgegangen, welche Auswirkung des Integrationsprozesses auf die nationale Identität erwartet wird. Betrachtet man zunächst die Aussagen, in denen auf eine Gefährdung der polnischen Nation durch die europäische Integration hingewiesen wird, lassen sich drei wichtige

Themenbereiche identifizieren: Erstens wird im Zuge einer wertedominierten Debatte um die Zukunft des Polentums gefürchtet. Zweitens werden wirtschaftliche Aspekte wie vor allem die Auswirkung der Integration auf das Humanpotenzial der Nation betrachtet. Drittens lässt sich eine eher politische Besorgnis ausmachen, in der die Loyalität der Bürger gegenüber den nationalen Institutionen hinterfragt wird.

Schaut man sich die Narrationen an, in denen das „Polentum“ (*polskość*) als von der europäischen Integration bedroht dargestellt wird, stellt sich zunächst die Frage, was sich in der öffentlichen Wahrnehmung hinter diesem Begriff verbirgt. Laut der geläufigen Definition des Historikers Tadeusz Łepkowski lassen sich unter *polskość* die ethnische Gemeinschaft, die Sprache, die Religion, die Gemeinschaft der Kultur, die Tradition sowie Bräuche und Sitten zusammenfassen (Dialog 2003/2004: 9). Es handelt sich an dieser Stelle also um einen kulturell geprägten Begriff, dessen Inhalt der Bedeutung von kultureller Identität entspricht. Der Schutz des „Polentums“ wie auch der nationalen Identität bedeutet daher die Verteidigung bestimmter Werte, was Versuchen gleichzusetzen ist, den als gefährlich angesehenen Einflüssen zu widerstehen oder sie zu meiden. Als gefährliche Einflüsse werden im Kontext der Diskussionen der letzten Jahre vor allem zwei Denkrichtungen angesehen: der Kosmopolitismus und der Liberalismus.

Kosmopolitismus, was soviel wie Weltbürgertum bedeutet, gilt zwar im Allgemeinen als der Gegensatz zum Nationalismus, wird aber in diesem Kontext durchaus als die Opposition zum Patriotismus verstanden, der eine besondere Beziehung zum eigenen Land beinhaltet:

92. Dies geht mit der **Angst** um das weitere Schicksal des Polentums einher: der Sprache, der Kultur, der historischen Tradition und des Patriotismus selbst. All dies kann, in den Augen mancher, **im kosmopolitischen Meer der Europäischen Union versinken**. An dieser Stelle werden Erfahrungen eines Landes hörbar, das in den letzten drei Jahrhunderten gerade mal 30 bis 40 Jahre volle Souveränität genossen hat. Die **Angst vor weiteren Teilungen** tritt derzeit in den Vordergrund unserer nationalen Komplexe. Hier helfen keine Argumente, die auf die Integrationserfahrungen im Westen Europas hinweisen, wo es nicht zum Verschwinden der deutschen, französischen, italienischen oder englischen Kultur kam. Im Gegenteil haben wir dort mit einer Verstärkung der Autonomie- und Zentrifugalbewegungen zu tun [...]. Auch in

Polen hören wir von Versuchen, die schlesische Nation zu legalisieren.

Pol 01/2004

Die zu analysierende Narration bietet zunächst eine Beschreibung der Bedrohung, die der übernationale Charakter der Europäischen Union (der Kosmopolitismus) für die polnische nationale Identität darstellen kann: Die EU wird hier als ein „kosmopolitisches Meer“ bezeichnet, in dem sich das „Polentum“ in der Zukunft verlieren kann, da es fremden Einflüssen unterliegt („versinken“). Hinter diesem für die Narration zentralen Bild verbirgt sich hauptsächlich die Wahrnehmung einer diffusen und nicht genau definierten Bedrohung. Die Narration bedient sich dieser metaphorischen Darstellung mit dem Ziel, die ausgesprochene Furcht vor der Auflösung nationaler Eigenschaften im Zuge der EU-Integration zu verstärken. Das Meer, das eine Naturgewalt darstellt, in dem man untergehen oder von dem man überschwemmt werden kann, ruft gleichzeitig das Gefühl der Unsicherheit und Unberechenbarkeit hervor. Die Verwendung dieses Bildes zur Beschreibung der europäischen Wirklichkeit führt dazu, dass diese beiden Merkmale auf den Prozess der europäischen Integration übertragen werden.

Weitere Ängste, auf die die rekonstruierte Erzählung zurückgreift, haben überwiegend politischen Charakter. Es handelt sich erstens um die Bedrohung der Souveränität des Staates, die hier in Bezug auf die kulturelle Identität der Nation eine schützende Funktion erfüllen soll. Diese Angst basiert auf bestimmten historischen Erfahrungen, wie z. B. der Politik der Germanisierung oder der Russifizierung im 19. Jahrhundert, die die polnische Gesellschaft zur Zeit der Teilungen Polens als eine Nation ohne Staat machen musste. Zweitens wird in dem Ausschnitt auf die Gefahr zunehmender Autonomiebewegungen hingewiesen, die mit der von der EU geförderten Stärkung regionaler Identitäten zusammenhängt. Dieses Phänomen betrifft in Polen vor allem Schlesien, da die Affirmation einer „schlesischen Identität“ als eine Bedrohung für die Einheit der Nation sowie für die Unteilbarkeit des staatlichen Territoriums interpretiert wird.

Betrachtet man die narrative Struktur des gesamten Fragments, kann man feststellen, dass die Erzählung mit der Deutung des europäischen Kosmopolitismus, den Teilungen Polens als historischen Referenzen sowie der Warnung vor dem schlesischen Separatismus typische Bedrohungskonstruktionen beinhaltet. Das von diesen Gefahren betroffene Referenzobjekt ist das „Polentum“, was sich als

polnische nationale kulturelle Identität interpretieren lässt. Geht man der Frage nach, ob es sich hier um einen Fall von *securitization* handelt, lässt sich diese allerdings nicht eindeutig beantworten: Erstens fehlt in der Narration die für *securitization*-Szenarien charakteristische Handlungsstruktur, die eine Forderung nach Sondermaßnahmen zur Lösung des erkannten Sicherheitsproblems beinhaltet. Zweitens weist die Erzählung erhebliche Schwächen in den Argumentationsstrukturen auf, da der kausale Zusammenhang zwischen der als Gefahrenursache eingestuften Europäischen Union und den befürchteten Entwicklungen nicht erklärt wird. So erscheint es einerseits zumindest fraglich, ob der Vergleich zwischen der freiwilligen partiellen Übertragung nationaler Souveränitätsrechte vom polnischen Staat auf eine supranationale Institution wie der EU und dem Verlust der Unabhängigkeit und der eigenen Staatlichkeit im Falle der polnischen Teilungen vom Publikum als angemessen wahrgenommen wird. Andererseits bleibt auch unklar, auf welche Weise die europäische Integration separatistische, die Integrität des Staates bedrohende Bewegungen begünstigen soll. Abschließend kann man allerdings festhalten, dass sich die analysierte Erzählung trotz der beiden genannten Schwachpunkte in der Handlungsstruktur als ein *securitization*-Versuch einordnen lässt, auch wenn er beim Publikum wahrscheinlich kaum Erfolgschancen hätte.

Die Undefinierbarkeit der europäischen Identität, die sich in der Schwierigkeit äußert, Werte zu benennen, auf denen sie basieren könnte, steht im Mittelpunkt der folgenden Aussage:

93. Die EU bietet ihren Bürgern im Moment **keine neue Identität** an. Im Gegenteil – in der EU werden **alle Werte verwässert**. Noch vor einigen Jahren, zu Zeiten des Kalten Krieges, wurde die Identität der Europäer durch die Politik bestimmt. Auf der einen Seite des Eisernen Vorhangs war **das freie Europa**, auf der anderen **die unfreien Nationen**. Heute ist es deutlich problematischer, Europa durch **eine Abneigung gegenüber dem Fremden** zu definieren. Wer sollte nämlich der Fremde sein? Russland? So denken wahrscheinlich manche Polen, aber niemand im Westen. Uns fehlt heute die frühere Überzeugung von Politikern wie z. B. Jacques Delors, die eine Vision der Vereinten Staaten von Europa hatten (Er hat diese Formulierung nie benutzt, aber genau darum ging es.) **Heute ist ein solcher Traum von Europa als einem Körper tot**. Wir stellen uns alle die Frage: Was soll diese Union, wozu dient sie? Und wir können sie nicht wirklich beantworten. *RP 11.03.2006*

Ähnlich wie in der zuvor analysierten Narration wird in dem angeführten Fragment darauf hingewiesen, dass die Europäische Union eine kulturelle Gefahr darstellt. Die Gefahrenkonstruktion lässt sich dabei folgendermaßen zusammenfassen: Die Schwäche der EU, eine eigene Identität zu definieren, führe zu einer „Verwässerung“ der Werte. Zurückzuführen sei diese Schwäche auf strukturelle Schwierigkeiten, die aus der veränderten Situation nach dem Ende des Kalten Krieges resultieren, wobei das Problem darin bestehe, dass keine einfachen politischen Gegensätze mehr vorhanden seien, auf deren Grundlage sich eine europäische Identität herausbilden könnte. Zu solchen Denkstrukturen habe beispielsweise die Opposition zwischen dem „freien Europa“ und den „unfreien Nationen“ gehört, die noch zu Zeiten des Eisernen Vorhangs galt und die Festlegung einer europäischen Identität erleichterte. Aus dem einfachen Grund, dass es schwierig geworden sei, den „Fremden“ zu identifizieren und seine Rolle festzulegen, finde der Mechanismus, in dem die Identität in Abgrenzung eines „Fremden“ bestimmt wird, heute keine Anwendung mehr.

Als Ergebnis des oben rekonstruierten Gedankengangs kommt in der analysierten Narration eine dem vorherigen Bild des Meeres ähnliche undefinierbarkeit und Ideenlosigkeit der europäischen Integration zum Ausdruck. Begleitet wird sie von der Empfindung, die gegenwärtige Politik sei in Bezug auf das europäische Projekt orientierungslos. Dieser Eindruck wird durch den Vergleich mit der Geschichte der Integration (z. B. mit der europäischen Vision von Jacques Delors) zusätzlich verstärkt. Nimmt man diese Einschätzung der aktuellen Lage der Europäischen Union in Bezug auf die Identitätsfrage als einen Ausgangspunkt einer Problembeschreibung, können in der rekonstruierten Narration bestimmte Elemente identifiziert werden, die auf *securitization*-Strukturen hinweisen. So kommt es einerseits zu einer Konstruktion von Bedrohungen: Die Wertelosigkeit der europäischen Integration wird als eine Gefahr für die Identität aufgefasst, während der Mangel an europäischen Visionen die Zukunft des europäischen Projekts bedrohe. Darüber hinaus lässt sich in der Erzählung auch eine Handlungsaufforderung erkennen, die Sinnfrage der europäischen Integration zu beantworten und ihr Ziel neu festzulegen. Andererseits fehlt, um zu einer vollständigen *securitization*-Handlungsstruktur zu gelangen, in der Narration ein klar definiertes Referenzobjekt der Sicherheit. Man kann daher vermuten, dass die angeführte Aussage nur im Zusammenhang mit dem gesamten Identitätsdiskurs eine effiziente Sicherheitsbotschaft vermitteln kann.

Die zweite Ideologie, die im Kontext der Identitätsdiskussionen als Gefahr aufgefasst wird, ist der Liberalismus. Seine Einordnung als eine Bedrohung der Nation setzt eine konservative Vision der nationalen Identität voraus, die vor allem auf der rechten Seite der politischen Szene verbreitet ist. In ihrer radikalen Form basiert die antiliberale Argumentation auf einer Komplott-Logik:

94. **Die rechten Parteien** und ihre Presseorgane hauen unentwegt auf die Pauke und bekunden, dass die allerheiligste Republik wieder in Not ist: **Polen wird es bald nicht mehr geben**; um **den Ausverkauf der Reste** kümmern sich die Euro-Enthusiasten, die bereits von den Außenstellen internationaler **geheimer Organisationen** mit den **Freimaurern** an der Spitze umgarnt wurden. In diesen Denkkonstruktionen ist **nur der katholische Pole ein Patriot, der sich dem europäischen Sturm des Liberalismus widersetzen wird.**

Pol 11/2001

Versucht man, anhand dieses Metadiskurses die einzelnen Elemente des Diskurses der Liberalismus-Gegner zusammenzuführen und ihre narrativen Strukturen zu rekonstruieren, wird deutlich, dass die Erzählung, in der das liberale Gedankengut zum Hauptfeind der Nation erklärt wird, das Ziel verfolgt, vor den als gefährlich empfundenen Einflüssen des Liberalismus zu warnen. Dieser wird in diesem Kontext als ein (west-) europäisches Phänomen angesehen, das eine gewaltige („der europäische Sturm des Liberalismus“) Bedrohung für Polen darstellt. Um diese Bedrohung genauer zu beschreiben, werden – wie sich der zitierten Aussage entnehmen lässt – von den Gegnern der Europäischen Union drei dringliche („bald“) Schreckensbilder angeführt: der Ausverkauf des Landes, die Unterwanderung durch die Geheimdienste sowie die Machtposition der Freimaurer. Alle drei zusammen sind Zeichen eines Komplotts gegen die Nation und führen dazu, dass sich die Republik (*Rzeczpospolita*) derzeit in einer Notlage befindet. Als eine mögliche Lösung des Problems wird eine Stärkung der nationalen Identität gefordert, die überwiegend als eine katholische Identität verstanden wird. Der „wahre“ Patriot, ein katholischer Pole (*Polak-Katolik*) soll dabei den schädlichen Außeneinflüssen standhalten.

Betrachtet man die Erzählstrukturen, so gibt das Fragment eine beispielhafte Narration wieder, in der die Nation als Referenzobjekt von *securitization*-Prozessen und Europa als eine Bedrohung fungieren. Zu einer konkreten Gefahr für die nationale Identität werden in diesem Fall liberale Tendenzen erkoren. Die Handlungsstruktur der Erzählung entspricht insofern einem typischen *securitization*-Plot, als sie neben

dem Referenzobjekt und eindeutigen Bedrohungskonstruktionen auch nach einer bestimmten Maßnahme verlangt, die es ermöglicht, die wahrgenommenen Gefahren abzuwenden. Diese Handlungsstruktur wird durch eine bestimmte Tiefenstruktur untermauert. Betrachtet man zunächst die Aktantenkonstellation, lässt sich erkennen, dass eine Trennlinie zwischen den polnischen katholischen Patrioten auf der einen Seite und den Euroenthusiasten, internationalen Spionen und Freimaurern auf der anderen Seite gezogen wird. Die letzteren werden dabei, trotz offensichtlicher Unterschiede, zu einer Kategorie zusammengefasst und fungieren als eine Verkörperung des Bösen. Dem Bösen wird dabei das Gute (*Najjaśniejsza Rzeczpospolita*) entgegengesetzt und dem Fremden (der europäische Liberalismus) das Heimische (der nationale Katholizismus). Die der Narration zugrunde liegenden Werte lassen sich also unter dieser einfachen Struktur zusammenfassen.

Auch wenn sich die meisten diskutierten Aspekte der gesellschaftlichen Sicherheit auf Werte und kulturelle Eigenschaften beziehen, lassen sich in den Auseinandersetzungen um die Zukunft der Nation auch einige wenige Fälle identifizieren, in denen auf andere Gefahren hingewiesen wird. Besonders dringlich erscheint in der letzten Zeit vor allem die Migrationsfrage, weshalb nachfolgend exemplarisch ein Fragment analysiert wird, in dem die Auswanderung als eine Gefahr für die Nation dargestellt wird:

95. Noch weniger Verständnis scheinen die polnischen Wähler für die jungen Intellektuellen aus dem Umkreis von „Krytyka Polityczna“ zu haben. Liest man Aussagen von Vertretern [dieser Zeitschrift], kann man den Eindruck gewinnen, dass sie übersehen, dass das Land, in dem sie leben, von den Kommunen bis hoch in die höchsten Staatsämter von **Korruption** zerfressen ist, dass dort **eine sich automatisch reproduzierende hermetische Machtelite** existiert, die die höchsten Posten in der Verwaltung und in der Wirtschaft nicht selten mit Vertretern der dritten Generation derselben Familie besetzt, dass die meisten jungen Bürger von Anfang an **keine Aufstiegschancen** haben. In der Welt, in dem dieses Milieu lebt, existiert die **für die polnische nationale Substanz tödliche Gefahr** nicht, die aus der **massenhaften Auswanderung** der besten Unternehmer, der am besten qualifizierten Menschen resultiert. Für diese Kreise ist **die europäische Integration an sich gut** und soll die rückständigen Massen der Einheimischen zivilisieren. Der Anführer dieses Milieus schlägt vor, in Europa eine „gemeinsame Öffentlichkeit, Kultur und kollektive

Erinnerung“ zu schaffen und macht sich Sorgen, dass es in der polnischen Linken niemanden gibt, mit dem man darüber sprechen könnte. *RP*
20.10.2004

Den Anlass für die zu untersuchende Aussage boten Äußerungen von Sławomir Sierakowski, dem Chefredakteur von „Krytyka Polityczna“ (dt. Politische Kritik), einer seit 2002 erscheinenden linken Zeitschrift, in der vorwiegend politische und gesellschaftliche Themen behandelt werden. Die Zeitschrift wurde zunehmend zu einem Kristallisationspunkt eines neuen, jungen linken Milieus in Polen, das sich selbst als anti-postkommunistisch und interdisziplinär sieht und in den letzten Jahren zu einem immer mehr beachteten Zentrum der politischen Meinungsbildung geworden ist.

Die Kritik, die in dem zitierten Fragment an dem politischen Kreis von „Krytyka Polityczna“ geübt wird, setzt bei dessen Entfernung von den wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Fragen und inneren Problemen des Landes an. Zu diesen zählen vor allem die Korruption und der Nepotismus, die zu stark eingeschränkten beruflichen Perspektiven für die jüngere Generation und somit zu massenhafter Emigration führen. Infolge der Auswanderung qualifizierter und motivierter Arbeitskräfte komme es zu einer Gefährdung der „nationalen Substanz“. Den um die Zeitschrift versammelten jungen Linken wird vorgeworfen, diese ernsthaften Probleme zu ignorieren bzw. ihre Dringlichkeit falsch einzuschätzen. Ihre positive Einstellung gegenüber der europäischen Integration, die in diesem Kontext indirekt für die pessimistische Bilanz der gegenwärtigen Entwicklungen verantwortlich gemacht wird, sei unreflektiert und undifferenziert. Sie führe zudem zu einem gestörten Verhältnis zum Rest der Bevölkerung, die sie angeblich als „rückständige Massen der Einheimischen“ wahrnehmen und „zivilisieren“ wollen. Über diese Vorwürfe hinaus wird in dem zitierten Fragment Unverständnis über die Themen geäußert, die von dem linken Milieu zur Diskussion gestellt werden (die europäische Öffentlichkeit und die kollektive Erinnerung in Europa). Sie gelten als zu abstrakt und als von den wichtigen inneren Problemen Polens abgehoben. Da sie aus innenpolitischer Perspektive nicht relevant seien, sei es kein Wunder, dass sich auf der politischen Szene kein Gesprächspartner findet, der zu einer Diskussion darüber bereit ist.

Versucht man die einzelnen rekonstruierten Argumentationsschritte zusammenzubringen, wird deutlich, dass der Zweck der Aussage, neben der Kritik der jungen Linken, darin liegt, zu einer größeren Beachtung der mit der Auswanderung

verbundenen Gefahren für die Gesellschaft aufzurufen. Als Referenzobjekt dieses *securitization*-Prozesses fungiert hier die „nationale Substanz“, ein Begriff, der undefiniert bleibt, jedoch im sprachlichen Gebrauch fast ausschließlich im Kontext einer Bedrohungskonstruktion verwendet wird: Die „nationale Substanz“ muss „erhalten“ (*zachować*), „gerettet“ (*ocalić*), „geschützt“ (*chronić*) werden, damit sie nicht „leidet“ (*cierpieć*) oder „verloren geht“ (*stracić*). Die negative Auswirkung der Auswanderung erscheint umso dringlicher, als sie von manchen politischen Kräften (hier der jungen Linken) nicht als Problem anerkannt wird und unbeachtet bleibt. Die Kritik verbindet sich daher mit einer impliziten Handlungsforderung: Statt kosmopolitischer europäischer Rhetorik seien im heutigen Polen der Schutz des Humankapitals vor den Auswirkungen der Integration gefragt sowie vor allem die Auseinandersetzung mit den inneren Problemen wie z. B. mit der Korruption.

4.2.2.3 *Entwarnungsszenarien*

Parallel zu den Aussagen über bestimmte Bedrohungen der nationalen Identität, die die europäische Integration mit sich bringt, lassen sich in den Diskussionen Äußerungen beobachten, in denen einerseits der Konflikt zwischen der europäischen und der nationalen Identität in Frage gestellt oder andererseits der kausale Zusammenhang zwischen den europäischen Einflüssen und den Gefahren für die Nation strittig gemacht wird. Diese beiden Typen von Narrationen haben eine Entwarnung zum Ziel und sind daher als Beispiele der *desecuritization* zu sehen. Die Deutung des komplexen Verhältnisses zwischen der europäischen und der nationalen Identität steht im Mittelpunkt der Loyalitätsdiskussion:

96. Zwischen der europäischen und der polnischen Identität gibt es keinen **Konflikt**. Es existieren **verschiedene Ebenen der Identität**, die in keinem Gegensatz zueinander stehen. Ich hoffe nur, dass die Polen ihre **Loyalität** nicht auf **europäische Institutionen** verschieben werden, nur weil das Leben in Polen ihnen viele Gründe zur Frustration liefert: Wir haben schon genug von diesem Land, und das **Europäertum** vermittelt uns das Gefühl von **Sicherheit** und **Würde**. *TP 05/2004*

Die angeführte Aussage ist ein Beispiel für eine Argumentation, in der der Konflikt zwischen der europäischen und der polnischen Identität bestritten wird, mit der Begründung, Identität sei von Natur aus etwas Vielschichtiges und umfasse mehrere Ebenen, die in keinem Widerspruch zueinander stehen. Nachdem der vermeintliche

Gegensatz zwischen den beiden fraglichen Ebenen der Identität aufgehoben ist, stellt sich allerdings die Frage nach der Loyalität der Bürger gegenüber den nationalen und supranationalen Institutionen. Dabei kommt die Befürchtung zum Ausdruck, die europäischen Institutionen würden nur deshalb bevorzugt, weil sie für „Sicherheit“ und „Würde“ stehen, während die nationalen eher „Frustration“ verursachen. Der Grund für diese Präferenz wird in der Unzufriedenheit der Bürger mit den Institutionen auf der nationalen Ebene gesehen.

Schaut man sich die Tiefenstruktur dieser Argumentation an, so lässt sich feststellen, dass im Zentrum der Aussage die Frage nach der Beziehung der Bürger zum Nationalstaat und zu den europäischen Institutionen steht. Diese kann sowohl emotionaler („Identität“) als auch politischer („Loyalität“) Natur sein. Analog zum geläufigen Begriff des „Polentums“ wird hier das „Europäertum“ konstruiert, das neben der politischen Bindung („Loyalität“) für eine mit positiven Gefühlen wie „Würde“ und „Sicherheit“ ausgestattete Zugehörigkeitsform steht. Fasst man diese Elemente zusammen, ergibt sich ein Bild, in dem die Vision eines Zusammenspiels zwischen der nationalen und der europäischen Ebene dominiert. Strukturiert ist diese Vision durch parallele Begriffskonstruktionen:

polnische Identität – Polentum – Loyalität gegenüber dem Nationalstaat
europäische Identität – Europäertum – Loyalität gegenüber europäischen Institutionen

Im Ergebnis entsteht ein Begriffssystem, das die Deutung des Identitätsproblems ermöglicht und gleichzeitig zur Entschärfung der bisherigen Bedrohungskonstruktionen beiträgt. Auf diese Weise kann das Thema aus dem *securitization*-Rahmen herausgenommen werden und in den Bereich der gewöhnlichen Politik zurückkehren.

Neben der Feststellung der Vielschichtigkeit von Identität, die zu einer Neuinterpretation der Zusammenhänge zwischen den beiden Ebenen der Identität führt, finden sich in den Diskussionen auch Aussagen, in denen Zweifel zum Ausdruck gebracht werden, ob der häufig beschworene Zusammenhang zwischen der europäischen Integration und der Bedrohung der polnischen Identität tatsächlich stimmt:

97. Der wirtschaftliche Nutzen der Mitgliedschaft ist in Polen einigermaßen bekannt. Das nationale Interesse besteht allerdings nicht nur aus der Sicher-

heit des Staates und dem Wohlstand seiner Bürger. Es geht hier auch um die Bewahrung der kulturellen Identität. Wir hören **häufig Warnungen**, dass **die europäische Integration diese Identität bedrohen kann**. Ich bin aber überzeugt, dass es sich mit unserer Identität ähnlich verhält wie mit dem Kohlebergbau: **Sie durchlebt eine tiefe Krise, völlig unabhängig davon, was in der Europäischen Union passiert.** RP 13.03.99

Der Anlass zu der zitierten Aussage ist eine Richtigstellung in Bezug auf die Ursachen der polnischen Identitätskrise, deren Feststellung den Ausgangspunkt der Problemnarration bildet. Im Gegensatz zu der verbreiteten Meinung, dass die Ursachen der Identitätskrise vor allem auf der Seite der europäischen Integration liegen, wird hier ein derartiger Zusammenhang abgestritten und die Krise als von europäischen Einflüssen unabhängig dargestellt.

Im weiteren Verlauf derselben Narration wird nach anderweitigen Ursachen des Identitätsproblems gesucht:

98. Seit dem Jahr 1989 wurde die geschwächte polnische kulturelle Identität **einer Flut kosmopolitischer, von historischen Inhalten und konkreten nationalen Bezügen weitgehend freien Massenkultur ausgesetzt**, die hauptsächlich aus Amerika stammt. Wir sind angesichts dieser Flut **wehrloser** als die westlichen Europäer. **In dieser Situation ist der Kontakt mit den Kulturen der EU-Nationen keine Bedrohung, sondern eine Chance.** Zum Wesen dieser Kulturen gehört nämlich die **in der Vergangenheit verankerte bestimmte Eigenart und Differenzierung**. [...] Das Wesen der kosmopolitischen Massenkultur besteht im Streben nach **globaler Gleichheit**. Die Polen sind doch nicht von der Annäherung an die französische, italienische oder spanische Kultur bedroht; im Gegenteil, die Berührung mit ihnen wirkt sich **mobilisierend** auf unsere eigene **Authentizität** aus. RP 13.03.99

Die Wertestruktur baut auf dem konstruierten Gegensatz zwischen der europäischen Kultur und der amerikanisch geprägten Massenkultur auf. Der ersten werden dabei Eigenschaften wie Eigenart, Differenzierung, Vielfalt und Authentizität zugeschrieben, während sich letztere durch Kosmopolitismus, globale Gleichheit und Geschichtslosigkeit auszeichne. In diesem Kontext wird die Kulturenvielfalt in Europa als eine Chance dargestellt, der Flut der Massenkultur (und damit der Amerikanisierung) zu entkommen.

Schaut man sich die argumentative Strategie der Aussage an, kann man eine Verschiebung der wahrgenommenen Gefahren beobachten. Die im Identitätsdiskurs häufig anzutreffende Konstruktion einer europäischen Bedrohung für die polnische Identität wird zu einer „Chance“ umgedeutet, während ihren Platz die Konstruktion der Bedrohung durch den Einfluss der amerikanischen Massenkultur einnimmt. Auch wenn diese Gefahr anders definiert ist, basiert die Konstruktion an sich auf ähnlichen Strukturen wie im Fall der europäischen Integration. Analog zum Bild Europas als einem „kosmopolitischen Meer“ spielt hier die Vorstellung einer „Flut“, in der die „kosmopolitische Massenkultur“ die nationale kulturelle Identität „überschwemmt“, eine zentrale Rolle. Im Hinblick auf die Handlungsstruktur weist diese Narration insgesamt gleichzeitig *desecuritization*- und *securitization*-Merkmale auf: Einerseits wird eine Entwarnung in Bezug auf den schädlichen Einfluss der europäischen Integration auf die nationale Identität ausgesprochen; andererseits wird das Szenario der Überflutung jedoch aufrechterhalten, indem vor einer anderen Gefahr gewarnt wird.

4.2.2.4 Zwischenfazit

Fragt man danach, wie Europa als der „Andere“ in den polnischen Identitätsdiskussionen der letzten Jahre konstruiert wurde, so lässt sich anhand der oben durchgeführten Analyse Folgendes festhalten: Erstens kann im Untersuchungszeitraum ein ambivalenter Umgang mit dem Identitätsbegriff beobachtet werden, der auf unterschiedliche Art und Weise verstanden und sowohl positiv als auch negativ konnotiert wird. Zweitens gehen in den Diskussionen die Auffassungen darüber auseinander, in welchem Verhältnis die beiden Identitätstypen – nationale und europäische Identität – zueinander stehen. Drittens zeigt sich anhand der Analyse der Bedrohungskonstruktionen, dass im Diskurs keine eindeutige Einordnung der „europäischen Gefahr“ für die Identität vorhanden ist.

Geht man zuerst der Frage nach, wie der Begriff „Identität“ verwendet wird, lassen sich – wie in Abbildung 14 zusammengefasst – in seinem diskursiven Feld drei Unterfelder unterscheiden, in denen der Begriff als historische Identität, als kulturelle Identität oder auch als „Mentalität“ verstanden wird. Als Definition von „nationaler Identität“ wird in diesem Zusammenhang neben der historischen Erfahrungsgemeinschaft auch die Vorstellung einer „Wertegemeinschaft“ (RP 14.12.2004) bevorzugt. Die Verbindung zwischen diesen beiden Unterfeldern des Identitätsdiskurses wird durch die Annahme geschaffen, dass die für eine Gesellschaft charakteristischen

„Werte“ das Ergebnis historischer Prozesse seien. Was die eigene „Mentalität“ angeht, wird diese vor allem auf stereotype Weise wahrgenommen und in Form einer Sammlung bestimmter nationaler Wesenszüge vereinfacht dargestellt. Große Bedeutung wird dabei den ausländischen, vor allem westeuropäischen Meinungen über die polnische Geisteshaltung, d. h. ihrer Perzeption durch die Anderen, beigemessen. Wird die nationale Identität in ihrer historischen und kulturellen Dimension überwiegend positiv betrachtet, ist die „Mentalität“ in der Regel Gegenstand von Kritik, die sich häufig auf das Argument negativer Fremdwahrnehmung stützt.

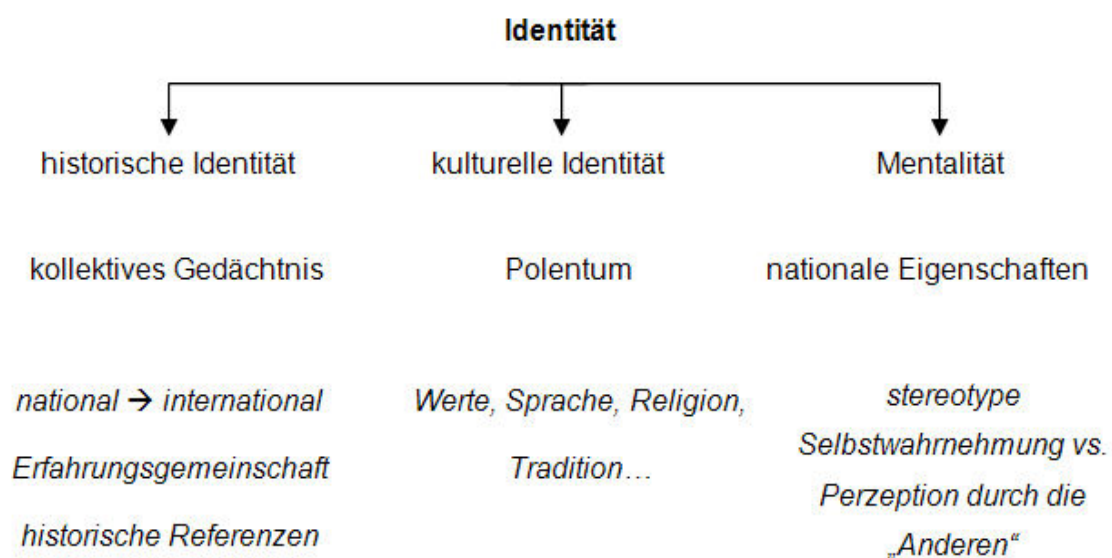


Abbildung 14: Das diskursive Feld der „Identität“ (Quelle: eigene Darstellung)

Betrachtet man anschließend die Deutung des Verhältnisses zwischen der nationalen und der europäischen Identität, fehlt in den Diskussionen einerseits eine Klarstellung der Beziehungen zwischen diesen beiden Identitätsarten. Die Aussagen zu diesem Thema beinhalten sowohl Feststellungen bestimmter kausaler Zusammenhänge (wie z. B. der Interdependenz innerhalb der EU) als auch Einschätzungen über emotionale Bindungen der Individuen (z. B. Liebe, Annäherung, Wohlgefühl). Darüber hinaus lässt sich in diesem Kontext eine Undeutlichkeit im Hinblick auf die Betrachtungsebene feststellen: In vielen Fällen bleibt unklar, ob die Bildung von Wir- und Sie-Gemeinschaften die zwischenstaatliche Ebene betrifft oder sich auf das Zusammenwachsen von europäischen Gesellschaften bezieht.

Zum Schluss lassen sich im Hinblick auf die Konstruktion und Dekonstruktion der Bedrohungen im gesellschaftlichen Bereich drei Hauptnarrationen identifizieren, die in Abbildung 15 zusammengefasst wurden:

1. Die stärkste Wahrnehmung der Bedrohung kann im Rahmen der Polentum-Erzählung beobachtet werden. Als Referenzobjekt wird hier die kulturelle Identität der Nation festgelegt, die von kosmopolitischen und liberalen Tendenzen in Europa bedroht wird. Die Handlungsforderung umfasst in diesem Fall die Stärkung der nationalen katholischen Identität, die einen Gegenpol zur unklaren europäischen Identität bilden soll. Diese Narration liefert ein gutes Beispiel für einen typischen *securitization*-Plot zur Konstruktion von gesellschaftlicher Sicherheit.
2. Die Narration, in deren Mittelpunkt das gesellschaftliche und wirtschaftliche Potenzial der Gesellschaft steht, kann ebenfalls als ein Beispiel für einen *securitization*-Versuch angesehen werden, auch wenn sich ihre Handlungsstruktur anders gestaltet. Dem Plot liegt eine von inneren Faktoren dominierte Argumentation zugrunde. Die europäische Integration tritt dabei allerdings als eine primäre Ursache der Probleme diffus in Erscheinung. Entsprechend der Problembeschreibung haben die als eine Möglichkeit zur Problemlösung geforderten Handlungen ebenfalls innenpolitischen Charakter.
3. Die Erzählung über die Aussichten der nationalen Kultur angesichts der Europäisierungsprozesse in der Gesellschaft weist sowohl *securitization* als auch *desecuritization*-Merkmale auf. Auf der einen Seite wird dort bestritten, dass Europa eine Gefahr für die polnische Kultur darstellt; auf der anderen Seite kommt es aber zu einer deutlichen Konstruktion der Bedrohung durch die amerikanische Massenkultur.

Fasst man die Ergebnisse dieses Teils der Untersuchung zusammen, so bestätigt sich die am Anfang des Kapitels 4.2.2 geäußerte Vermutung, dass „Europa“ auch im Hinblick auf die Frage nach der gesellschaftlichen Sicherheit eine entscheidende Referenz für die polnische Außenpolitik darstellt. Der Einfluss der europäischen Integration auf derart grundlegende gesellschaftliche Veränderungen wie die Transformation der nationalen Identität gehört zu den in der Öffentlichkeit am meisten beachteten Faktoren. Aus den durchgeführten Analysen lässt sich schließen, dass die Auseinandersetzung mit der Frage nach nationalen Werten, Traditionen, Eigenschaften

etc. vom Nachdenken über die Europäisierung wesentlich geprägt wird, auch wenn die diesem Prozess in den Diskussionen beigemessene Bedeutung und die durch ihn zu erwartenden Auswirkungen stark variieren.

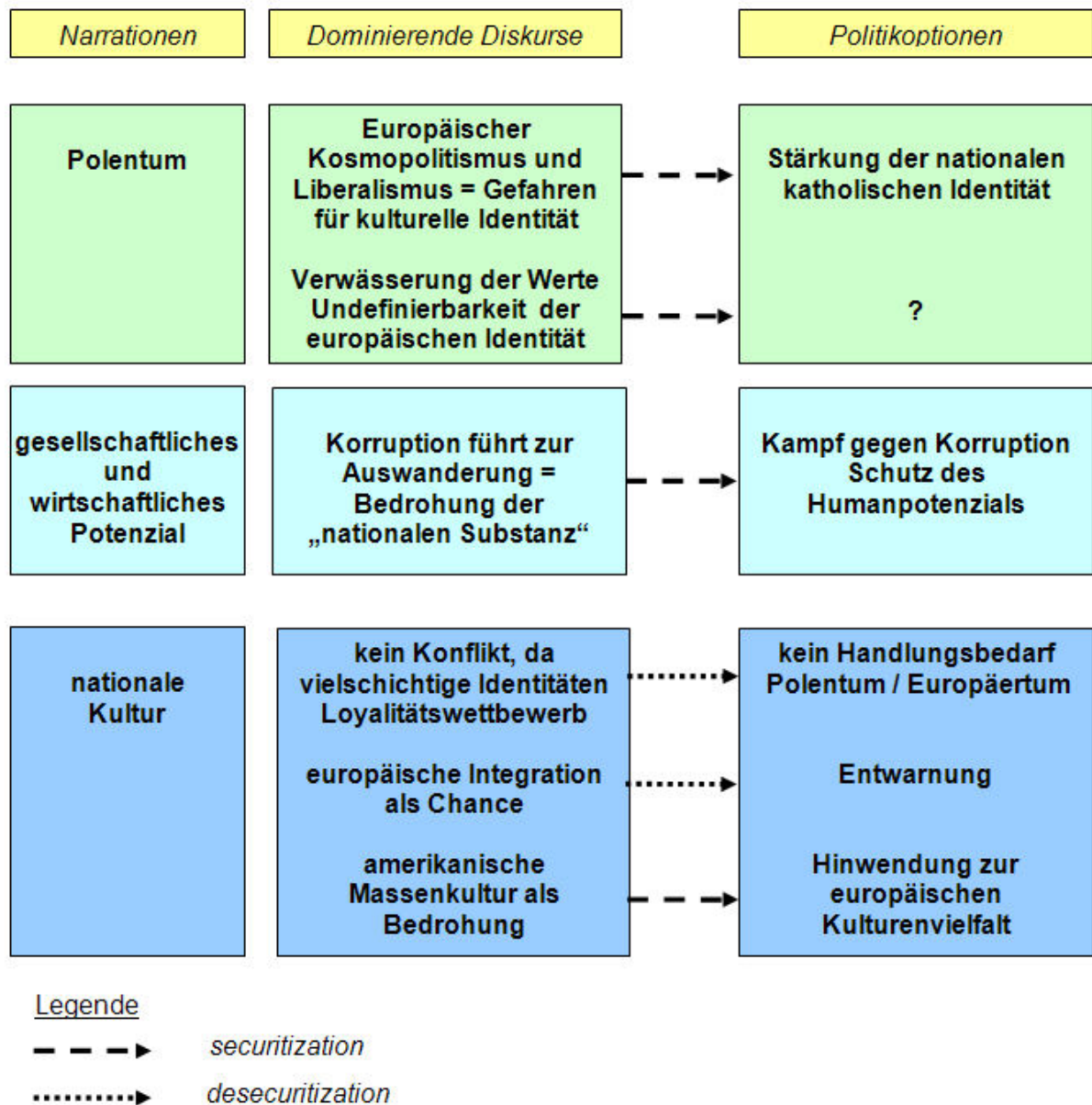


Abbildung 15: Europäische Integration – Gefahr oder Chance für die nationale Identität?
(Quelle: eigene Darstellung)

5 Konklusion

Versteht ein Außenstehender die polnische Empfindlichkeit in Bezug auf Sicherheitsfragen besser, wenn er sich mit Erzählungen vertraut gemacht hat, in denen der „geopolitische Fluch“ der Lage zwischen Deutschland und Russland, die „Waffenbrüderschaft“ mit den USA oder auch die von dem europäischen „kosmopolitischen Meer“ ausgehende Gefahr kultureller Überschwemmung erklärt werden? Um die Antwort vorwegzunehmen: Es ist nicht sicher. Wenn es aber darum geht, diese Antwort zu differenzieren, muss man zunächst feststellen, dass ohne Einsichten in das kulturell und historisch geprägte System außen- und sicherheitspolitischer Deutungsmuster kaum eine tiefgehende Untersuchung der polnischen Politik in diesem Bereich möglich ist. Der Grund hierfür liegt darin, dass – wie die Analysen in Kapitel 4 gezeigt haben – die Konstruktion der politischen wie auch der gesellschaftlichen Sicherheit auf historische, kulturelle und politische Referenzen zurückgreift, denen häufig ein symbolischer Wert zugeschrieben wird. Dieser lässt sich in der Regel nur in Verbindung mit weiteren diskursiven Elementen erklären, die zur Deutung internationaler Situationen und Beziehungen beitragen.

Im Rahmen der Fallstudie, die den zentralen Teil der vorliegenden Arbeit darstellt, wurde daher für jeden der untersuchten Themenbereiche ein Überblick über die Muster erstellt, die die dort vorhandenen Narrationen strukturieren. Diese können den Abbildungen 6, 9, 10 und 13 entnommen werden. Zu welchen Kategorien sich diese Deutungsmuster zusammenführen lassen, wird hingegen in der folgenden Abbildung 16 veranschaulicht, die die Ergebnisse der Untersuchung der einzelnen Themenbereiche zusammenfasst. Auf dieser Grundlage kann als erstes Ergebnis der Fallstudie eine Einschätzung über den Charakter der diskursiven Ressourcen präsentiert werden, die in den Sicherheitsnarrationen verwendet werden: Sowohl die Konstruktion der politischen als auch der gesellschaftlichen Sicherheit greift auf Strukturen zurück, die sich in drei Schichten gliedern lassen: Erstens handelt es sich bei der am tiefsten gelagerten Schicht um Muster der Selbstwahrnehmung, zweitens – in einer mittleren Schicht – um Deutungen von Beziehungen zu Anderen, und drittens um politische Vorstellungen operativer Art, die am ehesten Veränderungen unterliegen können. Es hat sich also gezeigt, dass die einzelnen Schichten in der Gesellschaft unterschiedlich fest verankert sind.



Abbildung 16: Diskursive Ressourcen für die Konstruktion von Sicherheit (Quelle: eigene Darstellung)

Schaut man sich zunächst die Inhalte an, die in den Sicherheitsdiskursen angesprochen werden, so kann man feststellen, dass sich die Narrationen drei Typen von Konstruktionen bedienen:

1. Die erste Gruppe betrifft die polnische Selbstwahrnehmung als Staat und Nation und umfasst historische Erfahrungen, die einen besonderen Stellenwert erlangt haben und als Kollektivsymbole oder auch als moralische Vorstellungen bzw. grundlegende Definitionen fungieren.
2. Die zweite Gruppe von Ressourcen setzt sich aus Elementen zusammen, die der Deutung von Beziehungen dienen und somit zur relationalen Identitätsbildung beitragen. Es geht dabei um die Wahrnehmung externer Einflüsse, die Einstellung zum „Anderen“ sowie die Zuweisung grundlegender Rollen (z. B. die eines Freundes oder eines Feindes).
3. Die dritte Gruppe von Konstruktionen umfasst hingegen Aussagen über politische Vorstellungen operativer Art. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Definitionen außenpolitischer Rollen, Analysen bestimmter Politikbereiche und politische Leitsätze. Diese werden als Instrumente zur Konstruktion des „objektiven“ Wissens angewandt.

Über diese erste Ebene von Erzählungen hinaus, auf der die Probleme, ihre Ursachen und mögliche Lösungen behandelt werden, ging es in der Studie auch um die Analyse der Tiefenstruktur des Diskurses, d. h. um die Aufdeckung von Handlungsstrukturen und die Identifizierung übergeordneter fundamentaler Denkschemata. Die Untersuchung der dominierenden Diskurse (für eine Zusammenfassung vgl. die Abbildungen 7, 8 und 15) hat ergeben, dass im sicherheitsrelevanten Bereich sowohl Strukturen der *securitization* als auch der *desecuritization* vorhanden sind. So konnten z. B. die Vergangenheit im polnisch-russischen Verhältnis, die Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union oder auch der Schutz des „Polentums“ als Themen identifiziert werden, bei denen die für die *securitization* typischen Handlungsstrukturen in Erscheinung treten, indem mit Dringlichkeit auf die zunehmende Gefährdung des polnischen Staates hingewiesen wird. Dagegen lassen sich z. B. im Umgang mit Themen wie Energie und europäische Integration, die zwar immer noch als wichtig für die Sicherheit Polens angesehen werden, Anzeichen für eine Entwarnung beobachten. Wie beispielsweise die Europäisierungstendenzen in Bezug auf die Energiesicherheit oder auch die kontroversen Auseinandersetzungen um die Frage der europäischen Integration an sich deutlich machen, werden diese Bereiche zunehmend differenziert betrachtet, was sich in den für die Fälle von *desecuritization* charakteristischen Handlungsstrukturen widerspiegelt. Analysiert man den Diskurs dagegen im Hinblick auf die dort anzutreffenden übergeordneten fundamentalen Denkschemata, so lassen sich hier einige wiederkehrende Metaphern erkennen: Während bei der Konstruktion der politischen Sicherheit häufig Vorstellungen von *Brücke* versus *Vormauer* sowie von *Zentrum* versus *Peripherie* auftreten, dominiert in den Erzählungen über die gesellschaftliche Sicherheit das Bild der *Überschwemmung*.

Als zweites Ergebnis der Fallstudie kann festgehalten werden, dass sich in den meisten analysierten Sicherheitsnarrationen ein Zusammenspiel zwischen der Nationalisierung und der Transnationalisierung beobachten lässt. Dabei können drei unterschiedliche Wirkungsmechanismen unterschieden werden:

1. In den Narrationen über Russland kann man einen starken national geprägten Diskurs ausmachen, in dessen Mittelpunkt die Gefährdung der polnischen Souveränität steht. In allen drei in Kapitel 4.1.1 analysierten Teilnarrationen über Vergangenheit, Stabilität und Energie konnte eine Mobilisierung bestimmter diskursiver Ressourcen (historische, moralische und wirtschaftliche

symbolische Bilder und Argumentationen) beobachtet werden. Ihr Ziel liegt darin, den großen östlichen Nachbarn als eine existentielle Bedrohung des polnischen Staates darzustellen und im Verhältnis zu ihm die **staatliche außenpolitische Identität** Polens festzumachen. Die Funktion der Transnationalisierung liegt hingegen darin, durch ein Plädoyer für die Europäisierung der polnischen Russlandpolitik Argumente zu liefern, die es ermöglichen, die Wahrnehmung der Bedrohung seitens Russlands zu entschärfen und das Thema der bilateralen Beziehungen aus dem strengen Sicherheitsbereich in den Bereich gewöhnlicher Politik zurückzuführen.

2. In den Narrationen über den Westen, die Gegenstand der Analyse in Kapitel 4.1.2 waren, handelt es sich dagegen um einen vorwiegend international geprägten Diskurs, in dem die **staatliche außenpolitische Integration** Polens als Priorität angesehen wird. Durch diese Integration entstehen aus polnischer Sicht neue Zugehörigkeiten zur westlichen und europäischen Gemeinschaft, die jedoch auch die Gefahren, denen diese ausgesetzt ist, für Polen spürbar werden lassen. Diese neu wahrgenommenen Gefahren bedrohen den „Westen“ und „Europa“, die im polnischen Diskurs zunehmend als „Wir-Gemeinschaften“ fungieren und zu Referenzobjekten der Sicherheit werden. In diesem Zusammenhang spielt die Transnationalisierung jedoch keine eindeutige Rolle. Sie bringt sowohl weitere Bedrohungen als auch neue Ebenen zur Auseinandersetzung mit Sicherheitsthemen mit sich, die nicht nur dem Schema der *securitization* unterliegen kann, sondern auch dem der *desecuritization*.
3. In den Narrationen, die der Konstruktion der gesellschaftlichen Sicherheit dienen (vgl. Kapitel 4.2), wird hauptsächlich die Frage der Identität angesprochen. Während die Grundmuster der Selbstwahrnehmung der Nation vor allem im Rahmen des nach innen gerichteten Patriotismus-Diskurses definiert werden, lässt sich innerhalb des Europa-Diskurses, in dem es neben Tendenzen der Europäisierung auch um die der Globalisierung geht, eine relationale Identitätsbildung beobachten. Die Funktion Europas ist in diesem Fall jedoch uneindeutig: Es kann einerseits als eine Bedrohung der nationalen Identität, andererseits aber auch als ihre Rettung vor der Globalisierung aufgefasst werden. Auf der gesellschaftlichen Ebene kann die Bewahrung der nationalen Identität somit nicht nur die **gesellschaftliche Abgrenzung** gegenüber

europäischen Einflüssen bedeuten, sondern auch die **europäische gesellschaftliche Integration**.

Fragt man nach der Gesamtaussage der Fallstudie, so lässt sich abschließend festhalten, dass die Konstruktion der politischen und gesellschaftlichen Sicherheit die in Polen in den letzten Jahren geführten außenpolitischen Diskussionen stark geprägt hat, und dass sie weitgehend den Umgang mit der Frage der internationalen Rolle Polens bestimmt hat. Aus der Tatsache, dass sich im Diskurs sowohl zahlreiche *securitization*- als auch *desecuritization*-Fälle beobachten lassen, kann man allerdings schließen, dass die gegenwärtige Wahrnehmung der äußeren Sicherheit in Polen einen sehr dynamischen Charakter hat. Seit dem Umbruchjahr 1989 unterliegt sie starken Veränderungen, die sich darin widerspiegeln, dass immer wieder neue Themen als sicherheitsrelevant definiert werden, und dass sich – auch wenn bestimmte Bereiche in den Diskussionen der letzten Jahre durchgehend präsent bleiben – der Umgang mit ihnen kontinuierlich gewandelt hat.

Abschließend bleibt noch die Frage offen, wie angesichts der Ergebnisse der Fallstudie der gewählte theoretische und methodische Ansatz der Arbeit zu bewerten ist. Entsprechend der in der Einleitung bereits geäußerten Vermutung hat sich die Theorie der *securitization* als eine geeignete Grundlage für die Untersuchung des Umgangs mit Fragen der äußeren Sicherheit in Polen erwiesen. Ein bedeutsamer Grund dafür liegt darin, dass die Sicherheitsfragen nicht nur von der polnischen Politik als außerordentlich wichtig wahrgenommen werden, sondern auch in der Öffentlichkeit ein besonderes Interesse wecken. In dieser Situation war es sicherlich sinnvoll, den Fokus der empirischen Studie auf die in den Medien geführten bzw. rezipierten Debatten zu legen. Der von der „Kopenhagener Schule“ ausgearbeitete Ansatz war dabei insofern wertvoll, als er die Sicherheit als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen betrachtet. Das diskursive Verständnis von Sicherheit ermöglicht Analysen, die über die enge technokratische Perspektive traditioneller *Security Studies* hinausgehen und dadurch zur Beleuchtung anderer Facetten des sicherheitspolitischen Denkens beitragen.

Fällt infolge der empirischen Anwendung die Gesamtbeurteilung dieses theoretischen Ansatzes positiv aus, so sollten jedoch zwei Aspekte differenzierter bewertet werden. Erstens hat sich die Notwendigkeit der in der vorliegenden Arbeit unternommenen methodischen Weiterentwicklung des Ansatzes bestätigt. Die zur

Erfassung der Prozesshaftigkeit von *securitization* und *desecuritization* vorgeschlagene narrationslogische Rekonstruktion hat sich dabei als ein geeignetes Instrument zur Annäherung an die innere Logik von Sicherheitserzählungen erwiesen, da sie es erlaubt, die in einem kulturellen Rahmen geltenden Erklärungs- und Deutungsmuster unabhängig von der Frage ihrer formalen Logik oder Wahrhaftigkeit nachzuvollziehen. Zweitens wurde im Laufe der empirischen Analyse ein Ungleichgewicht im Hinblick auf die Konzeptualisierung beider Prozesse deutlich: Während die *securitization* bereits ausführlich beschrieben und mit einigen für die empirische Analyse hilfreichen Elementen (z. B. Referenzobjekt, Akteure, begünstigende Konditionen, *securitization*-Plot) ausgestattet wurde, die es erlauben, die einzelnen Fälle relativ einfach zu identifizieren, bleibt es bei der *desecuritization* weitgehend unklar, was genau den Prozess ausmacht und anhand welcher Merkmale er sich im Diskurs erkennen lässt. In den Fällen von *desecuritization* konnten zwar in der Regel „entwarrende“ Handlungsstrukturen beobachtet werden, es erwies sich jedoch als schwierig, dabei Sprechakte zu identifizieren, die ein explizites Erkennungsmerkmal liefern würden. Da es weitgehend an Wörtern und Konstruktionen fehlte, die eine Signalfunktion hätten übernehmen können, war in diesen Fällen die Bewertung der gesamten Narration nötig, um sie als ein *desecuritization*-Beispiel einordnen zu können. Auch wenn die Vermutung nahe liegt, dass sich dieses Ungleichgewicht zum Teil aus der Natur des Gegenstandes ableiten lässt, da der *desecuritization* eines Themas zwangsweise seine *securitization* vorgeschaltet werden muss (aber nicht auf jede *securitization* eine *desecuritization* folgen muss), wäre es sicherlich sinnvoll, die weiterführende theoretische Reflexion in diesem Bereich der genaueren Konzeptualisierung von *desecuritization* zu widmen. Ein Weg zur Erarbeitung eines Modells für die Untersuchung von *desecuritization*-Fällen könnte über die Theoretisierung des **Prozesses** der *desecuritization* führen, der sich anscheinend durch eine komplexere Struktur auszeichnet als die *securitization*. Der Fokus könnte dabei auf den einzelnen Sequenzen und ihrer Abfolge liegen; für ihre Erfassung würde sich eine narrative Struktur anbieten.

Als Ausblick stellt sich zum Abschluss die Frage, ob die Anwendung des in dieser Arbeit verwendeten theoretischen und methodischen Rahmens für andere Fragestellungen bzw. weitere empirische Fälle denkbar wäre. Diese ist auf jeden Fall positiv zu beantworten: Als eine Erweiterung der hier vorliegenden Fallstudie würde sich eine Untersuchung polnischer gesellschaftlicher Debatten über innere Sicherheit

anbieten. Im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitikforschung könnte der Ansatz auch für die Analyse von Sicherheitskonstruktionen in denjenigen Staaten geeignet sein, die ihre außenpolitischen Positionen mit Sicherheitsargumenten untermauern. Nimmt man hingegen die in den Sozialwissenschaften populäre vergleichende Perspektive an, so kommen Fragestellungen in Sicht, in denen z. B. nationale Erzählungen über Russland als eine Bedrohung für die staatliche Souveränität in Mittel- und Osteuropa oder auch die Wahrnehmung der EU als einer Gefahr für die nationale Identität in den 12 neuen EU-Mitgliedstaaten vergleichend untersucht werden könnten.

Bibliographie

- Abbott, Andrew (2001): *Time Matters: On Theory and Method*. University of Chicago Press, Chicago.
- Adler, Emanuel/ Barnett, Michael (Hrsg.) (1998): *Security Communities*. Cambridge University Press, Cambridge
- Aggestam, Lisbeth (1999): *Role Conceptions and the Politics of Identity in Foreign Policy*. ARENA Working Papers WP 99/8, <http://www.sv.uio.no/arena/publications7wp998.htm>
- Allison, Graham (1971): *Essence of Decision. Explaining the Cuban missile crisis*. Little Brown, Boston.
- Altmann, Franz-Lothar/ Hirsch, Edgar (Hrsg.) (1994): *Reformen und Reformer in Osteuropa*. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg.
- Anderson, Benedict (1983): *Imaged Communities*. Verso, London.
- Anderson, Jeffrey (1999): *German Unification and the Union of Europe: The Domestic Politics of Integration*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Apeldoorn van, Bastiaan (2002): *Transnational capitalism and the struggle over European integration*. Rutledge, London
- Aron, Raymond (1967): *What Is a Theory of International Relations*. *Journal of International Affairs*. 21, S. 185-206.
- Austin, John L. (1972): *Zur Theorie der Sprechakte (How to do things with Words)*. Reklam, Stuttgart.
- Bach, Jonathan P.G. (1999): *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989*. LIT Verlag, Hamburg.
- Baldwin, David (1995): *Security studies and the End of the Cold War*. *World Politic*, Vol. 48, S. 117-141.
- Bałon, Krzysztof (2002): *Pojęcie partnerstwa strategicznego*. *Polski Przegląd Dyplomatyczny*, Vol. 2 Nr. 6 (10), Warszawa, S. 13-22.
- Balzacq, Thierry (2005): *The Three Faces of Securitization: Political Agency, Audience and Context*. *European Journal of International Relations*. Vol. 11 (2), S. 171-201.
- Banerjee, Sanjoy (1997): *The Cultural Logic of National Identity Formation: Contending Discourses in Late Colonial India*. In: Hudson, Valerie M. (Hrsg.): *Culture and Foreign Policy*. Lynne Rienner, Boulder, CO, S. 27-44.
- Barnett, Michael (1999): *Culture, Strategy and Foreign Policy Change: Israel's Road to Oslo*. *European Journal of International Relations*. Vol. 5 (1), S. 5-36.
- Bartosiewicz, Piotr (2003): *Położenie i rola Polski w europejskiej przestrzeni geopolitycznej po 1989 roku*. *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska Lublin-Polonia Section K*, Vol X 2003, S. 25-39.

- Bartoszewski, Władysław (1995): Rede vom 28. April 1995 anlässlich des Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.
http://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/bartoszewski/rede_bartoszewski.html#barto [Datum des Zugriffs: 17.04.2007]
- Bartoszewski, Władysław (2002): Demokracja a polityka zagraniczna. Wykład z dnia 24.10.2000. In: PISM: Ustrój państwa a polityka zagraniczna. Wykłady publiczne w Polskim Instytucie Spraw Międzynarodowych. Warszawa, S. 7-18.
- Baumann, Rainer (2006): Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Baumann, Rainer/ Rittberger, Volker / Wagner, Wolfgang (1998): Macht und Machtpolitik. Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 30. Tübingen. <http://tobias-lib.ub.uni-tuebingen.de/volltexte/2000/144/pdf/tap30.pdf> [Datum des Zugriffs 28.12.2007].
- Bell, Allan/ Garrett, Peter (Hrsg.) (1998): Approaches to Media Discourse. Blackwell, Oxford.
- Berdychowska, Bogumiła (2005): Polen – Ukraine. Der Schatten der Geschichte. OST-WEST. Europäische Perspektiven, 3 (2005).
- Berger, Peter (1966): Identity as a Problem in the Sociology of Knowledge. European Journal of Sociology, 7 (1), S. 32-40.
- Beyme von, Klaus (Hrsg.) (1986): Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. PVS-Sonderheft 17, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Bieleń, Stanisław (1999): Polska w świecie na przełomie stuleci. Stosunki Międzynarodowe, tom 20. Wydawnictwa Uniwersytetu Warszawskiego, Warszawa, S. 35-52.
- Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika (Hrsg.) (2006): Theorien der europäischen Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Bienen, Derk/ Freund, Corinna/ Rittberger, Volker (1999): Gesellschaftlichen Interessen und Außenpolitik. Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus. Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 33. <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/taps/tap46.pdf> [Datum des Zugriffs: 28.12.2007].
- Bieniek, Markus (2005): Polens Westintegration und Ostpolitik. Vorstellungen unterschiedlicher politischer Kräfte im Vergleich. LIT Verlag, Münster.
- Biersteker, Thomas J./ Weber, Cynthia (Hrsg.) (1996): State Sovereignty as Social Construct. Cambridge University Press.
- Bigo, Didier (1996): Polices en réseaux, l'expérience européenne. Presses de Sciences Po, Paris.
- Bingen, Dieter (1982): Die Bonner Deutschlandpolitik 1969-1979 in der polnischen Publizistik. Metzner, Frankfurt am Main.

- Bingen, Dieter (1990): Vorgeschichte und Phasen des Systemwechsels in Polen 1989. Berichte des BIOst (Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), Nr. 34, Köln.
- Bingen, Dieter (1993): Probleme der Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in Polen. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Aufbruch im Osten Europas. Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus. Carl Hanser Verlag, München, S. 122-129.
- Bingen, Dieter (1994): Polens außen- und sicherheitspolitische Prioritäten. Der Westen, die NATO und Russland. Berichte des BIOst (Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), Nr. 26, Köln.
- Bingen, Dieter (1995): Polen: Zwischen Restauration und Reform. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas. Carl Hanser Verlag, München, S. 123-133.
- Bingen, Dieter (2005): Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945. Aus Politik und Zeitgeschichte, 5-6/2005, S. 9-17.
- Blanchard, Eric M. (2003): Gender, International Relations, and the Development of Feminist Security Theory. Signs: Journal of Women in Culture and Society, 28 (4), S. 1289-1312.
- Bodenstein, Joanna Lucia (2002): Frankreichs Antwort auf das Ende des Ost-West-Konflikts. Die Reaktion des politischen Systems auf den Umbruch 1989. LIT Verlag, Münster.
- Boekle, Henning/ Nadoll, Jörg/ Stahl, Bernhard (2000): Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Herausforderungen und Hypothesen. PAFE-Arbeitspapier, Universität Trier.
- Boekle, Henning/ Rittberger, Volker/ Wagner, Wolfgang (1999): Normen und Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie. Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 34. <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/tabs/tab34.htm>
- Bonacker, Thorsten (Hrsg.) (2005): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. 3. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Bonacker, Thorsten/ Bernhardt, Jan (2006): Von der security community zur securitized community: Zur Diskursanalyse von Versicherheitlichungsprozessen am Beispiel der Konstruktion einer europäischen Identität. In: Siedschlag, Alexander (Hrsg.): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 219-242.
- Bonß, Wolfgang (1997): Die gesellschaftliche Konstruktion der Sicherheit. In: Lippert, Ekkehard/ Prüfert, Andreas/ Wachtler, Günther (Hrsg.): Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 21-41.
- Booth, Ken (1991): Security and emancipation. Review of International Studies, 17, S. 313-326.
- Booth, Ken (Hrsg.) (2005): Critical Security Studies and World Politics. Lynne Rienner, Boulder CO.
- Borkowicz, Jacek (1994): Czy Polska potrzebna jest NATO?. Polska w Europie, 34.

- Borkowski, Robert (Hrsg.) (2001): Konflikty współczesnego świata 1. BG AGH, Kraków.
- Börzel, Tanja A./ Risse, Thomas (2000): When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change. *European Integration Online Papers*, 4 (5), <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-015a.htm> [Datum des Zugriffs: 18.12. 2007].
- Bos, Ellen (2004): Verfassungsgebung und Systemwechsel. Die Institutionalisierung von Demokratie im postsozialistischen Europa. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Boulding, Kenneth E. (1969): National Images and International Systems. In: Rosenau, James (Hrsg.): *International Politics and Foreign Policy. A reader in research and theory*. The Free Press, New York, S. 422-431.
- Bromke, Adam/ Tybura, Władysław (Hrsg.) (2000): Polska u progu XXI wieku. Europejska Wyższa Szkoła Prawa i Administracji, Warszawa.
- Brown, Gillian/ Yule, George (1983): *Discourse analysis*. Cambridge University Press.
- Brown, Michael/ Lynn-Jones, Sean M./ Miller, Steven E. (Hrsg.) (1995): *The Perils of Anarchy: Contemporary Realism and International Security*. MIT Press, Cambridge MA.
- Brubaker, Rogers (1996): *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Bruell, Cornelia (2006): Die Konstruktion einer EU-Identität über Vokabulare – Skizze einer Medienanalyse. Working Paper Nr. 25, Institut für Europäische Integrationsforschung, Wien. <http://www.eif.oeaw.ac.at/downloads/workingpapers/wp25.pdf> [Datum des Zugriffs: 18.12. 2007].
- Brzeziński, Zbigniew (2002): Polska w okresie przemiany geostrategicznej. *Polski Przegląd Dyplomatyczny*, Vol 2 Nr. 3 (7), Warszawa, S. 11-15.
- Bürger, Christian/ Stritzel, Holger (2005): New European Security Theory. Zur Emergenz eines neuen europäischen Forschungsprogramms. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 2 (12), S. 437-446.
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.) (1993): *Aufbruch im Osten Europas. Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus*. Carl Hanser Verlag, München.
- Burant, Stephen R. (1996): Polska Polityka Wschodnia – Granice możliwości. *Polska w Europie*, Vol. 22, *Dezember 1996*, Warszawa, S. 83-96.
- Burke, Anthony (2007): What security makes possible: Some thoughts on critical security studies. Working paper 1/2007, Australian National University/ Department of International Relations, Canberra. http://rspas.anu.edu.au/ir/pubs/work_papers/07-1.pdf [Datum des Zugriffs: 3.01.2008].
- Busch, Andreas/ Merkel, Wolfgang (1999) (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Buzan, Barry (1983): *People States and Fear. The national security problem in international relations*. Wheatsheaf Books, Brighton.

- Buzan, Barry (1995): Security, the State, the "New World Order", and Beyond. In: Lipschutz, Ronnie D. (Hrsg.): On Security, Columbia University Press, New York, S. 187-211.
- Buzan, Barry/ Wæver, Ole/ Wilde, Jaap de (1998): Security: A New Framework for Analysis. Lynne Rienner Publishers, London.
- Campbell, David (1998 [2002]): Writing Security. United States Foreign Policy and the Politics of Identity. Manchester University Press, Manchester.
- Carlsnaes, Walter (2002): Foreign Policy. In: Carlsnaes, Walter/ Risse, Thomas/ Simmons, Beth (Hrsg.): Handbook of International Relations. Sage Publishers, London, S. 331-349.
- Carlsnaes, Walter/ Risse, Thomas/ Simmons, Beth (Hrsg.) (2002): Handbook of International Relations. Sage Publishers, London.
- Carlsnaes, Walter/ Sjursen, Helene/ White, Brian (Hrsg.) (2004): Contemporary European Foreign Policy. Sage Publishers, London.
- Carlsnaes, Walter/ Smith, Steve (Hrsg.) (1994): European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe. ECPR/ Sage, London
- Carver, Terrell (2002): Discourse Analysis and the Linguistic Turn. European Political Science, Autumn 2002, S. 50-53.
- Chadwick, Andrew (2000): Studying Political Ideas: a Public Political Discourse Approach. Political Studies, Vol 48, 283-301.
- Chalaby, Jean K. (1996): Beyond the prison-house of language: discourse as a sociological concept. British Journal of Sociology, Vol. 47 (4), 684-698.
- Checkel, Jeffrey T. (1997): International Norms and Domestic Politics: Bridging the Rationalist-Constructivist Divide. European Journal of International Relations 3 (1997) 4, S. 473-495.
- Cheek, Julianne (2004): At the Margins? Discourse Analysis and Qualitative Research. Qualitative Health Research. 14(8), S. 1140-1150.
- Chilton, Paul A. (1996): Security Metaphors. Cold War Discourse from Containment to Common House. Peter Lang, New York.
- Chilton, Paul A./ Ilyin, Mihail V./ Mey, Jacob L. (Hrsg.) (1997): Political Discourse in Transition in Europe 1989-1991. John Benjamins Publishing Company, Amsterdam/ Philadelphia.
- Chilton, Paul/ Schäffner, Christina (2002): Introduction. Themes and principles in the analysis of political discourse. In: Chilton, Paul/ Schäffner, Christina (Hrsg.): Politics as Text and Talk. Analytic approaches to political discourse. John Benjamins Publishing Company, Amsterdam/ Philadelphia, S: 1-41.
- Chilton, Paul/ Schäffner, Christina (Hrsg.) (2002): Politics as Text and Talk. Analytic approaches to political discourse. John Benjamins Publishing Company, Amsterdam/ Philadelphia.
- Chojnowski, Andrzej (2006): Kwestia patriotyzmu w poszukiwaniach programowych obozu piłsudczyckiego. In: Kłoczowski, Jacek (Hrsg.): Patriotyzm Polaków. Studia z historii idei. Ośrodek Myśli Politycznej. Kraków, S. 129-140.

- Cieślarczyk, Marian (2001): Społeczeństwa i społeczności na przełomie wieków – od bezpieczeństwa kultury do kultury bezpieczeństwa? In: Wojskowe Biuro Badań Socjologicznych (Hrsg.): Bezpieczeństwo w perspektywie socjologicznej. Materiały 1 sesja 37 grupy roboczej, Wojskowe Biuro Badań Socjologicznych, Warszawa, S.29-38.
- Cillia de, Rudolf/ Reisigl, Martin/ Wodak, Ruth (1999): The discursive construction of national identities. *Discourse & Society*. 10 (2), S. 149-173.
- Cimoszewicz, Włodzimierz (2000): Polska i świat współczesny. In: Bromke, Adam/ Tybura, Władysław (Hrsg.): Polska u progu XXI wieku. Europejska Wyższa Szkoła Prawa i Administracji, Warszawa, S. 11-19.
- Cimoszewicz, Włodzimierz (2003): Polityka zagraniczna Polski – aktualne wyzwania. Zeszyty Akademii Dyplomatycznej. Warszawa.
- Ciosek, Stanisław (2000): Stosunki polsko-rosyjskie. In: Instytut Studiów Strategicznych (Hrsg.): Polska polityka wschodnia. Fundacja „Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji“, Kraków, S. 41-51.
- Ciupiński, Andrzej (2002): Doktrynalne i instytucjonalne przesłanki bezpieczeństwa kooperacyjnego. In: Jemioła, Tadeusz/ Malak, Kazimierz (Hrsg.): Bezpieczeństwo zewnętrzne Rzeczypospolitej Polskiej. Akademia Obrony Narodowej, Warszawa, S. 91-99.
- Ciupiński, Andrzej/ Binkowski, Henryk/ Legucka, Agnieszka (Hrsg.) (2003): Bezpieczeństwo w stosunkach międzynarodowych. Materiały do studiowania. Akademia Obrony Narodowej. Warszawa.
- Cohen, Bernard C. (1960): The Influence of Non-Governmental Groups on Foreign Policy-Making. World Peace Foundation, Boston.
- Connolly, William E. (1991): Identity/Difference. Democratic Negotiations of Political Paradox. Cornell University Press, Ithaca and London.
- Connolly, William E. (1993): The Terms of Political Discourse. Blackwell, Oxford.
- Copeland, Dale C. (2006): The constructivist challenge to structural realism. In: Guzzini, Stefano/ Leander, Anna (Hrsg.): Constructivism and International Relations. Alexander Wendt and his critics. Routledge, London and New York, S. 1-20.
- Czaja Jan (1999): Stosunki międzynarodowe i polityka zagraniczna państw współczesnych – cechy i czynniki. In: Łukaszuk, Leonard (Hrsg.): Dyplomacja współczesna a problemy prawa i bezpieczeństwa międzynarodowego. Akademia Obrony Narodowej. Warszawa, S. 151-162.
- Czaputowicz, Jacek (2004): Zaangażowanie w Iraku a polska polityka europejska. *Polska w Europie* 3 (47), S. 17-24.
- Czempiel, Ernst-Otto (1966): Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949. Studie zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft. de Gruyter, Berlin.
- Czempiel, Ernst-Otto (1979): Amerikanische Außenpolitik. Gesellschaftliche Anforderungen und politische Entscheidungen. Kohlhammer, Stuttgart.
- Czempiel, Ernst-Otto (1986): Der Stand der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen und der Friedensforschung in der Bundesrepublik. In: von Beyme, Klaus (Hrsg.): Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. PVS-Sonderheft 17, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 250-263.

- Czempiel, Ernst-Otto (Hrsg.) (1969): Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Czyżewski, Marek u.a. (Hrsg.) (1995): Nationale Selbst- und Fremdbilder im Gespräch. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Daase, Christopher (1993) (Hrsg.): Regionalisierung des Sicherheitsbegriffes: Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden.
- Dębski, Sławomir/ Górka-Winter, Beata (Hrsg.) (2003): Kryteria bezpieczeństwa międzynarodowego państwa. Raporty. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warszawa.
- Der Derian, James (1995): The Value of Security: Hobbes, Marx, Nietzsche, and Baudrillard. In: Lipschutz, Ronnie D. (Hrsg.): On Security. Columbia University Press, New York, S. 24-45.
- Dialog (2003/2004): Deutschland – Frankreich – Polen: Drei Wege in der europäischen Geschichte. Ein Gespräch mit den Historikern Etienne François, Hartmut Kaelble und Robert Traba. Dialog 65 (2003/2004), S. 5-12.
- Diaz-Bone, Rainer (2005): Zur Methodologisierung der Foucaultschen Diskursanalyse [48 Absätze]. Forum Qualitative Sozialforschung [Online Journal], 7(1), Art 6. <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-06/06-1-6-d.htm> [Datum des Zugriffs: 23.03.2007].
- Diez, Thomas (1998): Perspektivenwechsel. Warum ein postmoderner Ansatz für die Integrationsforschung doch relevant ist. Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5 (1), S. 139-148.
- Diez, Thomas (1999): Die EU lesen. Diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte. Leske + Budrich, Opladen.
- Diez, Thomas (2005): Die Konflikttheorie postmoderner Theorien internationaler Beziehungen. In: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. 3. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 187-205.
- Dijk, Teun A. van (1985): Discourse and Communication. New Approaches to the Analysis of Mass Media Discourse and Communication. Walter de Gruyter, Berlin and New York.
- Dillon, Michael (1996): Politics of Security. Towards a Political Philosophy of Continental Thought. Routledge, London.
- Dmowski, Roman (1902 [1994]): Myśli nowoczesnego Polaka. 10. Auflage, Nortom, Wrocław.
- Donati, Paolo R. (2001): Die Rahmenanalyse politischer Diskurse. In: Keller, Reiner / Hirsland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Leske + Budrich, Opladen, S. 145-175.
- Doty, Roxanne Lynn (1993): Foreign Policy as Social Construction: A Post-Positivist Analysis of U.S. Counterinsurgency Policy in the Philippines. International Studies Quarterly, 37, S. 297-320.

- Doty, Roxanne Lynn (1996): Sovereignty and the nation: constructing boundaries of national identity. In: Biersteker, Thomas J./ Weber, Cynthia (Hrsg.): State Sovereignty as Social Construct. Cambridge University Press.
- Doty, Roxanne Lynn (1997): Aporia: A Critical Exporation of the Agent-Structure Problematique in International Relations Theory. European Journal of International Relations, Vol. 3 (3), S. 365-392.
- Drozd, Jarosław (2001): Stosunki polsko-niemieckie a kwestia bezpieczeństwa. In: Kuźniar, Roman (Hrsg.): Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa, S. 129-158.
- Dunn, David (2002): Polska – nowy model sojusznika Ameryki? In: Osica, Olaf/ Zaborowski, Marcin (Hrsg.): Nowy członek „starego” Sojuszu. Polska jako nowy Partner w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa. Centrum Stosunków Międzynarodowych, Warszawa, S. 129-160.
- Dunn, Myriam/ Mauer, Victor (2006): Diskursanalyse: Die Entstehung der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA. In: Siedschlag, Alexander (Hrsg.): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 189-217.
- Dylla, Daria (2006): Die Europapolitik der neuen Regierung Polens: Eine Bestandsaufnahme. In: PIN – Politik im Netz (www.politik-im-netz.com), 7. Jahrgang, Ausgabe: 36 im März 2006, Rubrik: national.
- Eberwein, Wolf-Dieter/ Kerski, Basil (Hrsg.) (2001): Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte- und Interessengemeinschaft? WZB Discussion paper P01-305, <http://skylia.wz-berlin.de/pdf/2001/p01-305.pdf>
- Eder, Klaus (1999): Societies Learn and yet the World is Hard to Change. European Journal of Social Theory. 2(2), S. 195-215.
- Eisler, Jerzy (2001): Ewolucja sytuacji politycznej w Polsce w latach 1989-2000. In: Kuźniar, Roman (Hrsg.): Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa, S. 19-44.
- Elman, Colin (1996a): Horses for Courses. Why not Neorealist Theories of Foreign Policy. Security Studies. 6 (1), S. 7-52.
- Elman, Colin (1996b): Cause, Effect, and Consistency. A Response to Kenneth Waltz. Security Studies. 6 (1), S. 58-61.
- Escudé, Carlos (2002): Unia Europejska i globalne bezpieczeństwo w ponowoczesnym świecie. Polski Przegląd Dyplomatyczny, Vol 2 Nr.1 (5), Warszawa, S. 57-85.
- Ester, Hans/ Hecker, Hans/ Poettgens, Erika (Hrsg.) (1993): Deutschland, aber wo liegt es? Deutschland und Mitteleuropa. Analysen und historische Dokumente. Rodopi, Amsterdam.
- Evangelista, Mathew (1995): The Paradox of State Strength: Transnational Relations, Domestic Structures and Security Policy in Russia and the Soviet Union. International Organization. 49 (1), S. 1-38.
- Evans, Peter B./ Jacobson, Harold K./ Putnam, Robert D. (Hrsg.) (1994): Double-edged diplomacy. International bargaining and domestic politics. Berkeley, California University Press.

- Fairclough, Norman (1989): *Language and Power*. Longman, London
- Fairclough, Norman (1992): *Discourse and Social Change*. Polity Press, Cambridge.
- Fairclough, Norman (1998): *Political Discourse in the Media: An Analytical Framework*. In: Bell, Allan/ Garrett, Peter (Hrsg.): *Approaches to Media Discourse*. Blackwell, Oxford, S.142-162.
- Farell, Barry R. (Hrsg.) (1966): *Approaches in Comparative and International Politics*. Northwestern University Press, Evanstone.
- Farell, John C./ Smith, Asa P. (Hrsg.) (1967): *Image and Reality in World Politics*. Columbia University Press, New York.
- Fearon, James D. (1998): Domestic politics, foreign policy and theories of international Relations. *Annual Review of Political Science*, 1998 (1), S. 289-313.
- Fedorowicz, Krzysztof (2003): Polska w polityce zagranicznej Rosji w latach 1991-2001. In: Paradowski, Ryszard/ Ossowski, Szymon (Hrsg.): *Polska w Rosji – Rosja w Polsce. Stosunki polityczne*. Wydawnictwo Naukowe INPiD UAM. Poznań, S. 17-33.
- Fedorowicz, Krzysztof (2004): Ukraina w polskiej polityce wschodniej w latach 1989-1999. Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza, Poznań.
- Fehr, Helmut (1996): Dekommunisierung und symbolische Politikmuster in Polen. In: Mánicke-Gyöngyösi, Krisztina (Hrsg.): *Öffentliche Konfliktdiskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität: Institutionenbildung und symbolische Politik in Ostmitteleuropa; in memoriam Gábor Kiss*. Peter Lang, Frankfurt am Main. S. 135-162.
- Fehr, Helmut (1998): Von der „Solidarität“ zum Kampf um die Macht. Elitenbildung und Intelligenz in Polen. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 8/ 1998, S. 10-20.
- Fetzer, Anita / Akman, Varol (2002): Context of social action: guest editors' introduction. *Language & Communication*. 22 (2002), S. 391-402.
- Filar, Dariusz (1994): Odnaleźć się na trudniejszym kontynencie. *Przegląd Polityczny*, Nr. 24, S. 20-26.
- Finnemore, Martha (1996): *National Interests in International Society*. Cornell University Press, Ithaca und London.
- Forschungsstelle Osteuropa (Hrsg.) (1994): *Kulturelle Identitäten in Ostmitteleuropa – Polen und Tschechoslowakei*. Universität Bremen.
- Forycki, Maciej/ Serwański, Maciej (2003): *Frankreich, Deutschland und Polen im neuzeitlichen und modernen Europa (16. bis 20 Jh.)*. Instytut Historii UAM, Poznań.
- François, Etienne/ Schulze, Hagen (Hrsg.) (2000-2001): *Deutsche Erinnerungsorte*. 3 Bände. C.H. Beck, München.
- Frank, Cornelia (2003): *Polnische Sicherheitspolitik – Warschaus Position zur ESVP. Eine gesellschaftstheoretische Annäherung*. Arbeitspapier Nr. 2/2003 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg. <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/publ/ap2-03.pdf> [Datum des Zugriffs: 21.01.2008].

- Frank, Cornelia (2004): Polen im Irak. Was steckt hinter Warschaus Engagement?, Informationen für die Truppe. Zeitschrift für politische Bildung, 3/2004, S. 32-35.
- Frank, Cornelia (2005): Polnische Sicherheitspolitik in der Transformation. DIAS-Analyse Nr. 17, Düsseldorf. <http://www.cornelia-frank.de/docs/2005-Polnische-SiPo-in-der-Transformation.pdf> [Datum des Zugriffs: 21.01.2008].
- Frank, Cornelia (2005a): Verstehende Sicherheitspolitik als Analysekonzept. Polens Position zur ESVP als Fallbeispiel. Paper für die Tagung der DVPW-Sektion „Internationale Politik“ am 6./7. Oktober 2005, Mannheim. www.cornelia-frank.de [Datum des Zugriffs: 26.04.2007].
- Frantz, Christiane (2000): EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäischen Union. Leske + Budrich, Opladen.
- Franzke, Jochen (Hrsg.) (1998): Polen. Staat und Gesellschaft im Wandel. Beiträge zur Debatte. Berliner Debatte Wissenschaftskolleg, Berlin.
- Franzosi, Roberto (1998): Narrative analysis – or why (and how) sociologists should be interested in narrative. Annual Review of Sociology, 24, S. 517-554.
- Franzosi, Roberto (2004): From words to numbers: narrative, data and social science. Cambridge University Press, Cambridge.
- Freundenstein, Roland (1995): Deutschland, Frankreich und die Osterweiterung der Europäischen Union. In: Sauder, Axel/ Schild, Joachim (Hrsg.): Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt. Leske + Budrich, Opladen, S. 131-137.
- Gajewski, Jacek (2001): Regionalizm w polityce bezpieczeństwa Polski 1989-2000. In: Kuźniar, Roman (Hrsg.): Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa, S. 232-267.
- Gaskarth, Jamie (2006): Discourses and Ethics: The Social Construction of British Foreign Policy. Foreign Policy Analysis. (2006) 2, S. 325-341.
- George, Jim (1994): Discourses of Global Politics: A Critical Re(Introduction) of International Relations. Lynne Rienner Publishers, Boulder, CO.
- Geremek, Bronisław (2002): Ustrój państwa a polityka zagraniczna. Wykład z dnia 28.11.2000. In: PISM: Ustrój państwa a polityka zagraniczna. Wykłady publiczne w Polskim Instytucie Spraw Międzynarodowych. Warszawa, S. 19-31.
- Gerhardt, Sebastian (2003): Polska Polityka Wschodnia. Die Außenpolitik der polnischen Regierung seit 1989 gegenüber den östlichen Nachbarstaaten Polens (Russland, Litauen, Weißrussland, Ukraine). Dissertation Universität Trier, <http://ub-dok.uni-trier.de/diss/diss38/20040310/20040310.htm>.
- Gerner, Deborah J. (1995): The Evolution of the Study of Foreign Policy. In: Neack, Laura/ Hey, Jeanne A.K./ Haney, Patrick (Hrsg.): Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in Its Second Generation. Prentice Hall, Englewood Cliffs. S. 17-32.
- Gießmann, Hans-Joachim (1995): Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa. Probleme, Konzepte, Perspektiven. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

- Gießmann, Hans-Joachim/ Schlichting, Ursel (Hrsg.) (1995): Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten, Fakten, Analysen. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Glaeßner, Gert-Joachim (2003): Sicherheit in Freiheit. Die Schutzfunktion des demokratischen Staates und die Freiheit der Bürger. Leske + Budrich, Opladen.
- Gleditsch, Nils Petter/ Risse-Kappen, Thomas (Hrsg.) (1995): Special Issue of European Journal of International Relations.
- Gluczyński, Piotr/ Loba, Bartosz (Hrsg.) (2002): Tożsamość narodowa Polaków w przyszłej Europie. Fundacja „Instytut Lecha Wałęsy”, Warszawa.
- Goetschel, Laurent (Hrsg.) (1997): Vom Statisten zum Hauptdarsteller: Die Schweiz und ihre OSZE-Präsidentschaft. Haupt, Bern.
- Goldstein, Judith/ Koehane, Robert O. (1993): Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework. In: Goldstein, Judith/ Koehane, Robert O. (Hrsg.): Ideas and foreign policy. Beliefs, institutions and political change. Cornell University Press, Ithaca, S. 3-30.
- Goldstein, Judith/ Koehane, Robert O. (Hrsg.) (1993): Ideas and foreign policy. Beliefs, institutions and political change. Ithaca, Cornell University Press.
- Górka-Winter, Beata/ Posel-Częścik, Edyta (2002): Europejska Tożsamość w dziedzinie Bezpieczeństwa i Obrony – perspektywa europejskich członków NATO pozostających poza Unią Europejską. Polski Przegląd Dyplomatyczny, Vol 2 Nr. 1 (5), Warszawa, S.29-56.
- Górski, Krzysztof/ Piątkowski Krystian (1995): Dylematy polskiej polityki wobec NATO i Rosji. Studia i materiały. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warszawa.
- Gourevitch, P. (1978): The second image reversed: the international sources of domestic politics. International Organization, 32, 4, Autumn 1978, S. 881-912.
- Grabowski, Sabine (1998): Vergangenheitsbewältigung in Polen. Dossier und Analyse. In: König, Helmut/ Kohlstruck, Michael/ Wöll, Andreas (Hrsg.): Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts. Leviathan Sonderheft 18/1998, 261-290.
- Grabowski, Sabine (2002): Rezension von: Brian Porter: When Nationalism Began to Hate – Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland, Oxford University Press 2000, Oxford. In: sehepunkte 2 (2002), Nr. 2 [15.2.2002], URL: <http://www.sehepunkte.de/2002/02/s0195131460.html> [Datum des Zugriffs 27.01.2007]
- Græger, Nina (2004): Norway between NATO, the EU and the US. The Norwegian discourse on the ESDP. Paper prepared to the Fifth Pan-European Conference on IR, The Hague, Netherlands, 9-11 September 2004.
- Grygolec, Władysław/ Kaźmirski, Marcin/ Piątkowski, Piotr/ Seniuch, Rafał/ Włodarski, Piotr (1998): NATO w polityce bezpieczeństwa Polski. Przegląd środkowoeuropejski. VI/22/ April 1998, S. 2-17.
- Guzzini, Stefano/ Leander, Anna (Hrsg.) (2006): Constructivism and International Relations. Alexander Wendt and his critics. Routledge, London and New York.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Band 1 und 2, Frankfurt.

- Haftendorn, Helga (Hrsg.) (1978): *Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn*. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln.
- Haftendorn, Helga (1990): Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse. In: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*. PVS-Sonderheft 21, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 401-423.
- Haftendorn, Helga (1993): Das Sicherheits-Puzzle. Die Suche nach einem tragfähigen Konzept internationaler Sicherheit. In: Daase, Christopher (Hrsg.): *Regionalisierung des Sicherheitsbegriffes: Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden, S. 13-38.
- Hahn, Irene (2007): *Polen und Europa. Europabilder und nationale Identität im Beitrittsprozess zur EU*. Oficyna Wydawnicza Atut, Wrocław.
- Hajer, Maarten (2002): Discourse Analysis and the Study of Policy Making. *European Political Science*, *Autumn 2002*, S. 61-65.
- Halizak, Edward (1995): Geoeconomika – nowy wymiar bezpieczeństwa narodowego Polski. In: Halizak, Edward (Hrsg.): *Bezpieczeństwo narodowe Polski. Geopolityczne i geoeconomiczne uwarunkowania*. Wydawnictwo Adam Marszałek, Toruń, S. 33-46.
- Halizak, Edward (Hrsg.) (1995): *Bezpieczeństwo narodowe Polski. Geopolityczne i geoeconomiczne uwarunkowania*. Wydawnictwo Adam Marszałek, Toruń.
- Halizak, Edward/ Kuźniar, Roman (1992): *Podejście strategiczne a bezpieczeństwo państwa. Aspekty polityczne i ekonomiczne*. Studia i materiały. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warszawa.
- Hall, John A. (1993): Ideas and the Social Science. In: Goldstein, Judith / Koehane, Robert O. (Hrsg.): *Ideas and foreign policy. Beliefs, institutions and political change*. Ithaca, Cornell University Press, S. 31-54.
- Hall, Rodney Bruce (1960): *National Collective Identity. Social Constructs and International System*. Columbia University Press, New York.
- Hampton, Mary N. (1996): Institutions and Learning: Explaining Incremental German Foreign Policy Innovation. *European Security*. 5 (4), S. 543-563.
- Hansen, Lene (2006): *Security as Practice: Discourse Analysis and The Bosnian War*. Routledge, London
- Hansen, Lene/ Wæver, Ole (Hrsg.) (2002): *European integration and national identity: the challenge of the Nordic states*. Routledge, London.
- Harnisch, Sebastian (2000): *Außenpolitisches Lernen. Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel*. Leske + Budrich, Opladen.
- Harnisch, Sebastian (2003): Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels. In: Hellmann, Gunther/ Wolf, Klaus Dieter/ Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 313-360.
- Hatschikjan, Magarditsch (1999): Zum Spannungsverhältnis von Nation und Außenpolitik in Ostmitteleuropa. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3-9/99, S. 18-28.

- Hauner, Milan (1995): Deutschland und Mitteleuropa. Lage und Wesen. *Ethnos-Nation*, 3 (1), S. 5-16. <http://www.uni-koeln.de/phil-fak/soeg/ethnos/inhalte/inhalte5/hauner.htm> [Datum des Zugriffs: 22.01.2008].
- Hauser, Przemysław/ żerka, Stanisław (Hrsg.) (1998): *Słownik polityków polskich XX wieku*. Wydawnictwo Poznańskie, Poznań.
- Heikka, Henrikki (1999): Beyond Neorealism and Constructivism: Desire, Identity, and Russian Foreign Policy. In: Hopf, Ted (Hrsg.): *Understandings of Russian foreign policy*. The Pennsylvania State University Press, University Park PA.
- Hellmann, Gunther (1999): Machtbalance und Vormachtdenken sind überholt: Zum außenpolitischen Diskurs im vereinigten Deutschland. In: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 97-126.
- Hellmann, Gunther (2006): *Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Hellmann, Gunther (2007): Sicherheitspolitik. In: Schmidt, Siegmund/ Hellmann, Gunther/ Wolf, Reinhard (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 605-617.
- Hellmann, Gunther/ Wolf, Klaus Dieter/ Zürn, Michael (Hrsg.) (2003): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Hellmann, Gunther/ Wolf, Reinhard/ Schmidt, Siegmund (2007): Deutsche Außenpolitik in historischer Perspektive. In: Schmidt, Siegmund/ Hellmann, Gunther/ Wolf, Reinhard (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 15-46.
- Hermann, Charles (1969): International Crisis as a Situational Variable. In: Rosenau, James (Hrsg.): *International Politics and Foreign Policy. A reader in research and theory*. The Free Press, New York, S. 409-421.
- Herrmann, Richard K. (1985): *Perceptions and Behavior in Soviet Foreign Policy*. University of Pittsburgh Press, Pittsburgh.
- Hill, Christopher (2003): *The Changing Politics of Foreign Policy*. Palgrave Macmillan, London.
- Hofmann, Dirk (2002): Polen nach den Parlamentswahlen 2001 – Abschied von der konsolidierten Konsensdemokratie? Unveröffentlichte Examensarbeit, Universität Göttingen.
- Hollis, Martin/ Smith Steve (1990): *Explaining and Understanding International Relations*. Clarendon Press, Oxford.
- Holsti, Kalevi (1970): National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, *International Studies Quarterly*, 14 (3), S. 233-309.
- Holsti, Ole (1962): The Belief System and National Images: A Case Study. *The Journal of Conflict Resolution*. Vol. 6 (1962), S. 244-252.
- Holsti, Ole (1967): Cognitive Dynamics and Images of the Enemy: Dulles and Russia. In: Farrell, John C./ Smith, Asa P. (Hrsg.): *Image and Reality in World Politics*. Columbia University Press, New York, S. 25-96.

- Hopf, Ted (Hrsg.) (1999): *Understandings of Russian foreign policy*. The Pennsylvania State University Press, University Park PA.
- Horwath, David R./ Torfing, Jacob (Hrsg.) (2005): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance*. Palgrave Macmillan, London.
- Huysmans, Jef (1998): *Security! What Do You Mean? From Concept to Thick Signifier*. *European Journal of International Relations*, 4(2), S. 226–255.
- Huysmans, Jef (1998a): *Revisiting Copenhagen: Or, On the Creative Development of a Security Studies Agenda in Europe*. *European Journal of International Relations*, 4 (2), S. 479-505.
- Huysmans, Jef (1998b): *The Question of the Limit. Desecuritisation and the Aesthetics of Horror in Political Realism*. *Millenium: Journal of International Studies*, 27 (3), S. 569-589.
- Instytut Studiów Strategicznych (Hrsg.) (2000): *Polska polityka wschodnia*. Fundacja „Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji“, Kraków.
- Jackson, Robert/ Sørensen, Georg (2007): *Introduction to International Relations. Theories and approaches*. Third Edition. Oxford University Press, Oxford.
- Jäger, Siegfried (1996): *Diskurstheorie*. In: CD-ROM der Pädagogik. Schneider Verlag, Hohengehren.
- Jagiello, Michał (2000): *Partnerstwo dla przyszłości. Szkice o polityce wschodniej i mniejszościach narodowych*. Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa.
- Jakubczak, Ryszard/ Marczak, Józef (1998): *Obrona terytorialna Polski na progu XXI wieku*. Dom Wydawniczy Bellona. Warszawa
- Janowski, Karol B. (2001): *Polska polityka zagraniczna w 1989 r. "10 lat później"*. In: Marczewska-Rytko, Maria (Hrsg.): *Polska w systemie międzynarodowym w dobie integracji europejskiej*. Wydawnictwo Puławskiej Szkoły Wyższej, Puławy, S. 27-43.
- Jemiola, Tadeusz/ Malak, Kazimierz (Hrsg.) (2002): *Bezpieczeństwo zewnętrzne Rzeczypospolitej Polskiej*. Akademia Obrony Narodowej, Warszawa.
- Jepperson, Ronald L./ Wendt, Alexander/ Katzenstein, Peter J. (1996): *Norms, Identity, and Culture in National Security*. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*. Columbia University Press, New York.
- Jervis, Robert (1976): *Perception and Misperception in International Politics*. Princeton University Press, Princeton.
- Joerißen, Britta/ Stahl, Bernhard (Hrsg.) (2003): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität – Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Europäische Akademie Otzenhausen Bd. 121, Münster.
- Jones, Richard Wyn (1999): *Security, Strategy, and Critical Theory*. Lynne Rienner, Boulder, CO.
- Jones, Richard Wyn (Hrsg.) (2001): *Critical Theory and World Politics*. Lynne Rienner, Boulder, CO.

- Kaack, Heino (1969): Opposition und Außenpolitik. In: Czempel, Ernst-Otto (Hrsg.): Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik. Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 224-249.
- Kaczmarek, Julian/ Skowroński Adam (1998): Bezpieczeństwo. Świat – Europa – Polska. Atla 2, Wrocław.
- Kaiser, Karl (1971): Das internationale System der Gegenwart als Faktor der Beeinträchtigung demokratischer Außenpolitik. In: Probleme der Demokratie heute, PVS-Sonderheft 2, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 340-358.
- Kaser, Karl/ Gramshammer-Hohl, Dagmar/ Pichler Robert (Hrsg.) (2003): Europa und die Grenzen im Kopf. Wieser Verlag, Klagenfurt.
- Katzenstein, Peter J. (1996a): Introduction: Alternative Perspectives on National Security. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics. Columbia University Press, New York.
- Katzenstein, Peter J. (1997a): United Germany in an Integrating Europe. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): Tamed Power. Germany in Europe. Cornell University Press, Ithaca, New York, S. 1-48.
- Katzenstein, Peter J. (Hrsg.) (1996): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics. Columbia University Press, New York.
- Katzenstein, Peter J. (Hrsg.) (1997): Tamed Power. Germany in Europe. Cornell University Press, Ithaca, New York.
- Katzenstein, Peter J./ Okawara, Nobuo (1993): Japan's National Security. Structures, Norms and Policy Responses in a Changing World. Cornell University East Asia Program. Ithaca, New York.
- Kawalec, Krzysztof (2006): Problem patriotyzmu w myśli politycznej endecji. In: Kłockowski, Jacek (Hrsg.): Patriotyzm Polaków. Studia z historii idei. Ośrodek Myśli Politycznej. Kraków, S. 141-157.
- Kazan, Isil (2003): Regionalisation of Security and Securitisation of a Region: Turkish Security Policy After the Cold War. Institute of Political Science, University of Copenhagen.
- Kazimierz Pułaski-Stiftung (Fundacja im. Kazimierza Pułaskiego): <http://www.pulaski.pl/pulaski.htm> [Datum des Zugriffs: 28.06.2007]
- Keller, Reiner (2007): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 2. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Keller, Reiner/ Hirsland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hrsg.) (2001): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Leske + Budrich, Opladen.
- Kelstrup, Morten/ Williams, Michael (Hrsg.) (2000): International Relations Theory and the Politics of European Integration: Power, Security, and Community. Rutledge, London.
- Keohane, Robert O. (1988): International Institutions: Two Approaches. International Studies Quarterly, 32, S. 379-396.

- Keohane, Robert O./ Nye, Joseph E./ Hoffmann, Stanley (Hrsg.) (1993): *After the Cold War. International institutions and state strategies in Europe, 1989-1991*. Ithaca, Cornell University Press.
- Kerchner, Brigitte (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick. In: Kerchner, Brigitte/ Schneider, Silke (Hrsg.): *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 33-67.
- Kerchner, Brigitte/ Schneider, Silke (2006): „Endlich Ordnung in der Werkzeugkiste. Zum Potenzial der Foucaultschen Diskursanalyse in der Politikwissenschaft – Einleitung. In: Kerchner, Brigitte/ Schneider, Silke (Hrsg.): *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 9-32.
- Kerchner, Brigitte/ Schneider, Silke (Hrsg.) (2006): *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Kirste, Knut (1998): *Rollentheorie und Außenpolitikanalyse. Die USA und Deutschland als Zivilmächte*. Peter Lang, Frankfurt am Main.
- Kittel, Gabriele/ Rittberger, Volker/ Schimmelfennig, Frank (1995): Staatenmerkmale und Außenpolitik: Untersuchungsdesign und Hypothesen. In: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Anpassung oder Austritt: Industriestaaten in der UNESCO-Krise. Ein Beitrag zur vergleichenden Außenpolitikforschung*, Ed. Sigma Bohn, Berlin, S. 53-82.
- Kloczkowski, Jacek (2006): Wstęp. In: Kloczkowski, Jacek (Hrsg.): *Patriotyzm Polaków. Studia z historii idei. Ośrodek Myśli Politycznej*, Kraków, S. 7-11.
- Kloczkowski, Jacek (Hrsg.) (2006): *Patriotyzm Polaków. Studia z historii idei. Ośrodek Myśli Politycznej*, Kraków.
- Kolodziej, Edward (1992): What Is Security and Security Studies? Lessons from the Cold War. *Arms Control*, 13, S. 1-32.
- König, Helmut/ Kohlstruck, Michael/ Wöll, Andreas (Hrsg.) (1998): *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts. Leviathan Sonderheft 18/1998*.
- Korzeniewska-Berczyńska, Joanna (2003): *Obraz Włodzimierza Putina ze stereotypami Rosji w tle*. In: Paradowski, Ryszard/ Ossowski, Szymon (Hrsg.): *Polska w Rosji – Rosja w Polsce. Stosunki polityczne*. Wydawnictwo Naukowe INPiD UAM, Poznań, S. 127-132.
- Kosman, Michał M. (2001): Polen im Weimarer Dreieck. *WeltTrends*, Nr. 31 Sommer 2001, S. 119-132.
- Kostecki, Wojciech/ Wiberg Håkan (1996): Poland. Polish Regime Values. In: Mouritzen, Hans/ Wæver, Ole/ Wiberg, Håkan (Hrsg.): *European Integration and National Adaptations. A Theoretical Inquiry*. Nova Science Publishers, Inc., New York, S. 157-184.
- Koszel, Bogdan (2003): *Francja i Niemcy w procesie integracji Polski ze Wspólnotami Europejskimi / Unią Europejską (1989-2002)*. Instytut Zachodni, Poznań.

- Kowalski, Sergiusz/ Marody, Mira (1996): Shaping the national Identity in Poland. Dive Secular and Religious Strategies. In: Mänicke-Gyöngyösi, Krisztina (Hrsg.): Öffentliche Konfliktdiskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität: Institutionenbildung und symbolische Politik in Ostmitteleuropa; in memoriam Gábor Kiss. Peter Lang, Frankfurt am Main. S. 357-371.
- Kozielecki, Józef (1991): Dwa oblicza polskiej megalomanii. *Odra*, 7-8 (1991).
- Krasner, Stephen (1978): Defending the National Interest. Princeton University Press, Princeton.
- Kratochwil, Friedrich (2006): Constructing a new orthodoxy? Wendt's Social Theory of International Politics and the constructivist challenge. In: Guzzini, Stefano/ Leander, Anna (Hrsg.): Constructivism and International Relations. Alexander Wendt and his critics. Routledge, London und New York, S. 21-47.
- Krause, Keith/ Williams, Michael C. (Hrsg.) (1997): Critical Security Studies. Concepts and Cases. University of Minnesota Press, Minneapolis.
- Kress, Gunther (1985): Linguistic process in socio-cultural practice. Deakin University Press, Victoria.
- Krzemiński, Adam (1998): Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay. Verlag C.H. Beck, München.
- Kupiecki, Robert (2001): Kierunek atlantycki w polskiej polityce zagranicznej po 1989 r. In: Kuźniar, Roman (Hrsg.): Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa, S. 271-327.
- Kupiecki, Robert (2003): Poland's Interests in NATO. *Sprawy Międzynarodowe. Yearbook* 2003.
- Kuźniar, Roman (Hrsg.) (2001): Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa.
- Kuźniar, Roman (2004): Bezpieczeństwo europejskie. *Polska w Europie. Nr. 2 (46)*. S. 9-28.
- Kuźniar, Roman/ Szczepanik, Krzysztof (Hrsg.) (2002): Polityka zagraniczna RP 1989-2002. Wydawnictwo Askon, Fundacja Stosunków Międzynarodowych, Warszawa.
- Kuźniar, Roman/ Szczepanik, Krzysztof (Hrsg.) (2002): Wprowadzenie. Podstawy Polityki Zagranicznej RP. In: Kuźniar, Roman / Szczepanik, Krzysztof (Hrsg.): Polityka zagraniczna RP 1989-2002. Wydawnictwo Askon, Fundacja Stosunków Międzynarodowych, Warszawa, S. 15-30.
- Kwaśniewski, Aleksander (1997): Niech Europa odkryje Ukrainę. *Gazeta Wyborcza*, 22.01.1997.
- Laclau, Ernesto (Hrsg.) (1994): The Making of Political Identities. Verso, London/ New York.
- Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal (1985): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. Verso, London.
- Laclau, Ernesto/ Zac, Lilian (1994): Minding the gap: The Subject of Politics. In: Laclau, Ernesto (Hrsg.): The Making of Political Identities. Verso, London/ New York, S. 11-39.

- Ladrech, Robert (1994): Europeanization of Domestic Politics and Institutions: The Case of France. *Journal of Common Market Studies*, 32 (1), *March 1994*, p. 69-88.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.) (1998): Polen in Europa. Deutschland und Europa. Reihe für Politik, Geschichte, Geographie, Deutsch. *Heft 37, Dezember 1998*.
http://www.deutschlandundeuropa.de/37_98/polen.pdf [Datum des Zugriffs: 1.06.2007].
- Lang, Kai-Olaf (2002): Ein neues polnisch-russisches Verhältnis? Putins Polenbesuch im Januar 2002. SWP-Aktuell, *Januar 2002*.
- Lang, Kai-Olaf (2004): Das Weimarer Dreieck. Ein neuer „Motor“ für die größere EU? SWP-Studie S21, *Mai 2004*, Berlin.
- Lang, Kai-Olaf (2005): Machtwechsel in Warschau, Kurswechsel in der Außenpolitik? SWP-Aktuell, *Dezember 2005*.
- Larsen, Henrik (1997): Foreign policy and discourse analysis: France, Britain, Europe. (Routledge Advances in International Relations and Politics), Routledge, London und New York.
- Larson, Deborah Welch (1985): Origins of Containment: A Psychological Explanation. Princeton University Press, Princeton.
- Le Prestre, Philippe (Hrsg.) (1997): Role Quest in the Post-Cold War Era. Foreign Policies in Transition. McGill – Queen’s University Press, Montreal.
- Lepsius, Rainer M. (1990): Interessen, Ideen und Institutionen. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Levy, Jack, S. (1994): Learning and foreign policy: sweeping a conceptual minefield. *International Organization*, 48, 2, *Spring 1994*, S. 279-312.
- Lexikon der deutschen Geschichte (1999). Ploetz, Freiburg.
- Link, Werner (1971): Der Einfluss des Parlaments auf die Außenpolitik. Die außenpolitische Rolle des Parlaments und das Konzept der kombinierten Auswärtigen Gewalt. In: Probleme der Demokratie heute, PVS-Sonderheft 2, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 359-387.
- Lippert, Ekkehard/ Prüfert, Andreas/ Wachtler, Günther (1997) (Hrsg.): Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Lipschutz, Ronnie D. (Hrsg.) (1995): On Security. Columbia University Press, New York.
- Lipski, Jan Józef (1996 [1981]): Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Großenwahn und zur Xenophobie der Polen. In: Ziegler, Georg (Hrsg.): Wir müssen und alles sagen... Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft. Verlag „Wokół nas“ & Deutsch-Polnischer Verlag, Gliwicz-Warschau.
- Łomiński, Bogdan (Hrsg.) (1997): Bezpieczeństwa państw Europy. Koncepcje i problemy lat 90. Wydawnictwo Uniwersytetu śląskiego, Katowice.

- Longhurst, Kerry (2002): Od roli konsumenta do roli producenta. Polska a bezpieczeństwo atlantyckie w XXI wieku. In: Osica, Olaf/ Zaborowski, Marcin (Hrsg.): Nowy członek „starego” Sojuszu. Polska jako nowy partner w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa. Centrum Stosunków Międzynarodowych, Warszawa.
- Longhurst, Kerry/ Zaborowski, Marcin (2007): The New Atlanticist, Poland's Foreign and Security Policy Priorities. Blackwell Publishing, Malden, MA.
- Lubbe, Andrzej (1997): National Economic Security. The Polish Quarterly of International Affairs, *Autumn 1997, Vol 6 No. 4*, Warszawa, S. 59-76.
- Łukaszuk, Leonard (Hrsg.) (1999): Dyplomacja współczesna a problemy prawa i bezpieczeństwa międzynarodowego. Akademia Obrony Narodowej. Warszawa.
- Mabee, Brian (2003): Security Studies and the 'Security State': Security Provision in Historical Context. *International Relations. 17(2)*, S. 135-151.
- Madera, Andrzej Józef (2003): Polska Polityka Zagraniczna. Europa środkowo-Wschodnia 1989-2003. Kraków.
- Makropoulos, Michael (1995): Sicherheit. In: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Vol 9, Schwabe Verlag, Basel, S. 745-750.
- Malinowski, Krzysztof (Hrsg.) (2003): Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech. Instytut Zachodni, Poznań.
- Malinowski, Krzysztof (2003a): Doświadczenie Jałty. Polska wobec idei bezpieczeństwa zbiorowego pod egidą KBWE/OBWE. In: Malinowski, Krzysztof (Hrsg.): Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech. Instytut Zachodni, Poznań, S. 139-192.
- Malinowski, Krzysztof (2003b): Kultura bezpieczeństwa narodowego: koncepcja i możliwości zastosowania. In: Malinowski, Krzysztof (Hrsg.): Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech. Instytut Zachodni, Poznań, S. 15-46.
- Malinowski, Krzysztof/ Mildenerberger, Markus (Hrsg.) (2001): Trudny dialog. Polsko-niemiecka wspólnota interesów w zjednoczonej Europie. Instytut Zachodni, Poznań.
- Malpas, Jeff (2002): The weave of meaning: holism and contextuality. *Language & Communication. 22 (2002)*, S. 403-419.
- Mänicke-Gyöngyösi, Krisztina (Hrsg.) (1996): Öffentliche Konfliktdiskurse von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität: Institutionenbildung und symbolische Politik in Ostmitteleuropa; in memoriam Gábor Kiss. Peter Lang, Frankfurt am Main.
- Marczewska-Rytko, Maria (Hrsg.) (2001): Polska w systemie międzynarodowym w dobie integracji europejskiej. Wydawnictwo Puławskiej Szkoły Wyższej, Puławy.
- Mattern, Janice Bially (2000): Taking Identity Seriously. *Cooperation and Conflict. 35 (3)*, S. 299-308.
- Matthes, Claudia-Yvette (1999): Polen und Ungarn – Parlamente im Systemwechsel. Zur Bedeutung einer politischen Institution für die Konsolidierung neuer Demokratien. Leske + Budrich, Opladen.

- Mattox, Gale A./ Rachwald, Arthur R. (Hrsg.) (2001): Enlarging NATO. The National Debates. Lynne Rienner, Boulder, CO.
- Mauil, Hanns (2001): Germany and Japan: The New Civilian Powers. Foreign Affairs. 69 (5), S. 91-106.
- Mazur, Zbigniew (2003): Polska w Sojuszu Północnoatlantyckim: nadzieje, wątpliwości i zastosowania. In: Malinowski, Krzysztof (Hrsg.): Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech. Instytut Zachodni, Poznań, S. 47-94.
- McSweeney, Bill (1996): Identity and Security: Buzan and the Copenhagen school. Review of International Studies 22, S. 81-93.
- McSweeney, Bill (1999): Security, Identity and Interests. A Sociology of International Relations. Cambridge University Press, Cambridge.
- Medick-Krakau, Monika (1999): Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse. In: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 3-32.
- Medick-Krakau, Monika (Hrsg.) (1999): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Menkiszak, Marek (1995): Polska w strategii międzynarodowej Federacji Rosyjskiej. In: Halizak, Edward (Hrsg.): Bezpieczeństwo narodowe Polski. Geopolityczne i geoeconomiczne uwarunkowania. Wydawnictwo Adam Marszałek, Toruń, S. 15-32.
- Menkiszak, Marek (2001): Trudne sąsiedztwo: problematyka bezpieczeństwa w stosunkach Polski z Rosją w latach 1989-2000. In: Kuźniar, Roman (Hrsg.): Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa, S. 159-207.
- Menkiszak, Marek/ Piotrowski, Marcin Piotr (2002): Polska polityka wschodnia. In: Kuźniar, Roman/ Szczepanik, Krzysztof (Hrsg.): Polityka zagraniczna RP 1989-2002. Wydawnictwo Askon, Fundacja Stosunków Międzynarodowych, Warszawa, S. 214-275.
- Michnik, Adam (1984): Zwischen Russland und Deutschland. Kultura, *Herbst 1984*, Paris, S. 33-49.
- Miklaszewski, Stanisław (Hrsg.) (1999): Polska w Unii Europejskiej. Wydawnictwo „Meritum“, Kraków.
- Mildenberger, Markus (2001): Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990: Eine Werte- und Interessengemeinschaft? In: Eberwein, Wolf-Dieter/ Kerski, Basil (Hrsg.): Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte- und Interessengemeinschaft? WZB Discussion paper P01-305, <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2001/p01-305.pdf>, S. 28-34. [Datum des Zugriffs: 27.03.2007]
- Mildenberger, Markus (2001a): Od pojednania do trudnego partnerstwa. Dziesięć lat stosunków polsko-niemieckich w kontekście europejskim. In: Malinowski, Krzysztof/ Mildenberger, Markus (Hrsg.): Trudny dialog. Polsko-niemiecka wspólnota interesów w zjednoczonej Europie. Instytut Zachodni, Poznań.

- Miller, Aleksej (2003): Die Erfindung der Konzepte Mittel- und Osteuropa. In: Kaser, Karl / Gramshammer-Hohl, Dagmar/ Pichler Robert (Hrsg.): Europa und die Grenzen im Kopf. Wieser Verlag, Klagenfurt, S. 139-163.
- Milliken, Jennifer (1999): The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods. *European Journal of International Relations*. Vol 5 (2), S. 225-254.
- Mills, C. Wright (1956): *The Power Elite*. O.U.P. New York.
- Möller, Frank/ Ehrhard, Hendrik (2004): Sicherheit als Sprechakt: Legitimation von Gewalt durch die Artikulation von Sicherheit. Artikel für das Transdisziplinäre Forum Magdeburg 2004. <http://www.transforma-online.de/deutsch/transforma2004/papers/moeller.htm> [Datum des Zugriffs: 27.03.2007]
- Moravcsik, Andrew (1992): *Liberalism and International Relations Theory*. Harvard Working Paper 92 (6), Cambridge, MA.
- Moravcsik, Andrew (1997): Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics. *International Organization*. 51 (4), S. 513-553.
- Moravcsik, Andrew (1998): *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*. Cornell University Press, Ithaca, NY.
- Mottier, Véronique (2005): The Interpretive Turn: History, Memory, and Storage in Qualitative Research. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 6 (2), Art. 33. <http://www.qualitative-research.net/fqstexte/2-05/05-2-33-e.htm> [Datum des Zugriffs: 11.01.2008]
- Mouritzen, Hans/ Wæver, Ole/ Wiberg, Håkan (Hrsg.) (1996): *European Integration and National Adaptations. A Theoretical Inquiry*. Nova Science Publishers, Inc., New York.
- Mueller, John E. (1973): *War, presidents, and public opinion*. Wiley, New York.
- Münch, Holger (2007): *Leitbilder und Grundverständnisse der polnischen Europapolitik*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Münch, Richard (2002): *Soziologische Theorie. Band 3. Gesellschaftstheorie*. Campus Verlag, Frankfurt.
- Münkler, Herfried (2005): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. Rowohlt Verlag, Berlin.
- Najder, Zdzisław (1984): Polen und Deutschland. *Kultura, Herbst 1984*, S. 68-79.
- Neack, Laura/ Hey, Jeanne A. K./ Haney, Patrick (1995): Generational Change in Foreign Policy Analysis. In: Neack, Laura/ Hey, Jeanne A.K./ Haney, Patrick (Hrsg.): *Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in Its Second Generation*. Prentice Hall, Englewood Cliffs. S. 1-15.
- Neack, Laura/ Hey, Jeanne A. K./ Haney, Patrick (Hrsg.) (1995): *Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in Its Second Generation*. Prentice Hall, Englewood Cliffs.
- Neumann, Iver B. (1995): *Collective Identity Formation: Self and Other in International Relations*. EUI Working Paper RSC No. 95/36, Florence.
- Neumann, Iver B. (1996): *Russia and the Idea of Europe. A study of identity and international relations*. Routledge, London and New York.

- Neumann, Iver B. (1998): *Uses of the Other. „The East” in European Identity Formation*. University of Minnesota Press, Minneapolis.
- Neumann, Iver B./ Wæver Ole (Hrsg.) (1997): *The Future of International Relations. Masters in the Making?* Routledge, London and New York.
- Niewiadomska-Frieling, Anna (2006): *Politische Parteien Polens nach 1989*. Digitale Dissertation FU Berlin, <http://www.diss.fu-berlin.de/2006/69/> [Datum des Zugriffs: 27.03.2007]
- Nullmeier, Frank (2001): *Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?* In: Keller, Reiner/ Hirsland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Leske + Budrich, Opladen, S. 286-311.
- Nye, Joseph S. Jr./ Lynn-Jones, Sean M. (1988): *International Security Studies. A Report of a Conference on the State of the Field*. *International Security* 12 (4), S. 5-27.
- Obrecht, Markus (2000): *Die Parti communiste français (PCF)*. In: Ruß, Sabine/ Schild, Joachim/ Schmidt, Jochen/ Stephan, Ina (Hrsg.): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*. Leske + Budrich, Opladen, S. 221-241.
- Osiatyński, Wiktor (1997): *Eine kurze Geschichte der polnischen Verfassung nach 1989*. *Transit*, 14/1997, S. 144-159.
- Osica, Olaf (2001): *Polska między USA a Europą. Skrzywiona perspektywa*. In: Wizimirska, Barbara (Hrsg.): *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001*. Zarząd Obsługi Ministerstwa Spraw Zagranicznych. Warszawa, S. 302-308.
- Osica, Olaf (2002): *„Przeszłość jako wymówka“*. Rola historii w polityce bezpieczeństwa Polski. In: Wizimirska, Barbara (Hrsg.): *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002*. Zarząd Obsługi Ministerstwa Spraw Zagranicznych. Warszawa, S. 415-422.
- Osica, Olaf (2003): *Polska wobec operacji NATO i polityki bezpieczeństwa i obronnej UE*. In: Malinowski, Krzysztof (Hrsg.): *Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech*. Instytut Zachodni, Poznań, S. 95-138.
- Osica, Olaf (2004): *Irak – początek nowej epoki w polityce zagranicznej III RP? Raporty i Analizy*. Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa.
- Osica, Olaf (2004a): *A Secure Poland in a Better Union? The ESS as Seen from Warsaw’s Perspective*. In: *The European Security Strategy. Paper Tiger Or Catalyst for Joint Action? Part II. German Foreign Policy in Dialogue* (14), <http://www.deutsche-aussenpolitik.de>, S. 9-16. [Datum des Zugriffs: 27.03.2007]
- Osica, Olaf/ Zaborowski, Marcin (Hrsg.) (2002): *Nowy członek „starego” Sojuszu. Polska jako nowy Partner w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa*. Centrum Stosunków Międzynarodowych, Warszawa.
- Otłowski, Tomasz (2002): *Polska w procesie integracji z Unią Zachodnioeuropejską 1991-1998*. Wydawnictwo Adam Marszałek, Toruń.
- Palan, Ronen (2000): *A World of their Making: An Evaluation of the Constructivist Critique in International Relations*. *Review of International Studies* 26 (4), S. 575-598.

- Paradowska, Janina (2006): Premier z ciężką teczką. *Polityka*, 1.03.2006.
- Paradowski, Ryszard (2003): Rosyjska wolność i problem zdolności do demokracji. In: Paradowski, Ryszard/ Ossowski, Szymon (Hrsg.) (2003): Polska w Rosji – Rosja w Polsce. Stosunki polityczne. Wydawnictwo Naukowe INPiD UAM, Poznań, S. 45-50.
- Paradowski, Ryszard / Ossowski, Szymon (Hrsg.) (2003): Polska w Rosji – Rosja w Polsce. Stosunki polityczne. Wydawnictwo Naukowe INPiD UAM, Poznań.
- Paris, Roland (2001): Human Security: Paradigm Shift or Hot Air? *International Security* 26 (2), S. 87-102.
- Parzymies, Stanisław (2001): Orientacja europejska w polskiej polityce bezpieczeństwa. In: Kuźniar, Roman (Hrsg.): Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa, S. 328-362.
- Pastusiak, Longin (1995): Rozważania o polskiej polityce zagranicznej. In: Haliżak, Edward (Hrsg.): Bezpieczeństwo narodowe Polski. Geopolityczne i geoeconomiczne uwarunkowania. Wydawnictwo Adam Marszałek, Toruń, S. 47-64.
- Paterek, Włodzimierz (2001): Nacjonalizm. In: Borkowski, Robert (Hrsg.): Konflikty współczesnego świata 1. BG AGH, Kraków, S. 88-97.
- Peters, Dirk (2007): Ansätze und Methoden der Außenpolitikanalyse. In: Schmidt, Siegmund/ Hellmann, Gunther/ Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 815-835.
- Pfetsch, Frank R. (1993): Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992. Fink, Stuttgart.
- Pietraś, Marek (1997): The Post-Cold War Security Paradigm in statu nascendi. *The Polish Quarterly of International Affairs*, Spring 1997, Vol 6, No. 2, Warszawa, S. 29-52.
- Piotrowski, Antoni Andrzej (1998): Krajobraz za horyzontem. Polska polityka zagraniczna po wejściu do NATO i Unii Europejskiej. *Transit. Przegląd Europejski*, Vol 4, Herbst 1998, Kraków, S. 117-132.
- Piotrowski, Marcin Andrzej/ Rachwald, Arthur R. (2001): Poland: Returning to Europe. In: Mattox, Gale A./ Rachwald, Arthur R. (Hrsg.): Enlarging NATO. The National Debates. Lynne Rienner, Boulder, CO, S. 111-128.
- PISM (2002): Ustrój państwa a polityka zagraniczna. Wykłady publiczne w Polskim Instytucie Spraw Międzynarodowych. Warszawa.
- Piwnicki, Grzegorz (2001): Polska jako pomost łączący Europę środkową i Zachodnią. In: Marczevska-Rytko, Maria (Hrsg.): Polska w systemie międzynarodowym w dobie integracji europejskiej. Wydawnictwo Puławskiej Szkoły Wyższej, Puławy, S. 11-26.
- Platte, Bernhard von (1994) (Hrsg.): Europa auf dem Weg zur kollektiven Sicherheit? Konzeptionelle und organisatorische Entwicklung der sicherheitspolitischen Institutionen Europas. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Polski Instytut Spraw Zagranicznych (Hrsg.) (2002): Ustrój państwa a polityka zagraniczna? Wykłady Publiczne, Warszawa.

- Polski Instytut Spraw Zagranicznych (Hrsg.) (2003): Polska w Unii Europejskiej. Jaka polityka zagraniczna? Wykłady Publiczne, Warszawa.
- Pomorska, Karolina (2007): The Impact of Enlargement: Europeanization of Polish Foreign Policy? Tracking Adaptation and Change in the Polish Ministry of Foreign Affairs. *The Hague Journal of Diplomacy*, 2 (1), S. 25-51.
- Popiuk-Rysińska, Irena (2001): Narody Zjednoczone w polskiej polityce bezpieczeństwa. In: Kuźniar, Roman (Hrsg.): Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa, S. 423-446.
- Postacie historyczne <http://poland.gov.pl/Postacie,historyczne,112.html> [Datum des Zugriffs: 28.06.2007]
- Prizel, Ilya (1998): National Identity and Foreign Policy. Nationalism and leadership in Poland, Russia and Ukraine. Cambridge University Press, Cambridge.
- Prizel, Ilya/ Nitze, Paul H./ Michta, Andrew A. (Hrsg.) (1995): Polish Foreign Policy Reconsidered. Challenges of Independence. Palgrave Macmillan, London.
- Probleme der Demokratie heute (1971): PVS-Sonderheft 2. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Przegląd Polityczny (1994): Początek. Rozmowa z Krzysztofem Skubiszewskim. *Przegląd Polityczny*, Nr. 24, S. 48-53.
- Przegląd środkowoeuropejski (1999): Wołanie na puszczy, czyli o polskiej polityce zagranicznej. Rozmowa ze Zdzisławem Najderem. *Przegląd środkowoeuropejski*, Nr. 2/25, Juni/Juli 1999, Warszawa, S. 31-34.
- Rachwald, Arthur R. (1993): National security relations. In: Staar, Richard (Hrsg.): Transition to Democracy in Poland. St. Martin's Press, New York, S. 235-255.
- Radaelli, Claudio M. (2000): Whither Europeanization? Concept stretching and substantive change. *European Integration Online Papers*, Vol. 4 (2000) N°8; <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-008a.htm>. [Datum des Zugriffs: 27.03.2007].
- Ramel, Frédéric (2000): Représentations, images et politique étrangère: anciens débats, nouveaux outils. *Revue française de science politique*, Vol 50 (3), Juni 2000.
- Ransel, David L./ Shallcross, Bozena (Hrsg.) (2005): Polish Encounters, Russian Identity. Indiana University Press, Bloomington/ Indianapolis.
- Risse, Thomas (1999): Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik – Sozialkonstruktivistische Perspektive zum Wandel in der Außenpolitik. In: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.) (1999): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 33-60.
- Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde. In: Hellmann, Gunther/ Wolf, Klaus Dieter/ Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 99-132.
- Risse-Kappen, Thomas (1988): Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970-1987. Campus-Verlag, Frankfurt am Main

- Risse-Kappen, Thomas (1991): Public Opinion, Domestic Structure and Foreign Policy in Liberal Democracies. *World Politics*, 43 (4), S. 479-512.
- Risse-Kappen, Thomas (1995): Democratic Peace – Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument. In: Gleditsch, Nils Petter/ Risse-Kappen, Thomas (Hrsg.): Special Issue of *European Journal of International Relations*, S. 489-515.
- Rittberger, Volker (2004): Approaches to the Study of Foreign Policy Derived from International Relations Theories. *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*, Universität Tübingen, <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/taps/tap46.pdf> [Datum des Zugriffs: 28.12. 2007].
- Rittberger, Volker (Hrsg.) (1990): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven. *PVS-Sonderheft 21*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Rittberger, Volker (Hrsg.) (1995): Anpassung oder Austritt: Industriestaaten in der UNESCO-Krise. Ein Beitrag zur vergleichenden Außenpolitikforschung, Ed. Sigma Bohn, Berlin.
- Rittberger, Volker (Hrsg.) (2001): German Foreign Policy since Unification. Theories and Case Studies. Manchester University Press.
- Roe, Paul (2004): Securitization and Minority Rights: Conditions of Desecuritization. *Security Dialog*, 35 (3). S. 279-294.
- Rosenau, James (1966): Pre-Theories and Theories of Foreign Policy. In: Farell, Barry R. (Hrsg.) *Approaches in Comparative and International Politics*. Northwestern University Press, Evanstone, S. 27-91.
- Rosenau, James (Hrsg.) (1969): *International Politics and Foreign Policy. A reader in research and theory*. The Free Press, New York.
- Rothschild, Emma (1995): What is security? In: *Dædalus: Journal of the American Academy of Arts and Sciences* 124 (3), S. 53-98.
- Ruchniewicz, Krzysztof (2007): Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Polen. *Eurozine* 2007.09.05, <http://eurozine.com/pdf/2007-09-05-ruchniewicz-de.pdf> [Datum des Zugriffs: 3.12.2007].
- Rudnicki, Szymon (2000): Nationalismus und Extremismus im Polen von heute und ihre historischen Wurzeln. *Transodra* 21, S. 8-23.
- Rudolf, Peter (1999): New Grand Strategy? Zur Entwicklung des außenpolitischen Diskurses in den USA. In: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 60-95.
- Ruß, Sabine/ Schild, Joachim/ Schmidt, Jochen/ Stephan, Ina (Hrsg.) (2000): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*. Leske + Budrich, Opladen.
- Rzegocki, Arkady (2006): Patriotyzm a racja stanu. In: Kloczkowski, Jacek (Hrsg.): *Patriotyzm Polaków. Studia z historii idei. Ośrodek Myśli Politycznej*. Kraków, S. 282-291.

- Sabrow, Martin/ Jarausch, Konrad H. (Hrsg.) (2002): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945. Vandenhoeck und Ruprecht Verlag, Göttingen.
- Sandholtz, Wayne/ Stone Sweet, Alec (Hrsg.) (1998): European Integration and Supranational Governance. Oxford University Press, Oxford.
- Sauder, Axel/ Schild, Joachim (Hrsg.) (1995): Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt. Leske + Budrich, Opladen.
- Schmidt, Siegmund/ Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (Hrsg.) (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Schneider Marius (2002): Sicherheit, Wandel und die Einheit Europas. Zur generativen Rolle von Sicherheitsdiskursen bei der Bildung zwischenstaatlicher Ordnungen vom Wiener Kongress bis zur Erweiterung der NATO. Leske + Budrich, Opladen.
- Schwab-Trapp, Michael (1996): Narration und politischer Diskurs. Überlegungen zur Transformation politischer Kultur im vereinigten Deutschland. Berliner Journal für Soziologie, 1 (6), S. 91-112.
- Searl, John R. (2001): Geist, Sprache und Gesellschaft. Philosophie in der wirklichen Welt. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Shapiro, Michael (1991): The Sense of Change. Language as History. Indiana University Press, Bloomington & Indianapolis.
- Shynkarjov, Ivan M. (2005): Polnische Außenpolitik als Ansatzpunkt für eine Ostpolitik der Europäischen Union. Das Beispiel der polnisch-ukrainischen Beziehungen von 1989-2002. Shaker Verlag, Aachen.
- Siedschlag, Alexander (1997): Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Beispiel internationale Sicherheit – Theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Siedschlag, Alexander (Hrsg.) (2006): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Siedschlag, Alexander (2006a): Einführung – Sicherheitspolitik als Methode. In: Siedschlag, Alexander (Hrsg.) (2006): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 9-19.
- Siwiec, Marek M. (2001): Bezpieczeństwo Polski na początku XXI wieku. In: Wizimirska, Barbara (Hrsg.): Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001. Zarząd Obsługi Ministerstwa Spraw Zagranicznych. Warszawa, S. 28-36.
- Sjöstedt, Roxanna (2007): The Discursive Origins of a Doctrine. Norms, Identity, and Securitization under Harry S. Truman and George W. Bush. Foreign Policy Analysis, 3 (2007), S. 233-254.
- Skubiszewski, Krzysztof (1997): Polityka zagraniczna i odzyskanie niepodległości: Przemówienia, oświadczenia, wywiady 1989-1993. Wydawnictwo Interpress, Warszawa.

- Skubiszewski, Krzysztof (2002): Kilka refleksji z pogranicza konstytucji i prawa międzynarodowego. Wykład z dnia 28.03.2001. In: PISM: Ustrój państwa a polityka zagraniczna. Wykłady publiczne w Polskim Instytucie Spraw Międzynarodowych. Warszawa, S. 59-75.
- Smith, Michael E. (1998): Rules, Transgovernmentalism and the Expansion of European Political Cooperation. In: Sandholtz, Wayne/ Stone Sweet, Alec (Hrsg.): European Integration and Supranational Governance. Oxford University Press, Oxford, S. 304-333.
- Smith, Steve (1986): Theories of Foreign Policy: An Historical Overview. In: Review of International Studies 12 (1), S. 13-29.
- Snyder, Jack (1991): Myths of Empire: Domestic Politics and International Ambition. Cornell University Press, Ithaca, New York.
- Snyder, Richard C./ Bruck, H. W./ Sapin, Burton (Hrsg.) (1963): Foreign Policy Decision-Making: An Approach to the Study of International Politics. Free Press of Glencoe, IL.
- Soetendorp, Ben (1999): Foreign Policy in the European Union: Theory, History and Practice. Longmann, London.
- Soetendorp, Ben/ Hanf, Kenneth (Hrsg.) (1999): Adapting to European Integration: Small States and the European Union, Longmann, London.
- Sørensen, Jesper Møller (1998): The Coming Hegemony? A Constructivist Interpretation of the Future Direction of the US' Security Role in Europe. MA Thesis, Institute of Political Science, University of Copenhagen.
- Sparkes, A.W. (1994): Talking Politics. A wordbook. Routledge, London and New York.
- Śpiewak, Paweł (Hrsg.) (2000): Spór o Polskę 1989-99. Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa.
- Sprout, Harold/ Sprout, Margaret (1957): Environmental Factors in the Study of International Politics. In: The Journal of Conflict Resolution. 1 (4), S. 309-328.
- Staack, Michael (1994): Eine europäische Sicherheitskultur: Aussichten für eine regionalspezifische Normen- und Regimebildung. In: Platte, Bernhard von (Hrsg.): Europa auf dem Weg zur kollektiven Sicherheit? Konzeptionelle und organisatorische Entwicklung der sicherheitspolitischen Institutionen Europas. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Staar, Richard (Hrsg.) (1993): Transition to Democracy in Poland. St. Martin's Press, New York.
- Stachura, Jadwiga (2002): Rola i znaczenie stosunków dwustronnych ze Stanami Zjednoczonymi. In: Kuźniar, Roman/ Szczepanik, Krzysztof (Hrsg.): Polityka zagraniczna RP 1989-2002. Wydawnictwo Askon, Fundacja Stosunków Międzynarodowych, Warszawa, S. 126-145.
- Stadtmüller, Elżbieta (2003): Pożegnanie z nieufnością? Rozszerzenie NATO i UE a stosunki polsko-rosyjskie w kontekście bezpieczeństwa europejskiego. Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław.

- Stäheli, Urs/ Tellmann, Ute (2002): Foucault – ein Theoretiker der Moderne? In: Stark, Carsten/ Lahuse, Christian (Hrsg.): Theorien der Gesellschaft. Einführung in zentrale Paradigmen der soziologischen Gegenwartsanalyse. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, S. 237-266.
- Stark, Carsten/ Lahuse, Christian (Hrsg.) (2002): Theorien der Gesellschaft. Einführung in zentrale Paradigmen der soziologischen Gegenwartsanalyse. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München.
- Staroń, Władysław (2002): Bezpieczeństwo Polski u progu XXI wieku. In: Wojtaszczyk, Konstanty Adam (Hrsg.): Bezpieczeństwo Polski w perspektywie członkostwa w Unii Europejskiej. Wydział Dziennikarstwa i Nauk Politycznych Uniwersytetu Warszawskiego, Warszawa, S. 65-70.
- Stefanowicz, Janusz (1995): Zachodnie gwarancje bezpieczeństwa dla Polski. Rys historyczny. In: Halizak, Edward (Hrsg.): Bezpieczeństwo narodowe Polski. Geopolityczne i geoeconomiczne uwarunkowania. Wydawnictwo Adam Marszałek, Toruń, S. 7-14.
- Steinbruner, John D. (1974): The Cybernetic Theory of Decision. Princeton University Press, Princeton.
- Steinhilber, Jochen (2006): Liberaler Intergouvernementalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 169-196.
- Swidler, Ann (2001): Talk of Love. How Culture Matters. University of Chicago Press, Chicago.
- Świercz, Piotr (2003): Rosja w koncepcjach politycznych narodowej demokracji do końca pierwszej wojny światowej. In: Paradowski, Ryszard/ Ossowski, Szymon (Hrsg.): Polska w Rosji – Rosja w Polsce. Stosunki polityczne. Wydawnictwo Naukowe INPiD UAM, Poznań, S. 51-65.
- Świnarski, Janusz (2001): Filozofia bezpieczeństwa a bezpieczeństwo jako przedmiot nauk szczegółowych. In: Wojskowe Biuro Badań Socjologicznych (Hrsg.): Bezpieczeństwo w perspektywie socjologicznej. Materiały 1 sesja 37 grupy roboczej, Wojskowe Biuro Badań Socjologicznych, Warszawa, S. 39-50.
- Sylvan, D.A./ Voss, J. (Hrsg.) (1998): Problem Representation in Foreign Policy Decision Making. Cambridge University Press, Cambridge.
- Tatur, Melanie (1994): Identität und Integration – der polnische Diskurs zu Beginn der neunziger Jahre. In: Forschungsstelle Osteuropa (Hrsg.): Kulturelle Identitäten in Ostmitteleuropa – Polen und Tschechoslowakei. Universität Bremen, S. 15-72.
- Tatur, Melanie (1996): „Politik“ im Transformationsprozeß. Aspekte des politischen Diskurses in Polen 1989 – 1992. In: Mänicke-Gyöngyösi, Krisztina (Hrsg.): Öffentliche Konfliktdiskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität: Institutionenbildung und symbolische Politik in Ostmitteleuropa; in memoriam Gábor Kiss. Peter Lang, Frankfurt am Main. S. 39-55.
- Terry, Sarah Meiklejohn (2000): Poland's foreign policy since 1989: the challenges of independence. *Communist and Post-Communist Studies* 33 (2000), S. 7-47.

- Tilly, Charles (2005): *Identities, Boundaries and Social Ties*. Paradigm Publishers, Boulder, CO.
- Torring, Jacob (1999): *New Theories of Discourse*. Laclau, Mouffe, Žižek. Blackwell Publishers, Oxford.
- Torring, Jacob (2002): *Discourse Analysis and the Post-structuralism of Laclau and Mouffe*. *European Political Science, Autumn 2002*, S. 54-56.
- Triandafyllidou, Anna (1993): *From Qualitative to Quantitative Analysis in Political Discourse: A Computer-Assisted Application*. EUI Working Paper SPS No. 93 /11, Badia Fiesolana, San Domenico.
- Trickner, J. Ann (2002): *Feminist Perspectives on International Relations*. In: Carlsnaes, Walter/ Risse, Thomas/ Simmons, Beth (Hrsg.): *Handbook of International Relations*. Sage Publishers, London, S. 275-291.
- Trickner, J. Ann (2002a): *Feminist Perspectives on 9/11*. *International Studies Perspectives*, 3, S. 333-350.
- Tygodnik Powszechny (2003): *Pępek Europy. Stosunki polsko-francuskie: kohabitacja czy przyjaźń?*. Rozmowa Cezarego Lewanowicza z Aleksandrem Smolarem. Tygodnik Powszechny, 07.08.2003.
- Ulbert, Cornelia (2005): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik: Von den Höhen der Theorie in die methodischen Niederungen der Empirie*. Papier für die Tagung der Sektion Internationale Politik der DVPW, Mannheim, 6.-7. Oktober 2005.
- Ulbert, Cornelia/ Weller, Christoph (Hrsg.) (2005): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Ullmann, Richard (1983): *Redefining Security*. *International Security* 8 (1), S. 129-153.
- Universität Klagenfurt (Hrsg.): *Enzyklopädie des Europäischen Ostens*. Moskauer Rus: http://www2.uni-klu.ac.at/eeo/index.php/Moskauer_Rus [Datum des Zugriffs: 16.03.2006]
- Verfassung (1992): *Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej*. Wydawnictwo Volumen, Katowice.
- Viehöver, Willy (2001): *Diskurse als Narrationen*. In: Keller, Reiner/ Hirsland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. Band 1: Theorien und Methoden. Leske + Budrich, Opladen, S. 177-206.
- Vinton, Louisa (1995): *Domestic politics and foreign policy, 1989-93*. In: Prizel, Ilya/ Nitze, Paul H./ Michta, Andrew A. (Hrsg.): *Polish Foreign Policy Reconsidered. Challenges of Independence*. Palgrave Macmillan, London, S. 23-71.
- Visegrád-Erklärung (1991): <http://www.visegradgroup.org/main.asp?MainObIID=15740&ObIID=15893> [Datum des Zugriffs: 16.03.2006]
- Visegrád-Erklärung (2004): <http://www.visegradgroup.org/main.asp?MainObIID=15740&ObIID=15894> [Datum des Zugriffs: 16.03.2006]

- Wæver, Ole (1994): Resisting the temptation of Post Foreign Policy Analysis. In: Carlsnaes, Walter/ Smith, Steve (Hrsg.): *European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe*. ECPR/Sage, London, S. 238-273.
- Wæver, Ole (1995): Securitization and Desecuritization. In: Lipschutz, Ronnie D. (Hrsg.): *On Security*, Columbia University Press, New York, S. 46-86.
- Wæver, Ole (1997): *Concepts of Security*. Institute of Political Science, University of Copenhagen.
- Wæver, Ole (1998): Insecurity, Security, and Asecurity in the West European Non-War Community. In: Adler, Emanuel/ Barnett, Michael (Hrsg.): *Security Communities*. Cambridge University Press, Cambridge, S. 69-118.
- Wæver, Ole (1999): European Integration and security. Paper presented at the conference on "Discourse Theory at Work", in Holbaek, 10-11.06.1999.
- Wæver, Ole (2000): The EU as a Security Actor: Reflections from a Pessimistic Constructivist on Post-Sovereign Security Orders. In: Kelstrup, Morten/ Williams, Michael (Hrsg.): *International Relations Theory and the Politics of European Integration: Power, Security, and Community*. Routledge, London, S. 250-294.
- Wæver, Ole (2002): Identity, communities and foreign policy. Discourse analysis as foreign policy theory. In: Hansen, Lene/ Wæver, Ole (Hrsg.): *European integration and national identity: the challenge of the Nordic states*. Routledge, London, S. 20-49.
- Wæver, Ole (2005): European integration and security: analysing French and German discourses on state, nation, and Europe. In: Howarth, David R./ Torfing, Jacob (Hrsg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance*, London: Palgrave Macmillan, London, S. 33-67.
- Wagner, Wolfgang / Baumann, Rainer / Hellmann, Gunther (2001): Agents, Structures, and German Foreign Policy after Unification. From Metatheory to Empirical Enquiry. Paper Prepared for Presentation at the 42nd Annual Convention of the International Studies Association in Chicago, 20-24 February 2001. http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/Wagner_Baumann_Hellmann_ISA_2001.pdf [Datum des Zugriffs: 28.12.2007].
- Wagrowska, Maria (2002): Interesy Polski a poszerzenie NATO. In: Wizimirska, Barbara (Hrsg.): *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002*. Zarząd Obsługi Ministerstwa Spraw Zagranicznych. Warszawa, S. 423-431.
- Walker, Stephen (1987) (Hrsg.): *Role Theory and Foreign Policy Analysis*. Duke University Press, Durham N.C.
- Walker, Stephen G. (1990): The Evolution of Operational Code Analysis. *Political Psychology* 11 (2), S. 403-418.
- Walt, Stephen (1991): The Renaissance of Security Studies. *International Security Quarterly* 35, S. 211-239.
- Waltz, Kenneth (1993): The Emerging Structure of International Politics. *International Security*. 18 (2), S. 44-79.
- Waltz, Kenneth N. (1979): *Theory of International Politics*. McGraw-Hill, New York.

- Waltz, Kenneth N. (1996): International Politics is not Foreign Policy. In: *Security Studies* 6 (1), S. 52-55.
- Weldes, Jutta (1999): *Constructing National Interests. The United States and the Cuban Missile Crisis*. University of Minnesota Press, Minneapolis, MN.
- Weller, Christoph (2005): Theoretische und erkenntnistheoretische Konsequenzen konstruktivistischer Analysen internationaler Politik. Papier für die Tagung der Sektion Internationale Politik der DVPW, Mannheim, 6.-7. Oktober 2005.
- Wellershoff, Dieter (1999): *Mit Sicherheit. Neue Sicherheitspolitik zwischen gestern und morgen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Wendt, Alexander (1992): Anarchy is what States make of it: the social construction of power politics. *International Organization*, 46 (2), S. 391-425.
- Wendt, Alexander (1994): Collective Identity Formation and the International State. *American Political Science Review*, 88(2), S. 384-396.
- Wendt, Alexander (1999): *Social Theory of International Politics*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Wettig, Gerhard (Hrsg.) (1993): *Sicherheits- und Bedrohungsperzeptionen in Ost- und Mitteleuropa, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien* 43/1993.
- White, Brian (2004): Foreign Policy Analysis and the New Europe. In: Carlsnaes, Walter/ Sjursen, Helene / White, Brian (Hrsg.): *Contemporary European Foreign Policy*. Sage Publishers, London, S. 11-31.
- Widacki, Jan (1998): Stosunki z Litwą. *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej* 1997. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warszawa, S. 147-158.
- Wieczorek, Paweł/ Kłudka, Piotr (1997): Droga Polski do NATO – próba bilansu. *Studia i materiały Nr. 44*, Biuro prasy i informacji MON, Warszawa.
- Wiener, Antje (2003): Die Wende zum Dialog: Konstruktivistische Brückenstationen und ihre Zukunft. In: Hellmann, Gunther / Wolf, Klaus Dieter / Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 133-159.
- Williams, Michael C. (1998): Identity and the Politics of Security. *European Journal of International Relations*. 4 (2), S. 204-225.
- Williams, Michael C. (2003): Words, Images, Enemies: Securitization and International Politics. *International Studies Quarterly*. 47, S. 511-531.
- Williams, Michael C. (2005): What is the National Interest? The Neoconservative Challenge in IR Theory. *European Journal of International Relations*. Vol. 11 (3), S. 307-337.
- Winid, Bogusław (2001): Zagadnienia bezpieczeństwa międzynarodowego w stosunkach polsko-amerykańskich w latach 1989-2000. In: Kuźniar, Roman (Hrsg.): *Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000*. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa. S. 208-231.
- Winid, Bogusław (2007): Udział Polski w działaniach stabilizacyjnych w Afganistanie. *Polski Przegląd Dyplomatyczny*, 1 (35)/ 2007, S. 5-18.

- Wizimirska, Barbara (Hrsg.) (2001): Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001. Zarząd Obsługi Ministerstwa Spraw Zagranicznych. Warszawa.
- Wizimirska, Barbara (Hrsg.) (2002): Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002. Zarząd Obsługi Ministerstwa Spraw Zagranicznych. Warszawa.
- Wnukowska, Anna (2002): Koncepcje polskich partii politycznych dotyczące Wspólnej Europejskiej Polityki Bezpieczeństwa i Obrony. In: Wojtaszczyk, Konstanty Adam (Hrsg.): Bezpieczeństwo Polski w perspektywie członkostwa w Unii Europejskiej. Wydział Dziennikarstwa i Nauk Politycznych Uniwersytetu Warszawskiego, Warszawa, S. 128-162.
- Wodak, Ruth (1989): Language, Power, and Ideology. Benjamins, Amsterdam.
- Wodak, Ruth (2002): Friend or foe: the defamation or legitimate and necessary criticisms? Reflections on recent political discourse in Austria. Language & Communication. 22(2002), S. 495-517.
- Wohlforth, Wiliam C. (1993): The Elusive Balance: Power and Peceptions during the Cold War. Cornell University Press, Ithaca, New York.
- Wohlforth, Wiliam C. (1995): Realism and the End of the Cold War. In: Brown, Michael/ Lynn-Jones, Sean M./ Miller, Steven E. (Hrsg.): The Perils of Anarchy: Contemporary Realism and International Security. MIT Press, Cambrigde MA.
- Wojskowe Biuro Badań Socjologicznych (Hrsg.) (2001): Bezpieczeństwo w perspektywie socjologicznej. Materiały 1 sesja 37 grupy roboczej, Wojskowe Biuro Badań Socjologicznych, Warszawa.
- Wojtaszczyk, Konstanty Adam (2002): Istota bezpieczeństwa państwa a proces integracji europejskiej. In: Wojtaszczyk, Konstanty Adam (Hrsg.): Bezpieczeństwo Polski w perspektywie członkostwa w Unii Europejskiej. Wydział Dziennikarstwa i Nauk Politycznych Uniwersytetu Warszawskiego, Warszawa, S. 9-12.
- Wojtaszczyk, Konstanty Adam (Hrsg.) (2002): Bezpieczeństwo Polski w perspektywie członkostwa w Unii Europejskiej. Wydział Dziennikarstwa i Nauk Politycznych Uniwersytetu Warszawskiego, Warszawa.
- Wolfers, Arnold (1952): National Security as an Ambiguous Symbol. Political Science Quarterly. Vol. 67 (4), December 1952, S. 481-502.
- Wolff-Powęska, Anna (1994): Polen – vier Jahre nach der Wende. Versuch einer Bilanz politischer und gesellschaftlicher Reformen. Osteuropa, 3 (44). S. 207-218.
- Wollmann, Hellmut (1997): Der Systemwechsel in Ostdeutschland, Ungarn, Polen und Rußland. Phasen und Varianten der politisch-administrativen Dezentralisierung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 5/97, S. 3-15.
- Wollmann, Hellmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.) (1995): Transformation sozialistischer Gesellschaften. Am Ende des Anfangs. Leviathan, Sonderheft 15/1995.
- Wright, Quincy (1983): Study of War (2. Auflage). University of Chicago Press, Chicago.

- Zaborowski, Marcin (2004): From America's protégé to constructive European. Polish security policy in the twenty-first century. Occasional Paper, 56, Dezember 2004, European Union Institute for Security Studies, Paris, <http://www.iss-eu.org/occasion/occ56.pdf> [Datum des Zugriffs: 27.03.2007].
- Zaborowski, Marcin/ Dunn, David H. (Hrsg.) (2003): Poland – A New Power in Transatlantic Security. Frank Cass, London/ Portland.
- Zawistowska, Małgorzata (2001): Aneks. In: Kuźniar, Roman (Hrsg.) (2001): Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa, S. 599-689.
- Zehfuß, Maja (1998): Sprachlosigkeit. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien. Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5 (1), S. 109-137.
- Zehfuß, Maja (2002): Constructivism in international relations: the politics of reality. Cambridge University Press, Cambridge.
- Zelinka, Udo (1997): Sicherheit – ein Grundbedürfnis der Menschen? In: Lippert, Ekkehard/ Prüfert, Andreas/ Wachtler, Günther (Hrsg.): Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 43-57.
- Zięba, Ryszard (1997): Bezpieczeństwo europejskie lat 90. Potrzeba nowego ujęcia problemu. In: Łomiński, Bogdan (Hrsg.): Bezpieczeństwa państw Europy. Koncepcje i problemy lat 90. Wydawnictwo Uniwersytetu śląskiego, Katowice, S. 11-25.
- Zięba, Ryszard (1999): Polska w nowym systemie bezpieczeństwa europejskiego. Stosunki Międzynarodowe, tom 20. Wydawnictwa Uniwersytetu Warszawskiego, Warszawa 1999, S. 9-34.
- Zięba, Ryszard (2001): KBWE/OBWE w polskiej polityce bezpieczeństwa. In: Kuźniar, Roman (Hrsg.): Polska polityka bezpieczeństwa 1989-2000. Scholar Wydawnictwo Naukowe, Warszawa, S. 363-388.
- Ziemer, Klaus (1998): Die Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren. In: Franzke, Jochen (Hrsg.): Polen. Staat und Gesellschaft im Wandel. Beiträge zur Debatte. Berliner Debatte Wissenschaftskolleg, Berlin, S. 56-73.
- Ziemer, Klaus (1999): Wie konsolidiert ist Polens Demokratie? In: Busch, Andreas/ Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Demokratie in Ost und West. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 332-360.
- Zinken, Jörg (2003): Ideological imagination: intertextual and correlational metaphors in political discourse. Discourse & Society. 14 (4), S. 507-523.
- Zinken, Jörg (2004): Imagination im Diskurs: zur Modellierung metaphorischer Kommunikation und Kognition. <http://bieson.ub.uni-bielefeld.de/volltexte/2004/483/> [Datum des Zugriffs 5.12.2007].
- Zurek, Robert (2005): Avantgarde der Versöhnung. Über den Briefwechsel der Bischöfe und die Ostdenkschrift des EKD von 1965. Deutsch-Polnisches Magazin DIALOG, 72-73 (2005-2006), Berlin, S. 65-67.

Annex

Annex 1: Bilaterale Verträge der Republik Polen mit den Nachbarn (1991-1996)

Datum und Ort der Unterzeichnung	Partner	Titel des Dokuments
17. Juni 1991 Bonn	Deutschland	Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit
6. Oktober 1991 Krakau	Tschechische und Slowakische Föderative Republik	Vertrag über gute Nachbarschaft, Solidarität und freundschaftliche Zusammenarbeit
18. Mai 1992 Warschau	Ukraine	Vertrag über gute Nachbarschaft, freundliche Beziehungen und Zusammenarbeit
22. Mai 1992 Moskau	Russland	Vertrag über freundliche und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit
23. Juni 1992 Warschau	Belarus	Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit
26. April 1996 Vilnius	Litauen	Vertrag über freundliche Beziehungen und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit

Annex 2: Analysierte Auszüge aus der Presse in der Originalfassung

1. Dobrosąsiedzkie stosunki polsko-rosyjskie nie mogą być budowane na **zaprzeczeniu prawdy** o 17 września 1939 roku. *RP 15.09.1999*
2. Pojednania między Polską a Rosją nie będzie dopóty, dopóki Moskwa nie uzna **całej prawdy** o naszej wspólnej przeszłości i nie wyrzeknie się polityki imperialnej w przyszłości. *RP 15.09.1999*
3. Stosunki polsko-rosyjskie też potrzebują **prawdy**. A nie **półprawdy** albo **propagandowego bełkotu**. *RP 16.01.2002*
4. W ustroju demokratycznym obywatele mają pełne prawo domagać się od władz wyjaśnienia bolesnych spraw z przeszłości, w duchu **prawdy i sprawiedliwości**. *TP 04.07.2006*
5. Polska niosła na te obszary **rzymski katolicyzm**, swoją **kulturę**, swoje **prawo**, swoje **instytucje społeczne i polityczne**. [...] Moskwa parła na zachód w imieniu **prawosławia, autokratyzmu** inspirowanego przez Bizancjum i uniwersalnej misji „**Trzeciego Rzymu**”. *RP 16.01.2002*
6. Polska przegrała tę walkę. **Wyczerpana** wojnami i anarchią wewnętrzną traciła jedno po drugim ziemie na wschodzie, a w końcu **utraciła swój byt jako państwo**. W dziewiętnastym wieku większość ziem dawnej Rzeczypospolitej znalazła się pod zaborem rosyjskim i Rosja jawiła się Polakom jako **główny wróg** ich kraju. *RP 16.01.2002*
7. Polska i inne kraje środkowoeuropejskie **nie mają wyboru**. Są **skazane** na współpracę z Rosją i rynek rosyjski. *RP 22.01.2000*
8. To oczywista **falsyfikacja** – uważa przewodniczący sejmowej Komisji Spraw Zagranicznych Czesław Bielecki (AWS), który sądzi, że oświadczenie MSZ w Moskwie można traktować jako przejaw rosyjskiego **szowinizmu**. – Rosja aspiruje do **rodziny krajów demokratycznych**, ale nie pożegnała się z **imperialistyczną przeszłością** - stwierdził Bielecki. *RP 15.09.1999*
9. **Niewygodne** tematy historyczne, zwłaszcza dotyczące delikatnej materii **zobowiązań moralnych**, są w Rosji **wypychane** ze świadomości narodowej.

Na miejsce w pamięci nie zasługują nie tylko zbrodnie popełnione **w czasach pogardy** na przedstawicielach obcych narodów [...], ale nawet masowe represje wobec własnych obywateli. Rosja nie dokonała **rozliczenia** winnych wszystkich kolejnych okresów błędów i wypaczeń. Co więcej, w oficjalnej wykładni podnosi się obecnie raczej wybitne osiągnięcia reżimu sowieckiego niż jego krwawe rozprawy. Po krótkim okresie głośności, kiedy próbowano nadać rzeczy historycznej właściwe słowo, **powrócono do jedynej słusznej interpretacji historii**. *TP 15.08.2005*

10. Może zatem rosyjskie władze odmawiają wyjaśnienia okoliczności wydarzeń sprzed 65 lat, gdyż chcą uniknąć sytuacji, w której **Związek Sowiecki stawiany byłby w jednym rzędzie z III Rzeszą – jako winny ludobójstwa?** *TP 27.03.2005*

11. Moskwa tak długo, jak tylko mogła, **negowała odpowiedzialność** za zbrodnię ludobójstwa, jaką było wymordowanie na rozkaz władz państwa kilkudziesięciu tysięcy polskich jeńców, głównie oficerów rezerwy, czego symbolem stał się Katyń. Władze ZSRR były na tyle **cyniczne**, że wykorzystały fakt ujawnienia przez Niemców tej zbrodni do zerwania w 1943 r. stosunków dyplomatycznych z legalnym rządem polskim (wtedy w Londynie). Gdy samego faktu morderstwa nie można było już negować (choć wciąż pojawiają się takie opinie), strona rosyjska zaczęła szukać jego „**równoważnika**”: uznano za taki los jeńców bolszewickich z 1920 r., których kilka tysięcy zmarło w polskich obozach na skutek chorób (m.in. szalejącej wówczas w Europie hiszpanki). *TP 04.07.2006*

12. Prezydent Putin nie chce, by relacje Rosji z Polską były normalne i oparte na zaufaniu. **To bowiem uwiarygodniłoby Polskę w oczach Niemców czy Francuzów**. I, nie daj Bóg, zaczęliby się oni przysłuchiwać naszym poglądom na temat Ukrainy czy Białorusi, o poglądach na temat Putina nie wspominając. *TP 27.03.2005*

13. Dla krajów Europy Środkowo-Wschodniej oznaczał prawie 50letnie **zniewolenie. Pozbawienie suwerenności, niepodległości**. Było to ich **uprzedmiotowienie**, sprowadzenie do roli **wasalów Moskwy**. A dla Związku Sowieckiego? To była budowa jego „**zewnątrznego imperium**”. *RP 17.02.2005*

14. W 60. rocznicę w polskiej pamięci konferencja jałtańska pozostaje **synonimem zdrady, obłudy i krzywdy**. Wbrew zobowiązaniom sojuszniczym zdecydowała o **utracie prawie połowy polskiego terytorium, narzuceniu obcej władzy i obcego porządku**. W rezultacie zdecydowała o polskiej **degradacji** cywilizacyjnej, ekonomicznej i moralnej na długie dziesięciolecia.
Wprost 20.02.2005
15. Jednym z najbardziej znanych, ale chyba rzeczywiście najbardziej fundamentalnym jest pojęcie – czy wprost hasło – Jałta. Z tym hasłem w uszach rośłem od dzieciństwa. Znaczyło ono: **taki jest nasz los, tak zbudowany jest świat, taka jest granica realnych szans**. Potem gdy byłem nieco starszy, wyostrzał się stopniowo moralny sens tego pojęcia, które zaczynało znaczyć: **ukradzione zwycięstwo, sprzedanie w niewolę**. Wreszcie młodzieńcze zdumienie, że tak się może stać, ustępowało **poczuciu gorzkiego realizmu, nieufności wobec wszelkiego „aliancia” i przekonaniu o zasadniczej samotności człowieka wobec historii**. *RP 5.02.2005*
16. Rzeczownik "partnerstwo" dopasowywano w ubiegłym tygodniu w Niemczech do wszelkich możliwych przymiotników. Powodem była kolejna wizyta rosyjskiego prezydenta Władimira Putina. Słyszeliśmy więc o **partnerstwie strategicznym, gospodarczym, długofalowym, a nawet serdecznym**. Nikomu nie przyszło do głowy mówienie o **partnerstwie w kontekście historycznym**. Zrobił to jednak Putin. Nawiązał w Weimarze do rosyjsko-niemieckiego układu z 1922 roku, uzgodnionego w Rapallo. W Rapallo radziecka Rosja i Niemcy zrezygnowały ze wzajemnych odszkodowań. Dla Rosji oznaczało to przerwanie izolacji międzynarodowej. **Współpraca niemiecko-rosyjska zakończyła się układem Ribbentrop-Mołotow**. *RP 16.04.2002*
17. Niemcy i Rosja to nie **partnerzy, a rywale stulecia**, uważa Angela Stent, amerykańska politolog z Departamentu Stanu, w książce „Odrodzenie Niemiec i Rosji”. My widzimy **Rapallo i rozbiór Polski po pakcie Ribbentrop-Mołotow**, natomiast Amerykanka widzi **dwie wojny niemiecko-rosyjskie** i fakt, że **Rosji nie udało się w Niemczech zrealizować na trwałe żadnego strategicznego celu**. Stalin ani nie utrzymał sojuszu z Hitlerem, ani po wojnie nie zdołał zapobiec włączeniu Niemiec zachodnich do wrogiego sojuszu. Natomiast Breżniew daremnie starał się scementować NRD i podział Niemiec,

ponieważ socjaldemokratyczna strategia „zmiany poprzez zbliżenie” rozmiękczyła blok radziecki, umożliwiła demontaż komunizmu i zjednoczenie Niemiec. Również Gorbaczow poza – zmarnowanym zresztą – zastrzykiem finansowym nie otrzymał żadnego politycznego ekwiwalentu za utratę wschodnioeuropejskich kolonii ZSRR. Z kolei wobec Jelcyna Niemcy – przede wszystkim Kohl – zachowywali się niczym zręczny treser, który pozwala rannemu niedźwiedziowi lizać swe rany, ale traktuje go nie bardzo serio. *Pol* 01/2005

18. Na pierwszym miejscu należy wymienić Rosję. **Diagnoza** [...] jest **brutalna**: wydarzenia roku 1998 pokazały, że kraj ten w najbliższych latach **nie ma szans na przekształcenie się w stabilne państwo demokratyczne o gospodarce wolnorynkowej**. Publicznie deklarowano, że Rosja buduje fundamenty państwa demokratycznego, ale rzeczywiste przemiany zmierzały w zupełnie innym kierunku. Po siedmiu latach transformacji ustrojowej powstał **oligarchiczno-klanowy system gospodarczo-polityczny**, czego efektem jest **dramatyczne osłabienie struktur państwa**. Polityka sprowadza się do **walki między grupami oligarchów** nastawionymi na obronę własnych interesów, a na to wszystko nakłada się **niejasna struktura własności i powszechna korupcja**. **Krach gospodarczy**, który nastąpił w sierpniu 1998, nasilił te zjawiska. W wyniku **kryzysu rządowego** w centrum życia politycznego powstała **próżnia**, która doprowadziła do **paraliżu** instytucji państwa. Ze względu na **głębokość zapaści gospodarczej** w nadchodzących latach nie ma większych nadziei na poprawę sytuacji ekonomicznej, nawet na powrót choćby do stanu z początku lat 90. *RP* 19.03.1999
19. Po Gorbaczowie i Jelcynie Putin jest trzecią nadzieją Rosji i Rosjan. Jest także, w jakimś stopniu, nadzieją świata, **z obawą obserwującego konwulsje rosyjskiego niedźwiedzia**. *RP* 8.05.2000
20. Putin stawia przede wszystkim na **pragmatyzm** i **gospodarcze podźwignięcie** Rosji. Dlatego potrzebne mu jest zbliżenie z Zachodem. Z drugiej strony - trzeba też zdawać sobie sprawę z jego ograniczonych możliwości. Rosja jest taka, jaka jest: na **wpół demokratyczna** i na **wpół autorytarna**. Być może nawet na **wpół feudalna**. I mimo wszystko jest to kraj, który od piętnastu lat znajduje się w ruchu, w **pozytywnym procesie**

przemian. Putin tego procesu nie zatrzymał, za to jego reformy ekonomiczne mogą znacznie bardziej zmienić rosyjską strukturę społeczną i mentalność Rosjan niż jakakolwiek kolejna rewolucja. *RP 25.05.2002*

21. Nie należy się spieszyć. We współpracy z Rosją **lepiej są zmiany ewolucyjne niż rewolucyjne** - powiedział zastępca ministra spraw zagranicznych Adam Daniel Rotfeld. Jednocześnie zwrócił on uwagę, że **rosyjskie elity** uważają, iż nowa prozachodnia polityka prezydenta Władimira Putina jest **przedwczesna**. *RP 7.12.2002*
22. Jeśli wziąć pod uwagę geopolityczne realia Rosji, **to jedyną dla niej drogą jest droga ku Europie**. A jedyna dobra droga ku Europie prowadzi przez stanie się **państwem narodowym, demokratycznym, zwróconym ku Europie, państwem, które szanuje bezpieczeństwo i niezależność swych sąsiadów**. *RP 10.03.1999*
23. Przyszłość Rosji można ująć w **prostej alternatywie: europeizacja albo stabilizacja**. Teraz obserwujemy stabilizację Rosji putinowskiej, która się wzmacnia. Ale nie idzie w stronę europejskiego typu demokracji, opartej na strukturach społeczeństwa obywatelskiego i niezależności publicznych środków przekazu oraz poszanowaniu praw człowieka, lecz w stronę przeciwną. Nadzieje na europeizację Rosji, które wzbudzała znaczna część demokratów rosyjskich jeszcze lat temu osiem, siedem, pięć, okazały się złudne. *RP 26.10.2001*
24. W tym gronie **newralgicznym** krajem jest Rosja. Abstrahując od kwestii poszanowania praw człowieka, demokracji i praworządności, Rosja jest po prostu **za duża, zbyt azjatycka, zbyt nuklearna i zbyt "mocarstwowa"**, aby zmieściła się w ramach Unii Europejskiej. *RP 21.12.2002*
25. Rosyjska **polityka zagraniczna** od dobrych kilku lat coraz wyraźniej stawiała się **zakładnikiem wewnętrznej sytuacji politycznej**. [...] Problem polegał na tym, iż – na skutek państwowej retoryki [...] – **sukces można było odnieść tylko przeciwko Zachodowi, a nie z nim**. *RP 30.03.1999*
26. Zachód coraz mniej się liczy z **bankrutującą Rosją**. **Nie jest już ona postrzegana jako zagrożenie dla stabilności świata** – w każdym razie nie na tyle duże, aby trzeba było ją za wszelką cenę dotować. *RP 19.03.1999*

27. Choć formalnie gazu nie kupujemy od Rosjan, w praktyce nie jest to takie oczywiste. Na dodatek surowiec musi zostać przesłany do Polski rosyjskimi rurami, co pogłębia **nasze obawy i poczucie uzależnienia**. *Pol 36/2006*
28. [...] politycy rosyjscy pokazali, że **gaz i ropa** są dla nich tym, czym kiedyś była **Armia Czerwona** dla ZSRR: **narzędziem politycznej ekspansji i szantażu**. *TP 09.01.2006*
29. Władimir Putin był i jest nadal postrzegany w Europie Zachodniej nieomal jako mąż opatrnościowy, który miał zagwarantować **spokój** w Rosji i na całym obszarze tzw. bliskiej zagranicy, czyli w strefie rosyjskich wpływów. Unia Europejska zajęta rozszerzeniem, Bałkanami, a nieco później międzynarodowym terroryzmem nie chciała nowych konfliktów, zamierzała w **spokoju** doprowadzić do końca dzieło jednoczenia Europy. To jeden z filarów **niepisanego porozumienia Europy z Rosją**, faktycznie **drugiej Jałty**, ustalającego granice europejskich wpływów na Bugu. Drugi opiera się na rosyjskiej ropie i gazie. *RP 30.11.2004*
30. [...] jest nowa odmiana **Rapallo**, tym razem **ekonomicznego**.” *TP 08.05.2005*
31. Moskwa ostatnio dąży do **zmniejszenia swojej zależności od państw tranzytowych** - temu ma służyć projekt gazociągu na dnie Bałtyku - a zarazem stara się utrzymać swoje **wpływy** czy nawet uzyskać **kontrolę** nad sektorami energetycznymi i infrastrukturą tych krajów. Widać stąd, że dla dostaw rosyjskiego surowca do Unii niebagatelne znaczenie ma także sytuacja w krajach tranzytowych oraz ich relacje z Rosją. *TP 09.01.2006*
32. Podpisanie umowy o budowie Gazociągu Północnego, którym po dnie Bałtyku ma popłynąć do Niemiec rosyjski gaz, odebrane zostało w naszym kraju jako **nieprzyjazny akt polityczny**. Dlatego mamy pretensję do Niemców, że **lekceważą nasze interesy**, i do Unii Europejskiej, że ten **egoizm toleruje**. No i oczywiście do Rosjan, którzy zamiast wybudować drugą nitkę wiodącego przez Polskę gazociągu Jamał, zdecydowali się na dużo droższą drogę morską omijającą nasz kraj. Podejrzewamy, że to **kara za poparcie ukraińskiej pomarańczowej rewolucji** [...]. Naszych słuszych żalów jest tyle, że zaczynają się wykluczać. *Pol 37/2006*

33. [...] **napięcia** w polsko-rosyjskich **stosunkach gospodarczych** to oczywisty skutek **polskiej polityki zagranicznej**, wspierającej dążenie do niezależności Ukraińców, Białorusinów, Gruzinów. Rosji to się nie podoba.
- Rosja jest w trakcie **nowego definiowania międzynarodowej polityki gospodarczej** i stosunków z sąsiadami – wyjaśnia Zygmunt Berdychowski. Nie chce nazywać obecnego stanu stosunków **wojną gospodarczą**, ale przyznaje, że jest źle. **Jego zdaniem musimy szukać wsparcia w Unii.** *Pol 36/2006*
34. Na czym więc ma się oprzeć bezpieczeństwo energetyczne Polski? Przede wszystkim na dywersyfikacji nośników energii i źródeł dostaw. *RP 10.04.2004*
35. Nasze wejście do Unii Europejskiej to **istotna pomoc** w zapewnieniu bezpieczeństwa energetycznego Polski. Teraz jesteśmy częścią dużego wspólnego rynku, największego odbiorcy ropy i gazu z Rosji, która musi się liczyć z takim partnerem. *RP 11.09.2004*
36. Pomiędzy Unią a Rosją powinno być takie **strategiczne partnerstwo**, które można streścić słowami: **my potrzebujemy rosyjskiej energii, Rosja potrzebuje naszych pieniędzy.** *RP 31.05.2006*
37. Jego zdaniem [Roland Götz, Fundacja Nauka i Polityka] Niemcy nie są wcale skazane na współpracę z Rosją w dziedzinie energii, chociaż z Rosji pochodzi jedna trzecia dostaw ropy i dwie piąte gazu. Zdaniem Götza, to **raczej Rosja jest zainteresowana dostarczaniem swych surowców do Niemiec i Europy**, bo lepszego rynku zbytu nie ma. Żadne **ustępstwa polityczne** wobec tego kraju **nie są więc konieczne**, ponieważ Moskwa nie ma praktycznie **żadnych możliwości szantażu energetycznego.** *RP 20.12.2004*
38. Projekt zjednoczenia Europy ma **charakter cywilizacyjny**. Pojawił się on w wyniku drugiej wojny światowej, a właściwie **wielkiej europejskiej wojny domowej**, która ogarnęła nasz kontynent w latach 1918-1945, a swoją zimną fazę przeszła w latach 1918 - 1939, kiedy to wprawdzie nie toczyły się **walki**, ale na podzielonym **granicami** kontynencie narastała **agresja** prowadząca do kolejnej **eksplozji**. Innymi słowy: w XX wieku Europa usiłowała popełnić

samobójstwo i niewiele brakowało, aby zamiar ten został zrealizowany. *RP*
10.06.2002

39. Wielu ludzi uległo **złudzeniu**, że Unia Europejska jest **tworem doskonałym**, tymczasem **jedność sama w sobie nie jest jeszcze żadną wartością**. Jest zresztą nieprawdopodobne, by tak różne narody, o różnej tradycji i historii, mówiące różnymi językami, zjednoczyły się w pełnym tego słowa znaczeniu. Najbardziej istotny będzie natomiast pewien **porządek liberalny**, sprawiający, że narody i państwa będą blisko ze sobą **współdziałać, współpracować**, a nie **rywalizować i walczyć**. *RP* 1.04.2000
40. Nie mamy **armii europejskiej** i to jest największy **błąd**, popełniony przez dążącą do integracji Europę. Po zburzeniu muru berlińskiego, zerwaniu z porządkiem pojałtańskim, kiedy zapadła decyzja o rozszerzeniu Unii Europejskiej, nie nadano **sprawom bezpieczeństwa** należytej rangi. Zamiast zajmować się unią walutową i euro, należało stworzyć **europejskie siły zbrojne**, będące w stanie samodzielnie, bez czekania na Amerykę, **likwidować** takie **konflikty** jak w Kosowie. *RP* 1.04.2000
41. Unia Europejska zmienia się jeszcze szybciej i głębiej. Integracja gospodarcza jest już w zasadzie zakończona. Teraz kraje uczestniczące w niej muszą sobie odpowiedzieć na pytanie, czy chcą się stać **wspólnotą polityczną**, a jeśli tak, to jak ją zbudować. O ile na pierwsze pytanie pada na ogół odpowiedź twierdząca, drugie jest i jeszcze długo będzie przedmiotem ostrych sporów. Ale niezależnie od ich wyniku, jedno wydaje się dzisiaj prawie pewne: **kraje Unii Europejskiej, których większość ma już wspólną walutę, mają też coraz silniejsze poczucie wspólnych interesów politycznych**. Europa nie jest wielkim mocarstwem i jeszcze długo nim nie będzie, ale nabiera ochoty, aby się nim kiedyś stać. *RP* 18.05.2001
42. Polityczna integracja współczesnej Europy [...] będzie wyznaczana dwiema współrzędnymi. Z jednej strony - nową formułą stosunków z przodującymi w większości dziedzin Stanami Zjednoczonymi i z NATO [...], a z drugiej - tempem i zasięgiem powiększania się o nowe państwa [...]. Unia, aby sprostać **wyzwaniom nowego stulecia**, musi znaleźć swoje **nowe miejsce między Ameryką a obszarem położonym na wschód od Odry**. Musi sama siebie odnaleźć między Waszyngtonem, z którym spiera się o przyszłość stosunków transatlantyckich, a Warszawą, Tallinem czy Sofią, którym może

zaoferować zróżnicowaną integrację. A także Moskwą, z którą będzie współpracować między innymi dlatego, by wypróbować skuteczność wspólnej dyplomacji i polityki bezpieczeństwa. *RP 5.09.2000*

43. Sukces Europy, a dokładniej biorąc, jej zachodniej części, byłby niemożliwy bez **wsparcia** Stanów Zjednoczonych. Ameryka jako przywódca sojuszu atlantyckiego przyczyniła się do tego, że Europejczycy mogli **współpracować w poczuciu bezpieczeństwa. Ale Stany Zjednoczone chroniły też trochę Europejczyków przed nimi samymi.** Obecność amerykańska dawała integrującej się Europie **dodatkowe gwarancje**, że żaden kraj kontynentu nie osiągnie pozycji na tyle dominującej, iż inne musiałyby się czuć zagrożone. *RP 18.05.2001*

44. Siły **narodowych egoizmów** w Europie nie należy lekceważyć. Ale trudno sobie wyobrazić, że Stany Zjednoczone będą odgrywały rolę **rozjemcy, trzymającego Europejczyków za szyje, aby się na siebie nie rzucili w przepływie nacjonalistycznego szaleństwa.** Przy całym sceptycyzmie, przy całej ostrożności: to Europejczycy są odpowiedzialni za siebie samych. Stany Zjednoczone nie wyręczą ich w tej roli i byłoby niestosowne oczekiwać tego od nich. To nie znaczy, że Amerykanie wypełnili swą misję w Europie i mogą już wrócić do domu. Stany Zjednoczone są i powinny pozostać **mocarstwem europejskim** - dla własnego interesu i dla dobra Europy. *RP 18.05.2001*

45. **Fundament naszego świata**

Ale w założeniu o **hierarchicznej strukturze** świata zachodniego tkwi element prawdy. Losy Zachodu nie zależą pewnie od żadnej amerykańskiej instytucji, ale przecież większość z nas ma poczucie, że na dobre lub złe **nasze losy są z Ameryką sprzężone** i że jej bezpieczeństwo oraz jej doświadczenia zasadniczo wpływają na nasze życie. **Zagrożenie dla Ameryki jest zagrożeniem dla nas wszystkich.** Europejczycy pomstują na to, co przychodzi zza oceanu, patrzą z poczuciem wyższości na amerykanizację życia, piętnują jej wulgarność, ale zdają sobie sprawę - zwłaszcza w momentach zagrożenia - iż **Zachód nie tylko jest niewyobrażalny bez Ameryki**, ale że Ameryka - nawet jeśli się nam to czasami nie podoba - pełni w nim **funkcję przywódczą.** *RP 21.09.2001*

46. Europejczycy poczuli solidarność z Ameryką nie tylko dlatego, że poruszyło ich cierpienie, ale także dlatego, że nagle w tej **krótkiej chwili grozy** przed ekranem telewizyjnym pojęli **kruchotę porządku**, w jakim żyją, porządku, dla którego powstania Ameryka zrobiła ze wszystkich krajów najwięcej, a który teraz stał się **obiektom niszczącej nienawiści**. *RP 21.09.2001*
47. **Zjednoczony Zachód** jest **wartością**, której **należy chronić**, a jego **przetrwanie** leży w **interesie** tworzących go narodów, także Polaków. Dlatego wszystkie one mają do odegrania pewną **rolę** - choć największa **odpowiedzialność** spoczywa na jego głównych częściach, tj. na USA i Unii. *TP 08.05.2005*
48. Po pierwsze, tylko Polska **solidnie osadzona w strukturach zachodnich, bogatsza, silniejsza cywilizacyjnie** niż dzisiaj, będzie w stanie prowadzić rzeczywiście skuteczną politykę wschodnią. Polityka ta powinna polegać na przyciąganiu nie tylko do siebie, ale do całej Unii, państw, z którymi Rzeczpospolita stanowiła niegdyś jedno państwo, a dziś graniczy od wschodu. Tylko taka Polska będzie zdolna stawiać przed wschodnimi sąsiadami, a głównie przed Ukrainą, **realną alternatywę polityczną i gospodarczą wobec ścisłego wiązania się z Rosją**. *RP 13.03.1999*
49. Po drugie, nasze stosunki z Litwinami, Białorusinami i Ukraińcami są bardzo obciążone wzajemnymi **pretensjami, kompleksami, obawami**. Doświadczenie ostatnich lat wykazało [...] że o wiele łatwiej jest znaszymi sąsiadami od wschodu prowadzić **dialog w kategoriach europejskich**, niż po prostu w bilateralnych. *RP 13.03.1999*
50. Nasz **realny wpływ polityczny**, zwłaszcza w stosunkach ze wschodnimi sąsiadami, zależy w dużej mierze od tego, czy uda się nam zaproponować partnerom z Unii „wschodni wymiar” polityki europejskiej. **Unia może więc nam dostarczyć takie instrumenty polityki zagranicznej, na jakie nas samych nigdy nie byłoby stać**. *RP 18.05.2001*
51. Zabiegać będziemy o ułatwienie kontaktów osobistych, gospodarczych i kulturalnych wschodnich Europejczyków z zachodnimi. Pozyskamy sobie ich życzliwość i z naszego kraju uczynimy **miejsce kontaktu, korzyści i satysfakcji**, a nie - jak dotychczas - **konfliktu, strat i bólu**. *RP 27.11.1999*

52. Powinniśmy być **eksporterem stabilności** w tym regionie, powinniśmy wspierać niedawno zdobytą niepodległość naszych sąsiadów [...]. Powinniśmy również pomagać im we **włączeniu się do krwiobiegu europejskiego**. *RP 02.01.2002*
53. Konkretnie? To nie jest tak, że nie ma alternatywy. Jest inna możliwość, tylko że jest ona dla Polski zła. Możemy pozostawać na **peryferiach, na zewnątrz** głównego nurtu polityki i gospodarki europejskiej. W swego rodzaju **szarej strefie**. Ze wszystkimi negatywnymi konsekwencjami dla naszej pozycji w Europie, pozbawieni korzyści, jakie daje członkostwo, także politycznych. Unia jest **organizmem**, który wykazuje się **solidarnością polityczną**. Jeżeli jeden jej członek ma jakieś ważne interesy polityczne albo troski - to stają się one interesami i troskami wszystkich pozostałych. *RP 29.06.2000*
54. Bardzo ważny będzie **wpływ na decyzje dotyczące przyszłego kształtu Unii**. Wykorzystanie tej możliwości przez kraj, który przez lata nie istniał na mapie politycznej lub był satelitą obcego mocarstwa, powinno być jedną z podstawowych **dyrektyw patriotyzmu**. **Dla trwałości naszej niepodległości ważne będzie zwłaszcza zapewnienie, że wspólnota nie ulegnie rozluźnieniu**. Gdyby bowiem miała stać się „płytką”, oparta na **dowolności** wyboru zobowiązań, szybko by się **rozwarstwiła** na mniejsze, konkurujące ze sobą grupy czy kręgi. Zjednoczenie Europy byłoby wówczas **pozorne**. Taka Unia byłaby poddana silnym **napięciom** wewnętrznym i zewnętrznym. Polska byłaby na ich skutki szczególnie **narażona**, jako kraj gospodarczo (jeszcze) słaby i położony (przez pewien czas) na jej wschodnim krańcu. *RP 27.11.1999*
55. Polsce natomiast, leżącej **na peryferiach cywilizacji europejskiego Zachodu**, powinno zależeć na **związkach ścisłych**; a jako państwu stosunkowo ubogiemu - na **maksymalnej solidarności**, a tę zapewnić mogą tylko ściśle **więzi polityczne i ideowe**. Dlatego też naszymi naturalnymi partnerami w europejskiej wymianie myśli powinny być te państwa i te środowiska polityczne, które opowiadają się za bliską współpracą wewnątrz Unii, także - a nawet przede wszystkim - w dziedzinie zbiorowego bezpieczeństwa i obronności. *RP 19.03.2001*
56. Wejście do NATO, a teraz do Unii Europejskiej, pod wieloma względami **ogranicza naszą niepodległość**. Są to jednak ograniczenia, które przyjmujemy **dobrowolnie**, metodami **demokratycznymi**, dlatego że

spodziewamy się takich korzyści natury gospodarczej i politycznej, które nam **wyrównają** owe ograniczenia. Twierdzenie, że Unia Europejska zabiera nam niepodległość, jest nonsensem, bo proces integracji nie odbywa się na drodze wymuszenia, lecz następuje za naszą zgodą. Co więcej, obecność w Unii jest **warunkiem zachowania naszej niepodległości**. Polska nie może sobie pozwolić na **izolację**, która skazałaby ją na **ubóstwo**. Ponadto przewaga wspólnego rynku wobec izolowanej Polski byłaby tak wielka, że Bruksela mogłaby nam **dyktować jednostronnie** warunki handlu. Stając się **pełnoprawnym** członkiem UE Polska przestaje być **przedmiotem** decyzji podejmowanych w Brukseli i staje się ich **podmiotem**, czynnikiem współdecydującym w sprawach, które dotyczą Polski lub innych członków UE.
TP 2.05.2004

57. Niewątpliwie Polska ma szczególny **sentyment** do Ameryki. Temu nikt na świecie nie może się dziwić. [...] Do Ameryki emigrowały miliony Polaków. Ameryka nigdy żadnych działań wojennych z Polską nie prowadziła. Nasi wielcy bohaterowie: Kościuszko, Pułaski, walczyli o niepodległość Stanów Zjednoczonych. Amerykanie polskiego pochodzenia czy Polacy przysyłali tu pieniądze, które, niewielkie, bo niewielkie, ale coś dla ludzi znaczyły. *RP 02.01.2002*

58. Polska ma wiele **wspólnych interesów** ze Stanami Zjednoczonymi. Jako **kraj leżący na granicy NATO** jest ona naturalnie bardziej zainteresowana **"twardym bezpieczeństwem"** w ramach paktu, **wzajemnymi jego gwarancjami i dobrymi stosunkami ze Stanami** niż kraje bezpiecznie leżące w środku paktu. *RP 9.09.2000*

59. Jeśli pan pyta ogólnie, co oznaczają dobre stosunki ze Stanami Zjednoczonymi, to powiedziałbym, że stanowią one **dużą wartość**. Jesteśmy traktowani jako jeden z **istotnych amerykańskich partnerów** w polityce międzynarodowej, a na pewno jako **jeden z najważniejszych partnerów z Europy Środkowej**. Oznacza to, że możemy **uczestniczyć w istotnych decyzjach** jako członek NATO, ale także **szczególny partner** w regionie, do którego Amerykanie mają **zaufanie** i który **wykonuje swoje zadania należycie**. *RP 2.01.2002*

60. Zacieśnianie partnerskich stosunków między Warszawą a Waszyngtonem nie pozostaje w żadnym konflikcie z polskimi dążeniami do Unii Europejskiej.

Unia może istnieć i przetrwać tylko dzięki temu, że głównym wiazadłem Europy jest NATO i obecność na kontynencie Stanów Zjednoczonych, wprowadzających element równowagi sił w łonie samej Europy. Bez tego wiazadła i bez obecności Ameryki Unia Europejska rozpadłaby się szybko na rywalizujące ugrupowania mocarstw. Nikt nie może narzucić Polsce wyboru między Unią Europejską a Ameryką, bo w praktyce oznaczałoby to **wypowiedzenie Stanom Zjednoczonym miejsca na kontynencie europejskim.** *RP 28.02.2002*

61. Mamy obowiązki względem naszych sojuszników i partnerów. Mogą one - czasem pozornie, czasem istotnie - ze sobą kolidować. Skoro wchodzimy do Unii Europejskiej, zadbanie o jej spójność jest obowiązkiem ważniejszym niż **automatyczne potakiwanie Stanom Zjednoczonym.** *RP 15.02.2003*
62. Można wręcz odnieść wrażenie, że kreatorzy polskiej polityki zagranicznej odczuwają **instynktowną potrzebę posiadania wielkiego brata**, który poprowadzi ich przez meandry międzynarodowej gry, których sami nie są w stanie ogarnąć. *RP 4.02.2003*
63. W Polsce przestano cenić Europę po podpisaniu traktatu akcesyjnego. Zmiana postawy odbiła się w rozpętanej przed kilkoma miesiącami przez większość klasy politycznej i komentatorów **antyeuropejskiej histerii. Na UE przestało nam zależeć, ponieważ to Europie powinno zależeć na nas.** Jesteśmy przecież „**globalnym graczem**”, pozostającym w „**strategicznym partnerstwie**” z jedynym supermocarstwem. Niektórzy komentatorzy tak dalece **stracili poczucie rzeczywistości**, że zaczęli nazywać Polskę **pomostem między Europą a USA.** *TP 11.01.2004*
64. Przywykliśmy do myśli, że bezpieczeństwo zapewnia Polsce członkostwo w pakcie atlantyckim. Jest to jednak **wyłącznie bezpieczeństwo od zewnętrznej agresji militarnej** [...]. Skądinąd NATO obecnie ewoluuje i nie jest jasne, do czego ta ewolucja doprowadzi. Zależeć to będzie od woli głównego członka sojuszu, Stanów Zjednoczonych. Rokowania na temat Rady NATO - Rosja wskazują na rozluźnienie kryteriów partnerstwa. Być może NATO stanie się (pożytecznym zresztą) klubem, dbającym o dobre maniere polityczne. Tak czy inaczej rozwój wydarzeń wskazuje, że **NATO będzie bronić przed niebezpieczeństwami, które nam nie zagrażają. Ochrony**

przed zagrożeniami ekologicznymi, demograficznymi, ekonomicznymi i politycznymi trzeba szukać gdzie indziej. *RP 20.05.2002*

65. Reżim Saddama Husajna przypomina **reżim Hitlera**. Gdyby Europa w porę wystąpiła przeciwko Hitlerowi, nie musiałaby później walczyć z niemiecką przemocą. *RP 20.09.2002*
66. Większość państw europejskich ma wątpliwości co do ewentualnego ataku na Irak. Czy Polska powinna się wsłuchiwać w europejskie argumenty, czy popierać jednoznacznie Amerykanów? Polska powinna mieć własną politykę, **politykę państwa europejskiego o ogromnych i dramatycznych doświadczeniach**. My pamiętamy i wszyscy Europejczycy powinni pamiętać o **polityce słabości przed drugą wojną światową oraz o jej konsekwencjach**. Ta polityka była realizowana polskim kosztem. *RP 11.09.2002*
67. Mieliśmy do czynienia ze **zbrodniczym reżimem**, na czele którego stał **dyktator i przestępca**. Człowiek ten skoncentrował w swych rękach władzę i olbrzymie zasoby broni, zarówno konwencjonalnej, jak i masowego rażenia. Była ona **zagrożeniem dla krajów sąsiednich i bezpieczeństwa międzynarodowego** nie tylko w skali regionu Bliskiego Wschodu. Ponad 25-letnie rządy Saddama Husajna **pochłonęły kilkaset tysięcy istnień ludzkich** tylko w Iraku. *RP 12.08.2003*
68. Tak jak obalenie reżimu Talibów było **błogosławieństwem** dla Afganistanu, tak obalenie Saddama Husajna będzie błogosławieństwem dla Irakijczyków. *RP 27.11.2002*
69. Dla zaangażowania się w konflikt iracki ważne były argumenty natury moralnej. Staramy się opierać politykę zagraniczną na powszechnie akceptowanych **standardach moralnych**, zakładających nie tylko godne prowadzenie działań dyplomatycznych, ale też - tam, gdzie to tylko możliwe - **aktywne przeciwstawianie się tyranii, łamaniu praw człowieka** itp. *RP 12.08.2003*
70. Uznaliśmy, że **pokój jest niepodzielny**, że chcemy i musimy **bronić wyznawanych wartości** tam, gdzie zagrożone są **prawa człowieka**. [...] Po raz pierwszy mieliśmy też okazję praktycznie i jawnie podziękować Stanom

Zjednoczonym za lata poparcia dla polskich aspiracji i nadziei. **Zamieniliśmy braterstwo słów na braterstwo broni.** *RP 12.08.2003*

71. [...] Polska podziela **niepokój** Ameryki związany z **niebezpieczeństwem, którego źródłem jest system polityczny Iraku i fakt posiadania przez nich broni chemicznej i biologicznej.** Podobnie jak USA uważamy, że tego niebezpieczeństwa **nie wolno lekceważyć**, trzeba je po prostu **usunąć.** *RP 13.09.2002*

72. Nawet jeżeli ta broń nigdy nie zostanie odnaleziona, **to nie zmienia to istoty rzeczy i zasadności działań,** jakie doprowadziły do obalenia reżimu w Iraku. Wojna z terroryzmem **nie podlega i nie będzie podlegać konwencjonalnemu rozumieniu "teorii i praktyki" konfliktów. Granice dobra i zła rysowane są inaczej** niż przywykła do tego myśl strategów i politologów. **Tradycyjne schematy nie mają tu zastosowania.** Stoimy przed **całkowicie nowym zjawiskiem,** przynajmniej na taką skalę. *RP 3.07.2003*

73. Motywy rządu i prezydenta są oczywiste - poza deklarowanym poczuwaniem się do odpowiedzialności za los Irakijczyków, Polska chce wykorzystać udział w operacji stabilizacyjnej do **budowy większego prestiżu międzynarodowego.** Przede wszystkim w Europie, ale nie tylko: jak się dowiadujemy z nieoficjalnych źródeł w MSZ, udział Polski w wojnie w Iraku doprowadził do niezwykłego ocieplenia w stosunkach polsko-izraelskich. *TP 18.05.2003*

74. Dobrze by było [...] uzyskać zgodę naszych partnerów i sojuszników na wysłanie kilku przynajmniej polskich oficerów jako stażystów bądź dublerów oficerów amerykańskich, brytyjskich czy francuskich i tym samym zyskać **ogromne doświadczenie w prowadzeniu tego rodzaju operacji.** Jest to wiedza, której nie zdobywa się na ćwiczeniach. Polscy oficerowie z tego rodzaju umiejętnościami sprawiliby, że większa stałaby się wartość naszego uczestnictwa w NATO. *RP 3.01.2003*

75. **Bóg nie jest po naszej stronie.**

Państwo polskie nie może łamać **prawa międzynarodowego.** Jeśliby je łamało, nie byłoby ono w tym przypadku dla mnie państwem polskim. Dla mnie ci Polacy, którzy walczą w Iraku, są poszukiwaczami przygód, swoistą „**legią cudzoziemską**”. W moich oczach nie reprezentują oni Polski. [...]

Tak jak Europa wstydzi się jeszcze dzisiaj **wypraw krzyżowych** z czasów średniowiecza, a my wstydzimy się naszego udziału w tłumieniu **praskiej wiosny** w 1968 r., tak będziemy się wstydzić przez długie lata za naszych ziomków, walczących w Iraku A.D. 2003. *RP 03.04.2003*

76. Debata w polskich mediach podczas kryzysu irackiego dowodziła, że **opinia publiczna rozpatruje cały konflikt w kategoriach moralnych**, jako **wybór między Stanami Zjednoczonymi a Irakiem, między dobrem a złem**. Jeśli uda nam się ustalić, że jesteśmy **po właściwej stronie**, odczuwamy **moralny komfort**. W obecnej sytuacji jest to jednak **zabieg jałowy**, bo nic nie wynika z odpowiedzi na pytanie, kto miał i ma rację. *RP 6.05.2003*

77. Moim zdaniem, Polska stanęła po właściwej stronie, chociaż wolałbym, żeby nie musiała stawać po żadnej. **Nie jest powodem do radości także i to, że po drugiej stronie są dwa kraje tak dla nas ważne: Niemcy i Francja**. Szczególnie nie powinno cieszyć nas, że są tam Niemcy, największe państwo europejskie, nasz najważniejszy partner w Europie. Uważam więc, że jest to bardzo smutny dzień dla wszystkich ludzi myślących o przyszłości Europy jako politycznej jedności. *RP 31.01.2003*

78. Powinniśmy się porozumiewać z **państwami o podobnej sytuacji geopolitycznej**, a na liście nie ma przecież Finlandii, Szwecji, Niemiec, Norwegii, krajów bałtyckich, Słowacji. To z tymi państwami musimy przede wszystkim **nawiązywać dialog, bo mamy wspólne interesy**. Powinniśmy **przekonywać Unię Europejską, że chcemy działać wspólnie**. *RP 31.01.2003*

79. Od wieków Polska leżąca między Niemcami i Rosją żyła **w cieniu geopolitycznego przekleństwa**. Otwarcie drzwi do Unii Europejskiej dawało szansę, by to przekleństwo usunąć. Warunek był jeden – że będziemy z Niemcami w jednej strukturze obronnej i parapaństwowej, a Rosji tam nie będzie. **Nasza iracka opcja sprawia, że dylemat geopolitycznego przekleństwa może kiedyś powrócić**. Mamy wprowadzić sojusznika **niemal wszechpotężnego**, ale jest to jednak sojusznik **egzotyczny i odległy**. Przez 20 lat nic nam chyba nie grozi. Ale warto pomyśleć, czy za 20 albo 50 lat w Europie, jaka powstanie pod wpływem naszego wyjątkowego sojuszu z Ameryką, będzie dla Polski naprawdę dobre miejsce? *Pol 20/2004*

80. Angażując się w Iraku, **zaniedbujemy dwa zasadnicze cele**, jakie powinny przyświecać naszej polityce zagranicznej: **wytwarzanie poczucia europejskiej solidarności** oraz **formowanie europejskiej polityki wschodniej**. *RP 9.09.2003*

81. Po odzyskaniu niepodległości powstał delikatny problem: **kto mianowicie ma prawo występować jako polski patriota?** Na wszelki wypadek nie dopuszczano w pobliże pomników i pamiątkowych tablic **polityków związanych z dawnym reżimem**. Niektórzy, chcący na przekór nastrojom zademonstrować patriotyczną postawę, musieli potem oddawać do pralni garnitury splamione surowym jajkiem. [...] Z czasem nawet niektórym członkom umownego (coraz bardziej) **obozu posierpniowego**, utożsamianego przecież z czynem patriotycznym, zaczęto **odmawiać miana dobrego Polaka**, zwłaszcza zaś tym, którzy zapatrzili się na Europę. *Pol 11/2001*

82. Pomost zamiast przedmurza

Patriotyzm został bowiem u nas oddany niemal na **wyłącznieść partiom i ugrupowaniom prawicowym**, które odwołują się do **etnicznego poczucia wspólnoty**. W swych nazwach mają one przymiotnik „polski”, „narodowy”, a nawet obydwa naraz. Jest to **patriotyzm ksenofobiczny, zamykający się na „obcych”**, a jednocześnie podszyty **kompleksem niższości**, obawą, iż w jednoczącej się Europie **narodowy pierwiastek roztopi się** w tyglu wartości wspólnych, a **wiara ojców zostanie porzucona**. [...]

Jeżeli prawicy udało się tak łatwo **zawłaszczyć „cały” patriotyzm**, to wina leży również po stronie pozostałych ugrupowań partyjnych, a pewnie także ludzi kultury i intelektualistów, którzy nie potrafili stworzyć i wykreować wzorców **patriotyzmu otwartego – opartego na silnym poczuciu własnej wartości** i założeniu, iż **naród** jest przede wszystkim **kategorią obywatelską, konstytucyjną**. [...]

Nikt już nie oczekuje, że będziemy pełnić funkcję zaszczytną **przedmurza** [...], ponieważ teraz bardziej przydatne są **pomosty**, a mamy w historii i takie osiągnięcia, żeby tylko przypomnieć piękną **tradycję Rzeczypospolitej Obojga, a właściwie Trojga, Narodów**. Wydaje się, że po raz pierwszy od

wieków nie ciąży już na Polsce **przekleństwo geopolityki**, a zamiast **zagrożeń**, stoją przed nami **wyzwania**. *Pol 11/2001*

83. **Endecy** skutecznie, a za to winić należy także **słabych i wątplych liberałów**, zawłaszczyli w Polsce [...] pojęcia takie jak **tradycja narodowa** i **patriotyzm** z tą tradycją związany. A przecież my, którzy cenimy sobie tradycję narodową, właśnie **nacjonalizmu** do niej nie zaliczamy, uważamy go za **formę zwyrodniałą i paskudną**. W Polsce tradycja narodowa została ukształtowana przez **wielki polski romantyzm** i nie ma na to żadnego sposobu. Roman Dmowski słusznie potępiał polityczne konsekwencje **drugorzędnej romantycznej ckliwości**, ale niesłusznie wyobrażał sobie, że można porzucić idee Polski „**Chrystusa narodów**” czy „**walki za wolność waszą i naszą**” [...] na rzecz **krzepkiej, praśnej i gburowatej Polski „instynktu narodowego”**. *Pol 06/2002*

84. Po dekadzie **banicji historii ze sfery publicznej** zaczynamy poszukiwać coraz mocniej odpowiedzi na pytanie, kim jesteśmy. Tożsamości europejskiej nie można budować przez **redukowanie tożsamości narodowych** - taka tożsamość byłaby **fałszem, owocem koszmarnej socjotechniki**. *Tylko narody świadome swojej tożsamości* mogą wraz z innymi budować szerszy kontekst wspólnej europejskiej kultury. **Bez tożsamości historycznej i bez kolektywnej pamięci** nie będziemy wcale lepszymi Europejczykami. *RP 14.12.2004*

85. My, mieszkańcy Europy Środkowo-Wschodniej, dobrze wiemy, że historia jest **krwawym kalejdoskopem** i że **żadna władza, żaden rząd i żadne prawo nie są trwałe**. Mamy dotkliwe poczucie znikomości tego, co materialne i co oficjalne: nie opuszczając naszych domów, żyliśmy już w rozmaitych państwach, ustrojach, różne mieliśmy galowe święta i rozmaitych wodzów na portretach. Te **doświadczenia** ukształtowały naszą mentalność i naszą kulturę polityczną, formując ją i deformując specyficznie - i zupełnie inaczej, niż uformowana jest i zdeformowana kultura polityczna współczesnych nam Europejczyków z Zachodu. Umiemy **milcząco wątpić** - i cenimy w sobie tę umiejętność, tak irytującą wszelkich propagandzistów i demagogów. **Bierny opór** trenowaliśmy przez wiele pokoleń i mamy do niego, jako do postawy politycznej, sporo zaufania. Czasem coś na tym tracimy, ale per saldo historycznie nam się opłacił. *RP 16.07.2005*

86. W kręgach obecnej władzy wiele się mówi o polityce historycznej, dziedzictwie narodowym, o nowoczesnym patriotyzmie. O budowaniu współczesnej tożsamości Polaków jako **wspólnoty wartości, a nie tylko sumy indywidualnych interesów**. Tyle tylko, że ile byśmy mówili o Piłsudskim i Dmowskim, o mądrości twórców Konstytucji 3 maja i bohaterstwie powstańców warszawskich, zawsze nam **PRL** będzie wychodziła jak słoma z butów. Niezależnie, czy czuliśmy się w niej jak ryby w wodzie, czy nienawidziliśmy jej - dla większości dorosłych Polaków jest **jedyną czasoprzestrzenią, w której jesteśmy realnie zakorzenieni**. To odziedziczony po PRL kod kulturowy jest **budulcem naszych współczesnych mitów**; jest tym, co czyni z nas wspólnotę. Jest tym - chcemy tego czy nie - co **arcypolskie, nasze i tylko nasze**, w globalizującym się świecie. *RP 15.03.2006*
87. Prawda jest taka, że wchodzimy do Unii Europejskiej **w pasiakach obozów koncentracyjnych i z reklamówkami zagranicznych supermarketów**. *RP 4.06.2005*
88. Czterdziestomilionowy naród jest **nieustawny**: trudno go, niczym Węgrów albo Czechów, wstawić jako niekrępujący, ale wyrazisty element do europejskiej układanki. A jednocześnie jest Polaków o połowę mniej niż każdego z głównych narodów Europy. Więc jakby za mało i za dużo. O mentalności, jeśli można ją sobie bez badań wyobrazić, także **kłopotliwej**. Bo sąsiaduje w niej **duma z roszczeniami. Łatwy tryumfalizm i przyzwyczajenie do krzywdy i porażki. Niepodległościowy honor z wypatrywaniem pomocy i protekcji**, jakby nie dostawało wiary w siebie. Trudno Polakom uznać, że ich **historia**, którą często się **szczycą** albo **przeklinają**, jest **peryferyjna, prowincjonalna** [...] *RP 13.11.2004*
89. Unia nie jest z betonu. Stanowi mechanizm wrażliwy na wstrząsy i zapędy destrukcyjne. **Jej trwanie i postęp zależą od woli i wysiłku państw, które do niej należą**. Unia to najbardziej konstruktywny projekt polityczny ostatnich stuleci; to remedium na schyłek i wasalizację Europy. Wobec kryzysu, który obecnie przeżywa, Polska nie powinna zajmować **postawy wyczekującej** i ograniczać się do **reagowania** na inicjatywy innych państw. Jej przyszłość wymaga, aby nie zwlekając przyczyniła się do przezwyciężenia tego kryzysu.

Unia to "my", a nie "oni". Solidarność zaś to nie tylko prawo jej **żądania**, ale również **obowiązek** jej okazywania. *RP 18.02.2006*

90. Tej **nowej ojczyzny - Europy** - wcale nie musimy **kochać**. Wystarczy, że będziemy się w niej dobrze czuli, a to zależy od roli, jaką sobie tam wypracujemy. *RP 13.11.2004*
91. Jeśli chcemy **realnego zbliżenia narodów** Unii Europejskiej, musimy zadbać o **wspólną pamięć** wyznaczającą i objaśniającą doświadczenie bycia razem. I ani przemilczenia, ani zapomnienie nie będą receptą na dobre stosunki krajów obarczonych historią, narodów o kulturze tak starej jak europejska. *RP 11.03.2006*
92. Towarzyszy temu wszakże **obawa** o dalsze losy polskości: języka, kultury, tradycji historycznej i samego patriotyzmu. Wszystko to, zdaniem niektórych, może **utonąć w kosmopolitycznym morzu Unii Europejskiej**. Odzywają się tu doświadczenia historyczne kraju, który na przestrzeni trzech ostatnich wieków korzystał przez zaledwie 30–40 lat z pełnej suwerenności. **Obawa przed kolejnymi rozbiorami** wysuwa się obecnie na czoło naszych narodowych kompleksów. I niewiele pomagają tu argumenty wskazujące na doświadczenia unijne z Zachodu Europy, gdzie nie doszło do zanikania kultury niemieckiej, francuskiej, włoskiej czy angielskiej. Wręcz przeciwnie, mamy tam do czynienia z nasilaniem się ruchów autonomicznych i odśrodkowych [...]. Również i w Polsce słyszymy o próbach zalegalizowania narodu śląskiego. *Pol 01/2004*
93. Unia nie oferuje w tej chwili swoim obywatelom **żadnej nowej tożsamości**. Wręcz przeciwnie – **w Unii wszelkie wartości się rozmywają**. Jeszcze kilkanaście lat temu, gdy trwała zimna wojna, tożsamość Europejczyków była określona przez politykę. Po jednej stronie żelaznej kurtyny była **wolna Europa**, po drugiej, **zniewolone narody**. Dziś definiowanie Europy przez **niechęć do obcego** jest bardziej problematyczne. Kto niby ma być tym obcym? Rosja? Pewnie tak myślą niektórzy Polacy, ale nikt na Zachodzie. Brakuje nam dziś tej dawnej pewności polityków, takich jak choćby Jacques Delors, którzy mieli wizję Stanów Zjednoczonych Europy (on nigdy nie używał tego sformułowania, ale o to chodziło). **Dziś takie marzenie o Unii jako jednym ciele jest martwe**. Wszyscy zadajemy sobie pytanie, po

co jest ta Unia, do czego ona służy? I nie bardzo potrafimy na nie odpowiedzieć. *RP 11.03.2006*

94. **Prawicowe partie** oraz ich organy prasowe bezustannie walą w tarabany, ogłaszając, że Najjaśniejsza Rzeczpospolita znowu w potrzebie: **Polski już wkrótce nie będzie, a wysprzedażą resztek** zajmują się entuzjaści Unii Europejskiej, omotani wcześniej przez ekspozyturę **tajnych międzynarodowych organizacji**, z **masonerią** na czele. W tych konstrukcjach myślowych **patriotą jest tylko Polak katolik, który przeciwstawi się europejskiej nawałnicy liberalizmu**. *Pol 11/2001*
95. Jeszcze mniej wydaje się rozumieć polski elektorat środowisko młodych intelektualistów spod znaku "Krytyki Politycznej". Czytając wypowiedzi jego przedstawicieli, można odnieść wrażenie, iż nie dostrzegają oni tego, że kraj, w którym żyją, przeżera, od gmin po najwyższe urzędy państwa, **korupcja**, że istnieje w nim automatycznie odtwarzająca się **hermetyczna klasa rządząca**, obsadzająca często najwyższe stanowiska w administracji i biznesie przedstawicielami trzeciej generacji tej samej rodziny, że znaczna część jego młodych obywateli ma **zamknięte możliwości awansu** już na samym starcie drogi życiowej. W świecie, w którym żyje to środowisko, nie istnieje **śmiertelne zagrożenie dla polskiej substancji narodowej** związane z **masową emigracją** najbardziej przedsiębiorczych, mających najwyższe kwalifikacje jednostek, bo **integracja europejska jest dla niego dobrem samym w sobie**, mającym ucywilizować bardziej od niego zacofane obyczajowo masy krajowców. Lider tego środowiska proponuje budowanie w Europie "wspólnej sfery publicznej, kultury i pamięci zbiorowej", martwiąc się jednocześnie, że nie ma z kim o tym na polskiej lewicy rozmawiać. *RP 20.10.2004*
96. Między tożsamością europejską a polską nie ma **konfliktu**. Istnieją **rozmaite poziomy tożsamości**, które nie stoją ze sobą w sprzeczności. Mam tylko nadzieję, że Polacy nie przesuną swojej **lojalności** na **instytucje europejskie** tylko dlatego, że życie w Polsce dostarcza im wielu powodów do frustracji: mamy już tak dość tego kraju, a **europejskość** daje nam poczucie **bezpieczeństwa i godności**. *TP 05/2004*
97. Gospodarcze pożytki z członkostwa są w Polce jako tako znane. Jednakże interes narodowy to przecież nie tylko bezpieczeństwo państwa i

dobrobyt obywateli. To także zachowanie kulturowej tożsamości. Słyszemy **często przestrogi, że tożsamości tej zagrozić może integracja europejska**. Ale jestem przekonany, że z naszą tożsamością jest podobnie jak z górnictwem węglowym: **przeżywa głęboki kryzys całkiem niezależnie od tego, co dzieje się w Unii Europejskiej**. *RP 13.03.99*

98. Od roku 1989 tak osłabiona polska tożsamość kulturowa została wydana na pastwę **zalewu kosmopolitycznej, wypranej z treści historycznych i konkretnych odniesień narodowych kultury masowej**, głównie produkowanej w Ameryce. Jesteśmy wobec tego zalewu bardziej **bezbronni** niż zachodni Europejczycy. W tej **sytuacji stykanie się z kulturami narodów Unii Europejskiej jest nie zagrożeniem, ale szansą**. Bowiem do istoty tych kultur należy **zakorzeniona w przeszłości, swoista odrębność i zróżnicowanie**. [...] Istotą kosmopolitycznej kultury masowej jest dążenie do **globalnej jednakowości**. Polakom zaś nie zagraża przecież upodobnienie się do kultury francuskiej, włoskiej czy hiszpańskiej; przeciwnie, zetknięcie z nimi działa **mobilizująco** na naszą własną **autentyczność**. *RP 13.03.99*